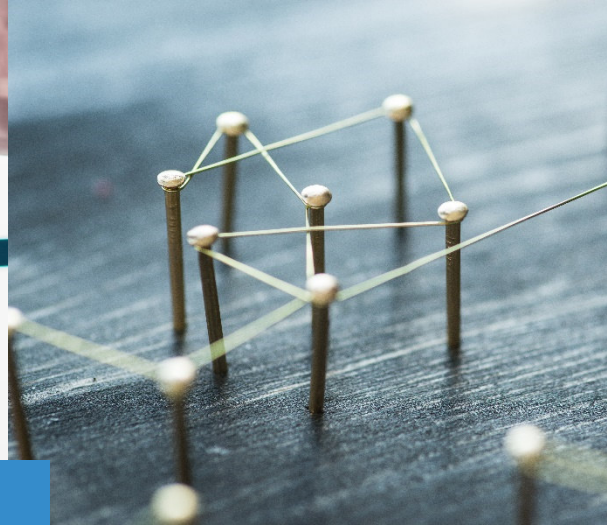




KÄMMEREI KREIS PADERBORN

Beteiligungsbericht 2023

Kreis Paderborn



Vorbemerkungen

Gem. § 116 der Gemeindeordnung (GO NRW) ist eine Kommune grundsätzlich verpflichtet, zum Stichtag 31.12. eines jeden Jahres einen Gesamtabschluss aufzustellen, in dem die Jahresabschlüsse aller verselbständigten Aufgabenbereiche mit dem Jahresabschluss der Kommune zu konsolidieren sind.

Mit dem zweiten NKF-Weiterentwicklungsgesetz wurde in § 116a GO NRW ab dem Jahr 2019 erstmalig die Möglichkeit der größenabhängigen Befreiung von der Pflicht, einen Gesamtabchluss aufzustellen, geschaffen. Die Gesetzesbegründung zum zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (Landtag NRW, DS 17/3570) führt zur Schaffung der Befreiungsmöglichkeit u.a. wie folgt aus:

„Aus den gemeindlichen Erfahrungen mit der Erstellung und der Beratung von Gesamtab schlüssen ergibt sich, dass die damit erwartete Transparenz der kommunalen Mutter – der Stadt – zu ihren Unternehmensbeteiligungen überwiegend nicht im Ergebnis erzielt worden ist. ... Die Zielsetzung ist es, gegenüber den Mitgliedern der kommunalen Vertretungskörperschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern das kommunale (Verwaltungs-)Handeln transparent und nachvollziehbar darzulegen. Der Gesamtab schluss und der Gesamtlagebericht in seiner bisherigen Form hat diese Zielsetzung überwiegend – als Rückspiegelung aus der kommunalen Verwaltungspraxis sowie aus kommunalen Vertretungskörperschaften - nicht erreicht.“ Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtab schlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungsbericht gemäß § 117 GO NRW zu erstellen.

Für das Jahr 2023 hat der Kreistag in seiner Sitzung am 16.09.2024 beschlossen, von der Befreiungsmöglichkeit Gebrauch zu machen.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde seitens des Kreises Paderborn ein umfangreicher (rd. 340 Seiten) Beteiligungsbericht aufgestellt und als Anlage dem Gesamtab schluss beigefügt.

Der nachfolgende Beteiligungsbericht 2023 wurde auf die Gliederung des vorgeschriebenen Musters geändert und um die zusätzlich geforderten Angaben ergänzt.

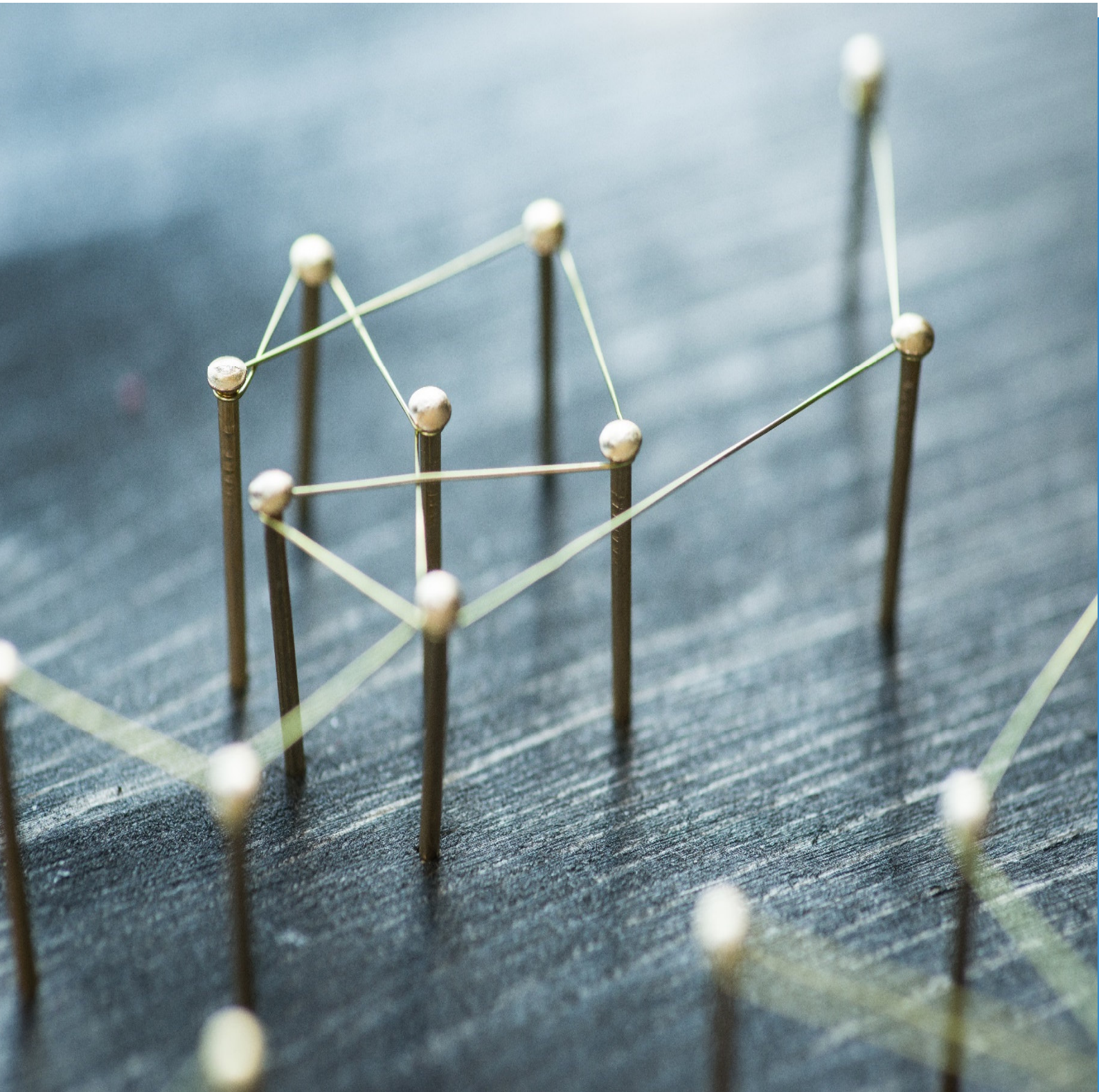
Da der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung vom Kreistag zu beschließen ist, enthält dieser keine Informationen, die nur in nichtöffentlicher Sitzung beraten/beschlossen werden dürften.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen.....	2
Inhaltsverzeichnis	3
1.1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn	8
1.2 Erläuterung von Kennzahlen	10
2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	14
2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	14
3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio im Jahr 2023.....	18
3.2 Beteiligungsstruktur	19
3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	26
3.4 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2022	27
4.1 Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH.....	30
4.2 RWE AG.....	44
4.3 Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG.....	48
4.4 Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH	60
4.5 Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH.....	68
4.6 A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH.....	74
4.7 Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG.....	82
4.8 Wege durch das Land gGmbH	92
4.9 „OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region	100
4.10 Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB).....	112
4.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung Essen	120
4.13 Interargem GmbH.....	122
4.14 Landestheater Detmold GmbH.....	130
4.15 Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH i.L.	134
4.16 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH.....	136
4.17 Klärschlammverwertung OWL GmbH	152
4.18 Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E)	160
4.19 Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren	176
4.20 Gemeindeforstamtsverband Willebadessen.....	178
4.21 Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn	180
4.22 Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter	184
4.23 Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge	188
4.24 Sparkassenzweckverband.....	190
4.25 Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter	192

4.26 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland.....	210
4.27 Zweckverband Wertstoffeffassung und -verwertung Paderborner Land	212
4.28 Wasserverband Aabach-Talsperre	218
4.29 Wasserverband Obere Lippe	228
4.30 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe.....	236
4.31 d-NRW AöR.....	250
4.32 Breitband OWL eG.....	260
5.1 Organisation der Beteiligungsverwaltung.....	266
Impressum.....	267
Satz und Gestaltung.....	267





1. EINFÜHRUNG



1.1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben. Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“). Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3). Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

Die Aufgaben des Kreises Paderborn können sowohl durch die eigene Behörde als auch durch öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierte Unternehmen erfüllt werden. Die kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, die Errichtung kommunaler Unternehmen, um die den Gebietskörperschaften zugewiesenen öffentlichen Aufgaben zu erfüllen.

In § 109 GO NRW sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird. Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtlichen Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt. Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler

Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein. Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.



1.2 Erläuterung von Kennzahlen

Zur Bewertung von Informationen aus Jahresabschlüssen, Prüfberichten und Wirtschaftsplänen sind finanzwirtschaftliche Kennzahlen bzw. Kennzahlssysteme ein geeignetes Instrument. Die Bewertung von Unternehmen anhand von Kennzahlen erfordert umfangreiche zusätzliche Informationen sowie branchenspezifische Fachkenntnisse. Unternehmensvergleiche über Branchengrenzen hinweg sind daher nicht tunlich. Gleichwohl können durch eine mehrjährige Darstellungsform Entwicklungen und Trends von wichtigen Kenngrößen aufgezeigt werden. Nachstehend sind die in diesem Beteiligungsbericht verwendeten Kennzahlen näher erläutert. Die Definition der einzelnen Kennzahlen orientiert sich weitgehend am NKF-Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen. Insofern ist es nicht auszuschließen, dass im Unternehmensabschluss Kennzahlen mit gleichem Namen aufgeführt sind, die jedoch anders definiert werden. Die Kennzahlen werden im Übrigen nicht immer in der vollen Breite bei jeder Beteiligung aufgeführt. So ist mit Blick auf die Regelung in § 52 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO NRW nur bei den wesentlichen Beteiligungen ein breites Kennzahlenspektrum dargestellt.

Analyse der Vermögens- und Kapitallage

a) Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote ist eine Kennzahl, die den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital bzw. an der Bilanzsumme eines Unternehmens angibt. Die Eigenkapitalquote zeigt den Grad der finanziellen Unabhängigkeit. Sie wird von Banken oft zur Beteiligung der Kreditwürdigkeit herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit einer Gesellschaft. Je geringer die Eigenkapitalquote, umso abhängiger ist das Unternehmen von fremden Geldgebern.

Berechnung:
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (Bilanzsumme)}}$$

b) Eigenkapitalrentabilität

Bei der Eigenkapitalrentabilität handelt es sich um eine Kennzahl, die es Anlegern, Investoren oder Unternehmern ermöglicht, die Verzinsung des eigenen eingesetzten Kapitals festzustellen.

Berechnung:
$$\frac{\text{Bilanzgewinn} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

c) Anlagendeckungsgrad 2

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wieviel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Ein Anlagendeckungsgrad 2 von 100 % bedeutet, dass das Anlagevermögen zu 100 % mit Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital gedeckt ist. Damit ist die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände über langfristig zur Verfügung stehende Finanzmittel sichergestellt. Die sogenannte „goldene Bilanzregel“ fordert einen Anlagendeckungsgrad 2 von mindestens 100 %. Je weiter der Anlagendeckungsgrad 2 über 100 % liegt, umso mehr ist neben dem Anlagevermögen auch das Umlaufvermögen durch langfristiges Kapital finanziert und damit -zumindest stichtagsbezogen - die Fähigkeit gegeben, fällig werdende Verbindlichkeiten fristgerecht bedienen zu können. Ist das Anlagevermögen hingegen zum Teil kurzfristig finanziert (Anlagendeckungsgrad 2 unter 100 %) könnte ein privates Unternehmen bei Fälligkeit der kurzfristigen Verbindlichkeiten in Zahlungsschwierigkeiten geraten, da das Umlaufvermögen zur Deckung nicht ausreicht und das Anlagevermögen nicht so schnell liquidierbar ist.

Berechnung: $\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$

d) Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad gibt an, wie hoch die Verschuldung des Unternehmens ist. Dazu werden Eigenkapital und Fremdkapital ins Verhältnis gesetzt. Die betriebswirtschaftliche Kennzahl ist eine Ergänzung zur Fremdkapitalquote und Eigenkapitalquote, die ebenfalls über die Kapital- und Finanzierungsstruktur des Unternehmens informiert. Grundsätzlich gilt:

Je höher der Verschuldungsgrad, desto mehr Schulden hat das Unternehmen gegenüber Gläubigern. Und je höher die Schulden, desto stärker ist wiederum die Abhängigkeit des Unternehmens.

Berechnung: $\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$

e) Umsatzrentabilität

Umsatzrentabilität (Umsatzrendite). Sie ist im Rahmen jeder Unternehmensanalyse von Bedeutung und gibt das prozentuale Verhältnis des Jahresüberschusses zum erzielten Umsatz an. Sie lässt somit erkennen, wie viel Cent Gewinn mit jedem €o Umsatz erwirtschaftet wurde.

Berechnung: $\frac{\text{Gewinn (nach Steuern)}}{\text{Umsatz}}$





2. BETEILIGUNGSBERICHT



2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen. Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen. Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Kreis Paderborn gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Der Kreistag des Kreises Paderborn hat am 06.09.2021 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Kommune gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen. Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Kreistag des Kreises Paderborn hat am 18.12.2023 den Beteiligungsbericht 2022 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtlichen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form des Kreises Paderborn. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche des Kreises Paderborn, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Paderborn durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Paderborn durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Paderborn insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Kommune. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Kommune die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Paderborn unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2024 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2020. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2023 aus.

Rechtliche Grundlagen für den Beteiligungsbericht

Rechtsgrundlage des Beteiligungsberichtes ist § 117 GO NRW. Inhaltlich gilt für die Erstellung des Beteiligungsberichtes § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

Der Beteiligungsbericht hat Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, so

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.



3. DAS BETEILIGUNGSPORTFOLIO DES KREISES PADERBORN



3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio im Jahr 2023

Im Jahr 2023 hat es verschiedene Änderungen in der unmittelbaren wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn gegeben:

Zugänge

Keine

Veränderung der Beteiligungsquote

Keine

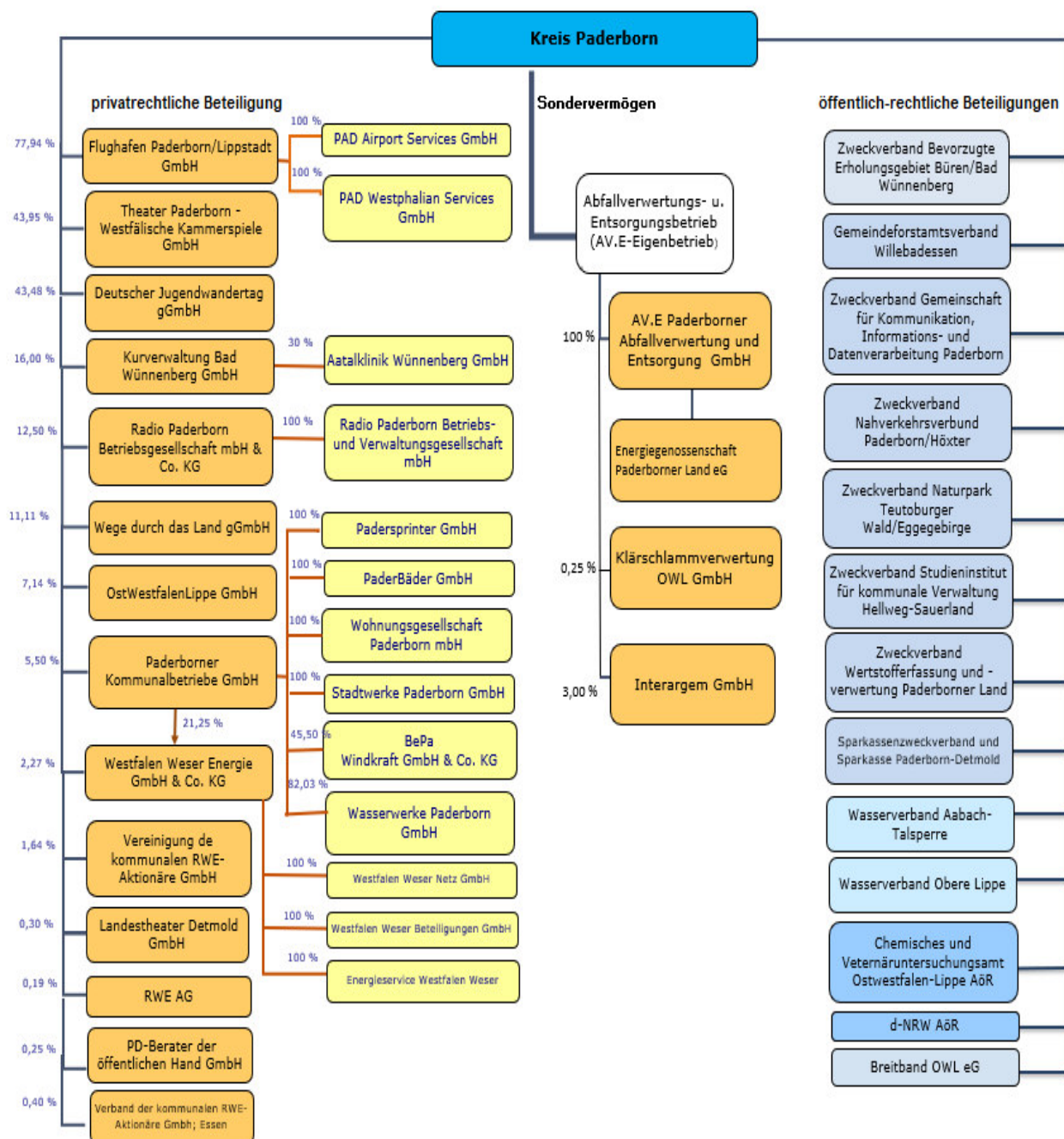
Abgänge

Deutsche Jugendwandertag 2020 gGmbH

Die Auszahlung des Restguthabens in Höhe von 2.555,30 € wurde vom Liquidator am 13.06.2024 gem. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 17.11.2021 zugunsten des Eggegebirgsvereins e.V. vorgenommen.

3.2 Beteiligungsstruktur

Der Kreis Paderborn war 2023 **unmittelbar** an 32 Unternehmen unmittelbar beteiligt.



Lfd. Nr.	Unternehmen	Jahresergebnis zum 31.12.2023	Höhe des Nennkapitals zum 31.12.2023	Anteil des Kreises Paderborn am Nennkapital		Beteiligungs- art
		T€	T€	T€	%	
1.	A.V.E. GmbH*	665	1.023	1.023	100,00	unmittelbar
2.	Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH	624	10.000	779	77,941	unmittelbar
3.	Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH	-5.430	26	11	43,95	unmittelbar
4.	Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH	*2	25	11	43,478	unmittelbar
5.	Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH	385	51	8	16,00	unmittelbar
6.	Radio Paderborn	30	520	65	12,50	unmittelbar
7.	Wege durch das Land gGmbH	66	99	11	11,11	unmittelbar
8.	OstWestfalenLippe GmbH	-71	29	2	7,15	unmittelbar
9.	Paderborner Kommunalbetriebe GmbH	-1.319	2.127	117	5,50	unmittelbar
10.	Interargem GmbH*	38.709	2.200	66	3,00	unmittelbar
11.	Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG	85.700	72.842	1.656	2,27	unmittelbar
12.	Landestheater Detmold GmbH	-997	3.000	9	0,30	unmittelbar
13.	PD -Berater der öffentlichen Hand GmbH	10.660	2.004	1<	0,25	unmittelbar
14.	Klärschlamm OWL GmbH	585	50	>1	0,25	unmittelbar
15.	RWE AG	744.000	1.731.000	3	0,171	unmittelbar
16.	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	*2	128	>1	0,40	unmittelbar

*Als Beteiligungen des A.V.E. Eigenbetriebes (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) werden die A.V.E. GmbH, Interargem GmbH und die Klärschlamm OWL GmbH sowie die Energiegenossenschaft eG im Folgenden als unmittelbare Beteiligungen betrachtet.

*2 Die Jahresabschlüsse wurden zum Stichtag noch nicht festgestellt. Daher können für die hier behandelte Gesellschaften keine Angaben zum Jahresergebnis gemacht werden.

Lfd. Nr.	Öffentlich-rechtliche Betriebe	Jahresergebnis zum 31.12.2023	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungs- art
		T€		absolut	%	
18.	Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn	804	24	24	100,00	unmittelbar
19.	Nahverkehrsverbund Paderborn/ Höxter*2	*2	19	13	68,42	unmittelbar
20.	GKD Paderborn*2	*2	39	11	28,21	unmittelbar
21.	Sparkasse Paderborn- Detmold	14.590	76	21	27,63	unmittelbar
22.	Sparkassenzweckverband	./.	./.			unmittelbar

23.	Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald/ Eggegebirge*2	*2	23	6	26,09	unmittelbar
24.	Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Büren/ Bad Wünnenberg*2	*2	13	3	23,08	unmittelbar
25.	Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland *2	*2	7	1	14,29	unmittelbar
26.	Zweckverband Wertstofffassung und –verwertung Paderborner Land	26	22	2	9,09	unmittelbar
27.	Gemeindeforstamtsverband Willebadessen*2	*2	806	15	1,86	unmittelbar

Lfd. Nr.	Wasserverbände	Jahresergebnis zum 31.12.2023	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungsart
		T€		absolut	%	
28.	Wasserverband Obere Lippe	0	15	11	73,33	unmittelbar
29.	Wasserverband Aabach-Talsperre	0	25	4	16,00	unmittelbar

Lfd. Nr.	Anstalten öffentlichen Rechts	Jahresergebnis zum 31.12.2023	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungsart
		T€		absolut	%	
30.	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe	4.681	14	1	7,14	unmittelbar
31.	d-NRW AÖR	0	13	0	0,081	unmittelbar

Lfd. Nr.	Andere Rechtsformen	Jahresergebnis zum 31.12.2023	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungsart
		T€		absolut	%	
32.	Breitband OWL*2	*2	10	1	10,00	unmittelbar

Die meisten **mittelbaren** Beteiligungen werden in tabellarischer Form wiedergegeben:

Anteilseigner: Flughafen Paderborn/ Lippstadt GmbH

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	PAD Airport Services GmbH	Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Serviceleistungen in Flughäfen, insb. Bodenabfertigung und Passagierhandling	25.000,00	25.000,00	100,00
2.	PAD Westphalian Ground Services GmbH	Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen nach den Vorgaben des Luftsicherungsgesetzes	25.000,00	25.000,00	100,00

Anteilseigner: RWE

Der Geschäftsbericht der RWE weist als Anteilsbesitz rund 1.100 Beteiligungen aus. Aufgrund der enormen Anzahl wurde auf eine einzelne Nennung an dieser Stelle verzichtet. Der Jahresabschluss 2023 der RWE AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft¹ bereitgestellt und weist auf den Seiten 17 - 50 den Anteilsbesitz der RWE AG aus.

Anteilseigner: Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Der Jahresabschluss 2023 der **Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG** weist den Anteilsbesitz der Gesellschaft als Anlage, die Bestandteil des Anhangs ist, wie folgt aus:

Ifd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	u = unmittelbar m = mittelbar	Anteil am Kapital %	beteiligt über	Eigen- kapital T€	Ergeb- nis T€	
1.	Westfalen Weser Netz GmbH, Paderborn	u	100,00		507	0	1)
2.	Energieservice Westfalen Weser GmbH, Kirchlegern	u	100,00		21	0	1)
3.	Westfalen Weser Beteiligungen GmbH, Paderborn	u	100,00		71	0	1)
4.	Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	u	100,00		39	1	
5.	Wassernetz-Servicegesellschaft mbH, Paderborn	m	50,00	1	335	11	2)
6.	GWAdriga GmbH & Co. KG, Berlin	m	21,00	1	697	-2.961	2)
7.	GWAdriga Verwaltungs GmbH, Berlin	m	21,00	1	24	-1	2)
8.	Blomberg Netz GmbH & Co. KG, Blomberg	m	49,00	1	5.222	98	2)
9.	Ostwestfalen Netz GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	74,90	1	4.349	1.036	2)
10.	Holzminden Netz GmbH & Co. KG	m	100,00	1	0	0	5)
11.	Westfälische Energie Effizienz GmbH, Kirchlegern	m	100,00	2	477	296	2)
12.	Naturgas Emmerthal GmbH & Co. KG, Emmerthal	m	71,43	2	465	-77	2)
13.	Nahwärmeversorgung Kirchlegern GmbH, Kirchlegern	m	50,00	2	462	125	2)
14.	Gesellschaft zur energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe mbH, Brakel	m	33,33	2	297	128	2)
15.	Wärmeservice Paderborn GmbH, Paderborn	m	50,00	2	157	-34	2)
16.	Mindener Wärme GmbH, Minden	m	49,00	2	10.099	403	2)
17.	AWP GmbH, Paderborn	m	100,00	3	547	254	4)
18.	EPOS Bioenergie Verwaltungs-GmbH, Herford	m	100,00	3	92	5	2)
19.	Westfalen Weser Energie 3. Vermögensverwaltungs-UG (haftungsbeschränkt), Herford	m	100,00	3	6	-9	2)
20.	AWINTO Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf	m	62,00	3	7.712	1.620	2)
21.	AWINTO Windportfolio GmbH, Düsseldorf	m	62,00	3	38	3	2)
22.	AWINTO Windpark Klosterkumbd GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	19	8.282	1.748	2)
23.	AWINTO Windpark Rayerschied GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	62,00	19	5	1.387	2)
24.	AWINTO Windpark Schönesseiffen GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	19	1.106	263	2)
25.	ABO Wind UW Hunsrück GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	38,75	21 und 22	27	4	3)
26.	Blomberger Versorgungsbetriebe GmbH/Westfalen Weser Beteiligungen GmbH GbR, Blomberg	m	50,00	3	666	-5	2)
27.	Bad Driburg-EEnergie-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bad Driburg	m	49,00	3	48	1	2)
28.	Wasser GmbH Salzhemmendorf, Salzhemmendorf	m	49,00	3	109	7	2)
29.	Bad Driburg-Solar GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	48,93	3	726	292	2)
30.	Stadtwerke Lage GmbH, Lage	m	45,00	3	9.589	1.453	2)
31.	Stadtwerke Hessisch Oldendorf GmbH, Hessisch Oldendorf	m	20,00	3	2.266	72	2)

¹ www.group.rwe/investor-relations/finanzberichte-praesentationen-videos/finanzberichte

32.	Stadtwerke Vlotho Stromnetz GmbH, Vlotho	m	24,90	3	3.299	128	2)
33.	Westfalen Weser Ladeservice GmbH, Paderborn	m	100,00	3	985	-15	2)

Legende:

1) Ergebnisabführungsvertrag

2) Zahlen 31.12.2022

3) Zahlen 31.12.2021 Jahresabschluss 2022 liegt noch nicht vor

4) Ergebnisabführungsvertrag Zahlen zum 31.12.2023

5) Vertrag über die Errichtung der Gesellschaft ist im Dez. 2023 notariell beurkundet worden, Eintragung in das Handelsregister erfolgt allerdings erst im Jahr 2024

Anteilseigner: Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Aatalklinik Wünnenberg GmbH	Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen	51.129,19	15.338,76	30,00

Anteilseigner: Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	persönlich haftende Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG und Übernahme dessen Geschäftsführung	25.600,00	25.600,00	100,00

Anteilseigner: Paderborner Kommunalbetriebe GmbH

Nr.	Name der Gesellschaft, Sitz		Eigenkapital	Anteil am Kapital	Jahresergebnis
	unmittelbare Beteiligung		T€	%	T€
1.	Wasserwerke Paderborn GmbH, Paderborn		21.486,2	82,027	0,0*
2.	PaderBäder GmbH,	Paderborn	16.566,9	100,0	0,0*
3.	PaderSprinter GmbH, Paderborn		11.763,3	100,0	0,0*
4.	Stadtwerke Paderborn GmbH, Paderborn		500,0	100,0	0,0*
5.	Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH, Paderborn		17.728,2	100,0	-542,4
6.	Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG, Paderborn		672.103,7	20,429	85.700,6
7.	BePa Windkraft GmbH & Co. KG, Paderborn		300	45,506	862,9
8.	Wärmeservice Paderborn GmbH, ** Paderborn		157,2	50,0	-33,6
	mittelbare Beteiligung beteiligt über				
9.	Wassernetz- Servicegesellschaft mbH, `` Paderborn	1.	334,5	5,0	10,6
10.	Egge-Wasserwerke GmbH, Paderborn	1.	2.634,0	33,3	0,0
11.	Gemeinschaftswasserwerke Boker-Heide GmbH, Paderborn	1.	26,1	33,3	0,0
12.	Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn mbH, Paderborn	3.	29,2	100,0	0,0 *

* es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

** den Angaben liegt der Jahresabschluss zum 31.12.2022 zugrunde

Anteilseigner: Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	A.V.E Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH	Abfallverwertung sowie Erzeugung und Vermarktung regenerativer Energien	1.022.583,76	1.022.583,76	100,00
2.	Interargem	Entsorgungsgeschäfte	2.200.000,00	66.000,00	3,00
3.	Klärschlamm OWL GmbH	Verwertung und Entsorgung der bei der Abwasserentsorgung und – aufbereitung anfallenden Abfälle	50.000,00	125,00	0,25

Anteilseigner: Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn (GKD)

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Dachverband kommunaler IT-Dienstleister KDN (Zweckverband)	Betrieb von Rechenanlagen, Daten- und Kommunikationsnetzen und IT-Diensten; Entwicklung, Einführung und Einpflegen von einzelnen Komponenten und IT-Diensten; Beratungsleistungen; Beschaffung von Hard- und Software; Schulungsleistungen und Dienstleistungen zur Einführung und zum Betrieb	/	/	3,33
2.	Zweckverband Ostwestfalen-Lippe-IT	technikunterstützende Informationsverarbeitung im Geschäftsfeld Rechenzentrum	/	/	50,00

Anteilseigner: Nahverkehrsverbund Paderborn/ Höxter

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Verbundgesellschaft/ Paderborn Höxter mbH (VPH)	Aufgaben im Bereich des ÖPNV auf Straße und Schiene; Einsatz von durchschnittlich ca. 300 Bussen täglich	26.000,00	3.640,00	14,29

Anteilseigner: Sparkassenzweckverband

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Sparkasse Paderborn - Detmold	Geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft	/	/	100,00

Anteilseigner: Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn (GKD)	Erbringen von Dienstleistungen als Beratungs-, Organisations-, Software- und Hardwareverbund	/	/	3,57



3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern Kreis Paderborn nach § 51 KomHVO NRW:

gegenüber		Kreis Paderborn	A.V.E. Eigenbetrieb	A.V.E. GmbH	Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH	NPH (Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter)
Kreis Paderborn	Forderungen		2.937,03	0,00	40,50	48,20
	Verbindlichkeiten		846,17	0,00	16.736,60	0,00
	Erträge		365.375,81	5.700,00	153.407,02	43.949,36
	Aufwendungen		97.442,32	0,00	2.077.864,03	3.582.817,00
A.V.E. Eigenbetrieb	Forderungen	285.563,73		7.991.491,93	0,00	0,00
	Verbindlichkeiten	16.150,61		37.414,01	0,00	0,00
	Erträge	304.375,18		254.182,33	0,00	0,00
	Aufwendungen	374.978,20		31.575,38	0,00	0,00
A.V.E. GmbH	Forderungen	8.034,92	37.414,01		0,00	0,00
	Verbindlichkeiten	5.700,00	7.991.491,93		0,00	0,00
	Erträge	36.233,35	31.575,38		0,00	0,00
	Aufwendungen	6.150,00	254.182,33		0,00	0,00
Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH	Forderungen	41.972,16	0,00	0,00		0,00
	Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00		0,00
	Erträge	2.099.811,45	0,00	0,00		0,00
	Aufwendungen	151.937,52	0,00	0,00		0,00
NPH (Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter)	Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	Verbindlichkeiten	1.140,90	0,00	0,00	0,00	
	Erträge	3.582.817,00	0,00	0,00	0,00	
	Aufwendungen	47.766,76	0,00	0,00	0,00	

Die genaue Zusammensetzung der einzelnen Beträge sind in den Einzeldarstellungen erläutert.

3.4 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2022

Der Kreis Paderborn war 2023 unmittelbar an 32 Unternehmen und mittelbar an verschiedenen Unternehmen beteiligt.

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Paderborn einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Kommune mehr als 50,0 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt,
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich u.a. um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt des Kreises Paderborn geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 104 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung zum Kreis Paderborn zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen des Kreises Paderborn gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb des Kreises Paderborn dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich nachrichtlich ausgewiesen.



4. EINZELDARSTELLUNG DER BETEILIGUNGEN IN PRIVATER UND ÖFFENTLICHER RECHTSFORM



4.1 Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH

4.1.1 Basisdaten

Flughafen Paderborn/ Lippstadt GmbH

Flughafenstraße 33

33142 Büren

Tel.: 02955/77-0, Fax: 02955/77-147, Internet: www.airport-pad.com

Gründungsdatum: 13. Oktober 1969

4.1.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Errichtung und der Betrieb des Flughafens Paderborn / Lippstadt sowie der Erwerb des dafür benötigten Geländes. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck erreicht und gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich unter den Voraussetzungen des § 108 Abs. 6 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) an ihnen beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten. Ferner ist die Gesellschaft verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

4.1.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck des Unternehmens besteht darin, für den Flugverkehr einen leistungsgerechten Flughafen bereitzustellen und zu betreiben.

4.1.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 10 Mio. € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	€	%
Kreis Paderborn	7.794.100,00	77,941
Kreis Soest	1.225.500,00	12,255
Hochsauerlandkreis	392.200,00	3,922
Kreis Höxter	392.200,00	3,922
IHK Ostwestfalen zu Bielefeld	156.800,00	1,568
IHK zu Detmold	39.200,00	0,392
Gesamt	10.000.000,00	100,0000

4.1.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH ausgewiesenen Erträge in Höhe von 153.407,02 € setzen sich zusammen aus Personalkostenerstattungen aus dem Projekt „FastGate“ (138.115,44 €), Entgelten für die Ausbildung zum Notfallhelfer NRW (4.290,00 €), Bauaufsichtsgebühren (6.120,00 €), Entgelte für Leistungen der Kreisfeuerwehrzentrale (4.616,38 €) sowie Sonstiges (265,20 €). Dem stehen auf Seite der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH Aufwendungen in Höhe von 151.937,52 € gegenüber.

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH ausgewiesenen Aufwendungen in Höhe von 2.077.864,03 € setzen sich zusammen aus der finanziellen Beteiligung an hoheitlichen Tätigkeiten (1.987.500,00 €), der Miete für Büroräume und Lagerhalle (69.223,33 €), Nutzung von Räumlichkeiten für Aus- und Fortbildung, Workshops, Catering (16.104,99 €) sowie sonstiger Aufwendungen (5.035,71 €). Dem stehen auf Seite des Flughafens Erträge in Höhe von 2.099.811,45 € gegenüber. Die Abweichung ist auf die unterschiedliche Zuordnung zwischen den Wirtschaftsjahren zurückzuführen.

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH ausgewiesenen Forderungen in Höhe von 40,50 € setzen sich zusammen aus Säumniszuschlägen (17,50 €) sowie Mahngebühren (23,00 €). Demgegenüber weist die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH Verbindlichkeiten in Höhe von 0,00 € aus. Hintergrund ist, dass der Säumniszuschlag sowie die Mahngebühren durch den Kreis Paderborn im Januar 2024 storniert wurden.

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 16.736,60 € setzen sich zusammen aus Entgelten für Raumnutzung (17.848,48 €) sowie Gutschriften im Rahmen der Nebenkostenabrechnungen (-1.111,88 €). Demgegenüber weist die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH Forderungen in Höhe von 41.972,16 € aus. Die Abweichung ist auf die unterschiedliche Zuordnung zwischen den Wirtschaftsjahren zurückzuführen.

4.1.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	28.992.749,88	30.562.392,02	-1.570
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	150.977,14	137.642,09	13
II. Sachanlagen	28.791.772,74	30.374.749,93	-1.583
III. Finanzanlagen	50.000,00	50.000,00	0
B. Umlaufvermögen	9.819.459,87	8.434.739,86	1.385
I. Vorräte	379.642,39	448.715,94	-69
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.639.612,37	2.856.016,13	-216
III. Flüssige Mittel	6.800.205,11	5.130.007,79	1.670
C. Rechnungsabgrenzungsposten	126.567,26	107.225,08	19
Summe Aktiva	38.938.777,01	39.104.356,96	-166
Passiva			
A. Eigenkapital	30.818.643,28	30.205.013,41	614
I. Gezeichnetes Kapital	10.000.000,00	10.000.000,00	0
II. Kapitalrücklage	276.859,61	276.859,61	0
III. Gewinnrücklagen	19.928.153,80	19.465.653,55	463
IV. Jahresüberschuss / -fehlbetrag	613.629,87	462.500,25	151
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.293.232,51	2.787.406,59	-494
C. Rückstellungen	1.165.142,53	981.517,75	184
D. Verbindlichkeiten	4.624.675,36	5.083.335,92	-459
E. Rechnungsabgrenzungsposten	37.083,33	47.083,29	-10
Summe Passiva	38.938.777,01	39.104.356,96	-166

4.1.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	29.751.797,99	27.891.446,74	1.860
2. sonstige betriebliche Erträge	3.493.868,80	3.778.668,92	-285
	-	-	
3. Materialaufwand	20.954.021,89	21.016.478,18	62
	-	-	
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	12.464.781,23	14.370.563,66	1.906
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-8.489.240,66	-6.645.914,52	-1.843
4. Personalaufwand	-5.285.918,85	-4.772.199,22	-514
a) Löhne und Gehälter	-4.249.325,29	-3.959.104,17	-290
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-1.036.593,56	-813.095,05	-223
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-2.853.414,25	-2.975.991,37	123
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.726.805,61	-2.504.848,18	-1.222
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	411.342,07	204.550,09	207
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.356,23	8.750,86	5
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-107.274,44	-21.965,29	-85
10. Ergebnis nach Steuern	742.930,05	591.934,37	151
11. Sonstige Steuern	-129.300,18	-129.434,12	0
12. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	613.629,87	462.500,25	151

4.1.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	79	77	2
Eigenkapitalrentabilität	2	2	0
Anlagendeckungsgrad 2	126	119	8
Verschuldungsgrad	19	20	-1
Umsatzrentabilität	2	2	0

4.1.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag 31.12.2023 beschäftigt die Gesellschaft 65 Vollzeit-, 8 Teilzeitbeschäftigte (2022: 110 MA).

4.1.10 Geschäftsentwicklung

Nachdem sich der Luftverkehr mit dem allmählichen Auslaufen der Pandemie bereits seit Mitte des Jahres 2021 und dann besonders im Jahr 2022 deutlich zu erholen begonnen hatte, war das Berichtsjahr 2023 aus unserer Sicht nichtmehr von pandemiebedingten Einschränkungen oder Nachwirkungen geprägt. Die Verkehrszahlen erholten sich auf 104 % und lagen damit über dem Vor-Pandemie-Niveau. Dies spiegelte sich auch in den Erlösen wider und führten zu einer weiteren Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Bei einem sehr großen Teil der Kostenpositionen handelt es sich um Fixkosten, die durch die Bereitstellung und den Erhalt der Infrastruktur sowie die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft des Verkehrsflughafens entstehen.

Die Erlöse der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH lassen sich grundsätzlich in die fünf Gruppen

- Aviation
- Non Aviation
- Treibstoffverkauf
- Sonstige Umsatzerlöse und
- Sonstige betriebliche Erträge

einteilen.

Die Aviation-Erlöse, wie z.B. Anflug- und Landeentgelte sowie der Treibstoffrohertrag werden maßgeblich von der Entwicklung des Linien- und Touristikflugverkehrs mit größerem Fluggerät beeinflusst.

Die Non AVIATION-Erlöse; die z.B. durch das Parkgeschäft und die Vermietung von Einzelhandels-, Gastronomie- und sonstigen Gewerbeflächen erzielt werden, sind zum Großteil ebenfalls verkehrsabhängig. Damit hat die Luftverkehrsentwicklung, auf den größten Teil der Erlöse der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH unmittelbare Auswirkungen.

Wie oben bereits erläutert, konnte im Jahr 2023 die bereits im Vorjahr zu beobachtende sehr deutliche Erholung des Luftverkehrs am Flughafen Paderborn/Lippstadt fortgesetzt werden. In der Folge steigen sowohl die Aviation- als auch die Non Aviation-Erlöse im Vergleich zu den beiden Vorjahren nochmals spürbar an.

Der Interkontinentalverkehr verzeichnete mit 30,4 % auf 38 Mio. Passagiere das stärkste Wachstum gegenüber dem Vorjahr, lag jedoch wie vor um 12,7 % unter dem Niveau von 2019.

Darstellung des Flugbetriebes am Flughafen Paderborn/Lippstadt

Die Fluggastzahlen sind im Geschäftsjahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um rund 44 % auf 723.355 Fluggäste gestiegen, 631.665 der Fluggäste generierte der Touristikflugverkehr, 86.526 der Linienflugverkehr und 5.164 die allgemeine Luftfahrt.

Mit 37.609 liegt die Anzahl der Gesamtflugbewegungen leicht unter dem Vorjahresniveau, wobei jedoch die erlös- und volumenrelevanten Linienflugbewegungen (1.417) mit 50,1 % und die Touristikflugbewegung (4.015) mit 36,8 % eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr verzeichnen können.

Der Erholungsgrad gegenüber dem Vor-Pandemie-Jahr 2019 lag mit 104 % deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 79 %.

Personal- und Sozialbereich

Der von der weltweiten Pandemie ausgeloste erhebliche Einbruch des Verkehrsaufkommens und der daraus resultierende geringere Personalbedarf hatte im Jahr 2021 einen sehr deutlichen Personalabbau nötig gemacht, der im Zuge eines Planinsolvenzverfahrens umgesetzt wurde.

Im Jahr 2022 hatte es vor dem Hintergrund, dass einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Zuge der Unternehmenssanierung eine Kündigung erhalten hatten, dagegen Kündigungsschutzklage eingereicht hatten, noch einige Verhandlungstermine vor dem Arbeitsgericht gegeben. Ein Großteil dieser Verfahren war seinerzeit auf dem Vergleichswege beendet worden, mit einigen wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde das Arbeitsverhältnis fortgesetzt.

Im Berichtsjahr 2023 gab es innerhalb der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH keine wesentlichen Personalveränderungen mehr.



Mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft Komba steht die Geschäftsleitung in einem regelmäßigen vertrauensvollen und konstruktiven Austausch.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Das Berichtsjahr 2023 war im Gegensatz zum Vorjahr nicht mehr durch die Pandemie beeinflusst. Nachdem sich bereits im Jahr 2022 die Verkehrszahlen deutlich auf über 500.000 Passagiere gesteigert hatten, konnte diese Erholung im Jahr 2023 auf mehr als 720.000 Passagiere fortgesetzt werden. Die Umsatzerlöse betrugen 29.752 T€. Die Erlöse im Bereich Aviation beliefen sich inklusive Treibstoffverkauf auf 23.231 T€. Im Geschäftsbereich Non-Aviation betrugen die Erlöse 6.521 T€. Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Berichtszeitraum 3.494 T€. Der Materialaufwand (ohne Treibstoffeinkauf) betrug 9.232 T€. Der Personalaufwand belief sich auf 5.286 T€. Die Abschreibungen beliefen sich im Berichtszeitraum auf 2.853 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 3.727 T€. Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betrugen 107 T€. Unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (Grund- und Kfz-Steuern) in Höhe von 129 T€ ergibt sich ein positives Geschäftsjahresergebnis von 614 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Die Rückstellungen zum 31.12.2023 belaufen sich auf 1.165 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt 79,15 % (2022: 77,24 %). Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von 1.307 T€ getätigt. Diese wurden vollständig aus den laufenden Mitteln finanziert. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 74,46 % (2022: 78,16%) der Bilanzsumme. Im Berichtsjahr ergibt sich ein Finanzmittelbestand zum 31.12.2023 in Höhe von 6.800 T€.

Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Weiterbetrieb des Flughafens nach Abschluss der Unternehmenssanierung

Im Zuge eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung in der Zeit vom 01.12.2020 bis zum 30.04.2021 wurde eine Unternehmenssanierung umgesetzt, die zu einer deutlichen Reduktion der Fixkosten, insbesondere im Personalbereich, führte.

Schon im Laufe des Jahres 2021 waren die pandemiebedingten Einschränkungen teilweise gelockert worden, so dass neben der Allgemeinen Luftfahrt auch der Linien- und Touristikflugverkehr wieder anlaufen konnten. Gerade im Touristikflugverkehr zeigte sich schnell eine rückkehrende Nachfrage, die zu guten Ladefaktoren auf den angebotenen Flügen führte, so dass bereits im Jahr 2022 wieder mehr als 500.000 Fluggäste gezählt werden konnten. Diese Entwicklung konnte auch im Berichtsjahr 2023 fortgeführt werden, so dass die Anzahl der Fluggäste über 720.000 anstieg und damit um 4% über dem Vor- Pandemie-Jahr 2019 lag.

Auf Basis der aktuellen Planungen der Fluggesellschaften und Reiseveranstalter wird für das Jahr 2024 mit einer weiteren Steigerung der Fluggastzahlen gerechnet.

Künftige Finanzierung der Flugsicherungskosten

Bereits im Jahr 2021 konnte ein Durchbruch bei der seit langem angestrebten Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund erreicht werden. Das Luftverkehrsgesetz wurde geändert, so dass nunmehr auch der Flughafen Paderborn/Lippstadt seit September 2021 von dieser Kostenentlastung profitiert.

Neben der Reduktion der fixen Personalkosten trägt diese Maßnahme erheblich zur Absenkung der Fixkosten bei. Ohne die Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund, würde ohne Berücksichtigung der bisher vereinnahmten Abflugentgelte und abhängig von der Intensität des Flugbetriebes eine Unterdeckung in einer Größenordnung zwischen 1,7 und 2,0 Mio. € verbleiben.

Chancen und Risiken aus dem Flugverkehrsgeschäft

Nach der erfolgten Sanierung der Gesellschaft durch das Planinsolvenzverfahren sehen wir folgende wesentliche Chancen und Risiken.

Bereits im Laufe der Jahre 2022 und 2023 zeigte sich sehr deutlich, dass die Nachfrage im Touristikflugverkehr nach der Aufhebung der pandemiebedingten Beschränkungen nach wie vor in großem Umfang vorhanden ist. Die Reiseveranstalter und touristischen Fluggesellschaften haben ihr Sitzplatzangebot nach und nach wieder stark ausgebaut, so dass die Kapazität während der Sommerferien NRW 2022 schon fast das Niveau von 2019 erreicht hatte. Im Berichtsjahr 2023 lag die Anzahl der Fluggäste während der Sommerflugplanperiode zum Teil sogar deutlich über dem Niveau des Jahres 2019. Auch die Allgemeine Luftfahrt erweist sich als sehr robust. Innerhalb dieses Segments hatte die sog. Business Aviation, also die individuelle Reisetätigkeit mit Geschäftsreiseflugzeugen, im Jahr 2022 ein deutliches Wachstum gegenüber dem Vor-Pandemie-Jahr 2019 verzeichnet. Auch wenn dieser Trend im Berichtsjahr 2023 etwas rückläufig war, lag die Anzahl der Flugbewegungen von kleineren Geschäftsreiseflugzeugen immer noch um 5,4 % über dem Niveau von 2019.

Im ebenfalls geschäftsreiselastigen Linienflugverkehr nach München zeigte sich hingegen bis zum Frühjahr des Berichtsjahres 2023 noch ein anderes Bild. So lag die Auslastung der bis dato zweimal pro Tag bedienten Strecke bis zum Ende des Winterflugplans 2022/23 noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau.

Insgesamt lässt sich im deutschen Markt ein Rückgang des innerdeutschen Flugverkehrs beobachten. Geschäftsreisen scheinen zum Teil durch in der Pandemie weiterentwickelte digitale Kommunikationsformen ersetzt zu werden. Hier besteht ein gewisses Risiko, dass das Geschäftsreisevolumen das Vorkrisenniveau erst mittel- bis langfristig oder gar nicht wieder erreichen wird. Seit Anfang April 2023 können wir allerdings wieder eine deutliche Verbesserung der Auslastung auf der München-Strecke beobachten. Nach unseren Beobachtungen steigt dabei der Anteil der Privatreisenden an. Diese positive Entwicklung setzte sich im gesamten Berichtsjahr 2023 fort, so dass Lufthansa entschieden hat, mit dem Wechsel zum Sommerflugplan 2024 ab April wieder drei tägliche Verbindungen von und nach München anzubieten.

Für den Touristikflugverkehr sahen wir in der ersten Hälfte des Berichtsjahres noch ein Risiko aus den Preisentwicklungen an den Energiemärkten und der seinerzeit noch relativ hohen Inflation, da die zusätzlichen Belastungen für die privaten Haushalte zu einer reduzierten Nachfrage bei Reiseprodukten hatten führen können. Im Jahresverlauf konnte ein Nachfragerückgang jedoch nicht beobachtet werden. Abgesehen davon hat sich die Lage an den Energiemärkten mittlerweile deutlich entspannt und auch die Inflation ist wieder auf ein niedrigeres Niveau gesunken.

Chancen bieten die noch nicht ausgeschöpften Potentiale bei bisher nicht bedienten touristischen und ethnischen Destinationen. So ergeben entsprechende Analysen, dass insbesondere Ziele in Südeuropa (z.B. spanisches Festland, Kanarische Inseln, Kroatien etc.) derzeit nicht oder nicht ausreichend bedient werden, obwohl eine erhebliche Reisetätigkeit aus unserer Region zu diesen Zielen festgestellt werden kann, derzeit jedoch benachbarte Flughäfen dafür genutzt werden. Die seit Frühjahr 2023 von der Ryanair neu angebotenen Strecken nach Alicante und Malaga haben sich während der vergangenen Sommerflugplanperiode gut entwickelt.

Eine Chance für den Flughafen Paderborn/Lippstadt kann sich auch aus operativen Herausforderungen der größeren Flughäfen ergeben. Während der Pandemie haben sich viele Arbeitskräfte hin zu anderen Branchen orientiert, was dort beim Wiederanlaufen des Verkehrs zu großen Personalengpässen führte. In Verbindung mit dem demographischen Wandel und dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge im Laufe der kommenden Jahre, ist zu erwarten, dass große Standorte ihren Personalbedarf nur schwer decken können und insofern auch aus dieser Sicht an Kapazitätsgrenzen stoßen werden. Auch Fluggesellschaften machen die Erfahrung, dass die operativen Abläufe an kleineren Standorten reibungsloser und damit

verzögerungsfreier ablaufen. Vor diesem Hintergrund gewinnen kleinere Standorte sowohl für Endkunden als auch für Systempartner an Attraktivität.

Nicht zuletzt die 24-stündige Öffnungszeit des Flughafens stellt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Flughäfen dar, aus dem sich Wachstumschancen ergeben.

Künftige Entwicklung

Wie oben bereits erläutert, entwickeln sich die Allgemeine Luftfahrt und der Touristikflugverkehr seit zweieinhalb Jahren und der Linienflugverkehr nach München seit einem Jahr wieder sehr positiv. Die Luftverkehrsnachfrage der Region wird derzeit durch unseren Flughafen noch nicht vollständig bedient. Zusätzliche Verkehre sollen durch die Abschöpfung der Potentiale bisher nicht oder nicht ausreichend bedienter Ziele generiert werden.

Daher finden fortlaufend Verhandlungsgespräche auch mit Fluggesellschaften statt, mit denen der Flughafen Paderborn/Lippstadt bisher noch nicht kooperiert. Die Streckenaufnahmen nach Malaga, Alicante und Palma durch die Fluggesellschaft Ryanair mit Beginn des Sommerflugplans 2023 sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Erfolg. Für die kommenden Jahre werden bei einer weiteren Erholung der Verkehrszahlen und einem moderaten Wachstum, einer Fortführung der Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund sowie der Übernahme der Kosten für hoheitliche Aufgaben durch die kommunalen Gesellschafter, insbesondere für die Flughafenfeuerwehr, ausgeglichene Jahresergebnisse angestrebt. Die Fluggastzahlen sollen bis 2025 auf ein Niveau von 800.000 gesteigert werden.

4.1.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Roland Hüser, Paderborn (ab 08/2021)

Gesellschafterversammlung

Seit 2021 sind die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung die Herren Kreistagsabgeordneten Bernd Langer und Carsten Birkelbach sowie Herr Dezernent Tiemann.

Aufsichtsrat

Name	
Landrat Christoph Rüther (Vorsitzender)	Kreis Paderborn
Ingo Tiemann	Kreis Paderborn
Carsten Birkelbach	Kreis Paderborn
Meinolf Päscher	Kreis Paderborn
Christoph Neesen	Kreis Paderborn
Wolfgang Weigel	Kreis Paderborn
Verena Maria Haese	Kreis Paderborn
Landrat Dr. Schneider (stellv. Vorsitzender)	Hochsauerlandkreis
Landrätin Eva Irrgang	Kreis Soest
Matthias Ruthemeyer	Kreis Soest
Landrat Michael Stickeln	Kreis Höxter
Petra Pigerl-Radtke	IHK Bielefeld
Heiko Gellmann	IHK Bielefeld

Svenja Jochens	IHK Lippe
Andreas Henkel	IHK Lippe
Stefan Sievers	IHK Lippe

4.1.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören vier Frauen an (Frauenanteil: 25 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

4.1.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.1.14 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
PAD Airport Services GmbH, Büren	100,00
PAD Westphalian Ground Services GmbH, Büren	100,00

PAD Airport Services GmbH

Zweck / Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Serviceleistungen in Flughäfen, insbesondere Bodenabfertigung und Passagierhandling. Das Ziel der Beteiligung ist im Zusammenhang mit der Muttergesellschaft zu sehen. Gegenstand der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH ist u. a. der Betrieb des Flughafens Paderborn / Lippstadt. Zur Erreichung dieses Zieles ist die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH auch berechtigt, Unternehmen zu errichten, wovon die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH mit der Gründung der PAD Airport Services GmbH auch Gebrauch gemacht hat.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck des Unternehmens besteht darin, Dienstleistungen für die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH zu erbringen, die wiederum den Flughafen betreibt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	22.354,00	16.805,00	6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	1,00	0
II. Sachanlagen	22.353,00	16.804,00	6
B. Umlaufvermögen	189.322,44	307.796,02	-118
I. Vorräte	17.574,02	4.705,42	13
II. Forderungen /sonstige Vermögensgegenstände	313,50	19.443,88	-19
III. Flüssige Mittel	171.434,92	283.646,72	-112
C. Rechnungsabgrenzungsposten	272,57	641,28	0
Summe Aktiva	211.949,01	325.242,30	-113
Passiva			
A. Eigenkapital	25.000,00	25.000,00	0
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0
B. Rückstellungen	55.916,37	42.707,49	13
C. Verbindlichkeiten	131.032,64	257.534,81	-127
Summe Passiva	211.949,01	325.242,30	-113

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
1. Umsatzerlöse	2.291.333,79	1.936.102,40	355
2. sonstige betriebliche Erträge	14.899,68	10.511,54	4
3. Materialaufwand	40.669,20	38.609,15	2
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	38.699,90	33.286,88	5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.969,30	5.322,27	-3
4. Personalaufwand	1.568.157,98	1.400.387,41	168
a) Löhne und Gehälter	1.311.458,13	1.175.902,93	136
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	256.699,85	224.484,48	32
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	12.920,86	5.652,62	7
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	290.936,70	354.541,74	-64
7. Ergebnis nach Steuern	393.548,73	147.423,02	246
8. Sonstige Steuern	531,00	692,00	0
9. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführte Gewinne	393.017,73	146.731,02	246
10. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0

Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand setzt sich im Berichtsjahr zusammen aus 6,5 Vollzeit- und 46,5 Teilzeitbeschäftigten (VJ.:6 bzw. 43).

Leistungen der Beteiligung

- I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
1. des Geschäftsverlaufs

Die PAD Airport Services GmbH wurde am 03.01.2013 als 100-prozentige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Servicedienstleistungen in Flughäfen, insbesondere Bodenabfertigung und Passagierhandling.

Der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH gelang im Jahr 2023 ein starkes Wachstum. Die Passagierzahlen steigerten sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 40 Prozent. Bereits vor der eigentlichen Saison gab es Zusatzflüge aufgrund von Streiks an benachbarten Flughäfen, die erfolgreich abgefertigt werden konnten.

Die PAD Airport Services GmbH (PASG) verantwortete auch im Jahr 2023 die Passagierabfertigung, das General Aviation Terminal, die Warenannahme und die Frachtabfertigung. Des Weiteren übernimmt die PASG wieder die Serviceleistung Terminal Service Agent, die Besetzung der Information, weitere Dienste rund ums Terminal, den Kundendialog, die Flughafenführungen und Unterstützung im Bereich Marketing. Im Jahr 2023 umfasste der Aufgabenbereich der PAD Airport Services GmbH erstmalig auch das Management der Verkaufsautomaten. Alle Tätigkeiten konnten trotz weiterhin angespannter personeller Situation erfolgreich durchgeführt werden.

2. Personal- und Sozialbereich

Die positiven Schlagzeilen und die Präsenz des Paderborn/Lippstadt Airport in der Region sorgen für ein positives Image als Arbeitgeber. Gepaart mit der Erhöhung der Stundensätze für einige Bereiche, wird die Personalakquise damit erleichtert. Dennoch gab es auch im Jahr 2023 nicht genug Potential am Arbeitsmarkt und auch am eigenen Standort ist die Konkurrenz so groß, dass es in der Hochsaison, vor allem in der Urlaubszeit einige Engpässe zu bewältigen gab.

Es kann durchaus ein weiterer Anstieg der Personalkosten durch Lohnsteigerungen (Mindestlohn, Lohn-Ersatzleistungen etc.) und Einstellungen und Schulungen prognostiziert werden. Eine Steigerung der Personalkosten liegt auch darin begründet, dass es immer mehr Schulungsvorgaben gibt. Diese können durch gut qualifiziertes Personal in Eigenregie durchgeführt werden, so dass die Kosten für externe Schulungen geringgehalten werden können, jedoch schlagen sich die vielen Stunden, die Aus- und Weiterbildung in Anspruch nimmt natürlich in zusätzlichen Kosten für Arbeitsstunden wider. Im Geschäftsjahr 2023 beschäftigt Die PASG 30,05 FTE bei durchschnittlich 56 Mitarbeitern (VJ: 29,7 FTE bei durchschnittlich 53 Mitarbeitern).

II. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Ertragslage

Seit Gründung der PASG resultiert der Großteil der Umsatzerlöse aus dem Dienstleistungsvertrag mit der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Die Umsatzerlöse von T€ 2.291 (VJ: T€ 1.936) entfallen in erster Linie mit T€ 631 (VJ T€ 571) auf Sicherheitsleistungen, mit T€ 1.103 (VJ T€ 725) auf die Passagierabfertigung, mit T€ 150 (VJ T€ 120) auf die personelle Besetzung der Flughafeninformation sowie mit T€ 181 (VJ T€ 112) auf die Serviceeinrichtung Terminal Service Agent.

Die Sonstigen Erlöse T€ 226 (VJ T€ 408) bestehen aus Leistungen im Bereich Luftfracht, Bewachung der Luftsicherheitsgrenze sowie die Besetzung der Ausweisstelle und Tätigkeiten im Non-Aviation Bereich, wie z.B. Durchführung des Kundendialogs und Schulungen.

Aufwandseitig bestimmen im Wesentlichen die Personalaufwendungen von T€ 1.568 (VJ T€ 1.400) die Ertragslage.

Des Weiteren Aufwendungen für Mieten für die Abfertigungsflächen im Terminal, die an die Muttergesellschaft gezahlt werden T€ 188 (VJ T€ 245). Von den Kosten für Buchführung, IT-Betreuung, Rechtsberatung und Prüfungskosten, sind von T€ 45 (VJ T€ 46) ca. T€ 20 an die Muttergesellschaft für Buchführung und IT-Leistungen gezahlt worden.

Das Jahresergebnis von T€ 393 wurde entsprechend des Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft abgeführt.



2. Vermögens- und Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Investitionen des Berichtsjahres betreffen im Wesentlichen die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Weitere, zur Erbringung der Dienstleistung benötigten Vermögensgegenstände werden von der Muttergesellschaft angemietet. Die Eigenkapitalquote von rd. 12 % ist vor dem Hintergrund der Geschäftstätigkeit als zufriedenstellend anzusehen.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die wirtschaftliche Entwicklung der PASG ist nach wie vor von der Entwicklung des Flugbetriebs am Standort und der damit verbundenen Auftragserteilung der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH abhängig. Auf der Abhängigkeit zum Mutterunternehmen beruhend, gelten als Basis für die Prognose des nächsten Geschäftsjahres die Annahmen der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH bezüglich der Passagierzahl und des Verkehrsaufkommens, sowie die Risikobeurteilung und der Prognosebericht somit auch für die PASG.

Durch einen flexiblen kostengünstigen Personalkörper, trotz steigender Lohnkosten und notwendigen Qualifikationen und nicht zuletzt Loyalität dem Standort gegenüber, schnell auf Veränderungen reagieren zu können ist die Herausforderung, um Erfolg zu garantieren. Die Kombination dieser Faktoren zu erreichen ist da Ziel, um weiterhin zum Prosperieren des Flughafens beizutragen.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführerin: Frau Nadja Bliss

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages hat die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH in dem in § 90 AktG genannten Umfang zu berichten.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH und der PAD Airport Services GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, wonach die PAD Airport Services GmbH die Verpflichtung hat, das jeweilige Jahresergebnis an die Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH abzuführen.

Zwischen der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH und der PAD Airport Services GmbH besteht ein Dienstleistungsvertrag über die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Passagierabfertigung und von Sicherheitsleistungen sowie die personelle Besetzung der Flughafeninformation, der Serviceeinrichtungen TSA, des Kundendialogs sowie über die Dienstleistungen „Terminal Beauftragter“ und der Betreuung des Reisebüros.

Zwischen der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH und der PAD Airport Services GmbH besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag über die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Buchhaltung, IT-Betreuung, elektronische Betreuung, Brandschutzbetreuung sowie sonstiger Leistungen.

PAD Westphalian Ground Services GmbH

Beteiligungsziel und Unternehmenszweck

Gegenstand der GmbH sind sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Flughafenbetrieb sowie mit dem vorgenannten Unternehmenszweck im Zusammenhang stehende Umfeldleistungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bis auf weiteres ist die Gesellschaft operativ nicht tätig, sodass die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks derzeit nicht gegeben ist.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist ein 100 %-ige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	28.254,00	56.077,00	-28
B. Umlaufvermögen	403.599,05	280.078,90	124
I. Vorräte	19.198,87	26.330,35	-7
II. Forderungen	356.011,02	215.640,76	140
III. Flüssige Mittel	28.389,16	38.107,79	-10
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.044,26	662,95	2
Summe Aktiva	434.897,31	336.818,85	98
Passiva			
A. Eigenkapital	13.031,15	13.031,15	0
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0
II. Gewinn-/ Verlustvortrag	-11.968,85	-11.968,85	0
B. Rückstellungen	64.184,68	8.520,00	56
C. Verbindlichkeiten	357.501,48	315.267,80	42
D. Rechnungsabgrenzungsposten	180,00	0,00	0
Summe Passiva	434.897,31	336.818,95	98

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr in T€
1. Umsatzerlöse	2.997.141,74	1.361.270,84	1.636
2. Gesamtleistung	2.997.141,74	1.361.270,84	1.636
3. sonstige betriebliche Erträge	54.173,42	24.431,88	30
4. Materialaufwand	-2.456,65	-1.682,99	-1
5. Rohergebnis	3.048.858,51	1.384.019,73	1.665
6. Personalaufwand	-2.171.029,46	-986.008,90	-1.185
a) Löhne und Gehälter	-1.772.620,16	-803.841,55	-969
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-398.409,30	-182.167,35	-216
7. Abschreibung	-16.471,65	-28.469,46	12
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-842.176,77	-311.498,59	-531
9. Betriebsergebnis	19.180,63	58.042,78	-39
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-142,51	-23,71	0
11. Finanzergebnis	-142,51	0,00	0
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-513,78	0,00	-1
13. Ergebnis nach Steuern	18.524,34	58.019,07	-39
14. Sonstige Steuern	-200,00	-200,00	0
15. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	18.324,34	-57.819,97	76
16. Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0

Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand setzt sich im Berichtsjahr zusammen aus 26 Vollzeit- und 47 Teilzeitbeschäftigten (Vj: 2 bzw. 32).

Leistungen der Beteiligung

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft wurde am 20.08.2013 unter der Firmierung „PAD Security Services GmbH“ als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH gegründet. Am 03.02.2021 erfolgte die Änderung in „PAD Services GmbH“, am 01.09.2022 in „Westphalian Ground Services GmbH“.

Laut Gesellschaftsvertrag vom 03.02.2021 ist „Gegenstand des Unternehmens sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Flughafenbetrieb sowie dem vorgenannten Unternehmenszweck im Zusammenhang stehende Umfeldleistungen“.

Seit Februar 2022 führt die Gesellschaft im Auftrag der Flughafengesellschaft die Flugzeugabfertigung durch. Beschränkte sich die Tätigkeit zunächst nur auf die Be- und Entladung, wurden nach und nach weitere Aufgaben wie die Tätigkeiten Ramp-Agent und Vorfeldkoordination übernommen.

Im Jahr 2023 wurden das bestehende Geschäft in den Bereichen Bodenabfertigung weiter etabliert und die Prozesse gefestigt. Im Mai 2023 hat die Westphalian Ground Services GmbH die einzige Mietwagenstation am Flughafen Paderborn/Lippstadt eröffnet. Die Sixt Agentur leistet einen wichtigen Beitrag zum Geschäftsreiseverkehr. In erster Linie profitiert die Linienverbindung der Lufthansa nach München von dem Angebot aber auch Firmen aus dem Umland des Flughafens konnten als Kunden gewonnen werden.

Durch die Kombination von Flugzeugabfertigung und vom Flugverkehr unabhängigen Dienstleistungen soll der Personalkörper effizienter ausgelastet werden. So wurden die Werkstatt zur Wartung und Reparatur von Bodenabfertigungsgeräten und Fahrzeugen sowie Facility-Leistungen weiter ausgebaut.

2. Personal- und Sozialbereich

Aufgrund der Tätigkeit des Unternehmens sind qualifizierte Mitarbeiter eine Voraussetzung für die sichere und qualitativ hochwertige Ausführung von Aufträgen. Bedingt durch den hohen Beschäftigungsstand in der deutschen Wirtschaft sowie im Zuge des demografischen Wandels nimmt der Wettbewerb um qualifiziertes Personal weiter zu. Daneben tragen branchenspezifische Faktoren, wie unattraktive Arbeitszeiten, zu einem zunehmenden Personalmangel für bestimmte Positionen bei. Zu den Personalrisiken zählen etwa ein nicht ausreichendes Angebot an gut qualifizierten Personen am Arbeitsmarkt sowie die Fluktuation von Mitarbeitern. Um diesen Risiken zu begegnen, liegt das Augenmerk auf der Mitarbeiterzufriedenheit sowie insbesondere auf der qualitativ hochwertigen internen Aus- und Weiterbildung.

Ein weiteres Risiko für die Ertragslage des Unternehmens liegt in der Steigerung der Personalkosten. Nicht nur aufgrund des Konkurrenzdrucks kann ein weiterer Anstieg der Personalkosten etwa durch Lohnsteigerungen (Mindestlohn, etc.) prognostiziert werden. Eine Steigerung der Personalkosten liegt auch darin begründet, dass es immer mehr Schulungsvorgaben gibt. Diese können durch gut qualifiziertes Personal in Eigenregie durchgeführt werden, so dass die Kosten für externe Schulungen geringgehalten werden können, jedoch schlagen sich die vielen Stunden, die Aus- und Weiterbildung in Anspruch nimmt natürlich in zusätzlichen Kosten für Arbeitsstunden wider.

Beschäftigt waren im Berichtsjahr 2023: 26 Vollzeit- und 47 Teilzeitbeschäftigte sowie 61 geringfügig Beschäftigte.

Seit August 2023 konnten erstmalig Auszubildende für die Ausbildung zum „Servicekauffrau/-mann im Luftverkehr“ eingestellt werden.

II. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Ertragslage

Seit der Gründung der Westphalian Ground Services GmbH resultiert der Großteil der Umsatzerlöse aus den Dienstleistungsverträgen mit der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Die Umsatzerlöse von 2.997 T€ (VJ 1.361 T€) entfallen in erster Linie mit 1.446 T€ (VJ 613 T€) auf die Flugzeug- und Gepäckabfertigung, mit 482 T€ (VJ 308 T€) auf die Besetzung der Vorfeldkoordination, mit 268 T€ (VJ 135 T€) auf die Tätigkeiten als Ramp-Agent, mit 122 T€ (VJ 32 T€) aus dem Betrieb der Werkstatt und mit 689 T€ (VJ 440 T€) auf sonstige Dienstleistungen. Diese sonstigen Dienstleistungen bestehen aus Leistungen im Bereich der Liegenschaften, der Begleitung von Externen Dienstleitern im Sicherheitsbereich und Provisionen. Aufwandsseitig bestimmen im Wesentlichen die Personalaufwendungen von 2.171 T€ (VJ 986 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 842 T€ (VJ 311 T€) verteilen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Fahrzeugkosten 104 T€ (VJ 3 T€), Fremdleistungen aufgrund von überlassenem Personal 207 T€ (VJ 132 T€), Mietleasing in Höhe von 322 T€ (VJ 15 T€) und Raumkosten in Höhe von 50 T€ (VJ 31 T€).

Das Jahresergebnis von 18 T€ wird entsprechend des Ergebnisabführungsvertrages an die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH abgeführt.

2. Vermögenslage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die zur Erbringung der Dienstleistungen benötigten Vermögensgegenstände werden im Wesentlichen von der Muttergesellschaft angemietet. Nur zu einem geringen Anteil bestehen diesbezüglich Verträge mit externen Dienstleistern.

Die Eigenkapitalquote beträgt 3 % (VJ 4 %) und ist als zufriedenstellend einzustufen.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die wirtschaftliche Entwicklung der Westphalian Ground Services GmbH ist nach wie vor von der Entwicklung des Flugbetriebs am Standort und der damit verbundenen Auftragserteilung der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH abhängig. Auf der Abhängigkeit zum Mutterunternehmen beruhend, gelten als Basis für die Prognose des nächsten Geschäftsjahres die Annahmen der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH bezüglich der Passagierzahl und des Verkehrsaufkommens sowie die Risikobeurteilung und der Prognosebericht somit auch die Westphalian Ground Services GmbH.

Der Flugbetrieb am Flughafen Paderborn/Lippstadt hat sich im Jahr 2023 weitergehend erholt. Dies hat sich auch auf die Auslastung der Westphalian Ground Services GmbH positiv ausgewirkt. Mit der Übernahme weiterer Geschäftsfelder ist das Unternehmen eine feste Größe am Standort geworden.

Für das Jahr 2024 wird eine weitere positive Entwicklung erwartet und die Westphalian Ground Services GmbH soll weitere Beiträge nicht nur im Service Bereich, sondern auch bei der Bereitstellung der Infrastruktur des Flughafens leisten.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung:

Zum 31.03.2024 ist Herr Thomas Keck als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum 01.04.2024 hat Frau Nadja Bliss die Geschäftsführung neu übernommen.

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags hat die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH in dem in § 90 AktG genannten Umfang zu berichten.

4.2 RWE AG

4.2.1 Basisdaten

RWE AG

Altenessener Straße 35

451141 Essen

Tel.: 0 201/12-00, Fax: 0201/12-15199, Internet: www.group.rwe

Gründungsdatum: 25. April 1898

4.2.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die RWE AG leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den o. g. Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

4.2.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

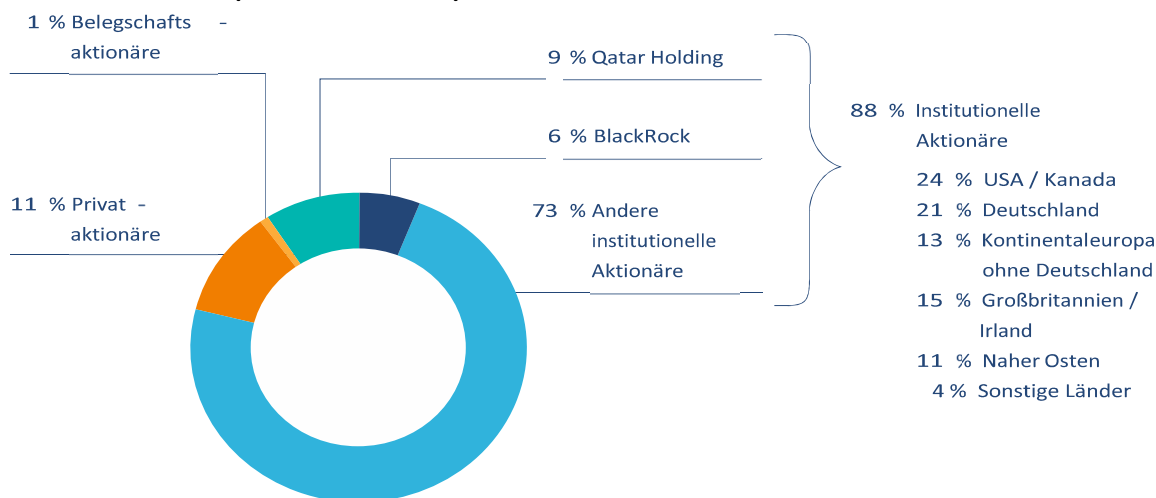
Insbesondere mit dem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung leistet die RWE AG einen entscheidenden Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Unter dem Aspekt der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger einerseits und der Aufrechterhaltung des öffentlichen Einflusses bei der RWE AG andererseits ist eine Beteiligung geboten.

4.2.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Grundkapital beträgt rd. 1.904 Mio. € und besteht aus 743.841.217 auf den Inhaber lautenden Stückaktien.

Der Kreis Paderborn ist mit 1.273.917 Stück Stammaktien (3.260.827,60 €) an der RWE AG beteiligt. Dies entspricht einer Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft von rd. 0,171 %.

Aktionärsstruktur (Stand: Ende 2023):



4.2.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2023 eine Ausschüttung in Höhe von 965.087 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

4.2.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in Mio. €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr Mio.€
Aktiva			
Anlagevermögen	19.239	19.174	65
flüssige Mittel	44.570	40.052	4.518
Forderungen	32.652	24.339	8.313
Wertpapiere	6.835	10.633	-3.798
Flüssige Mittel	5.083	5.080	3
Rechnungsabgrenzungsposten	17	19	-2
Summe Aktiva	63.826	59.245	4.581
Passiva			
Eigenkapital	12.133	9.091	3.042
Stammaktien	1.904	1.731	173
Kapitalrücklage	6.488	4.234	2.254
Andere Gewinnrücklagen	2.997	2.456	541
Bilanzgewinn	744	670	74
Rückstellungen	2.608	3.067	-459
Verbindlichkeiten	49.085	47.087	1.998
Summe Passiva	63.826	59.245	4.581

4.2.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in Mio. €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr Mio.€
Umsatzerlöse	55	33	22
Ergebnis aus Finanzanlagen	1392	1202	190
Zinsergebnis	-356	-803	447
sonstige betriebliche Erträge	714	1908	-1194
Personalaufwand	-126	-132	6
sonst. betriebl. Aufwendungen	-646	-991	345
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	252	118	134
Ergebnis nach Steuern	1285	1335	-50
Jahresüberschuss	1285	1335	-50
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-541	-665	124
Bilanzgewinn	744	670	74

0=Betrag in geringer Höhe

4.2.8 Kennzahlen

Finanzkennzahl	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	19	15	4
Eigenkapitalrentabilität	6	7	-1
Anlagendeckungsgrad 2	318	293	25
Verschuldungsgrad	426	552	-126
Umsatzrentabilität	41	29	13

4.2.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 beschäftigt die AG 19.749 Mitarbeiter (VJ. 18.310).

4.2.10 Geschäftsentwicklung

Aufgrund der Länge des Geschäftsberichts wird auf eine Darstellung im Beteiligungsbericht verzichtet. Der Beteiligungsbericht kann unter dem Link:

www.rwe.com/investor-relations/finanzkalender-und-veroeffentlichungen/2023-GJ/
aufgerufen werden.

4.2.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer Aktiengesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Vorstand: Den Vorstand der RWE AG bilden Dr. Markus Krebber, Dr. Michael Müller und Zvezdana Seeger.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen zehn von der Hauptversammlung und zehn von den Arbeitnehmern gewählt werden. Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat der RWE AG nicht vertreten. Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

lfd. Nr.	Name	
1	Dr. Werner Brandt	Bad Homburg
2	Ralf Sikorski	Hannover
3	Michael Bochinsky	Grevenbroich
4	Sandra Bossmeyer	Duisburg
5	Dr. Hans Friedrich Bünting	Mühlheim an der Ruhr
6	Matthias Dürbaum	Heimbach
7	Ute Gerbaulet	Düsseldorf
8	Prof. Dr. -Ing. Dr. -Ing. E.h. Hans -Peter Keitel	Essen
9	Mag. Dr. h. c. Monika Kircher	Krumpendorf, Österreich
10	Thomas Kufen	Essen
11	Reiner van Limbeck	Dinslaken
12	Harald Louis	Jülich
13	Dagmar Paasch	Solingen
14	Dr. Erhard Schipporeit	Hannover
15	Dirk Schuhmacher	Rommerskirchen
16	Ullrich Sierau	Dortmund
17	Hauke Stars	Königstein
18	Helle Valentin	Birkeroed, Dänemark
19	Dr. Andreas Wagner	Grevenbroich
20	Marion Weckes	Dormagen

4.2.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 25 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

4.2.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG befindet sich in Erstellung.

4.2.14 Beteiligungen

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes ist nach § 285 Nr. 11 und 11a und § 313 Abs. 2 i.V. m. § 315 e Abs. 1 HGB Teil des Anhangs. Aufgrund der vielen Beteiligungen wird hier von der Auflistung abgesehen. Die Übersicht kann im Jahresabschluss RWE AG 2023 auf den Seiten ab 21 (Internetseite: www.rwe.com/-/media/RWE/documents/05-investor-relations/finanzkalender-und-veroeffentlichungen/2022-GJ/2023-03-21-rwe-jahresabschluss-2023.pdf) eingesehen werden.

4.3 Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

4.3.1 Basisdaten

Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Tegelweg 25

33102 Paderborn

Tel.: 0 5251/503-0, Fax: 05251/503-6278, Internet: westfalenweser.com

Gründungsdatum: In der Mitte des Jahres 2013 hat die E.ON Energie AG ihre Beteiligung an der E.ON Westfalen Weser AG (EWA) an Kommunen und kommunale Unternehmen im Netzgebiet der EWA veräußert. Am Ende des Veräußerungsprozesses war die EWA rekommunalisiert und die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) entstanden.

4.3.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind, im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung,

- a) die Verwaltung der Komplementärin sowie von Beteiligungen an Unternehmen, die in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser, Abwasser, die Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar in der Region Westfalen-Weser tätig sind, insbesondere die Verwaltung von Beteiligungen
 1. an der Westfalen Weser Netz GmbH, die als Verteilnetzbetreiberin die Leitungsnetze Strom, Gas und Wasser in der Region Westfalen-Weser betreibt und das Eigentum an den Leitungsnetzen Strom, Gas und Wasser in der Region Westfalen-Weser sowie an dem von der Energieservice Westfalen Weser GmbH betriebenen Kraftwerk und den von der AWP GmbH betriebenen Abwasseranlagen inne hat;
 2. an der Energieservice Westfalen Weser GmbH, die in den Bereichen der Erzeugung von Strom und Erzeugung und Verteilung von Wärme auf Basis fossiler und erneuerbarer Energieträger sowie im Bereich Contracting tätig ist und zu diesem Zweck Erzeugungsanlagen betreibt;
3. an der Westfalen Weser Beteiligungen GmbH; deren Unternehmensgegenstand im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung ist der Erwerb, die Verwaltung und Veräußerung von Mehrheits-, Minderheits- oder alleinigen Beteiligungen an Unternehmen, die insbesondere in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser und Abwasser sowie Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar primär in der Region Westfalen-Weser tätig sind, sowie die Erbringung und Vermittlung von administrativen, kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, insbesondere gegenüber Beteiligungsunternehmen;
- b) die Verwaltung von Tochtergesellschaften, die auf dem Gebiet der Energieerzeugung, der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasserwirtschaft, der Abfallentsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Westfalen-Weser Dienstleistungen erbringen, soweit diese den Hauptzweck des jeweiligen Unternehmensgegenstandes der Tochtergesellschaften fördern sowie die im Zusammenhang mit den Unternehmensgegenständen anfallende Informationsverarbeitung. Bei der Erbringung von verbundenen Dienstleistungen durch Tochtergesellschaften auf dem Gebiet der Energieversorgung sind die Anforderungen des § 107a Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu beachten.

c) die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Unternehmenskommunikation, Kommunalmanagement, Controlling, Recht, Finanzen, IT und Personal für Konzerngesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen im Inland beteiligen und Unternehmensverträge aller Art abschließen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im Inland zu errichten.

Die Gesellschaft beachtet im Rahmen ihrer unternehmensgegenständlichen Tätigkeit insbesondere kommunalrechtliche und vergaberechtliche Vorschriften. Das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz - LGG) vom 09.11.1999 findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

4.3.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Insbesondere mit dem satzungsrechtlich festgelegten Unternehmensgegenstand der Dienstleistungen in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser, Abwasser, die Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben leistet die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG einen entscheidenden Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Damit nimmt das Unternehmen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge wahr.

4.3.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die WWE hat 56 Kommanditisten, die ausschließlich Kreise, Städte und Gemeinden der Region sowie deren Eigengesellschaften sind. Die Kapitalanteile der Kommanditisten betragen insgesamt 72.841.505 €. Hieran ist der Kreis Paderborn mit 1.656.110,00 € beteiligt. Dies entspricht einer Quote von rund 2,27 %.

Die Komplementärin der WWE ist die persönlich haftende Gesellschafterin, die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, deren alleiniger Gesellschafter die WWE ist.

4.3.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn vereinnahmte im Jahr 2023 eine Ausschüttung in Höhe von 908.309,58 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.



4.3.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	961.815.145,43	951.703.031,38	10
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0
II. Sachanlagen	133.421,00	120.232,00	0
III. Finanzanlagen	961.681.724,43	951.582.799,38	10
B. Umlaufvermögen	97.822.408,35	43.000.629,98	55
I. Vorräte	59.654,36	44.424,34	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	928.797,14	9.853.784,03	-9
III. Flüssige Mittel	96.833.956,85	33.102.421,61	64
C. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	107.248,07	65.983,35	0
Summe Aktiva	1.059.744.801,85	994.769.644,71	65
Passiva			
A. Eigenkapital	672.103.670,00	619.515.670,00	53
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	72.841.505,00	72.841.505,00	0
II. Rücklagen	599.262.165,00	546.674.165,00	53
B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	25.000,00	25.000,00	0
C. Investitionszuschüsse	5.459,00	10.334,00	-0
D. Rückstellungen	19.655.033,81	19.456.273,92	0
1. Rückstellungen für Pensionen	12.700.262,80	12.131.504,82	1
2. Steuerrückstellungen	5.555.345,72	5.757.201,61	-0
3. sonstige Rückstellungen	1.399.425,29	1.567.567,49	-0
E. Verbindlichkeiten	367.955.639,04	355.762.366,79	12
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	110.017.000,00	117.605.000,00	-8
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	46.518,60	38.974,80	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	226.987.650,28	202.474.930,45	25
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22.970.736,16	27.398.971,13	-4
5. sonstige Verbindlichkeiten	7.933.734,00	8.244.490,41	-0
Summe Passiva	1.059.744.801,85	994.769.644,71	65

4.3.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	7.349.640,19	7.565.225,82	-0
2. sonstige betriebliche Erträge	128.141,74	663.521,51	-1
3. Personalaufwand	3.566.991,42	2.450.501,35	1
a) Löhne und Gehälter	2.373.456,22	1.958.634,01	0
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.193.535,20	491.867,34	1
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	38.977,15	41.079,00	-0
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.485.444,46	3.844.615,89	1
6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	101.201.614,48	57.963.336,78	43
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.136.325,33	933.097,38	2
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	2.191.379,85	-2
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.703.118,24	7.424.771,62	4
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.320.552,05	10.469.935,75	-4
11. Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	85.700.638,42	40.702.898,03	45
12. Gutschrift auf Rücklagenkonten	52.588.000,00	7.588.000,00	45
13. Gutschrift auf Verbindlichkeitenkonten	33.112.638,42	33.114.898,03	-0
14. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00	0

4.3.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	63	62	2
Eigenkapitalrentabilität	13	7	94
Anlagendeckungsgrad 2	110	105	5
Verschuldungsgrad	58	61	-5
Umsatzrentabilität	1166	538	117

4.3.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2023 beschäftigte die GmbH & Co. KG durchschnittlich 27 Mitarbeiter.

4.3.10 Geschäftsentwicklung

I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) mit Sitz in Paderborn hat derzeit 56 Kommanditisten, die ausschließlich kommunale Gebietskörperschaften der Region sowie deren Eigengesellschaften sind.

Die persönlich haftende Gesellschafterin der WWE, die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH (WWV), Paderborn, ist nicht am Kapital der WWE beteiligt. Alleiniger Gesellschafter der WWV ist wiederum die WWE.

WWE beschäftigte zum 31. Dezember 2023 27 (Vorjahr 26) Mitarbeiter.

Die WWE erbringt als dienstleistende Holding für den gesamten WWE-Konzern auf Basis entsprechender Verträge Zentralfunktionen und Dienstleistungen.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Dienstleistungen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligungsmanagement, Geschäftsprozess- und Risikomanagement sowie Gremien, Revision und

Compliance erbracht. Die Verwaltungstätigkeiten werden in der Hauptverwaltung in Herford sowie am Unternehmenssitz in Paderborn erbracht.

Die Tochtergesellschaften Westfalen Weser Netz GmbH (WWN), Energieservice Westfalen Weser GmbH (ESW) und Westfalen Weser Beteiligungen GmbH (WWB) sind als regionale Dienstleister der kommunalen Daseinsvorsorge in Ostwestfalen-Lippe, im Weserbergland und im nördlichen Sauerland tätig.

Die WWN betreibt in Ostwestfalen-Lippe, im Weserbergland und im nördlichen Sauerland regionale Verteilnetze für Strom und Gas. Die Länge des eigenen Stromnetzes beläuft sich auf rund 29.800 Kilometer und die des Erdgasnetzes auf rund 3.300 Kilometer.

Die ESW ist ein Energiedienstleistungsunternehmen in der Region Ostwestfalen-Lippe, im Weserbergland und nördlichen Sauerland. Die Geschäftsfelder umfassen die Wärmeversorgung von Endkunden, den Betrieb von Fern- und Nahwärmenetzen, den Bau und Betrieb von Blockheizkraftwerken, Kesselanlagen, Biogasanlagen, Wind- und Wasserkraftanlagen sowie Photovoltaikanlagen und den Betrieb des Kraftwerkes Kirchlingern insbesondere zur Netzlastoptimierung sowie das Bilanzkreismanagement Strom. Neben den vorgenannten Geschäftsfeldern verfügt die ESW unter anderem noch über ein umfangreiches Contracting-Angebot in den Bereichen Kälteanlagen, unterbrechungsfreie Stromversorgungsanlagen-, Reinraum- und Druckluftanlagen. Auch zum Thema Energieeinsparung und kommunale Infrastrukturdienstleistungen steht die ESW den Kommunen, der Industrie und der Wohnungswirtschaft als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die WWB bündelt weitgehend die Beteiligungen der WWE-Gruppe. Bei den direkten und indirekten Beteiligungen handelt es sich um Unternehmen des Energiesektors sowie des energienahen Bereichs. In den Finanzanlagen sind neben den Beteiligungen Fondsanlagen ausgewiesen, die zur Drittsicherung von Pensionsverpflichtungen von Konzerngesellschaften über Treuhandmodelle gebunden sind (sog. CTA-Deckungsvermögen). Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und Veräußerung von Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen an Unternehmen sowie die Erbringung von administrativen, kaufmännischen und technischen Dienstleistungen. Die Steuerung der eigenen Beteiligungen stellt dabei die Kernaufgabe der unternehmerischen Tätigkeit dar.

a) Geschäftsverlauf

Die Wahrnehmung der zentralen Holdingfunktionen für die Westfalen Weser Gruppe ist eine Kernaufgabe der WWE; diese beinhalten die aktive operative Steuerung der Tochterunternehmen, die Weiterentwicklung des Konzerns als Dienstleister mit einem wesentlichen Fokus auf kommunale Kunden und die Entwicklung von neuen profitablen Wachstumsfeldern. Hierzu zählten u.a. die Prüfung von Investitionsalternativen und Kooperationsmodellen sowie der intensive Austausch mit den Anteilseignern sowie mit potenziellen neuen Anteilseignern.

Die wirtschaftliche Lage der WWE wurde entsprechend ihrer Holdingfunktion auch im laufenden Jahr von den Entwicklungen in den Tochtergesellschaften dominiert.

Der in den politischen Diskussionen und den zahlreichen Gesetzesinitiativen der Bundesregierung deutlich sichtbare politische Wille nach einer Beschleunigung der Energie- und Wärmewende wird auch der Westfalen Weser Gruppe große Chancen bieten und sie zugleich vor große Herausforderungen stellen. Darüber hinaus erfordern der stetige gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel sowie insbesondere zunehmender Ergebnissdruck, der immer intensiver werdende Wettbewerb im Konzessionsgeschäft, die demografische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die flächendeckende Digitalisierung in allen Geschäftsbereichen neben effizientem Handeln und modernen Formen der Zusammenarbeit vor allem eine erhöhte Anpassungsfähigkeit des Unternehmens. Das gruppenweite Projekt „Strategie 2030“ liefert mit seiner Umsetzung eine nachhaltige und ganzheitliche unternehmerische Antwort für eine weiterhin erfolgreiche Zukunft der gesamten Westfalen Weser Gruppe. Wesentliche Eckpfeiler der Strategie bilden die Schaffung von Werten aus der Region für die Region, die Entwicklung spürbarer Nachhaltigkeit für die Lebensräume kommender Generationen, eine

sichere und effiziente Energieversorgung sowie technologischer Fortschritt und Wachstum in bestehenden bzw. neuen Geschäftsfeldern.

b) Ertragslage

Die Ertragslage der WWE hängt maßgeblich von der wirtschaftlichen Situation der mit einem Ergebnisabführungsvertrag angebundenen Tochtergesellschaften und somit vom Finanzergebnis ab.

Das Finanzergebnis lag im Berichtsjahr bei 92,6 Mio. € (Vorjahr 49,3 Mio. €) und war von den Ergebnisabführungen der WWN (99,0 Mio. €; Vorjahr 51,6 Mio. €), ESW (2,2 Mio. €; Vorjahr -2,2 Mio. €) und WWB (0,1 Mio. €, Vorjahr 6,4 Mio. €) bestimmt. Die Zinsaufwendungen beliefen sich auf 11,7 Mio. € (Vorjahr 7,4 Mio. €); dem standen Zinserträge von 3,1 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €) gegenüber. Die Umsatzerlöse wurden unverändert aus erbrachten Dienstleistungen erwirtschaftet und blieben nahezu unverändert entsprechend des geleisteten Umfangs mit 7,3 Mio. € (Vorjahr 7,6 Mio. €).

Der Personalaufwand stieg auf 3,6 Mio. € (Vorjahr 2,5 Mio. €). Dies ist weitgehend durch die Anpassung von Parametern bei den Pensionsrückstellungen sowie im Berichtsjahr geleistete Abfindungen begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich auf 4,5 Mio. € (Vorjahr 3,8 Mio. €).

Unter Berücksichtigung der steuerlichen Organschaft mit der WWN, ESW und WWB waren Ertragsteuern von 6,3 Mio. € zu erfassen. Per Saldo konnte ein Jahresüberschuss von 85,7 Mio. € (Vorjahr 40,7 Mio. €) erzielt werden.

Zum 31. Dezember 2023 wurden insgesamt 52,6 Mio. € (Vorjahr 7,6 Mio. €) in die Rücklagen eingestellt und 33,1 Mio. € (Vorjahr 33,1 Mio. €) den Entnahmekonten gutgeschrieben. Die Rücklage beinhaltet eine, gemäß Aufsichtsratsbeschluss vom 29. November 2023 festgelegte Einlage von 45,0 Mio. €.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme betrug 1.060,0 Mio. € (Vorjahr 994,8 Mio. €) und wurde erneut maßgeblich vom Finanzanlagevermögen in Höhe von 961,7 Mio. € (Vorjahr 951,6 Mio. €) geprägt. Es machte rd. 91 % des Gesamtvermögens aus.

Zum Bilanzstichtag bestanden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 96,8 Mio. € (Vorjahr 33,1 Mio. €).

Das Eigenkapital betrug nach entsprechenden Zuweisungen auf die Entnahmekonten der Kommanditisten 672,1 Mio. € (Vorjahr 619,5 Mio. €), wodurch sich eine Eigenkapitalquote von rd. 63 % ergab.

Die Rückstellungen blieben nahezu unverändert mit 19,7 Mio. € (Vorjahr 19,5 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten betrugen 368,0 Mio. € (Vorjahr 355,8 Mio. €) und resultierten maßgeblich aus langfristigen Darlehen im Rahmen des Finanzierungskonzepts der Rekommunalisierung gegenüber Banken (110,0 Mio. €; Vorjahr 117,6 Mio. €) und gegenüber der WWN (unverändert 132,8 Mio. €). Zudem bestanden Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling in Höhe von 92,9 Mio. € (Vorjahr 69,1 Mio. €) und für Gewinnansprüche der Kommanditisten (30,2 Mio. €; Vorjahr 35,0 Mio. €).

d) Finanzlage

Es erfolgt ein Konzern-Cash-Pooling bei der WWE mit den Tochtergesellschaften WWN, ESW, WWV und WWB. Die Liquidität war während des gesamten Geschäftsjahres 2023 und auch danach gewährleistet. Die langfristigen Verbindlichkeiten wurden planmäßig mit 7,6 Mio. € getilgt.

Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein positiver Cashflow von 124,1 Mio. € (Vorjahr 112,4 Mio. €).

e) Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der WWE erfolgt auf der Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ergebnisverwendung und Rücklagenveränderung der zentrale Leistungsindikator ist. Für das Geschäftsjahr 2023 betrug das Ergebnis 85,7 Mio. € (Budget 40,7 Mio. €).



III. Chancen und Risikobericht

Der WWE-Konzern hat für das Risikomanagement (RM) einen Bereich eingerichtet, der direkt an die jeweilige Geschäftsführung berichtet. Das Risikomanagement ist für die Koordination der Risikomanagementaktivitäten verantwortlich. Die Einbeziehung der einzelnen Geschäftsbereiche und relevanten Tochtergesellschaften wird über benannte Risikobeauftragte und Risikoverantwortliche sichergestellt.

Eine interne Geschäftsanweisung regelt die Organisation des Risikomanagements, die Zuständigkeiten sowie die Grundsätze zur Chancen-/Risikoerfassung und -bewertung.

Das Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil des gesamten Planungs-, Steuerungs- und Reportingprozesses und zielt auf die systematische Identifikation, Beurteilung, Überwachung und Dokumentation der Chancen und Risiken ab. Die Risikoverantwortlichen in den einzelnen Geschäftsbereichen bewerten die identifizierten Chancen sowie Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und möglichen Schadenshöhe. Weiterhin werden risikobezogen die getroffenen Maßnahmen zur Risikovermeidung, -reduzierung und -absicherung dargestellt, bewertet und dezentral in einem EDV-System dokumentiert. Über das EDV-System erfolgen die Meldungen an das Risikomanagement.

Das Risikomanagement erstellt auf Basis dieser freigegebenen Chancen und Risiken quartalsweise einen Bericht, den die Geschäftsführung erhält. Es werden dabei Risiken mit Netto-Schadenspotentialen von jeweils über 5 Mio. € für die WWE und WWN sowie die wesentlichen Risiken der Tochtergesellschaften aufgenommen. Darüber hinaus wird die Geschäftsführung bei gegebenem Anlass jederzeit über Veränderungen der Risikosituation mit ad-hoc-Berichten informiert.

Anhand dieser Berichte werden die Risiken auch an die Aufsichtsgremien berichtet. Bei der WWE selbst wurden keine Risiken identifiziert, die über den Umfang der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hinausgehen.

Über die operativ tätigen Tochtergesellschaften WWN, ESW und WWB wirken mittelbare Chancen und Risiken auf die Gesellschaft ein.

Ein wesentlicher Risikoaspekt bei der WWN bezieht sich auf die Senkung des Effizienzwertes in der 4. Regulierungsperiode Strom gegenüber dem in der Mittelfristplanung angenommenen Effizienzwert. Ebenso besteht ein Risiko durch einen höheren generellen sektoralen Produktivitätsfaktor (xGen) gegenüber dem Ansatz in der Mittelfristplanung. Beide Risiken wirken sich mindernd auf die kumulierte Erlösobergrenze im Planungszeitraum aus.

Die Gesellschaft hat Zahlungsmittel in Wertpapierspezialfonds angelegt. Das Marktzinsniveau und die Volatilität auf den Kapitalmärkten belasten die Renditepotentiale der Anlageportfolios, woraus ein finanzielles Risiko entsteht. Durch eine festgelegte Anlagestrategie und professionelles Fondsmanagement wird das daraus resultierende Kursschwankungsrisiko gemindert.

Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der identifizierten Risiken wurden als „unwahrscheinlich“ (5 % - 20 %) oder „möglich“ (21 % - 50 %) eingestuft.

Die Nettoeinzelsrisiken wurden mit einem Volumen zwischen 5,0 Mio. € bis 22,0 Mio. € bewertet.

Die wesentlichen Chancen für das zukünftige Geschäft der WWN resultieren aus der positiven Entwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen. Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen bestehen für WWN unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten somit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Die wesentlichen Risiken der ESW bestehen in einem Margenverlust durch eine Gasmangellage sowie in einem Turbinenschaden im Kraftwerk.

Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der identifizierten Risiken wurden als „unwahrscheinlich“ (5 % - 20 %) oder „möglich“ (21 % - 50 %) eingestuft.

Die Nettoeinzelsrisiken wurden mit einem Volumen zwischen 0,8 Mio. € und 2,6 Mio. € bewertet.

Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen bestehen für ESW unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten somit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Die Risiken der WWB bestehen im Wesentlichen in einem Vermögensverlust im Beteiligungsportfolio sowie in der Nicht-Realisierung der geplanten Beteiligungserträge.

Die Gesellschaft hat Zahlungsmittel in Wertpapierspezialfonds angelegt. Das weiterhin noch niedrige Marktzinsniveau und die stark zunehmende Volatilität auf den Kapitalmärkten belasten die Renditepotentiale der Anlageportfolios. Durch eine festgelegte Anlagestrategie und ein professionelles Fondsmanagement wird das daraus resultierende Kursschwankungsrisiko gemindert.

Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der Risiken Nicht-Realisierung der geplanten Beteiligungserträge und Wertpapierspezialfonds wurden als „möglich“ (21 % - 50 %) eingestuft.

Das Risiko Vermögensverlust im Beteiligungsportfolio wurde mit der Eintrittswahrscheinlichkeit „unwahrscheinlich“ (6 % - 20 %) bewertet.

Die Nettoeinzelsrisiken wurden mit einem Volumen zwischen 0,8 Mio. € und 2,0 Mio. € bewertet.

Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen bestehen für WWB unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten somit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Durch die regelmäßige Erfassung und ordnungsgemäße Abbildung der jeweiligen Chancen und Risiken sowie durch adäquate Steuerungsmaßnahmen ist ein umfassendes Risikomanagement im WWE-Konzern gewährleistet.

Die wesentlichen Chancen für das zukünftige Geschäft der WWE resultieren aus der kommunalen Ausrichtung und der damit verbundenen strategischen Bindung von Kreisen, Städten und Gemeinden der Region an den WWE-Konzern. Diese wird auch durch die Möglichkeit der Beteiligung weiterer Kommanditisten an der WWE und der daraus resultierenden positiven Auswirkungen auf die Chancen der Gruppe unterstützt. Diese bestehen im Besonderen in der größeren Wahrnehmung und Wertschätzung als kommunaler Partner im regionalen Konzessionswettbewerb sowie in der Umsetzung von Maßnahmen in Folge der Energiewende. Zudem stärken Kapitalerhöhungen von hinzutretenden Kommanditisten der WWE das Wachstum der WWE-Gruppe.

Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen bestehen somit für die WWE unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten keine bestandsgefährdenden Risiken.

IV. Prognosebericht

Im energiewirtschaftlichen Umfeld - welches maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften der WWE hat - führen die kontinuierlichen gesetzgeberischen und auch aufsichtsrechtlichen Aktivitäten weiterhin zu großen unternehmerischen Herausforderungen. Diese Herausforderungen werden zudem verstärkt durch die Auswirkungen der sich fortsetzenden volatilen geopolitischen Veränderungen, die umfangreiche Anpassungen auch der gesamten Energiemarktbedingungen erwarten lassen. Die WWE wird die Auswirkungen dieser verschiedenen Einflussfaktoren aufmerksam beobachten und mit geeigneten Maßnahmen reagieren.

Die Folgen der zahlreichen geostrategischen Krisen und Konflikte sowie die Wahlergebnisse in Europa und vor allem in den USA lassen sich derzeit nur schwer abschätzen. Derzeit geht die WWE in der Prognose von folgendem Szenario aus:

Die Energiewende, der Klimaschutz, die regenerativen Energien, die sich verändernden rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Regulierung sowie die fortlaufende Prüfung von Beteiligungen und Kooperationen im energienahen Umfeld und auf sonstigen zukunftssträchtigen Märkten der Branche werden weiterhin wichtige Handlungsfelder der WWE bleiben. Es wird dabei grundsätzlich für alle Geschäftsfelder ein hoher Kosten-, Wettbewerbs- und Margendruck sowie für attraktive Beteiligungsoptionen eine hohe Nachfragesituation erwartet.

Dem somit anhaltenden Effizienz- und Wachstumsdruck wird durch die konsequente Identifizierung und Umsetzung von Effizienzsteigerungsmaßnahmen sowohl in der WWE als auch in den Tochtergesellschaften begegnet werden müssen. Die durch die Digitalisierung notwendige Weiterentwicklung des IT-Umfeldes wird neben mittelfristigen Lösungen für die Folgen des demographischen Wandels ein weiterer Schwerpunkt der unternehmensinternen Aktivitäten sein. Die damit verbundene Fähigkeit, Geschäftsmodelle am Markt schnell

zu skalieren sowie kurzfristig und flexibel auf permanente Veränderungen zu reagieren, wird ein elementarer Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg sein. Mittelfristig bedarf es zudem des Ausbaus bestehender und der Erschließung neuer Geschäftsmodelle, um das bisherige operative Ergebnisniveau auch langfristig mindestens zu sichern. Die notwendige Definition dieser Ziele und der daraus abgeleiteten Strategien ist Ergebnis des im Jahr 2023 abgeschlossenen Projektes „Strategie 2030“. Die erfolgreiche Umsetzung der Strategie sowie deren Evaluierung wird auch noch Schwerpunkt des Jahres 2024 sein.

Kapitalmarktbedingte Anforderungen an das Finanzmanagement der WWE-Konzerns gewinnen auf Grund der aktuellen Entwicklung des Zins- und Inflationsniveaus zunehmend an Bedeutung. Angesichts der Relevanz von Pensionsverpflichtungen und deren Deckung über Treuhandmodelle hat das gestiegene Marktzinsniveau bzw. die weitere Entwicklung und Volatilität der globalen Kapitalmärkte auch weiterhin einen großen Einfluss auf die Ergebnissituation der WWE.

Vor dem Hintergrund der weiterhin zu erwartender Eingriffe der Notenbanken in die Kapitalmärkte und vor allem der aktuellen geopolitischen Risiken wird auch das Jahr 2024 durch hohe wirtschaftliche Unsicherheit gekennzeichnet sein. Einer Ergebnisbelastung auf Grund höherer Volatilitäten auf den Kapital- und Energiemärkten, eines weiterhin erhöhten Zinsniveaus und geopolitischer Risiken sowie daraus resultierenden gesamtwirtschaftlich rezessiven Tendenzen wird sich auch die WWE nicht vollständig entziehen können. Auf Basis der aktuellen Prognosen der Bundesregierung zur geopolitischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwarten wir jedoch derzeit keine wesentlichen Abweichungen von dem geplanten Ergebnis vor Ergebnisverwendung und Rücklagenveränderung in Höhe von 40,7 Mio. €.

4.3.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat sowie eine Kommanditistenversammlung gebildet werden.

Geschäftsführung: Die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herr Jürgen Noch, ist zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt.

Gesellschafterversammlung: Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Landrat Rüther.

Aufsichtsrat: Im Aufsichtsrat ist Herr Landrat Rüther mit einem Gastmandat vertreten.

Mitglieder des Aufsichtsrats zum 31.12.2023:

lfd. Nr.	Name
1	Tim Kähler
2	Michael Dreier
3	Michael Berens
4	Lars Bökenkröger
5	Franz-Josef Henze
6	Michael Jäcke
7	Matthias Kalkreuter
8	Rüdiger Meier
9	Jürgen Müller
10	Bernd Poggemöller
11	Dr. Klaus Schröder
12	Michael Stickeln
13	Jochen Strieckmann
14	Oliver Theiß

Kommanditistenversammlung

Vertreter des Kreises in der Kommanditistenversammlung/ Gesellschafterausschuss ist Herr Landrat Rüther. Ist eine Teilnahme von Herrn Landrat Rüther an der Gesellschafter- oder Kommanditistenversammlung nicht möglich, so ist Herr Kämmerer Tiemann der 1. Verhinderungsvertreter und Herr Dezernt Egeler der 2. Verhinderungsvertreter (siehe DS.-Nr. 17.0049 vom 16.11.2020 sowie DS.-Nr. 17.0537 vom 22.08.2022).

4.2.13 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 14 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.3.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

4.3.14 Beteiligungen

lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	u = unmittelbar m = mittelbar	Anteil am Kapital %	beteiligt über	Eigen- kapital T€	Ergeb- nis T€	
1.	Westfalen Weser Netz GmbH, Paderborn	u	100,00		507	0	1)
2.	Energieservice Westfalen Weser GmbH, Kirchlingern	u	100,00		21	0	1)
3.	Westfalen Weser Beteiligungen GmbH, Paderborn	u	100,00		71	0	1)
4.	Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	u	100,00		39	1	
5.	Wassernetz-Servicegesellschaft mbH, Paderborn	m	50,00	1	335	11	2)
6.	GWAdriga GmbH & Co. KG, Berlin	m	21,00	1	697	-2.961	2)
7.	GWAdriga Verwaltungs GmbH, Berlin	m	21,00	1	24	-1	2)
8.	Blomberg Netz GmbH & Co. KG, Blomberg	m	49,00	1	5.222	98	2)
9.	Ostwestfalen Netz GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	74,90	1	4.349	1.036	2)
10.	Holzminden Netz GmbH & Co. KG	m	100,00	1	0	0	5)
11.	Westfälische Energie Effizienz GmbH, Kirchlingern	m	100,00	2	477	296	2)
12.	Naturgas Emmerthal GmbH & Co. KG, Emmerthal	m	71,43	2	465	-77	2)
13.	Nahwärmeversorgung Kirchlingern GmbH, Kirchlingern	m	50,00	2	462	125	2)
14.	Gesellschaft zur energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe mbH, Brakel	m	33,33	2	297	128	2)
15.	Wärmeservice Paderborn GmbH, Paderborn	m	50,00	2	157	-34	2)
16.	Mindener Wärme GmbH, Minden	m	49,00	2	10.099	403	2)
17.	AWP GmbH, Paderborn	m	100,00	3	547	254	4)

18.	EPOS Bioenergie Verwaltungs-GmbH, Herford	m	100,00	3	92	5	2)
19.	Westfalen Weser Energie 3. Vermögensverwaltungs-UG (haftungsbeschränkt), Herford	m	100,00	3	6	-9	2)
20.	AWINTO Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf	m	62,00	3	7.712	1.620	2)
21.	AWINTO Windportfolio GmbH, Düsseldorf	m	62,00	3	38	3	2)
22.	AWINTO Windpark Klosterkumbd GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	19	8.282	1.748	2)
23.	AWINTO Windpark Rayerschied GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	62,00	19	5	1.387	2)
24.	AWINTO Windpark Schönesseiffen GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	19	1.106	263	2)
25.	ABO Wind UW Hunsrück GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	38,75	21 und 22	27	4	3)
26.	Blomberger Versorgungsbetriebe GmbH/Westfalen Weser Beteiligungen GmbH GbR, Blomberg	m	50,00	3	666	-5	2)
27.	Bad Driburg-EEnergie- Verwaltungsgesellschaft mbH , Bad Driburg	m	49,00	3	48	1	2)
28.	Wasser GmbH Salzhemmendorf, Salzhemmendorf	m	49,00	3	109	7	2)
29.	Bad Driburg-Solar GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	48,93	3	726	292	2)
30.	Stadtwerke Lage GmbH, Lage	m	45,00	3	9.589	1.453	2)
31.	Stadtwerke Hessisch Oldendorf GmbH, Hessisch Oldendorf	m	20,00	3	2.266	72	2)
32.	Stadtwerke Vlotho Stromnetz GmbH, Vlotho	m	24,90	3	3.299	128	2)
33.	Westfalen Weser Ladeservice GmbH, Paderborn	m	100,00	3	985	-15	2)

1) Ergebnisabführungsvertrag

2) Zahlen 31.12.2022

3) Zahlen 31.12.2021 Jahresabschluss 2022 liegt noch nicht vor

4) Ergebnisabführungsvertrag Zahlen zum 31.12.2023

5) Vertrag über die Errichtung der Gesellschaft ist im Dez. 2023
notariell beurkundet worden, Eintragung in das Handelsregister
erfolgt allerdings erst im Jahr 2024



4.4 Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH

4.4.1 Basisdaten

Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH

Neuer Platz 6

33098 Paderborn

Tel.: 0 52 51/28 81-102, Fax: 05251/2881-116, Internet: www.theater-paderborn.de

Gründungsdatum: 12. März 1991

4.4.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist der Betrieb des Theaters. Das Geschäftsjahr ist das Spieljahr, d. h. die Zeit vom 1. August bis zum 31. Juli des folgenden Jahres.

4.4.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand der Gesellschaft. Der Betrieb von kulturellen und pädagogischen Einrichtungen wie z.B. eines Theaters gehört zum Gebiet der öffentlichen Daseinsfürsorge im engeren Sinne. Die Gesellschaft verfolgt damit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige kulturelle Zwecke.

4.4.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 26.050,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

Gesellschafter	Anteil in €/%
Kreis Paderborn	11.450,00 € (43,95 %)
Stadt Paderborn	11.450,00 € (43,95 %)
Theaterfreunde Paderborn e. V.	3.150,00 € (12,10 %)

4.4.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter Stadt Paderborn und Kreis Paderborn haben am 1. April 1992 eine Vereinbarung getroffen, in der sie sich im Innenverhältnis verpflichten, die zur Weiterführung der Geschäftstätigkeit notwendigen finanziellen Mittel mit der Maßgabe zur Verfügung zu stellen, dass nach Abzug der Einnahmen und Spenden sowie Landeszuschüsse für ein jedes Rechnungsjahr der GmbH der zu erwartende Verlust durch einen Zuschuss von Kreis und Stadt Paderborn abgedeckt wird, und zwar im Verhältnis 1/3 Kreis und 2/3 Stadt Paderborn. Die Zuschusszahlungen sind in das Rücklagekapital einzustellen.

Die Vereinbarung wurde in den Jahren 1996, 2000, 2006 und 2019 jeweils verlängert. Die Vereinbarung wurde zuletzt am 04. Januar 2019 mit Wirkung vom 1. August 2019 bis 31. Juli 2024 verlängert (siehe DS.-Nr. 16.1069). Der Kreis Paderborn hat 2022 von seinem Kündigungsrecht nicht Gebrauch gemacht, sodass die Vereinbarung sich um weitere 5 Jahre (31. Juli 2029) verlängert hat. Die Verlängerung von dem Jahr 2014 sieht unter anderem vor, dass die Vereinbarung nur für Wirtschaftspläne gilt, denen der Kreis Paderborn in den Aufsichtsgremien der Gesellschaft zugestimmt hat.

Die Zahlungen des Kreises im Haushaltsjahr 2023 von insgesamt 1.436.427 € erfolgten aus dem Produkt 040201 „Allgemeine Kulturpflege“ und dort von dem Konto 531512 „Zuschüsse Theater Paderborn“.

4.2.6 4.4.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	Bilanz (in €)	2022 / 2023	2021 / 2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen		258.648,00	264.501,00	-6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte		21.993,00	5.816,00	16
II. Sachanlagen				
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		235.565,00	258.525,00	-23
III. Finanzanlagen				
Genossenschaftsanteile		1.090,00	160,00	1
B. Umlaufvermögen		1.307.921,33	2.187.101,48	-879
I. Vorräte				
Waren		190,25	1.151,48	-1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		470.972,99	387.546,13	83
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		370,16	127,50	0
2. sonstige Vermögensstände		470.602,83	387.418,63	83
III. Kassenbestand				
Guthaben bei Kreditinstituten		836.758,09	1.798.403,87	-962
C. Rechnungsabgrenzungsposten		118.914,82	63.902,07	55
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	0,00	0
Summe Aktiva		1.685.484,15	2.515.504,55	-830
Passiva				
A. Eigenkapital		934.657,41	1.358.207,14	-424
I. Gezeichnetes Kapital		26.050,00	26.050,00	0
II. Kapitalrücklage		908.607,41	1.332.157,14	-424
III. Bilanzverlust		0,00	0,00	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	0,00	0
B. Rückstellungen		274.450,00	172.850,00	102
sonstige Rückstellungen		274.450,00	172.850,00	102
C. Verbindlichkeiten		168.850,64	667.423,82	-499
1. Verbindlichkeiten aus				
Lieferungen und Leistungen		91.933,34	176.532,46	-85
2. sonstige Verbindlichkeiten		76.917,30	490.891,36	-414
D. Rechnungsabgrenzungsposten		307.526,10	317.023,59	-9
Summe Passiva		1.685.484,15	2.515.504,55	-830

4.4.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022 / 2023	2021 / 2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	956.514,36	323.079,18	633
2. sonstige betriebliche Erträge	710.227,10	896.461,45	-186
3. Materialaufwand Aufführungskosten	465.368,91	271.957,17	193
4. Personalaufwand	4.728.265,28	3.177.381,79	1.551
a) Löhne und Gehälter	3.890.791,87	2.585.096,28	1.306
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	837.473,41	592.285,51	245
			0
5. Abschreibungen	125.619,55	83.086,61	43
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	125.619,55	83.086,61	43
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.777.433,38	1.995.592,01	-218
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,80	3,54	0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	222,61	-0
		-	
9. Ergebnis nach Steuern	-5.429.940,86	4.308.696,02	-1.121
		-	
10. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-5.429.940,86	4.308.696,02	-1.121
11. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00	0
		-	
12. Entnahme aus der Kapitalrücklage	-5.429.940,86	4.308.696,02	-1.121
13. Bilanzverlust	0,00	0,00	0

4.4.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	55	54	3
Eigenkapitalrentabilität	-581	-317	83
Anlagendeckungsgrad 2	533	831	-36
Verschuldungsgrad	47	62	-23
Umsatzrentabilität	-568	-1334	-57

Individuelle Leistungskennzahlen

Spieljahr	Vorstellungen davon			Besucher davon		
	insgesamt	im Theatergebäude Paderborn	auswärts	insgesamt	im Theatergebäude Paderborn	auswärts
2011/2012	340	325	15	66.387	62.798	3.589
2012/2013	379	362	17	67.307	63.880	3.427
2013/2014	358	350	8	63.259	62.843	416
2014/2015	381	370	11	65.714	63.414	2.300
2015/2016	400	378	22	69.202	65.739	3.463
2016/2017	378	357	21	64.716	59.413	5.303
2017/2018	392	372	20	61.147	56.578	4.569
2018/2019	351	336	15	56.987	53.003	3.984
2019/2020	235 ^{*1}	235	0 ^{*2}	36.839	36.839	0
2020/2021	110 ^{*3}	96	14	3596 ^{*4}	2.569	1.027
2021/2022	229 ^{*5}	176	539 ^{*6}	17.100	13.406	3.694
2022/2023	212	193	19	46.586	43.336	3.250

^{*1} Pandemiebedingte Einstellung des Vorstellungsbetriebs ab dem 14.3.2021

^{*2} Pandemiebedingt fanden keine Vorstellungen im Freilicht statt

^{*3} erneute pandemiebedingte Einstellung des Vorstellungsbetriebes (Lockdown): 6.11.2020 bis 07.05.2021

^{*4} Über den Lockdown hinaus weitgehende Beschränkung der Platzkapazitäten

^{*5} Schrittweise Rückkehr zum Normalbetrieb, allerdings noch kein reguläres Abonnement und Vorstellungen im Abendspielplan ausschließlich im Großen Haus

^{*6} Vorstellungen der neugebildeten Kinder- und Jugendtheatersparte findet vermehrt in mobilen Spielbetrieben statt, daher großer Anstieg

4.4.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 75 Mitarbeiter (Vj. 74).

4.4.10 Geschäftsentwicklung

I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Theaters. Die Gesellschaft verfolgt damit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige kulturelle Zwecke. Im Rahmen ihrer Gemeinnützigkeit führt sie ihre Geschäfte nach kaufmännischen und wirtschaftlichen Grundsätzen. Keine Person darf durch Geschäftsausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft.

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben

Die Einnahmen der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022/2023 setzen sich wie folgt zusammen:

Einnahmen	T€	956,5
Zuschüsse (ohne Gesellschaftereinlage) - netto	T€	696,9
Übrige	T€	13,3

Von den Einnahmen entfallen T€ 781,1 auf Eintrittsgelder aus dem freien Verkauf (inkl. der flexiblen Angebote "Wahl-Abo" und "Entdecker-Abo") und auf die Abonnements. Die weiteren Einnahmen entfallen mit T€ 53,0 auf Thekeneinnahmen, mit T€ 50,0 auf Spenden, mit T€ 15,8 auf Vermietung und mit T€ 56,6 auf sonstige Einnahmen.

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr um T€ 633,4 erhöht. Die Veränderungen betragen bei den einzelnen Positionen: (Rückgang = "-")

Freier Verkauf	T€	233,7
Abonnement	T€	282,3
Spenden/Sponsoren/zweckgebundene Drittmittel	T€	50,0
Thekeneinnahmen	T€	51,4
Vermietung	T€	1,1
sonstige Einnahmen	T€	14,9

In der Spielzeit 2022/2023 kehrte das Theater zum vollumfänglichen, regulären Spielbetrieb nach der überstandenen Corona-Pandemie zurück.

Der Abonnementbetrieb wurde wieder vollständig aufgenommen, ebenso wurden nun wieder Produktionen in allen Spielstätten sowie dem Freilicht vor der Stadtbibliothek realisiert.

Die Einnahmeerwartungen und Kosten insbesondere im Bereich Personal und Aufführungen entsprachen im Wirtschaftsplan daher annähernd den Ansätzen aus der vor der Pandemie erstellten mittelfristigen Planung.

Die Gesamtbesucherzahlen beliefen sich in der Spielzeit 2022/2023 auf 49.126.

Im Abendspielplan konnten wie vorgesehen 10 Produktionen zur Premiere gebracht werden. Davon fanden 6 Produktionen im Großen Haus sowie 4 Produktionen im Studio statt. Im Kinder- und Jugendtheater wurden 5 Produktionen erfolgreich aufgeführt.

Die Zuschüsse und Zahlungen der Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2022/2023 betragen T€ 5.006,4. Die Einzahlung in die Kapitalrücklage für das Geschäftsjahr 2022/2023 erhöht sich für die Stadt Paderborn im Vergleich zum Vorjahr um T€ 179,1 auf T€ 3.584,1 (Vorjahr: T€ 3.405,0). In dieser Einzahlung sind T€ 739,5 für die Nutzungsgebühr (Miete) des Theaters enthalten. Die Einzahlung in die Kapitalrücklage des Kreises Paderborn für den gleichen Zeitraum erhöht sich um T€ 89,5 auf T€ 1.422,3 (Vorjahr: T€ 1.332,8).

Der Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt zeitanteilig für das Geschäftsjahr 2022/2023 insgesamt T€ 696,9 (Vorjahr: T€ 693,3). Die Bezirksregierung Düsseldorf bewilligte dem Theater im November 2020 Mittel in Höhe von insgesamt T€ 1.081,9 im Rahmen des Förderprogramms Neue Wege (Land NRW) für den Zeitraum vom 05.11.2020 bis 31.12.2023. Mit Bescheid vom 10.11.2022 hat die Bezirksregierung Düsseldorf die Mittel um T€ 61,8 erhöht. Diese Förderung erhält das Theater für die Bildung einer vollständigen Kinder- und Jugendtheatersparte. Auf das Wirtschaftsjahr 2022/2023 entfallen aus diesen Mitteln T€ 312,6 (Vorjahr: T€ 273,6).

Weitere T€ 100,0 gewährt das Land NRW mittels Betriebskostenzuschuss zu den Personalkosten als Festbetragsfinanzierung der bereits vor Spartengründung des jott durchgeführten Kinder- und Jugendtheaterarbeit.

Die Aufwendungen der Gesellschaft haben sich insgesamt um T€ 1.568,7 erhöht.

Entwicklung des Zuschuss- und Einzahlungsbedarfs

Im Rahmen der Planung für das Geschäftsjahr 2022/2023 wurde ein Zuschuss- und Einzahlungsbedarf in Höhe von T€ 5.691,0 (Vorjahr: T€ 5.361,5) ermittelt. Die Zuschüsse und Einzahlungen der Gesellschafter setzen sich wie folgt zusammen: T€ 2.844,6 für den Betrieb und T€ 739,5 für Gebäudeunterhalt durch die Stadt Paderborn; T€ 1.422,3 entfallen auf den Kreis Paderborn und T€ 684,6 auf das Land NRW.

Wirtschaftsplan

Nachfolgend sind die Zahlen des Wirtschaftsplanes 2022/2023 den Ist-Zahlen des Geschäftsjahres gegenübergestellt. Gleichzeitig wird der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023/2024, der durch Beschluss in der Aufsichtsratssitzung vom 23. Mai 2023 einstimmig genehmigt wurde, dargestellt.

	Plan	Plan	Ist
	2023/2024	2022/2023	2022/2023
<u>Einnahmen</u>			
	T€	T€	T€
Erlöse aus Kartenverkauf	470,0	432,0	498,8
„Neue Wege“	8,0	6,0	0,0
Abonnement/Gruppen	440,0	400,0	282,3
sonstige Einnahmen			
(u.a. zweckgebundene Drittmittel)	217,5	174,2	188,7
Zuschüsse Land NRW	617,1	684,6	696,9
Gesamteinnahmen	1.752,6	1.696,8	1.666,7
<u>Ausgaben</u>			
Personalkosten	4.977,0	4.352,5	4.728,3
Aufführungskosten	406,0	394,9	465,4
(Materialaufwand)			
Raumkosten	1.303,6	1.385,6	1.166,3
Reparaturen	67,9	67,2	102,2
Versicherungen und Beiträge	27,3	24,9	29,5
Fahrzeugkosten	24,2	21,2	9,
Werbe- und Reisekosten	205,9	165,7	227,5
Abschreibungen	71,5	62,5	125,6
sonstige Ausgaben	207,4	228,7	242,0
Gesamtausgaben	7.290,8	6.703,2	7.096,6
Ergebnis	-5.538,2	-5.006,4	-5.429,9
Zuzahlungen Gesellschafter:			
-Stadt Paderborn	2.912,5	2.844,6	2.844,6
-Kreis Paderborn	1.456,2	1.422,3	1.422,3
Auflösung Rücklage	430,0	0,0	423,5
-Stadt Paderborn (GMP)	739,5	739,5	739,5
Gesamtzuzahlungen Gesellschafter	5.538,2	5.006,4	5.429,9
Abweichung	0,0	0,0	0,0

Die zwischen den Gesellschaftern Stadt und Kreis Paderborn geschlossene „Vereinbarung über die Finanzierung der Westfälischen Kammerspiele GmbH“ und die Verlängerung dieser

Verlustübernahmeerklärung läuft bis zum 31.07.2024 (Ende des Geschäftsjahres 2023/2024). Sie verlängert sich jeweils um weitere 5 Jahre, sofern sie nicht seitens des Kreises oder der Stadt Paderborn mit einer Frist von 2 Jahren zum jeweiligen Ablauf der Vertragslaufzeit schriftlich gekündigt wird.

II. Voraussichtliche Entwicklung und mögliche Chancen und Risiken

In der Spielzeit 2023/2024 ist abzusehen, dass sich der positive Trend der Besuchszahlen fortsetzt. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts blickt man auf eine äußerst erfolgreiche erste Spielzeithälfte mit Besuchersrekorden im weihnachtlichen Familienstück und dem Musical zurück. Auch ist das Niveau der Abonnementzahlen auf das Vor-Pandemie-Niveau zurückgekehrt.

Erhebliche Steigerungen der Personalkosten durch Tarifabschlüsse im NV Bühne sind im Wirtschaftsplan abgebildet, der sprunghafte Anstieg der Personalkosten ist durch die bereits im Wirtschaftsplan dargestellte einmalige Entnahme aus der Kapitalrücklage in Richtung der Gesellschafter abgedeckt.

Alarmierend sind sich häufende Ausfälle im Bereich der Ton- und Bühnentechnik. Erste Erneuerungen werden bereits in der laufenden Spielzeit notwendig sein. Nach einmaliger Entnahme aufgrund Personalkostensteigerungen in der Spielzeit 2023/2024 in der Kapitalrücklage verbleibende Mittel sollen hierfür abgerufen werden, um die Erhaltung des Spielbetriebs zu gewährleisten.

So müssen die Steuerung der bühnentechnischen Anlagen erneuert sowie das Tonpult im Großen Haus ausgetauscht werden.

Die Erneuerung der szenischen Beleuchtung im Studio durch moderne und vor allem energiesparende LED-Geräte erfolgt voraussichtlich zum Ende der Spielzeit 2023/2024. Hierfür sind Mittel des Klimafonds der Stadt Paderborn eingeplant. Eine rechtssichere Entscheidung über die Verfügbarkeit dieser Mittel erfolgt im Zuge des Beschlusses des Haushalts der Stadt Paderborn 2024 im Mai dieses Jahres.

4.4.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Geschäftsführerin ist Intendantin Katharina Kreuzhage.

Gesellschafterversammlung

Vertreterin des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist als Leiterin der Stabstelle Recht und Grundsatzangelegenheiten Frau Hering.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

lfd. Nr.	Name
1	Michael Dreier
2	Ingo Tiemann
3	Carsten Venherm
4	Claudia Steenkolk
5	Alexander Senn
6	Wofgang Glunz
7	Sabine Kramm
8	Carsten Grabenstroer
9	Andrea Klausling
10	Susanne Schüssler
11	Rita Vahle-Kuhlmann
12	Rainer Rings

4.4.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 42 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

4.4.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.5 Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH

4.5.1 Basisdaten

Kurverwaltung Wünnenberg GmbH

Poststraße 15

33181 Bad Wünnenberg - Fürstenberg

Tel.: 02953/709-0, Fax: 02953/709-78, Internet: -

Gründungsdatum: 12. März 1991

4.5.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist das Betreiben von Kuranlagen in Bad Wünnenberg und aller damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben. Insbesondere sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, die Bad Wünnenberg zu einem anerkannten Fremdenverkehrs- und Kurort fortentwickeln.

Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen gewerblicher und / oder gemeinnütziger, gleicher oder anderer Art zu errichten, zu erwerben oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen.

Die Gesellschaft soll sich insbesondere an der Aata Klinik Wünnenberg GmbH zum Betreiben einer Rehabilitationsklinik in Bad Wünnenberg beteiligen.

4.5.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Das „örtliche Gesundheitswesen“ bzw. die Errichtung und Unterhaltung von „Einrichtungen der Gesundheit“ gehört zu den Aufgaben kommunaler Körperschaften, insofern hier Bedarf besteht. Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich im Geschäftsverlauf wieder.

4.5.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 51.200,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

Gesellschafter	Anteil in €/%
Kreis Paderborn	8.192,00 € (16,00 %)
Stadt Bad Wünnenberg	43.008,00 € (84,00 %)

4.5.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2023 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.5.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	13.813.616,72	14.427.191,77	614
I. Immaterielle Vermögensg.	0,00	0,00	0
II. Sachanlagen	13.797.983,48	14.411.558,53	614
III. Finanzanlagen	15.633,24	15.633,24	0
B. Umlaufvermögen	1.690.636,65	1.312.719,03	-378
I. Vorräte	0,00	0,00	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	40.386,44	26.189,32	-14
III. Flüssige Mittel	1.650.250,21	1.286.529,71	-364
C. Rechnungsabgrenzung.	859,77	902,76	0
Summe Aktiva	15.505.113,14	15.740.813,56	236
Passiva			
A. Eigenkapital	8.863.633,61	8.478.496,67	-385
I. Gezeichnetes Kapital	51.200,00	51.200,00	0
II. Kapitalrücklage	3.940.028,68	3.940.028,68	0
III. Andere Gewinnrücklagen	500.000,00	300.000,00	-200
IV. Bilanzgewinn	4.372.404,93	4.187.267,99	-185
B. Rückstellungen	46.700,00	46.700,00	0
C. Verbindlichkeiten	5.338.942,86	6.014.529,22	676
D. Rechnungsabgrenzungsp.	104.166,67	104.166,67	0
E. Passive latente Steuern	1.151.670,00	1.096.921,00	-55
Summe Passiva	15.505.113,14	15.740.813,56	236

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Nach § 5 des am 7. November 1997 mit der Patienten-Heimversorgung gemeinnützige Stiftung, Bad Homburg (PHV), geschlossenen Gestattungsvertrages hat sich die Gesellschaft verpflichtet, die von der PHV errichteten Gebäude bei Vertragsbeendigung zu übernehmen und an die Pächterin eine Entschädigung für das Gebäude in Höhe des Brandversicherungswertes zu leisten.

Aus heutiger Sicht ist nicht festzustellen, ob der Brandversicherungswert den Zeitwert des Gebäudes wesentlich übersteigt. Zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung haben sich keine Anhaltspunkte für die Inanspruchnahme aus diesem Vertrag ergeben.

4.5.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	1.294.606,42	1.294.606,42	0
2. sonstige betriebliche Erträge	71.366,55	58.647,00	-13
3. Personalaufwand	-18.625,35	-40.836,00	-22
a) Löhne und Gehälter	-16.040,00	-36.000,00	-20
b) soziale Abgaben und Aufw.f. Altersversorg.	-2.585,35	-4.836,00	-2
4. Abschreibungen	-545.211,00	-545.211,00	0
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-333.926,69	-186.530,41	147
6. Erträge aus Beteiligungen	0,00	150.000,00	150
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.627,30	0,00	-20
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-56.971,71	-63.842,91	-7
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-45.728,58	-105.560,18	-60
10. Ergebnis nach Steuern	385.136,94	561.272,92	176
11. Jahresüberschuss	385.136,94	561.272,92	176

4.5.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	54	50	4
Eigenkapitalrentabilität	7	7	0
Anlagendeckungsgrad 2	101	98	3
Verschuldungsgrad	71	87	-15
Umsatzrentabilität	43	39	4

4.5.9 Personalbestand

Neben der Geschäftsführung beschäftigte die GmbH im Jahr 2023 kein weiteres Personal.

4.5.10 Geschäftsentwicklung

Gesamtwirtschaftliche Situation

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt lag in Deutschland nach ersten Berechnungen des statistischen Bundesamtes um 0,3 % niedriger als im Vorjahr. Hohe Preise, ungünstigere Finanzierungsbedingungen sowie geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland dämpften die Entwicklung im abgelaufenen Jahr. Ursächlich für diese schwächer als zu Jahresbeginn allgemein erwartete Entwicklung waren vor allem die hohen, wenn auch leicht rückläufigen Inflationsraten und die Nachwirkungen der massiven Kaufkraftverluste, die den privaten Konsum geschwächt haben. Hinzu kommen die deutlich geringere Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft sowie der dynamische Effekt der geopolitischen Spannungen und Krisen.

Unternehmensentwicklung

Die wirtschaftliche Lage der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH (Kurverwaltung) ist maßgeblich von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Aatakllinik Wünnenberg GmbH (Aatakllinik) abhängig, da der überwiegende Teil des Grundbesitzes mit Vertrag vom 03. August 2020 über eine Dauer von 20 Jahren an die Aatakllinik Wünnenberg verpachtet wird. Darüber hinaus sind beide Gesellschaften gesellschaftsrechtlich miteinander verflochten. Der von der Aatakllinik an die Kurverwaltung zu entrichtende Pachtzins beträgt ab dem 1. Juli 2021 T€ 1.250 p.a., also monatlich ca. T€ 104. Neben der Umlage, welche die Aatakllinik an die Kurverwaltung entrichtet, werden die laufenden öffentlichen Lasten der verpachteten Grundstücke, namentlich die Grundsteuer, an die Aatakllinik weiterberechnet.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2023 entwickelte sich überplanmäßig im Vergleich zu dem Wirtschafts- und Finanzplan aber unterhalb des Ertragsniveaus des Vorjahres. Bei einer Gesamtleistung von T€ 1.366 (Vorjahr T€ 1.353) hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von T€ 385 (Vorjahr T€ 561) und einen Cash Flow aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von T€ 1.016 (Vorjahr T€ 1.282) erzielt. Der Ergebnismrückgang von T€ 176 resultiert aus den um T€ 150 geringeren Beteiligungserträgen und den um T€ 148 höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen, denen eine verbesserte Gesamtleistung (+ T€ 13) und ein Anstieg des Zinsergebnisses (+ T€ 27) sowie niedrigere Personalaufwendungen (- T€ 22) und Steueraufwendungen (- T€ 60) gegenüberstehen. Die Gesellschaft weist in der Bilanz zum 31. Dezember 2023 mit T€ 8.863 (57,2 % der Bilanzsumme) ein positives Eigenkapital aus, das sich bei weiterer planmäßiger Entwicklung des Geschäftsverlaufes in den nächsten fünf Jahren jährlich um durchschnittlich ca. T€ 418 erhöht. Mittelfristig kann daher weiterhin von einer sehr soliden Eigenkapitalausstattung der Kurverwaltung ausgegangen werden. Die Finanzlage der Gesellschaft ist durch Vorhaltung einer ausreichenden Barliquidität gesichert. Mit zwei Darlehensverträgen jeweils vom 28. Oktober 2020 über insgesamt 6,9 Mio. € wurde mit der VerbundVolksbank OWL eG eine Anschlussfinanzierung für die am 30. September 2021 auslaufenden Konsortialdarlehen mit der VerbundVolksbank OWL eG und der NRW.Bank Anstalt des öffentlichen Rechts vereinbart. Die Kreditmittel werden ab dem 30. September 2021 allein durch die VerbundVolksbank OWL eG bereitgestellt. Die Darlehen über 4,4 Mio. € und 2,5 Mio. € haben eine vertragliche Laufzeit bis zum 30. September 2031 und werden über die Gesamtlaufzeit mit einem Festzinssatz von nominal 1,00 % p.a. verzinst. Die Darlehen valutieren zum 31. Dezember 2023 mit insgesamt 5,3 Mio. €. Neben einer erstrangigen grundbuchlichen Absicherung, lastend auf dem Grundbesitz der Gesellschaft, wurde der kreditgebenden Bank zur Besicherung des Darlehens die Miet- und Pachtzinsforderungen aus dem Pachtverhältnis abgetreten und eine Ausfallbürgschaft der Stadt Bad Wünnenberg in Höhe von 80 % des jeweils zur Rückzahlung fälligen Darlehensbetrages zuzüglich anteiliger Zinsen und Nebenforderungen zur Verfügung gestellt. Mit dieser Anschlussfinanzierung wurde ein wesentlicher Beitrag zur Festigung der Kapitaldienstfähigkeit der Gesellschaft geleistet.

Chancen- und Risikoberichterstattung

Der Geschäftsverlauf der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH ist von den kontinuierlichen Einnahmezufüssen aus der Verpachtung der Klinik und damit indirekt von der Belegungsquote der Aatakllinik und der zumindest kostendeckenden Vergütung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen sowie der Beihilfe für die Patientenversorgung abhängig. Bei einer gegenüber dem Vorjahr verbesserten Belegung von 89,5 % (Vorjahr 83,2 %) und demzufolge ansteigender betrieblichen Gesamtleistung (+ T€ 1.709) erwirtschaftete die Aatakllinik bei deutlich erhöhten Aufwendungen für bezogene Leistungen, steigenden Personalkosten und sonstigen betrieblichen Aufwendungen einen gegenüber dem Vorjahr deutlich rückläufigeren Jahresüberschuss von T€ 335 (Vorjahr T€ 690). Die Vergütung der Leistungen durch die Kostenträger hat sich in 2023 bei deutlich gestiegenen Kosten in etwa auf Vorjahresniveau stabilisiert. Insgesamt zeichnete sich auch für das Jahr 2024 eine zurzeit ausreichende, aber restriktive Haltung der Kostenträger bei Berücksichtigung der tatsächlichen Personalkostensteigerung ab. Inwieweit sich die zukünftigen Auswirkungen der Inflation und geopolitischen Spannungen (Ukraine-Krieg, Nahost-Konflikt) und

die zu erwartenden Energiepreiserhöhungen niederschlagen werden, ist aus heutiger Sicht nicht einschätzbar. Nach den bisherigen Einschätzungen der Geschäftsleitung der Aatakllinik wird eine signifikante Erhöhung der Betriebskosten, insbesondere bei den Strom- und Gaskosten aufgrund bestehender Verträge für das Jahr 2024 nicht erwartet. Bisher wurden die Pachtzahlungen durch die Aatakllinik stets fristgerecht geleistet. Aus den vorgenannten Gründen und insbesondere vor dem Hintergrund der Kapitalausstattung der Aatakllinik ist davon auszugehen, dass eine Bestandsgefährdung der Kurverwaltung nicht vorliegt. Es wird zunächst weiterhin von einer Nachhaltigkeit der von der Aatakllinik an die Kurverwaltung zu entrichtenden Pachtzahlungen ausgegangen.

Prognosebericht/Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2024 und 2025 werden nach den Wirtschafts- und Finanzplänen der Geschäftsführung, die Umsatzerlöse aus Pächterlösen, mit T€ 1.250 auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2023 geplant. Zusätzlich wird für das Geschäftsjahr 2024 eine Gewinnausschüttung aus der Aatakllinik von ca. T€ 150 vorgesehen. Bedingt durch die geplante Gewinnausschüttung wird für das Geschäftsjahr 2024 ein erhöhter Jahresüberschuss von T€ 522 erwartet. Der Cash-Flow der Gesellschaft wird sich dementsprechend auf ca. T€ 1.156 erhöhen. Für das Geschäftsjahr 2025 wird im Wesentlichen, bedingt durch erhöhte Instandhaltungsmaßnahmen an dem verpachteten Klinikgebäude, eine rückläufige Ertragsentwicklung erwartet. Der Jahresüberschuss beläuft sich nach der Unternehmensplanung auf ca. T€ 380, der Cash Flow auf ca. T€ 996. Die vorstehende Prognose steht unter dem Vorbehalt, dass die Aatakllinik Wünnenberg GmbH weiterhin nicht übermäßig von den geopolitischen Verwerfungen und Energiepreissteigerungen betroffen sein wird und ihre Zahlungsverpflichtungen aus dem Pachtvertrag wie in der Vergangenheit fristgerecht einhalten kann

4.5.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Bürgermeister Christian Carl, Bad Wünnenberg.

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung sind Herr Kreistagsabgeordnete Hubert Nolte sowie Herr Landrat Rütter.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.5.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
Aatakllinik Wünnenberg GmbH, Bad Wünnenberg	30,00

Die Aatakllinik teilte mit, dass der Jahresabschluss und der Prüfbericht nur für interne Zwecke vom Wirtschaftsprüfer freigegeben ist und nicht an Dritte weitergegeben bzw. veröffentlicht werden darf.

Herr Landrat Rütter wurde in der Gesellschafterversammlung der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH am 25.01.2021 als Mitglied für die Gesellschafterversammlung der Aatakllinik Wünnenberg GmbH gewählt.



4.6 A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH

4.6.1 Basisdaten

A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH (A.V.E.- GmbH)

Alte Schanze

33106 Paderborn

Tel.: 0 52 51/1812-0, Fax: 05251/1812-13, Internet: -

Gründungsdatum: 25. November 1991

4.6.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft nimmt alle dem Kreis Paderborn aufgrund des Abfallgesetzes für das Land NRW sowie des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen und des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz obliegenden Aufgaben, insbesondere die Abfallverwertung wahr, soweit sich der Kreis Paderborn im Rahmen des rechtlich Zulässigen zur Erfüllung dieser Aufgaben der Gesellschaft bedient. Die Gesellschaft kann andere Entsorgungs- und Verwertungsleistungen erbringen, z. B. im Rahmen des Dualen Systems.

Ebenso nimmt die Gesellschaft Aufgaben des Kreises Paderborn zur Umsetzung des am 12.12.2011 vom Kreistag des Kreises Paderborn beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzeptes wahr. Zweck der Gesellschaft ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Erzeugung und Vermarktung regenerativer Energien, z. B. aus Großwindkraftanlagen und Photovoltaikanlagen und damit unmittelbar verbundene Dienstleistungen einschließlich öffentlicher Energieberatungen im Gebiet des Kreises Paderborn.

4.6.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kommunen sind gesetzlich dazu bestimmt, dem Bürger als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zu dienen. Ebenso dient die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

4.6.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 1.022.583,76 €. Alleiniger Gesellschafter ist der A.V.E.-Eigenbetrieb des Kreises Paderborn.

4.6.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Bei den von der A.V.E. GmbH gegenüber dem A.V.E. Eigenbetrieb ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 7.991.491,93 € handelt es sich um Darlehen (7.800.000,00 €) sowie Ausgaben aufgrund Pacht, Umlagen und Zinsen (191.491,93 €). Auf der Seite des A.V.E. Eigenbetriebes werden Forderungen in gleicher Höhe gegenüber der A.V.E. GmbH ausgewiesen.

Aus Nutzungsentgelten für Photovoltaikanlagen werden gegenüber dem A.V.E. Eigenbetrieb Erträge in Höhe von 31.575,38 € und Forderungen in Höhe von 37.414,01 € ausgewiesen, denen dort entsprechende Aufwendungen und Verbindlichkeiten in jeweils gleicher Höhe gegenüberstehen.

Weiterhin werden gegenüber dem A.V.E. Eigenbetrieb 254.182,33 € Aufwendungen aus Windenergieanlagen, Zinsen und Umlagen ausgewiesen, die dort als entsprechende Erträge verbucht werden.

Gegenüber dem Kreis Paderborn werden Verbindlichkeiten in Höhe von 5.700,00 € aus der Erstattung von Personalkosten für die Geschäftsführung ausgewiesen, die dort entsprechend als Erträge verbucht werden. Daneben werden Aufwendungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von 6.150,00 € ausgewiesen, die

sich aus der Erstattung von Personalkosten für die Geschäftsführung sowie Aufwendungen für die Erstellung eines Lageplanes zusammensetzen.

Die gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Forderungen in Höhe von 8.034,92 € ergeben sich aus Pachteinnahmen für die Photovoltaikanlagen. Die gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Erträge in Höhe von 36.233,35 € resultieren ebenfalls aus diesen Pachteinnahmen sowie Erstattungen für den Klimaschutz/ Klimaschutzfonds.

4.6.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€2
Aktiva			
A. Anlagevermögen	14.610.421,19	13.943.111,71	667
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	19.886,00	67.614,00	-48
II. Sachanlagen	14.585.535,19	13.870.497,71	715
III. Finanzanlagen	5.000,00	5.000,00	0
B. Umlaufvermögen	2.092.724,64	2.084.392,18	8
I. Vorräte		0,00	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	561.026,15	754.743,39	-194
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0
IV. Flüssige Mittel	1.531.698,49	1.329.648,79	202
C. Rechnungsabgrenzungsposten	37.404,04	6.988,56	30
Summe Aktiva	16.740.549,87	16.034.492,45	706
Passiva			
A. Eigenkapital	2.594.334,39	1.929.096,29	665
I. Stammkapital	1.022.583,76	1.022.583,76	0
II. Allgemeine Rücklage	0,00	0,00	0
III. Gewinnrücklagen	919.460,20	919.460,20	0
IV. Verlustvortrag	12.947,67	465.090,25	-452
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	665.238,10	452.142,58	213
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	3.600,00	0,00	4
C. Rückstellungen	525.213,36	230.349,22	295
D. Verbindlichkeiten	13.617.402,12	13.875.046,94	-258
Summe Passiva	16.740.549,87	16.034.492,45	706

4.6.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€2
1. Umsatzerlöse	2.748.824,32	1.807.602,46	941
2. sonstige betriebliche Erträge	52.669,04	21.675,00	31
3. Materialaufwand	107.114,84	39.085,76	68
Aufw. für bezogene Leistungen	107.114,84	39.085,76	68
4. Personalaufwand	131.097,91	85.712,97	45
a) Löhne und Gehälter	107.028,84	69.184,10	38
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	24.069,07	16.528,87	8
- davon für Altersversorgung € 247,78 (€ 18,75) (€ 18,75)			0
5. Abschreibungen	969.815,25	718.370,31	251
auf immat. Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	969.815,25	718.370,31	251
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	389.132,83	284.778,33	104
- davon aus verbundenen Unternehmen € 750,00 (€ 225,00)			0
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.849,85	0,00	11
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	253.057,46	195.095,02	58
9 Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	300.961,32	55.059,17	246
10. Ergebnis nach Steuern	661.163,60	451.175,90	210
11. Sonstige Steuern	-4.074,50	-966,68	-3
12. Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	665.238,10	452.142,58	213

4.6.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	15	12	29
Eigenkapitalrentabilität	26	23	9
Anlagendeckungsgrad 2	115	115	0
Verschuldungsgrad	545	731	-25
Umsatzrentabilität	24	25	-3

4.6.9 Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten im Geschäftsjahr ohne Geschäftsführung beträgt 2,0 Mitarbeitende (VJ: 1).

4.6.10 Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens und Wirtschaftsbericht

Darstellung des Geschäftsverlaufes:

Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 12.01.2015 wurde der Geschäftsbereich „Energie“ neu dem Aufgabenbereich der GmbH zugeordnet. Gedeckt durch Kreistagsbeschlüsse, soll die A.V.E. GmbH die regenerative Energieerzeugung auf kreiseigenen Flächen und Liegenschaften für den Kreis Paderborn prüfen, projektieren und betreiben.

Im Jahr 2023 wurde der mittels Wind- und Ertragsgutachten prognostizierte Ertrag für die Windenergieanlagen (WEA) 1 und 2 von 14,2 Mio. KWh mit 12,14 Mio. KWh deutlich um 14,5% unterschritten. Mit Zubau der dritten WEA - in Hauptwindrichtung vor den bestehenden Anlagen — reduziert sich jedoch der ermittelte Jährliche Windertrag von 14,2 Mio. KWh um ca. 0,9 Mio. KWh (ca. 6,5%). Der erzielte Ertrag setzt sich aus 10,97 Mio. KWh verkaufter Energie sowie 1,17 Mio. KWh abgeregelter Energie (Menge aus Redispatch 2.0 liegt erst bis Apr. 23 vor) zusammen. Die abgeregelte Energie wurde hierbei finanziell mit dem Bemessungssatz von 7,68 Cent/KWh laut EEG-Vergütung ausgeglichen. Da gleichzeitig durch die veränderte Situation auf dem Energiemarkt jedoch der Marktwert des regenerativ erzeugten Stroms im Jahr 2023 im Mittel 0,127 Cent/KWh über den garantierten EEG-Erlösen lag, lag das finanzielle Ergebnis um ca. 20.600€ über den geplanten Erlösen. Ab Dezember ist es im Weiteren zu Unverträglichkeiten zwischen der Einspeiseleistung und dem Netzbetrieb gekommen. Bei Volllastbetrieb der beiden WEAs kam es zu Leistungsüberschreitungen im Netz und diese hatten eine Abschaltung beider Anlagen zur Folge. Durch die Drosselung beider Anlagen von 3,0 MW auf 2,0 MW konnten die Anlagen zumindest im Teillastbetrieb weiterlaufen. Ende Januar 2024 konnten in Abstimmung mit dem Netzbetreiber WVN in der Steuerung der Anlage Änderungen vorgenommen werden. Diese ermöglichen seitdem wieder den uneingeschränkten Betrieb der Anlagen.

Die Planung der dritten WEA mit 4,2 MW der Fa. Enercon wurde in 2021 abgeschlossen. Um eine sichere Einspeisevergütung nach dem EEG für den Betrieb der Anlage zu bekommen, hat man sich an dem Ausschreibungsverfahren der Bundesnetzagentur für Windenergieanlagen beteiligt. Hier wurde ein Zuschlag für die Vergütung von 5,88 Cent/KWh erteilt. Dieser Zuschlag sichert der A.V.E. GmbH die Vergütung zzgl. einem Zuschlag für die Standortgüte von 35% für die Betriebszeit von 20 Jahren zu. Im Geschäftsjahr 2023 wurde die Anlage incl. der Anbindung an das Versorgungsnetz erstellt. Die Inbetriebnahme war für Dezember 2022 vorgesehen. Infolge mangelnder Bauteile können die Anschluss- und Restarbeiten innerhalb der Anlage erst in 2023 ausgeführt werden. Die Anlage ist im März 2023 in Betrieb gesetzt worden und erzeugt elektrische Energie.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde durch den Aufsichtsrat der Beschluss gefasst, die Photovoltaikanlagen auf den Hallendächern ab dem Jahr 2021 dem A.V.E. Eigenbetrieb zu verpachten. Hierdurch erhält der Eigenbetrieb die kompletten Stromerlöse; sie dient aber auch zur Eigenversorgung der betrieblichen eigenen Einrichtungen. Der A.V.E. Eigenbetrieb übernimmt hiermit das Betriebsrisiko für den Anlagenbetrieb. Die Pacht ist als Pauschale festgesetzt und wird unabhängig vom wirtschaftlichen Erfolg geleistet. Im Jahr 2023 verlief der Betrieb der PV-Anlage entsprechend den Erwartungen. Nach dem gleichen Betreibermodell hat die A.V.E. GmbH die Planung und den Bau einer PV-Anlage auf dem Gebäude der Kreisverwaltung initiiert. Die Inbetriebnahme erfolgte im Mai 2022. Betreiber dieser Anlage ist der Kreis Paderborn.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde mit der Montage einer weiteren PV-Anlage mit 530 kWp auf dem Kreisbauhof im Entsorgungszentrum begonnen. Diese Arbeiten wurden im Juni 2023 abgeschlossen und die Anlage am 14.07.2023 in Betrieb genommen. Die Anlage wird mit der Inbetriebnahme ebenfalls an den A.V.E. Eigenbetrieb verpachtet und dient wie die bestehende PV-Anlage im Entsorgungszentrum unter anderem der Eigenversorgung. Die Vermarktungserlöse aus der Stromproduktion erhält der Eigenbetrieb. Das Betreiberisiko liegt beim A.V.E. Eigenbetrieb.

Im Jahr 2023 wurden noch drei weitere PV-Anlagen auf Kreisliegenschaften montiert und davon zwei in 2023 auch in Betrieb genommen. In den beiden Fällen handelt es sich um Anlagen auf Rettungswachen, und zwar in Büren und Fürstenberg. Beide Anlagen sind mit einem notstromfähigen Speicher ausgestattet. Die Anlagen wurden am 16.06. (Büren) und 14.07. (Fürstenberg) in Betrieb genommen. Die weitere Anlage (ehem. Job-Center) wurde am 10.01.2024 in Betrieb genommen.

Insgesamt wurden 1208 kWp auf den verschiedenen Objekten des Eigenbetriebes und der Kreisverwaltung montiert. In allen Fällen ist die A.V.E GmbH nicht Betreiber und trägt nicht das Betreiberrisiko.

Im Jahr 2022 wurde im Aufsichtsrat beschlossen, eine Netzverknüpfung für die Einspeisung von ca. 10 MW zu planen. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass im Entsorgungszentrum der Ausbau von Photovoltaikanlagen in der Fläche erfolgen kann. Maßgeblich hierfür ist ein leistungsstarker Zugang zu dem öffentlichen Versorgungsnetz. Nach der Untersuchung verschiedener Anschlussmöglichkeiten, wurde mittels Dringlichkeitsbeschluss am 24.08.23 und anschließend Beschluss im Aufsichtsrat am 20.09.23 der Anschluss an das Umspannwerk in Salzkotten-Upsprunge favorisiert. Mit dem Kauf der Stromkabel und den Anschlussarbeiten wurde bereits im Herbst begonnen. Die Fertigstellung mit einer Anschlussstation am Windpark Alte Schanze ist für Anfang 2025 geplant. Dieser Termin beeinträchtigt in keiner Weise die derzeit laufenden Planungen für die PV-Anlage auf der DK O-Deponie. Diese befinden sich gerade im Anfangsstadium.

Auf der planfestgestellten Deponiefläche konnte ein Standort im Stadtgebiet Paderborn identifiziert werden, der einen weiteren Windkraftanlagenstandort zulässt. Dieser Standort liegt außerhalb von ausgewiesenen Windvorrangzonen. Für den Bau einer WEA bleibt hier abzuwarten, dass die Stadt Paderborn die planungsrechtlichen Voraussetzungen durch eine Positivplanung schafft. Überschlägliche Ermittlungen haben für diesen Standort einen wirtschaftlichen Betrieb ergeben.

Die Vorplanungen für eine PV-Anlage am Flughafen konnten aufgrund des enormen Abstimmungsbedarfes mit und zwischen den Genehmigungsbehörden noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Durch das Blindgutachten konnten geeignete Flächen im Bereich des Rollfeldes identifiziert werden. Auf Basis dieses Gutachtens wurde nun das signaltechnische Gutachten erstellt, um letztlich einen sicheren Flugbetrieb zu gewährleisten. Abschließend wurden auf Grundlage der Gutachten Einspeisevoranfragen beim Netzbetreiber gestellt. Hier steht das Ergebnis noch aus.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich zum Bilanzstichtag auf rund 15,5 %. Die Liquidität und Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war jederzeit gesichert

II. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Windenergieanlagen

Haftungsrisiken durch den Betrieb der Anlagen gegenüber Dritten sind durch eine Haftpflichtversicherung abgedeckt.

Wirtschaftliche Risiken bestehen durch erhöhte Ausfallzeiten beim Betrieb der WEAs durch Schäden an der Anlagentechnik. Dieses Risiko wird durch zwei Mechanismen weitgehend ausgeschlossen., Zum einen besteht mit der Fa. Enercon, ausgeführt durch die Fa. Lackmann Phymetric ein Vollwartungsvertrag über die Laufzeit von 20 Jahren, der eine Verfügbarkeit der Anlagen von 97% bzw. ab dem 16. Jahr von 95% garantiert. Darüber hinaus wird für beide Anlagen mit Übergabe der Anlagen die Maschinen- und Betriebsunterbrechungsversicherung vom Projektierer übernommen.

Bestimmt durch das EEG muss der erzeugte Strom vom Betreiber vermarktet werden, Hierzu bedient sich die A.V.E. GmbH seit dem 01.01.2021 des Direktvermarktes WestfalenWind Strom GmbH. Die hieraus erzielten Erlöse erhält die GmbH in Form des „Marktwertes“. Entsprechend dem EEG zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Windenergieanlagen hat die GmbH einen Vergütungsanspruch in Höhe von 7,68 Cent. Der Differenzbetrag zwischen Anspruch und Marktwert (=Marktpremie) wird durch den Netzbetreiber Westfalen Weser Netz GmbH der A.V.E. GmbH ausgeglichen. Ein Ausfall des Netzbetreibers ist zu keinem Zeitpunkt zu erwarten. Ein Risiko besteht für die GmbH insoweit, dass der Direktvermarkter die Insolvenz

beantragt. Hierdurch wäre die Zahlung von ca. zwei Monatserträgen gefährdet. Durch den hohen Marktwert kam es in der Zeit von August 2021 bis Juli 2023 zu keiner zusätzlichen Vergütung durch den Netzbetreiber. In 2023 lag der Marktwert größtenteils höher als der Vergütungsanspruch. Allerdings sind die Schwankungen deutlich zurückgegangen.

Veranlasst durch die hohen Marktwerte in 2022, wurden nach dem Gesetz zur Strompreisbremse die Zufallsgewinne durch den hohen Marktwert im Zeitraum Dezember 2022 bis Juni 2023 abgeschöpft. Die Schwelle der Abschöpfung lag hierbei 3,0 Cent/KWh über dem Vergütungsanspruch des EEG. Ein wirtschaftliches Risiko ist hiernach durch die Abschöpfung nicht gegeben.

Wie auch das Jahr 2022 gezeigt hat, können windschwache Jahre zu erheblichen Einbußen beim Windertrag führen. Finanziell konnten diese durch den erhöhten Marktwert aufgefangen werden. Um die günstigen Marktpreise für die kommenden Jahre abzusichern und windschwache Zeiten abzufedern, sind mit Beschluss des Aufsichtsrates am 21.09.2022 insgesamt 6,87 Mio. KWh je Jahr mit einem Marktwert von 15,8 Cent/KWh für die Jahre 2023 bis 2025 festgeschrieben worden. Hierdurch können ggf. auftretende Mindererträge aus der Stromproduktion in den kommenden Jahren ausgeglichen werden. Die Festpreisbindung wurde mit Beschluss vom 15.03.2023 gegen eine Ablösezahlung in Höhe von 1.007.955 € zurück abgewickelt. Die derzeitige Situation auf den Energiemärkten zeigt, dass wohl auch zukünftig der „Marktwert“ des Stroms gerade in windschwachen Zeiten über den zugesicherten EEG-Erlösen liegen wird.

Heizungsanlage

Für die Heizungsanlage haben die Malteser Werke einen Vollwartungsvertrag mit der A.V.E. GmbH geschlossen. Diese wiederum hat die ESW mit allen daraus resultierenden Rechten und Pflichten hieraus beauftragt. Ein Risiko für die A.V.E. GmbH besteht insoweit aus dem Betrieb der Heizungsanlage nicht.

Die Pachtverträge mit ESW haben eine Laufzeit von 20 Jahren; für die KWK-Anlage von 10 Jahren. Die Seitens der GmbH geschlossenen Verträge mit den Maltesern haben hingegen nur eine Laufzeit von 15 Jahren bzw. 10 Jahren für die beiden BHKWs. Für den Brennwertgaskessel und die Heizungsverteilung besteht insofern eine Vertragslücke von 5 Jahren. Da sich das Gebäude im Eigentum des Kreises Paderborn befindet und auch nach 15 Jahren eine Nutzung des Gebäudes erfolgen wird, ist das Risiko des Pachtausfalles zu vernachlässigen.

Photovoltaikanlagen

Haftungsrisiken durch den Betrieb der Anlagen gegenüber Dritten sind durch eine Haftpflichtversicherung abgedeckt.

Für die bestehende PV-Anlage ist durch den Betreiberwechsel das wirtschaftliche Risiko auf den A.V.E. Eigenbetrieb bzw. auf den Kreis Paderborn übergegangen. Die Pachtzahlungen an die GmbH sind hierbei erfolgsunabhängig. Nach politischem Beschluss sollen nach diesem Betreibermodell auch weitere PV-Anlagen auf Gebäuden des Kreises Paderborn errichtet und betrieben werden, sofern die Wirtschaftlichkeit hier vorliegt.

4.6.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der A.V.E. GmbH ist Martin Hübner, technischer Dezernent des Kreises Paderborn.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung besteht aus 11 Mitgliedern.

lfd. Nr.	Name
1	Verena Haese
2	Klaus Zündorf



3	Hanswalther Lüttgens
4	Thorsten Jakobsmeier
5	Anke Mersch
6	Ralf Pirsig
7	Klaus Schüssler
8	Burkhard Blienert
9	Johannes Risse
10	Lukas Lambrecht
11	Andre Brandt

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Dies sind im Einzelnen:

lfd. Nr.	Name
1	Meinolf Päsch
2	Ulrich Fresen
3	Hubert Nolte
4	Markus Müller
5	Jürgen Schmidt
6	Thomas Anke
7	Ingo Tiemann

4.6.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil
Energiegenossenschaft Paderborner Land eG	10 Geschäftsanteile à 500,00 €

4.6.13 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 7 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 14,29 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.6.14 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.7 Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

4.7.1 Basisdaten

Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Frankfurter Weg 22

33106 Paderborn

Tel.: 0 52 51/1737-30, Fax: 05251/1737-65, Internet: www.radiohochstift.de

Gründungsdatum: 18. Oktober 1990

4.7.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Unternehmenszweck der GmbH & Co. KG ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben. Dies sind im Einzelnen:

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen
3. für den Vertragspartner den in § 53 LMG NRW genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen
4. Hörfunkwerbung gemäß LMG NRW zu verbreiten.

Daneben sind alle damit zusammenhängenden Geschäfte zulässig. Die Gesellschaft kann sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder solche erwerben sowie Zweigniederlassungen gründen.

4.7.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Landesmediengesetz.

4.7.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital beträgt 520.000,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

Gesellschafter	Anteil in €/%
Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG	390.000,00 € (75,00 %)
Kreis Höxter	65.000,00 € (12,50 %)
Kreis Paderborn	65.000,00 € (12,50 %)

Die Komplementärin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin, die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, deren alleinige Gesellschafterin die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ist. Die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ohne Einlage beteiligt.

4.7.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2023 eine Ausschüttung in Höhe von 19.580 €. Die Ausschüttung wird auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

4.7.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	162.151,00	64.884,00	97
I. Immaterielle Vermögen	0,00	0,00	0
II. Sachanlagen	136.551,00	39.284,00	97
III. Finanzanlagen	25.600,00	25.600,00	0
B. Umlaufvermögen	1.286.154,02	1.565.349,43	-279
I. Vorräte	14.877,24	15.991,79	-1
II. Forderungen	1.075.610,08	1.250.336,49	-175
III. Flüssige Mittel	195.666,70	299.021,15	-103
C. Rechnungsabgrenzungsposten	28.831,11	22.313,87	7
Summe Aktiva	1.477.136,13	1.652.547,30	-175
Passiva			0
A. Eigenkapital	1.122.931,46	1.152.942,56	-30
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	520.000,00	520.000,00	0
II. Rücklagen	602.931,46	632.942,56	-30
B. Sonderposten	25.600,00	25.600,00	0
C. Rückstellungen	18.201,00	16.081,00	2
D. Verbindlichkeiten	310.403,67	457.923,74	-148
Summe Passiva	1.477.136,13	1.652.547,30	-175

4.7.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	2.387.226,66	2.569.591,73	182
2. sonstige betriebliche Erträge	23.221,86	10.862,20	-12
3. Materialaufwand	1.504.322,20	1.561.837,97	58
4. Rohergebnis	906.126,32	1.018.615,96	112
5. Abschreibungen auf immaterielle VG	25.998,28	18.413,01	-8
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	901.372,76	811.508,89	-90
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.372,06	16.303,56	8
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4,68	27.897,84	28
9. Ergebnis nach Steuern	-29.612,10	144.492,66	174
10. Sonstige Steuern	399,00	836,00	0
11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-30.011,10	143.656,66	174
12. Gutschrift auf den Gesellschafterkonten	30.011,00	-143.656,66	-174
13. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	0,00	0

4.7.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	70	56	13
Eigenkapitalrentabilität	12	36	-23
Anlagendeckungsgrad 2	2507	2640	-133
Verschuldungsgrad	41	75	-34
Umsatzrentabilität	6	15	-9

4.7.9 Personalbestand

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG hat kein eigenes Personal. Unternehmensbezogene Tätigkeiten wie Verwaltung, Geschäftsführung, Verkauf und Disposition der Werbezeiten, technischer Service, Marketing etc. werden im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages von Fremddienstleistern, insbesondere von am (Bielefeld), erledigt.

4.7.10 Geschäftsentwicklung

Geschäftsmodell Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft (BG) ist Betreiberin eines privaten lokalen Hörfunksenders für die Kreise Höxter und Paderborn. Die Geschäftstätigkeit erfolgt auf Grundlage des Landesmedien-gesetzes Nordrhein-Westfalen (LMG NW) innerhalb des so genannten Zwei-Säulen-Modells. Das bedeutet: Die programmliche Verantwortung liegt allein bei der mit der BG vertraglich verbundenen Veranstaltergemeinschaft Radio Paderborn-Höxter e.V. (VG), die auch Arbeitgeberin für die Beschäftigten in der Redaktion ist. Die Vermarktung des Programms, die Kosten seiner Verbreitung und das wirtschaftliche Risiko liegen allein bei der BG. Die Höhe der zu erwirtschaftenden Werbeerlöse ist wesentlich abhängig von den in den offiziellen Mediaanalysen (MA Audio und EMA NRW) gemessenen Hörerreichweiten des Programms sowie von der konjunkturellen Situation lokal und überregional. Das Geschäftsmodell ist, ein Hörfunkprogramm zu finanzieren, das über eine möglichst hohe Hörerreichweite Werbeeinnahmen generiert, die die Kosten für die Programmproduktion und -verbreitung übersteigen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklung des Hörfunkwerbemarktes

Der nationale Hörfunk-Werbemarkt entwickelte sich im Berichtsjahr positiv. Die Bruttowerbeeinnahmen aller öffentlich-rechtlichen und privaten Hörfunkanbieter in Deutschland beliefen sich nach einer Erhebung von The Nielsen Company im Jahr 2023 auf T€ 1.972.756. Das entspricht einem Plus von T€ 56.236 oder 2,9 % gegenüber dem Vorjahr. Die von der ARD Media (vormals AS&S Radio) vermarkteten, überwiegend öffentlich-rechtlichen Hörfunksender nahmen in ihrer Umsatzentwicklung um T€ 41.335 auf T€ 688.827 ab (minus 5,7 %). Die von der RMS vermarkteten Privatradios, zu denen auch RADIO NRW zählt, verzeichneten in Summe ein Plus von T€ 102.380 oder 9,0 % auf T€ 1.236.671.

Der Gesamt-Marktanteil von Hörfunk im Wettbewerb der Werbemedien lag 2023 bei 5,7 % (Vorjahr: 5,6 %), was angesichts des nach wie vor relativ hohen Grades der Radionutzung in Deutschland im Vergleich zu den anderen Werbeträgern ein niedriger Wert ist. Den größten Anteil am Gesamtwerbemarkt hatte auch 2023 das Fernsehen mit 48,0 % (Vorjahr: 50,1 %), gefolgt von den Tageszeitungen mit 15,9 % (Vorjahr: 14,8 %), den Onlinemedien mit 12,7 % (Vorjahr 11,9 %), den Out Of Home Medien mit 8,3 % (Vorjahr 7,7 %) und den Publikumszeitschriften mit 7,6 % (Vorjahr: 8,3 %).

Nach Nielsen beliefen sich die Bruttowerbeaufwendungen in den Werbemedien in Deutschland 2023 insgesamt auf 34,464 Mrd. € und lagen damit 254 Mio. € oder 0,7 % über Vorjahr.

Die Brutto-Werbeinnahmen des mit der BG vertraglich verbundenen Rahmenprogramm-Anbieters RADIO NRW stiegen von T€ 130.643 in 2022 um T€ 14.639 auf T€ 145.282 in 2023 (plus 11,2 %). Parallel nahmen die Brutto-Werbeinnahmen der beiden mit RADIO NRW auf dem landesweiten HörfunkWerbemarkt konkurrierenden Wellen des WDR von T€ 113.903 um T€ 2.376 auf T€ 116.278 zu (plus 2,1 %). Einslive legte gegenüber dem Vorjahr T€ 488 auf T€ 51.810 zu (plus 1,0 %). WDR 2 gewann T€ 1.888 auf T€ 64.468 (plus 3,0 %). Die von der RADIO NRW GmbH an die 44 mit dem Rahmenprogrammanbieter vertraglich verbundenen Lokalstationen ausgeschüttete Gesamt-BG-Vergütung inklusive der Erlöse aus Telefon-Mehrwertdienstgewinnspielen, flexibler Werbezeit und Überhangwerbung lag im Geschäftsjahr 2023 (Vorläufiges Ist) bei T€ 18.703 und damit deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (minus T€ 1.488 oder minus 7,4 %). Ursächlich dafür waren gestiegene Rabatte für die Werbekunden und gestiegene Kosten, hauptsächlich verursacht durch ein seit November 2021 zusätzlich veranstaltetes DABplus-Programm (NOXX) und durch risikoreiche Investments in digitale Geschäftsmodelle, die mit dem originären Gesellschaftszweck der RADIO NRW GmbH, der Veranstaltung eines Rahmenprogramms für die NRW-Lokalradios, nichts zu tun haben. Die Entwicklung auf den lokalen Werbemärkten ist von der bundes- bzw. landesweiten Entwicklung zu unterscheiden, weil lokale Hörfunkwerbung eher für örtliche Handelsunternehmen, Handwerker und Dienstleister als für national operierende Discounter und Hersteller bzw. Händler von Markenartikeln interessant ist. Die für die Betriebsgesellschaft relevanten Bereiche a) Erlöse aus lokalem Verkauf (Einzelsenderbelegung, Funkkombi OWL+, Sonderwerbeformen) und b) Erlöse aus überregionaler Werbung (RADIO NRW) sind daher differenziert zu betrachten.

Geschäftsverlauf und Lage

Umsatzentwicklung Die Gesamtleistung von Radio Hochstift sank von T€ 2.569 in 2022 um T€ 182 auf T€ 2.387 in 2023 (minus 7,1 %). 2.2.1. Lokaler Werbemarkt Die Erlöse aus Spotsendungen (Funkkombi OWL+, Einzelbelegung des Senders und Sonderwerbeformen) nahmen nach dem Vorjahreszuwachs um T€ 164 im Geschäftsjahr 2023 um T€ 172 auf T€ 1.653 zu (minus 9,4 %).

radio NRW

Die auf Radio Hochstift entfallende BG-Vergütung von RADIO NRW inklusive der Erlöse aus Telefon Mehrwertdienstgewinnspielen (TMWD), flexibler Werbezeit, Überhangwerbung und dem Sales Board Auftrag Aldi Nord ging um T€ 17 auf T€ 616 weiter zurück (minus 2,6 %). Im Geschäftsjahr 2021 hatte RADIO NRW noch T€ 977 an Radio Hochstift ausgeschüttet. In der EMA 2023 I wurde für Radio Hochstift bei der für die Verteilung der BG-Vergütung maßgeblichen Stundenreichweite bei den Deutschsprachigen 14- bis 49-Jährigen ein Wert von 10,03 % ausgewiesen (Vorjahr 9,13 %). Radio Hochstift hatte somit im Geschäftsjahr 2023 einen Anteil von 3,18 % an der von der Relation der Stundenreichweiten abhängigen BG-Vergütung (Vorjahr: 3,01 %). Die Gesamtvergütung von RADIO NRW an die 44 Lokalradios blieb 2023 mit € 18,7 Mio. um € 1,5 Mio. unter 2022 (minus 7,4 %).

Werbeveranstaltungen

Der Erlös aus Werbeveranstaltungen ging um T€ 3 auf T€ 13 zurück (minus 17,4 %).

Sonstige betriebliche

Erträge Die Sonstigen betrieblichen Erträge stiegen gegenüber 2022 durch periodenfremde Erträge um T€ 12 auf T€ 23 (plus 113,8 %).



Aufwandsentwicklung

Materialaufwand

Der Materialaufwand sank gegenüber 2022 um T€ 58 auf T€ 1.504 (minus 3,7 %). Hauptursache dafür bildete die Abnahme der vom lokalen Werbeumsatz abhängigen Positionen wie z.B. GEMA- und GVL-Gebühren. Die Aufwendungen für den Vertragspartner Veranstaltergemeinschaft gingen gegenüber dem Vorjahr um T€ 21 auf T€ 856 zurück (minus 2,3 %).

Sonstige betriebliche

Aufwendungen Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen gegenüber dem Vorjahr um T€ 99 auf T€ 911 zu (plus 12,2 %). Hauptursache dafür bildeten um T€ 77 gestiegene Werbe- und Vertriebskosten, insbesondere im Zusammenhang mit der Landesgartenschau 2023 in Höxter. Des Weiteren trugen erhöhte Energie- und Mietkosten zum Anstieg der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen bei.

Abschreibungen auf Anlagen

Die Abschreibungen auf Anlagen stiegen aufgrund der 2023 vorgenommenen Ausstattung am Standort Paderborn mit neuer Sendebetriebsstechnik um T€ 8 auf T€ 26 (plus 41,2 %).

Investitionen

Die Investitionen in 2023 beliefen sich auf T€ 123. Größte Position war die Ersatzinvestition in die Sendebetriebsstechnik nach deutlich mehr als zehn Jahren in Höhe von T€ 97. Des Weiteren wurde der Soundprozessor erneuert.

Personal- und Sozialbereich

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG hat kein eigenes Personal. Unternehmensbezogene Tätigkeiten wie Verwaltung, Geschäftsführung, Verkauf und Disposition der Werbezeiten, technischer Service, Marketing etc. werden im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages von Fremddienstleistern, insbesondere von ams (Bielefeld), erledigt. Bei der mit der BG vertraglich verbundenen Veranstaltergemeinschaft Radio Paderborn-Höxter e. V. waren auf Basis des jährlich zu verabschiedenden Stellen- und Wirtschaftsplanes im Berichtsjahr 1 Chefredakteur, 1 CvD, 6,8 Redakteur, 2 Volontäre und 1 Redaktionsassistent beschäftigt, aber teilweise in Elternzeit. Mit Ausnahme des Chefredakteurs fallen die fest angestellten Mitarbeiter unter den Tarifvertrag für die Angestellten im Lokalfunk NRW. Die über den Stellen- und Wirtschaftsplan eingestellten Mittel umfassen die Gehälter, die Aufwendungen für Arbeitgeberanteile an Lohn und Gehalt, Berufsgenossenschaft, Ausbildung, Honorare für freie Mitarbeiter sowie Beiträge für die Künstlersozialkasse.

Ertragslage

Mit der Entwicklung des Geschäftsjahres 2023 und mit dem wirtschaftlichen Ergebnis ist die Geschäftsführung sehr unzufrieden. Es wurde ein Fehlbetrag von T€ 30 erwirtschaftet. Das Ergebnis verschlechterte sich gegenüber 2022 um T€ 174. 2.3. Vermögens- und Finanzlage Die Vermögenslage der Gesellschaft ist unverändert gut. Die Eigenkapitalausstattung ist im Hinblick auf die Aufgaben und die Ertragslage der Gesellschaft hinreichend bemessen. Zur Absicherung eventueller Verluste in Folgejahren besteht eine Gewinnrücklage in Höhe von T€ 603. Während des Geschäftsjahres traten keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage ein. Auf die Einforderung von Gesellschafterdarlehen konnte verzichtet werden. Zahlungsbereitschaft war stets gegeben. Die Bonität der Kunden hat sich 2023 nicht wesentlich verschlechtert.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Hörerreichweiten von Radio Hochstift entwickelten sich 2023 positiv. Die Entwicklung der Marke Radio Hochstift ist ebenfalls weiterhin als positiv zu bezeichnen. Die Bekanntheit der Marke in der Bevölkerung der Kreise Höxter und Paderborn lag in der EMA 2024 I bei sehr guten 88 % (Vorjahr: 85 %). Dies ist auf die verstärkten werblichen Aktivitäten im Jahr 2023 zurückzuführen. Die Transformation der Marke Radio Hochstift vom analogen UKW-Radio zu einer digitalen Medienmarke verläuft weiterhin relativ erfolgreich, was die Nutzungszahlen der Website radiohochstift.de und der Radio Hochstift App belegen. radiohochstift.de verzeichnete 2023 im Monatsdurchschnitt 959 Tsd. Visits (Vorjahr 1.201 Tsd.). Die Radio Hochstift App wurde bis Ende 2023 insgesamt 78 Tsd. Mal heruntergeladen (Vorjahreszeitpunkt: 76 Tsd.). Die App verzeichnete 2023 im Monatsdurchschnitt 122 Tsd. Visits.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft peilt für das Geschäftsjahr 2024 die Rückkehr in die Gewinnzone an. Das geplante Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf T€ 70. Die EMA 2024 I weist für Radio Hochstift eine deutlich verbesserte Hörerakzeptanz aus. Die Durchschnittlichen Stundenreichweiten sind mit 11,89 % in der Gesamtzielgruppe 14plus und mit 12,01 % in der Altersgruppe 14 bis 49 Jahre erfreulich hoch. Radio Hochstift hat somit im Geschäftsjahr 2024 einen Anteil von 3,46 % an der von der Relation der Stundenreichweiten abhängigen BG-Vergütung von RADIO NRW (Vorjahr: 3,18 %).

Die Gesamt-BG-Vergütungen von RADIO NRW sind von 23,7 Mio. € in 2019 auf 18,7 Mio. € in 2023 zurückgegangen, und für 2024 wird in Anbetracht eines katastrophalen Ergebnisses in der MA Audio 2023 II ein weiterer Rückgang auf 14,1 Mio. € prognostiziert. Im Zuge eines zum 01.01.2024 erfolgten Geschäftsführerwechsels ist ein Restrukturierungsprozess beim Rahmenprogrammanbieter eingeleitet worden. Erklärtes Ziel der neuen Geschäftsführung ist es, die Gesamt-BG-Vergütungen innerhalb von zwei Jahren wieder auf mindestens 20 Mio. € zu steigern. Die Rolle von RADIO NRW soll auf die eines reinen Dienstleisters für die NRW-Lokalradios beschränkt werden. Wenn RADIO NRW beabsichtigt, zusätzliche Programme zu produzieren oder sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und dies zu Lasten der BG-Vergütungen gehen soll, wird dafür zukünftig die Zustimmung der mit RADIO NRW vertraglich verbundenen Betriebsgesellschaften mit einem Quorum von 75 % erforderlich sein. Die Verträge zwischen RADIO NRW und den BGen sollen in den kommenden Monaten entsprechend ergänzt werden.

Bei der am 20.03.2024 veröffentlichten MA Audio 2024 I hat sich die Vermutung bestätigt, dass die gravierenden Reichweitenverluste der NRW-Lokalradios in der MA Audio 2023 II einen ungewöhnlichen Ausrutscher nach unten darstellten. Die MA Audio 2024 I weist in der Gesamtzielgruppe 14plus für den NRW-Lokalfunk gegenüber der MA Audio 2023 II einen Zuwachs von 52.000 Hörern in der durchschnittlichen Stunde Montag bis Freitag auf 1.326.000 Hörer aus. Das entspricht einem Plus von 4,1 %. In der werberelevanten Zielgruppe 14 bis 49 Jahre konnte der NRW-Lokalfunk innerhalb eines halben Jahres 71.000 Hörer in der durchschnittlichen Stunde Montag bis Freitag auf 603.000 Hörer zulegen. Dies bedeutet ein Plus von 13,3 %. Damit wurde innerhalb von sechs Monaten gut die Hälfte des erlittenen Verlustes aus der MA 2023 II wieder wettgemacht. Wirtschaftliche Auswirkungen ergeben sich aus den Daten der MA Audio 2024 I noch nicht, denn immer nur die Sommer-MA ist für die Preisbildung im folgenden Geschäftsjahr maßgeblich. Die MA Audio 2024 II wird im Juli veröffentlicht. Die Reichweiten der Funkkombi OWLplus in der MA Audio sind seit Jahren stabil. Die neuen Konkurrenten NRW 1 und NOXX haben es auch in der MA Audio 2024 I nicht geschafft, die notwendige Zahl an Nennungen zu bekommen, um überhaupt in der Reichweitenuntersuchung ausgewiesen zu werden. NOXX wurde unterdessen von RADIO NRW zu einem reinen Musikausspielkanal zurückgefahren, in den nicht mehr investiert wird. Ob das Programm überhaupt fortgeführt werden sollte, wird momentan geprüft. Das NRW-Lokalfunkmodell ist weiterhin zerbrechlich. Die wirtschaftliche Situation der NRW-Lokalradios insgesamt hat sich 2023 gegenüber dem Vorjahr nochmals verschlechtert. Aktuell arbeiten 18 von 44 Stationen nach einer Erhebung des Verbandes der Betriebsgesellschaften defizitär.

Weiterhin auffällig ist das große Leistungsgefälle zwischen den reichweitenstarken westfälischen Lokalradios gegenüber den reichweitchenschwachen Lokalstationen an Ruhr und Rhein. Der von der Landesanstalt für Medien (LfM) 2021 angestoßene Prozess zur Strukturreform der NRW-Lokalradios ist 2023 ins Stocken geraten, insbesondere weil sich fünf Veranstaltergemeinschaften aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinland weigern, den sogenannten Systemvertrag zu unterzeichnen. Dieser Systemvertrag sollte in landesweiten Angelegenheiten Mehrheitsentscheidungen an Stelle des Einstimmigkeitsprinzips ermöglichen. Die LfM hat nun angekündigt, dem Landtag vorzuschlagen, das Mehrheitsprinzip im Landesmediengesetz festzuschreiben. Als weitere Reaktion hat die LfM ein Gutachten in Auftrag gegeben, das nochmals die Wirtschaftlichkeit der NRW-Lokalradios untersuchen und das Vorschläge zu einem Neuzuschnitt der lokalen Sendgebiete in NRW vorlegen soll, um einen flächendeckenden wirtschaftlich tragfähigen Lokalfunk in NRW für die Zukunft sicherzustellen. Die Ergebnisse dieses Gutachtens werden im Mai 2024 erwartet.

Der Hörfunkmarkt in Nordrhein-Westfalen ist in den vergangenen Jahren geöffnet worden. Neben dem landesweiten UKW-Programm NRW 1 sind inzwischen 16 bundesweite und 16 landesweite Programme digital-terrestrisch über den technischen Standard DABplus empfangbar und haben den Konkurrenzdruck auf die NRW-Lokalradios verstärkt. Die Landesanstalt für Medien (LfM NRW) hat für April/Mai 2024 die Ausschreibung von regionalen DABplus-Übertragungskapazitäten angekündigt, auf die sich die NRW-Lokalradios bewerben können. Radio Hochstift wird sich auf die Verbreitung seines Programms im Multiplex Ostwestfalen-Lippe bewerben. Der Sendestart für DABplus regional in NRW ist voraussichtlich im Frühjahr 2025.

4.7.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt allein der persönlich haftenden Gesellschafterin, der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH. Geschäftsführer der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist Herr Wollgramm.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus 3 Mitgliedern. Im Einzelnen sind dies die Herren Kallisch (Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co.KG), Rüther (Landrat Kreis Paderborn) und Stickeln (Kreis Höxter).

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.7.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	100,00

Beteiligungsverhältnisse

Einzige Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG.

Beteiligungsziel und Unternehmenszweck

Gegenstand der GmbH ist die Beteiligung an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, die wiederum Aufgaben wahrnimmt, die sich aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben.

Entwicklung der Bilanzen

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,00	0,00	0
B. Umlaufvermögen	74.749,38	71.091,76	4
I. Forderungen	74.749,38	71.091,76	4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Aktiva	74.749,38	71.091,76	4
Passiva			0
A. Eigenkapital	73.026,38	69.531,76	3
B. Rückstellungen	1.723,00	1.560,00	0
C. Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Passiva	74.749,38	71.091,76	4

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Verän- derung Berichts- zu Vorjahr T€
1. sonstige betriebliche Erträge	2.560,00	2.560,00	0,00
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.907,50	1.894,47	0,00
3. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.498,82	3.319,88	0,00
4. Steuern vom Einkommen und Ertrag	656,70	629,47	0,00
5. Ergebnis nach Steuern /Jahresüberschuss	3.494,62	3.355,94	0,00

Entwicklung des Personalbestandes

Neben dem Geschäftsführer beschäftigt die GmbH kein Personal.

Leistungen der Beteiligung

Die GmbH ist an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin beteiligt und übernimmt die Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführer: Herr Uwe Wollgramm

In der Gesellschafterversammlung der GmbH ist der Kreis Paderborn nicht vertreten.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Verwaltungsgesellschaft. Sie erhält von der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG 10 % ihres Stammkapitals als Haftungs- und Geschäftsführungsvergütung.



4.8 Wege durch das Land gGmbH

4.8.1 Basisdaten

Wege durch das Land gGmbH

Hornsche Straße 38

32756 Detmold

Tel.: 05231/308020, Fax: 05231/3080220, Internet: www.wege-durch-das-land.de

E-Mail: info@literaturbuero-owl.de

Gründungsdatum: 03. November 2009

4.8.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat den Zweck, durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbildend zu wirken, das Kunstverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Ihre Aufgabe besteht darin, alljährlich das bekannte Literatur- und Musikfest „Wege durch das Land“ zu planen, vorzubereiten und durchzuführen sowie durch geeignete Maßnahmen weiterzuentwickeln. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Um die der Gesellschaft obliegenden Aufgaben erfüllen zu können, wird die Gesellschaft nach den Grundsätzen eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes, allerdings ohne die Absicht der Gewinnerzielung, geführt. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.

4.8.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner dient dem öffentlichen Zweck. Wie aus dem Gegenstand des Unternehmens hervorgeht, handelt es sich hier um eine kulturelle Einrichtung.

4.8.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 99.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	€	%
Kreis Paderborn	11.000,00	11,11
Kreis Minden-Lübbecke	11.000,00	11,11
Kreis Höxter	11.000,00	11,11
Stadt Bielefeld	11.000,00	11,11
Kreis Gütersloh	11.000,00	11,11
Kreis Lippe	11.000,00	11,11
Kreis Herford	11.000,00	11,11
Landesverband Lippe	11.000,00	11,11
Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe in Detmold e. V.	11.000,00	11,11
	99.000,00	100,00

4.8.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2023 zahlte der Kreis Paderborn 29.000,00 € zugunsten des OWL Festivals Wege durch das Land. Die Zahlung wurde auf dem Konto 531700 „Zuschüsse an private Unternehmen“ des Produktes 040201 „Allgemeine Kulturpflege verbucht.

4.8.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	32.551,00	19.041,00	-14
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	32.445,00	19.021,00	-13
II. Sachanlagen	106,00	20,00	-0
B. Umlaufvermögen	60.335,19	82.598,93	22
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.033,24	21.819,67	12
IV. Flüssige Mittel	50.301,95	60.030,15	10
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	749,11	1
Summe Aktiva	92.886,19	101.639,93	9
Passiva			
A. Eigenkapital	31.836,30	32.703,44	1
I. gezeichnetes Kapital	99.000,00	99.000,00	0
II. Bilanzverlust	67.163,70	66.296,56	-1
B. Sonstige Sonderposten	19.511,00	11.706,00	-8
1. Andere Sonderposten	19.511,00	11.706,00	-8
C. Rückstellungen	10.767,19	18.273,50	8
1. Steuerrückstellungen	1.367,19	773,50	-1
2. sonstige Rückstellungen	9.400,00	17.500,00	8
D. Verbindlichkeiten	26.771,70	24.956,99	-2
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16.633,55	15.142,01	-1
2. sonstige Verbindlichkeiten	10.138,15	9.814,98	-0
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.000,00	14.000,00	10
Summe Passiva	92.886,19	101.639,93	9

4.8.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	398.417,71	422.161,71	24
2. Erträge aus Spenden	27.500,00	53.250,00	26
3. Gesamtleistung	425.917,71	475.411,71	49
4. sonstige betriebliche Erträge	598.866,46	566.951,96	-32
a) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	7.805,00	7.805,00	0
b) übrige sonstige betriebliche Erträge	591.061,46	559.146,96	-32
5. Materialaufwand	539.366,85	477.736,98	-62
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	16.297,94	10.113,97	-6
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	523.068,91	467.623,01	-55
6. Personalaufwand	322.078,18	355.094,64	33
a) Löhne und Gehälter	263.792,16	290.115,67	26

b) soziale Abgaben	58.286,02	64.978,97	7
7. Abschreibungen	14.456,00	13.510,00	-1
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	14.456,00	13.510,00	-1
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	198.208,75	189.669,16	-9
a) Raumkosten	8.069,79	10.985,83	3
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	80,00	0,00	-0
c) Fahrzeugkosten	22.061,88	17.519,93	-5
d) Werbe- und Reisekosten	105.986,95	66.046,52	-40
e) verschiedene betriebliche Kosten	62.010,13	95.116,88	33
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	100,88	0
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	8.160,11	5.586,62	-3
11. Ergebnis nach Steuern	-57.485,72	867,14	58
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-57.485,72	867,14	58
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	9.677,98	67.163,70	57
14. Bilanzverlust	67.163,70	66.296,56	-1

4.8.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	32	34	-2
Eigenkapitalrentabilität	3	-181	183
Anlagendeckungsgrad 2	399	213	186
Verschuldungsgrad	132	118	14
Umsatzrentabilität	0	-14	15

Individuelle Leistungskennzahlen

Geschäftsjahr	Besucher	Anzahl der Veranstaltungen
2015	10.400	36
2016	> 7.000	21
2017	7.000	30
2018	> 8.000	27
2019	> 8.300	28
2020	2.000	15
2021	3.300	19
2022	6.300	28
2023	8.200	21

4.8.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 7 Mitarbeiter (Vj. 5).

4.8.10 Geschäftsentwicklung

Grundlagen und Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Wege durch das Land gemeinnützige GmbH wurde am 3. November 2009 gegründet. Gesellschafter sind das Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe in Detmold e.V., der Landesverband Lippe, die Kreise Lippe, Paderborn, Höxter, Minden-Lübbecke und Gütersloh sowie die Stadt Bielefeld. Im Jahr 2019 ist als weiterer Gesellschafter der Kreis Herford der Gesellschaft beigetreten. Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, durch Veranstaltungen

und Veröffentlichungen der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbilden zu wirken, das Kulturverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Ihre Aufgabe besteht darin, alljährlich das bekannte Literatur- und Musikfestival <Wege durch das Land> zu konzipieren, zu planen, vorzubereiten und durchzuführen sowie durch geeignete Maßnahmen weiterzuentwickeln. Das Literatur- und Musikfestival <Wege durch das Land> ist als regionales Expo-Projekt vom Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe in Detmold e.V. konzipiert. Es wird seit dem Jahr 2000 an verschiedenen Orten in der Region Ostwestfalen-Lippe im Rahmen von Lesungen von Schauspieler:innen und Schriftsteller:innen sowie Konzerte, Einführungen und Gespräche, literarische Exkursionen, Inszenierungen, Publikationen, Reden zur Architektur jährlich in der Zeit von Mai bis Juli durchgeführt.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte Zwecke. Die Finanzierung des mittlerweile überregional bekannten Festivals erfolgt durch Eintrittsgelder, Sponsoren, Spenden, Gesellschafterbeiträge und öffentliche Zuschüsse.

Geschäftsverlauf

Das 24. Literatur- und Musikfestival <Wege durch das Land> fand im Geschäftsjahr 2023 in der Zeit vom 29. April bis zum 9. Juli 2023 an 20 verschiedenen Orten in ganz Ostwestfalen-Lippe mit 21 Veranstaltungen (im Vorjahr 28 Veranstaltungen) und mit über 90 Künstler:innen statt. Insgesamt haben ca. 8.200 Besucher:innen das Gesamtprogramm verfolgt. Im Vergleich zum Vorjahr war dies ein Zuwachs von +30%.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Gesamtergebnis wird im Folgenden durch eine Erfolgsspalting auf die einzelnen Werttreiber aufgeteilt. So lässt sich die Veränderung zum Vorjahr gut darstellen.

	2023		2022		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eintrittsgelder	284	27,3%	199	19,4%	85	42,7%
Öffentliche Förderung	270	25,9%	271	26,4%	-1	-0,4%
Sponsoren/Förderer	219	21,0%	303	29,6%	-84	-27,7%
Gesellschafterbeitrag	163	15,6%	151	14,7%	12	7,9%
Spender	53	5,1%	27	2,6%	26	96,3%
Übrige Erträge	53	5,1%	74	7,2%	-21	-28,4%
Betriebliche Erträge i.e.S	1.042	100,0%	1.025	100,0%	17	1,7%
Veranstaltungsaufwand	530	50,9%	643	59,4%	-113	-17,6%
Personalaufwand	355	34,1%	322	29,8%	33	10,2%
Übrige Aufwendungen	156	15,0%	117	10,8%	39	33,3%
Betriebliche Auf-						
wendungen i.e.S	1.041	100,0%	1.082	100,0%	-41	-3,8%
Gesamtergebnis	1		-57		58	

Gegenüber dem Vorjahr sind die Umsätze aus Eintrittsgeldern um 85 T€ gestiegen. Gründe für die Einnahmesteigerung liegen in einer Zunahme der Besucherzahlung. Im Geschäftsjahr 2023 konnten Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 257 T€ vereinnahmt werden. Die größten Zuwendungsgeber für das Geschäftsjahr 2023 waren die Kunststiftung NRW mit 110 T€, der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit 10 T€, die Stadt Paderborn mit 2T€.

Die Aufwendungen für Veranstaltungen verringerten sich um 113 T€. Der Rückgang ist auf die verringerten Veranstaltungen (Vorjahr 28) und damit verringerte Künstlerhonorare zurückzuführen.

Der Personalaufwand hat im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 33 T€ zugenommen. Der Anstieg ist auf die Erhöhung der Personalarückstellung (+8,1 T€), allgemeine Personalkostensteigerung sowie vermehrte Bedarf an Aushilfen zurückzuführen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die gesamte Geschäftspolitik der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, langfristig nachhaltig die Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben zum Wohl der Allgemeinheit sicherzustellen.

Dafür notwendig ist eine nachhaltige Finanzpolitik, insbesondere dürfen dauerhaft keine Verluste erwirtschaftet werden, erforderlich. Gleichzeitig verlangt das Land Nordrhein- Westfalen als größter Fördermittelgeber, dass Gewinne auf die Förderung angerechnet und zurückzuführen sind. Um diesen finanziellen Spagat gerecht zu werden, wird jährlich ein Wirtschaftsplan aufgestellt, der in seiner Grundaussage das Ziel eines mindestens ausgeglichenen Jahresergebnisses (0€ bis +/- 5T€) entspricht hat. Die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele erfolgt unterjährig regelmäßig anhand von Soll-Ist-Vergleichen.

Die Kreditoren- und die Debitorenliste wird wöchentlich durchgesehen. Es erfolgt eine regelmäßige Analyse der Finanzlage unter Beachtung der Vergleichszahlen aus dem Vorjahr. Zusätzlich wird die Entwicklung der Verkaufszahlen, insbesondere aus dem Kartenverkauf, beobachtet. Gleichzeitig wird ein monatliches Monitoring des Wirtschaftsplanes zur Finanzrechnung genutzt, um Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und um korrigierend eingreifen zu können.

Als operative Steuerungsgröße (Kennzahlen) haben sich auch nicht-finanzielle Indikatoren bewehrt, die unterjährig regelmäßig überprüft werden und auch zur Risikosteuerung dienen. Dies sind im Wesentlichen die Entwicklung des Kartenvorverkaufs, die Zusage von Sponsoren und Spendern, die Reputation der engagierten Künstler:innen und deren Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz der für die Veranstaltung ausgesuchten Örtlichkeiten. Natürlich sind diese einzelnen Steuergrößen nicht frei von Interdependenzen und Unwägbarkeiten, wie etwa die Wetterlage in den Veranstaltungsmonaten. Da die Gesellschaft ihre satzungsgemäßen Aufgaben langfristig nachkommen und der Region Ostwestfalen-Lippe als führende kulturschaffende Einrichtung wahrgenommen werden möchte, besteht der Anspruch eine bestimmte Anzahl von Veranstaltungen pro Jahr durch namhafte Künstler:innen an attraktiven und repräsentativen Orten in Ostwestfalen-Lippe durchzuführen.

Prognosebericht

Im aktualisierten Wirtschaftsplan 2023 ist von einem ausgeglichenen Jahresergebnis mit Gesamterträgen und -aufwendungen von jeweils 998 T€ ausgegangen worden. Der Jahresüberschuss für 2023 beträgt 867 €. Die Planungsvorgaben für das Jahr 2023 konnten somit eingehalten werden, da die im Jahr 2023 erzielten Gesamterträge 1.042 T€ und die getragene Aufwendungen 1.041 T€ betragen.

Für die 24. Spielzeit des Literatur- und Musikfestivals war von den Gesellschaftern ein neues Leitungsduo für fünf Jahre ernannt worden. Frau Bünger und Herr Strasser haben ihr Engagement aber bereits zum Ende ihrer ersten Spielzeit beendet.

Zum 1. September 2023 hat Herr Stephan Szász die alleinige Verantwortung für die künstlerische Arbeit und für die Ausrichtung des Musik- und Literaturfestivals übernommen. Seine Planung für das Jahr 2024 sieht 22 Veranstaltung in ganz Ostwestfalen-Lippe vor. Es konnten wieder namhafte Künstler:innen gewonnen und entsprechende Verträge geschlossen werden.

Ebenso war es möglich, zusätzliche Sponsoren für das Geschäftsjahr 2024 zu gewinnen.

Insgesamt werden für das Jahr 2024 laut Wirtschaftsplan Gesamterträge in Höhe von 978T€ erwartet. Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, im Geschäftsjahr 2024 wieder ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen.

Planungen und Beratung des Gremiums <Finanzen> der Gesellschaft sowie Gespräche der Gesellschafter hinsichtlich einer Erhöhung des Stammkapitals der Wege durch das Land gemeinnützigen GmbH sind nach der erneuten Empfehlung des Wirtschaftsprüfers und nach dem negativen Jahresergebnis aus dem Vorjahr angelaufen. Im Laufe des Geschäftsjahres 2024 wird ein entsprechender Gesellschafterbeschluss erwartet, um dann eine entsprechende Anpassung des Gesellschaftsvertrages notariell beurkunden zu können.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenspezifische Risiken

Sollte die Inflation auf dem jetzigen hohen Niveau verweilen und zusätzlich die allgemeine Wirtschaftsleistung in eine Rezession oder Stagnation fallen, kann dies die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft, Zuschussgeber, Sponsoren, Förderer, Spender und Veranstaltungsbesucher und damit das Ertragsniveau negativ beeinflussen. Die sich abzeichnende erhöhte Nachfrage nach kulturellen Veranstaltungen könnte einbrechen. Daraus können sich deutliche Ertrags- und Ergebnisrisiken für die Gesellschaft ergeben. Nennenswerte Wettbewerbsrisiken liegen nicht vor, solange das Niveau der Veranstaltungen unverändert hochhalten werden kann.

Ertragsorientierte und finanzwirtschaftliche Risiken

Eine vorgenommene 5-jährige Finanzplanung für die Geschäftsjahre 2021 bis 2025 zeigt, dass es bei der Annahme nahezu gleichbleibender Rahmenbedingungen möglich ist, ausgeglichene Jahresergebnisse zu erzielen. Voraussetzung hierfür ist ein enges Monitoring zwischen dem jeweiligen Wirtschaftsplan und der Finanzbuchhaltung. Das mögliche Risiko einer Unterkapitalisierung und damit einer möglicherweise einhergehenden Liquiditätslücke wird durch eine im Jahr 2024 geplante Stammkapitalerhöhung der Gesellschafter vermieden.

Allgemeine betriebliche Risiken

Im Rahmen der betrieblichen Tätigkeit ergeben sich unterschiedlichste Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft z.T. negativ beeinträchtigen können. Den Risiken begegnet die Gesellschaft neben vorbeugenden Maßnahmen wie Brandschutz und Datensicherungen - und dort, wo es sich empfiehlt, - auch mit Versicherungen.

Chancenbericht

Grundsätzlich ist die Reputation der Gesellschaft sehr gefestigt. An dem deutlich gestiegenen Besucherzuspruch und den Zusagen von Künstler*innen ist erkennbar, dass die Marke „Wege durch das Land“



bereits einen hohen Bekanntheitsgrad genießt. Dieser ist ein Ansporn neuartige Veranstaltungen zu wagen, weiterhin namhafte Künstler*innen zu gewinnen und neue Besuchergruppen zu akquirieren.

Durch den Beitritt des Kreises Herford im Jahr 2019 sind nun alle Regionen in Ostwestfalen- Lippe direkt als Unterstützer der Veranstaltungsreihe engagiert. Somit wird die regionale Verbundenheit mit Ostwestfalen-Lippe weiter gestärkt und die Marke „Wege durch das Land“ kann zu einem führenden Anbieter von kulturellen Veranstaltungen in dieser Region weiterentwickelt werden.

Das Literatur- und Musikfestival 2024 wird mit dem neuen künstlerischen Leiter eine geänderte Ausrichtung erfahren, die eine Weiterentwicklung des Festivals im künstlerischen Bereich erwarten lässt.

Zusätzlich dürfte es, trotz der weiterhin bestehenden Inflationsgefahr und eine daher gehende Zurückhaltung an privaten Ausgaben, ein deutlich erhöhtes Interesse der Bevölkerung nach kulturellen Erlebnissen ergeben, dass es zu nutzen gilt.

4.8.12 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Geschäftsführerin der GmbH ist Frau Sandra Mathews.

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises Paderborn in der Gesellschafterversammlung ist Herr Dezernent Ingo Tiemann. Dieser wird vertreten von Amtsleiterin des Kulturamtes Frau Kirsten John-Stucke.

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.



4.9 „OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region

4.9.1 Basisdaten

„OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region

Walther-Rathenau-Straße 33 - 35

33602 Bielefeld

Tel.: 0521/96733-0, Fax: 0521/96733-19, Internet: www.ostwestfalen-lippe.de

Gründungsdatum: 06. Oktober 1992

4.9.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und europaweiten Imageförderung für die Region Ostwestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Werbe- und PR-Maßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus. Darüber hinaus kann die Gesellschaft weitere gesamtsregionale Aufgaben wahrnehmen, wie beispielsweise

- Initiativen im Bereich Innovationsförderung (Forschung und Entwicklung),
- die Koordination regionaler Initiativen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik,
- die Koordination von Kulturförderung,
- die Koordination von Tourismusförderung.

Die Gesellschaft bietet einen abgestimmten Rahmen, den die Gesellschafter/-innen für ihre eigenen Aktivitäten zur Imageförderung nutzen können. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur im Rahmen dieser Zwecke verwendet werden. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung, begünstigt werden. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

4.9.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die öffentliche Zweckerreichung ist durch die unterschiedlichste Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Förderung von Wissenschaft und Technik, der Förderung arbeitsmarktpolitischer Projekte und der Förderung des Tourismus unter Einsatz und Verwendung erhaltener öffentlicher Mittel gegeben.

4.9.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 28.700,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	€	%
Stadt Bielefeld	2.050,00	7,15
Kreis Gütersloh	2.050,00	7,14
Kreis Herford	2.050,00	7,14
Kreis Höxter	2.050,00	7,14
Kreis Lippe	2.050,00	7,14
Kreis Minden-Lübbecke	2.050,00	7,14
Kreis Paderborn	2.050,00	7,15
Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e. V.	14.350,00	50,00
	28.700,00	100,00

4.9.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Jahr 2023 einen Betrag von 237.187,00 € zur Finanzierung der Arbeit der Gesellschaft. Die Zahlungen erfolgten aus dem Produkt 150101 „Wirtschaftsförderung“ und dort von dem Konto 531511 „Zuschüsse OWL GmbH“.

4.9.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderun g Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	799.353,00	832.168,13	-33
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	49.656,00	101.576,00	-52
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechten und Werten			
sowie			
Lizenzen an solchen Rechten und Werten	49.656,00	101.576,00	-52
II. Sachanlagen	720.697,00	701.592,13	19
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	720.697,00	659.672,00	61
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	41.920,13	-42
III. Finanzanlagen	29.000,00	29.000,00	0
Wertpapiere des Anlagevermögens			
B. Umlaufvermögen	2.120.489,52	1.903.026,24	217
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	262.506,45	1.015.887,70	-753
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	82.301,98	36.797,15	46
2. Sonstige Vermögensgegenstände	180.204,47	979.090,55	-799
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.838.526,73	876.942,89	962
C. Rechnungsabgrenzungsposten	19.456,34	10.195,65	9
Summe Aktiva	2.919.842,52	2.735.194,37	185
Passiva			
A. Eigenkapital	535.953,47	560.010,15	-24
I. Gezeichnetes Kapital	28.700,00	28.700,00	0
II. Gewinnvortrag	531.310,15	601.883,96	-71
III. Jahresfehlbetrag	-24.056,68	-70.573,81	47
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	611.394,00	560.670,00	51
C. Rückstellungen	1.471.437,78	1.265.282,24	206
Sonstige Rückstellungen	1.471.437,78	1.265.282,24	206
D. Verbindlichkeiten	217.172,31	320.861,97	-104
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	171.576,08	269.418,72	-98
2. Sonstige Verbindlichkeiten	45.596,23	51.443,25	-6
E. Rechnungsabgrenzungsposten	83.884,96	28.370,01	56
Summe Passiva	2.919.842,52	2.735.194,37	185

4.9.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Gesellschafterzuschüsse	1.731.355,29	1.016.590,35	715
2. Öffentliche Zuschüsse	2.595.758,24	3.765.523,17	-1.170
3. Grundstückserträge	5.880,00	6.120,00	0
4. sonstige betriebliche Erträge	963.464,94	1.598.522,26	-635
5. Aufwendungen für Projekte	1.641.839,66	2.516.600,93	-875
6. Personalaufwand	2.646.166,63	2.726.928,01	-81
a) Löhne und Gehälter	2.197.080,24	2.278.100,98	-81
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	449.086,39	448.827,03	0
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	111.642,03	71.162,98	40
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	920.736,74	1.141.589,09	-221
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	87,00	87,00	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen EUR 163,00	378,00	163,00	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	483,68	1.083,68	-1
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,25	6,03	0
13. Ergebnis nach Steuern	-23.945,02	-70.352,88	46
14. Sonstige Steuern	111,66	220,93	0
15. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-24.056,68	-70.573,81	47

4.9.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	18	20	-10
Eigenkapitalrentabilität	-4	-13	-64
Anlagendeckungsgrad 2	278	258	8
Verschuldungsgrad	315	283	11
Umsatzrentabilität	0	0	0

4.9.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2023 beschäftigte die GmbH 49 Mitarbeiter (Vj. 47).

4.9.10 Geschäftsentwicklung

Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell der OstWestfalenLippe GmbH

Die Gesellschaft wurde im Oktober 1992 als OstWestfalenLippe Marketing GmbH (seit 2012 „OstWestfalenLippe GmbH - Gesellschaft zur Förderung der Region“) gegründet und wird als Gemeinschaftsunternehmen von den Gebietskörperschaften und von Wirtschaft und Wissenschaft der Region getragen.

Gesellschafter sind die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn und die Stadt Bielefeld, sowie der „Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e. V.“, in dem die Industrie- und Handelskammern Ostwestfalen zu Bielefeld und Lippe zu Detmold, die Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld, die staatlichen Hochschulen sowie im Jahr 2023 insgesamt 110 Unternehmen und Organisationen aus der Region zusammengeschlossen sind. Beide Gesellschaftergruppen sind zu gleichen Teilen an der GmbH beteiligt. Ein Leistungsaustausch zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft findet nicht statt.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und Europaweiten Imageförderung für die Region Ostwestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Werbe- und PR-Maßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus. Darüber hinaus kann die Gesellschaft weitere gesamtsregionale Aufgaben wahrnehmen, wie beispielsweise Initiativen im Bereich Innovationsförderung (Forschung und Entwicklung), die Koordination regionaler Initiativen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Koordination von Kulturförderung und die Koordination von Tourismusförderung. Die Gesellschaft bietet einen abgestimmten Rahmen, den die Gesellschafter/-innen für ihre eigenen Aktivitäten zur Imageförderung nutzen können.

Im Gesellschaftsvertrag ist festgelegt, dass die Gesellschafter über die Höhe der Mittel, die der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, auf der Basis jährlicher Wirtschaftspläne entscheiden. In der Gesellschafterversammlung am 02. Juli 2019 wurde beschlossen, dass die Gesellschafter der Gesellschaft jährlich einen Sockelbeitrag zur Verfügung stellen. Für 2023 sind dies 545.148 € laut Beschluss vom 01. Dezember 2022.

Die Gesellschafter berücksichtigen die Bereitstellung dieses Sockelbetrages in ihren jährlichen Haushaltsplanungen und der Geschäftsführer kann auf der Basis jährlicher Wirtschaftspläne innerhalb dieser Größenordnung entsprechende Verpflichtungen eingehen. Aufbauend auf den Sockelbeitrag wird ein Zusatzbeitrag in Höhe von insgesamt 300.180 € (aktuell 300.180 €) angestrebt. Für 2023 haben alle sieben Gebietskörperschaften diesem Zusatzbeitrag zugestimmt, so dass der Gesellschaft inklusive des Beitrags von Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e.V. 845.328 € für das Kerngeschäft (ohne Tourismusbeiträge der Gebietskörperschaften) zur Verfügung standen.

Der Barbetrag für den Gesellschafter „Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e.V.“ betrug in 2015 422.090 € und seit 2016 422.664 €, im Jahr 2023 waren es 316.998 €. Der Restbetrag in Höhe von 105.666 € wurde in Form von Projektbeteiligungen erbracht.

Neben der Gesellschafterversammlung als gesellschaftsrechtlichem Gremium sind so genannte Fachbeiräte eingerichtet, die die Aufgabe haben, die Geschäftsstelle in den jeweiligen Themenbereichen zu beraten und Entscheidungen der Gesellschafterversammlung vorzubereiten. Analog den Geschäftsfeldern der Gesellschaft gab es in 2023 vier Fachbeiräte (FB Marketing, FB Innovation + Wissen, FB Tourismus, FB Kultur). Für die Regionalagentur OWL ist als Entscheidungsgremium ein so genannter „Lenkungskreis“ eingerichtet, der nicht in die Gremienstruktur der Gesellschaft eingegliedert ist. Das Gleiche gilt für das sogenannte „UrbanLand-Board“, das als Entscheidungsgremium für die REGIONALE eingerichtet wurde. Die Gesamtsteuerung des seit Herbst 2022 in Kraft gesetzten Projekts „DigitalBüro OWL“ erfolgt durch ein Digitalboard, dass kein Bestandteil der Gremienstrukturen der OWL GmbH ist.

2. Ziele und Strategien

Die Aufgaben und Ziele der OWL GmbH werden in fünf Handlungsfeldern umgesetzt:

Im Sinne der skizzierten Aufgabenstellung übernimmt die Gesellschaft wesentliche Aufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, sowie ausgewählte Aufgaben im Bereich der Regionalkoordination und des Regionalmarketings (Kernaufgaben). Im Mittelpunkt steht dabei die Verbesserung der Technologie- und Innovationsstruktur in OstWestfalenLippe mit der Perspektive, die Region zu einem bundes- und Europaweit attraktiven Standort für Spitzentechnologie und Nachhaltigkeitstransformation weiterzuentwickeln. Ein

zentrales Thema dabei ist die Unterstützung der digitalen und nachhaltigen Transformation in OWL. Gleichzeitig soll eine entsprechende Profilierung der Region für die relevanten Anspruchsgruppen national wie international erreicht werden.

Weiterhin ist die OWL GmbH Plattform für die Umsetzung von Aufgaben, die interkommunal umgesetzt werden sollen (Regionalaufgaben). Dazu gehören die regionale Tourismusförderung (Teutoburger Wald Tourismus) und die Koordination regionaler Kulturaufgaben (OWL Kulturbüro). Daneben ist die OWL GmbH Trägerin des arbeitsmarktpolitischen Programms „Regionalagentur OWL“ und des „Kompetenzzentrum Frau und Beruf“. Ergänzt wird das Aufgabenportfolio seit 2022 um das DigitalBüro OWL. Dabei versteht sich das DigitalBüro OWL als Impulsgeber für Digitalisierungsideen mit einem Themenfokus auf digitale Dienstleistungen. Das erklärte Ziel des DigitalBüros OWL ist den Grad der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen voranzutreiben.

Zusätzlich hat die Gesellschaft 2017 die Umsetzung der „REGIONALE 2022“ übernommen. Unter der Überschrift „Wir gestalten das neue UrbanLand OstWestfalenLippe“ hat die OWL GmbH dieses regionale Strukturentwicklungsprogramm mit den Handlungsfeldern „Innovationsförderung für den Mittelstand“, „neue Mobilitätsangebote“, „Siedlungs- und Quartiersentwicklung“, sowie „Interkommunale Zusammenarbeit“ koordiniert und erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt endete im September 2023 und wird seit Oktober unter dem Namen „UrbanLand OWL“ inhaltlich fortgeführt.

3. Zusatzbericht

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die öffentliche Zwecksetzung der OWL GmbH ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region OstWestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und Europaweiten Imageförderung für die Region OstWestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Kommunikationsmaßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus.

Öffentliche Zweckerreichung

Die öffentliche Zweckerreichung ist durch die unterschiedlichste Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Förderung von Wissenschaft und Technik, der Förderung arbeitsmarktpolitischer Projekte und der Förderung des Tourismus und des Kulturbereichs unter Einsatz und Verwendung erhaltener öffentlicher Mittel gegeben.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2023 konjunkturell verschlechtert. Für das gesamte Jahr 2023 verzeichnete das Statistische Bundesamt einen preisbereinigten Rückgang des BIP von -0,3 % Prozent. Gründe sind neben dem Ukraine-Krieg und den Auseinandersetzungen im Nahen Osten steigende Energiepreise, die hohe Inflation sowie immer noch wirtschaftliche Nachwirkungen der Corona-Pandemie.

Die OWL GmbH begegnet diesen Herausforderungen durch erhebliche Schritte in Richtung Digitalisierung. Diese Fortentwicklungen fanden in den Bereichen „digitale Ausstattung“ sowie im Bereich der Arbeitszeitgestaltung statt. Aufgrund ihres Geschäftsmodells ist die OWL GmbH weniger von der aktuellen Lieferkettenproblematik, in der sich andere Branchen befinden betroffen, sodass der Geschäftsbetrieb und die Umsetzung von Projekten uneingeschränkt aufrechterhalten werden konnten. Erste Auswirkungen durch Preissteigerungen auf den Geschäftsbetrieb der OWL GmbH, etwa bei steigenden Energiekosten, können beobachtet werden. Diesen wird proaktiv durch die Digitalisierung von Leistungen bzw. der Portfolio-Bereinigung nicht benötigter Print-Produkte begegnet.

2. Geschäftsverlauf

Regionalentwicklung (Innovation & Wissen)

Der programmatische Fokus der Regionalentwicklungsarbeit der OWL GmbH ist die Initiative Innovation und Wissen, die als Gemeinschaftsinitiative von Wirtschaft und Wissenschaft, Verwaltung und Politik der Region umgesetzt wird. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung der digitalen und nachhaltigen Transformation in OWL.

Dazu werden unterschiedliche Förderprogramme umgesetzt. Das im September 2019 gestartete Projekt „OWL 2025“ stand dabei im Mittelpunkt und wurde im Jahr 2023 mit den Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt wurde aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und mit Landesmitteln finanziert. Ziel war es, eine Strategie für die Regionalentwicklung 2023 ff. zu erarbeiten. Die Ergebnisse und Erfahrungen sind in die neue Strategie der OstWestfalenLippe 2027 eingeflossen.

Darüber hinaus wurden fünf weitere Projekte in den Themenfeldern Digitalisierung und berufliche Bildung umgesetzt, in denen konkrete Lösungen und Unterstützungsangebote für Mittelstand, Multiplikatoren und Nachwuchskräfte umgesetzt wurden. Mittelstand-Digital Zentrum Ruhr-OWL, MINT Community 4.OWL, Weiterbildung 4.OWL und 5G Lernorte OWL. Die Projekte werden mit Mitteln des Bundes und Landes gefördert. Erweitert wird das Portfolio um das Projekt „DigitalBüro OWL“, welches auch durch öffentliche Mittel finanziert ist. Die achte Runde des Businessplan-Wettbewerbs startklar OWL 2023/24 wurde eingeleitet.

Zur Umsetzung der neuen Strategie OstWestfalenLippe 2027 wurden zwei neue Projekte in den Zukunftsthemen Nachhaltigkeitstransformation sowie Arbeitskräftesicherung und Bildung entwickelt. Im Projekt Green.OWL wird die OWL GmbH gemeinsam mit 40 Partnern ein Gesamtkonzept für die Nachhaltigkeitstransformation eines mittelständischen Industriestandorts erarbeiten. Das Projekt wird mit Mitteln des EFRE und des Landes NRW gefördert und startet 2024. Im Projekt GROW geht es darum, gemeinsam mit 7 Forschungseinrichtungen und 12 Unternehmen neue Ansätze für die Fachkräftesicherung zu entwickeln. Das Projekt wurde positiv begutachtet und soll ab 2025 mit Mitteln des Landes NRW gefördert werden.

Der Prokurist der OWL GmbH ist Teil der Geschäftsleitung des Spitzenclusters it's OWL. Dort ist er verantwortlich für die Bereiche Marketing und PR und koordiniert die Schnittstellen zur Regionalentwicklung bei der OstWestfalenLippe GmbH.

REGIONALE 2022 | UrbanLand OWL (Raumentwicklung und Mobilität)

Im Jahr 2023 wurde die REGIONALE 2022 erfolgreich abgeschlossen und das Transferprogramm UrbanLand als Fortführung initiiert. Über einen gesamtregionalen Projektauftrag konnten 18 Kommunen und 1 Kreis als Projektpartner gewonnen werden. In fünf Themenfeldern Stadtentwicklung, Wohnen, Daseinsvorsorge, Begegnungsorte und Mobilität werden die beteiligten Kommunen unterstützt, Ansätze aus der REGIONALE lokal zu verwirklichen.

Teutoburger Wald Tourismus

Die OWL GmbH ist mit dem Fachbereich „Teutoburger Wald Tourismus“ die touristische Destinationsmanagementorganisation für die Urlaubs- und Freizeitregion Teutoburger Wald und somit zentraler touristischer Ansprechpartner für OstWestfalenLippe. Der Bereich wird finanziert durch die Kreise und die kreisfreie Stadt Bielefeld sowie durch kommunale Tourismuspartner und Partner aus der Wirtschaft (Leistungsträger wie Hotels oder touristische Anbieter). Nach der Neuausrichtung der Tourismusarbeit in OWL ab 2023 ist der FB Teutoburger Wald Tourismus zentraler Dienstleister für die Kreise und Kommunen in OWL. Das neue Destinationsmanagementkonzept schafft positive Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Tourismus in OWL. Der größte Teil des Gesamtbudgets des Teutoburger Wald Tourismus war für das originäre Geschäft im Tourismusmanagement gemäß der im Businessplan Teutoburger

Wald 2023+ definierten Aufgabenteilung vorgesehen. Für die Themenmanagements Gesundheit und Gruppen- und Busreisen stand jeweils ein gesondertes Budget zur Verfügung. Getragen werden diese von Partnern aus Kreisen und Kommunen sowie von touristischen Leistungsträgern. Ein weiterer Teil entfiel auf das Wander-Projekt Hermannshöhen, das neben OstWestfalenLippe auch durch das Sauerland, Münsterland und Osnabrücker Land verläuft. Weitere Budgets standen für von Land und EU geförderte Projekte (Zukunftsfit Digitalisierung, Auszeit in OWL, Tourismus-Digital-Booster) zur Verfügung. Die Projekte werden mit Eigenmitteln von Partnern im Wesentlichen aus den Gebietskörperschaften kofinanziert. Die Eigenleistung für das Projekt Zukunftsfit Digitalisierung wird anteilig durch zweckgebundene Spenden und Eigenmittel finanziert.

Die OWL GmbH ist Mitglied im Tourismus NRW e.V., der touristischen Dachorganisation des Landes NRW sowie im Verband Deutscher Mittelgebirge e.V.

OWL Kulturbüro

Im Mittelpunkt der Arbeit des OWL Kulturbüros stehen die Umsetzung des Förderprogramms Regionale Kulturpolitik des Landes NRW, die Pflege, Begleitung und strategische Weiterentwicklung des Netzwerkes Kulturelle Bildung in OWL, die Unterstützung von kulturpolitisch relevanten Projekten in der Region und der Ansatz, Kultur im Regionalmarketing zu stärken. Finanzielle Basis für das Kulturbüro bildet der Zuwendungsbescheid vom 29.11.2021 der Bezirksregierung Detmold für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2024 (Festbetragsfinanzierung).

Im Rahmen des OWL Kulturbüros wurde am 1. Januar 2020 das REGIONALE 2022 Projekt „OWL.Kultur-Plattform“ gestartet. Ziel war der Aufbau einer digitalen Informationsplattform für den Kulturbereich in OWL. Die OWL GmbH koordiniert das Projekt mit dem Markennamen „OWL live“ seit 2023 im laufenden Betrieb.

Regionalagentur OstWestfalenLippe

Als Bindeglied zwischen den arbeitsmarktpolitischen Partnern und Unternehmen der Region und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) übernimmt die Regionalagentur OWL eine Steuerungs- und Transferfunktion im arbeitsmarktpolitischen Kontext. Sie ist zuständig für die Umsetzung der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik in OstWestfalenLippe. Die Kosten werden zu 80 % aus Mitteln des Landes-ESF gefördert. Das Projekt endet am 30.06.2024 und wird zunächst für ein Jahr – bis zum 30.06.2025 – fortgesetzt. Aufgabe ist es, die Instrumente der Landesarbeitspolitik und die Entwicklungen und Schwerpunktsetzungen der Region so miteinander zu vernetzen, dass sie ihre Wirkung optimal entfalten können. Das Schwerpunktthema ist die Fachkräftesicherung. Im Jahr 2023 standen insbesondere die Umsetzung des „Aktionsprogramms Fachkräfte für OWL“ sowie die Initiative „Vernetzte Weiterbildungsräume OWL“ im Vordergrund. Des Weiteren wird von der Regionalagentur seit März 2023 bis zum 31.12.2027 das Bundesprogramm „INQA-Coaching“ in der Region umgesetzt und bekannt gemacht. Dabei handelt es sich um ganzheitliche Beratung von KMU zu betrieblichen Veränderungsbedarfen im digitalen Wandel. Die Regionalagentur steht hier als Ansprechpartnerin für Erstberatung zur Verfügung und gibt jährlich ca. 70-80 Beratungsschecks an Unternehmen aus.

Kompetenzzentrum Frau und Beruf OWL

Mit dem Kompetenzzentrum Frau und Beruf soll die verstärkte Erschließung der Fachkräftepotenziale von Frauen gesteigert werden. Im Umkehrschluss werden die beruflichen Perspektiven von Frauen verbessert. Nach einer einjährigen Zwischenfinanzierung durch das Land NRW im Jahr 2023 sieht die neue Förderphase eine Laufzeit von 4 Jahren vor und dauert bis zum 30.11.2027. Das Kompetenzzentrum bietet Informationsveranstaltungen für kleine und mittlere Unternehmen, in denen Strategien zur Gewinnung und Bindung von weiblichen Beschäftigten vermittelt werden. Es ist federführend für die Umsetzung der Auszeichnung Familienfreundliche Unternehmen zuständig. Die neue Förderphase sieht neben bereits

etablierten Themenfeldern wie Vereinbarkeit, Rekrutierung sowie Aufstieg und Entwicklung zwei neue Arbeitsschwerpunkte vor. Dabei handelt es sich um die Themen Existenzgründung und Potentiale von Frauen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung.

3. Lage

Insgesamt trägt die Arbeit der OWL GmbH zu einer erfolgreichen Entwicklung der Region OstWestfalenLippe bei. Der Wirtschafts- und Kulturraum erfährt zunehmend immer mehr Aufmerksamkeit, insbesondere auch im politischen Umfeld auf Landes- und Bundesebene. Mit dem Rückenwind des Spitzenclusters it's OWL hat OstWestfalenLippe mehr und mehr Profil als leistungsstarker Standort für Spitzentechnologie gewonnen. Das drückt sich auch in der Anerkennung durch Bundes- und Landespolitik aus. Die OstWestfalenLippe GmbH hat bewiesen, dass sie beispielsweise bei der Bewältigung regionaler Aufgaben unterstützt und auch eine treibende Kraft ist.

Darüber hinaus hat der Strategieprozess 2027, der im September 2023 beschlossen wurde, weitere wichtige Fokusthemen der Region identifiziert. Die OWL GmbH wird sich mit Hochdruck und in Abstimmung mit ihren Partnern um die Umsetzung der in 2023 beschlossenen Strategie kümmern. Hierbei werden zwei inhaltliche Fokusthemen mit absoluter Priorität verfolgt werden. Zum einen das Thema Nachhaltigkeitstransformation, mit dem die OWL GmbH in Zukunft einen Masterplan Nachhaltigkeitstransformation entwickeln wird, wodurch der gesamte Wirtschaftsraum unter die Lupe genommen wird. Zum anderen das Thema Arbeitsmarkt und Bildung, mit dem durch verschiedene Kampagnen Fach- und Arbeitskräfte in die Region geholt werden sollen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2023 hinsichtlich der im Folgenden erläuterten finanziellen Leistungsindikatoren grundsätzlich planmäßig entwickelt.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen ist um rd. 32.815 € gesunken. Dies ist insbesondere auf geringere Investitionen im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen, wobei diese im Vorjahr verhältnismäßig hoch waren.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind um rd. 798.886 € gesunken; dies ist im Wesentlichen durch sehr geringe offenen Mittelanforderungen in den Förderprojekten zum Bilanzstichtag zurückzuführen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten steigen deutlich aufgrund der geringen offenen Mittelanforderungen; diese wurden größtenteils zum Ende des Jahres bereits beglichen.

Der Anstieg der Rückstellungen um rd. 206.156 € ist bedingt durch höheren Rückstellungsbedarf im Rahmen der Risiken für Zuschussrückzahlungen bei den einzelnen Projekten.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um rd. 97.843 € gesunken. Zu begründen ist dies durch stichtagsbedingte Effekte; Sondereffekte sind nicht ausschlaggebend.

Finanzlage

Die Geschäftstätigkeit wird im Wesentlichen aus Eigenmitteln und Fördergeldern von EU, Bund und Land finanziert. Die Bilanzsumme hat sich um rd. 184.648 € auf 2.919.843 € erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt 18,4 % (Vorj. 20,5 %).

Eine Geldanlage in Geldmarktfonds o.ä. erfolgte im Berichtsjahr nicht. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Ertragslage

Insgesamt erzielt die Gesellschaft einen handelsrechtlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von 24.056,68 €. Geplant war ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 64.285 € (ohne Berücksichtigung von handelsrechtlichen Effekten aus Investitionen). Dieser Planwert wurde im Rahmen der nachträglichen Hochrechnung 2023 bereits auf einen

Jahresfehlbetrag von 120.442 € angepasst. Ursachen hierfür waren Kostenzunahmen bei Veranstaltungen sowie nicht geförderte Personalausgaben. Diese Effekte sind nur teilweise aufgetreten, was zu einer Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses auf einen Jahresfehlbetrag von circa 90.000 € führte. Aufgrund eines außerordentlichen handelsrechtlichen Effektes im Rahmen der Rückstellungsbewertung verbesserte sich das Ergebnis entsprechend.

Die folgenden Daten beziehen sich auf das interne Rechnungswesen/Controlling und sind daher nur bedingt mit den Daten aus der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vergleichbar.

Das Gesamtvolumen (Erträge/Einnahmen) der OWL GmbH hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verändert. Nach den Plandaten ergibt sich eine Senkung von rd. 22 % und nach den Istdaten von rd. 14 %. Das ist insbesondere auf weniger Förderprojekte zurückzuführen. Für die Aufgaben des Geschäftsjahres standen der Gesellschaft nach dem Budgetplan einschließlich eines Vortrages aus 2022 insgesamt 6.409.347 € als Erträge zur Verfügung. Die Gesellschafter stellen aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung einen Sockelbeitrag (ohne Tourismus) zur Verfügung. An den Zusatz- und Sonderbeiträgen für 2023 haben sich alle Gesellschafter gem. Plan beteiligt.

Um die Transparenz zu gewährleisten, gliedert sich das Rechnungswesen im Erfolgsbereich in zwei Bereiche (Rechnungskreise). Der Bereich „Originäre GmbH“ umfasst ein Aufwands-/Ausgaben-Budget in Höhe von 3.644.304 € (Ist 3.093.675,09 €) und integriert die Kernaufgaben einschließlich der Aktivitäten Kulturbüro, Frau und Beruf, Regionalagentur, Projekte im Bereich Innovation & Wissen sowie die REGIONALE. Soweit Aufwendungen und Investitionen eindeutig dem jeweiligen Arbeitsbereich zuzuordnen waren, sind sie entsprechend im Rechnungswesen verarbeitet. Dies betrifft beispielsweise Personalkosten und Arbeitsplatzausstattung. Soweit eine direkte Zuordnung nicht möglich ist, erfolgte eine Aufteilung gemäß einem sachgerechten Schlüssel. Dies betrifft insbesondere Kosten wie Miete, Betriebskosten, Telefon/IT, Reparaturkosten, allgemeine Bürokosten etc.

Ein weiterer Rechnungskreis betrifft das Teutoburger Wald Tourismusmarketing. Inklusive der Projekte Hermannshöhen und der Förderprojekte Tourismus-Digital-Booster, Auszeit in OWL und Zukunftsfit Digitalisierung wurden hier 2.788.028 € budgetiert. Das tatsächliche Volumen ergibt sich mit 2.979.192,04€ einschließlich des Ergebnisübertrags nach 2023 in Höhe von rd. 577.381 € (Plan 259.815 €). Die Überträge betreffen die Hermannshöhen mit 48.686 €, die Themenmanagements/-pools mit 80.704 €, Mittel zur Eigenfinanzierung von EFRE-Projekten mit 30.417 € und Teutoburger Wald Tourismusmarketing allgemein mit 417.350 €. Für den Bereich Tourismus haben die Gesellschafter Beiträge in Höhe von 970.001 € geleistet.

Im Bereich der originären OWL GmbH gliedern sich die Erträge in die Positionen: Gesellschafterbeiträge (Geldleistungen ohne Projektbeiträge) 761.354 €, Sponsoring von Einzelprojekten 91.951 €, Partnerbeiträge 323.187 €, sonstige Erträge 192.194 € sowie Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen für die REGIONALE 2022, Kulturbüro, Regionalagentur, Projekte im Bereich Innovation & Wissen sowie Frau und Beruf in Höhe von 1.700.931 €.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Risiken

Die kurz- und mittelfristigen Risiken in der finanziellen Ausstattung der Geschäftsprozesse sind durch einen entsprechenden Planungszeitraum transparent und abgrenzbar. Der Fluss der Finanzmittel hinsichtlich der mit öffentlichen Mitteln mitfinanzierten Projekte ist aber mit Unwägbarkeiten behaftet. Dem wechselnden Umfang der Geschäftstätigkeit kann durch entsprechende Anpassungen der Personal- und Sachressourcen begegnet werden. Ebenso wird der Gefahr möglicher Zuschussrückzahlungen durch die Bildung entsprechender Rückstellungen proaktiv begegnet.

Die OWL GmbH befindet sich gerade in einem Beitragserhöhungsprozess. Mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplans im Dezember 2023 wurde auch eine Beitragserhöhung der OWL GmbH unter

Gremienvorbehalt beschlossen. Hierbei sollen die Gesellschafterbeiträge ab dem 01.01.2025 um 10 % steigen und ab dem Jahr 2026 sollen die Beiträge analog eines entsprechenden Indexes, wie z.B. dem TV-L, dynamisch angepasst werden. Mit dieser Erhöhung soll die OWL GmbH für kommende Risiken zukunftsicher aufgestellt werden.

Aktuelle Unwägbarkeiten bestehen durch den Ukraine Krieg und die dadurch bedingten wirtschaftlichen Einbrüche. Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2024 werden nicht gesehen. Die OWL GmbH passt ihr Arbeitsprogramm an die neue Situation an. Dies kann beispielsweise durch die gezielte Steuerung von Maßnahmen bzw. deren Nicht-Durchführung geschehen.

2. Chancen

Vor dem Hintergrund eines zunehmend dynamischer werdenden Standortwettbewerbs geht es darum, die gesamtregionale Entwicklungsanstrengung zu stärken und so die Position von OstWestfalen-Lippe im Standortwettbewerb zu sichern. Ein wesentlicher Ansatz liegt dabei im Bündeln der regionalen Kräfte. Mit dem Technologienetzwerk it's OWL wird ein erfolgreiches inhaltliches Konzept umgesetzt, das sich insbesondere durch die konstruktive Zusammenarbeit von Projektpartnern aus Wirtschaft und Wissenschaft auszeichnet. Dabei ist die enge Zusammenarbeit zwischen OWL GmbH und it's OWL Clustermanagement GmbH ein Erfolgsfaktor. Sowohl in der strategischen Ausrichtung der Regionalentwicklung als auch insbesondere im Marketing werden gemeinsame Projekte angegangen und Synergien genutzt. Mit der Umsetzung der neuen Strategie 2027 werden gezielt weitere Förderprojekte gesucht, um den Ausbau der Fokusthemen voranzutreiben.

Perspektiven und entsprechenden Chancen sieht die Gesellschaft auch in der Entwicklung und Umsetzung der Fokusthemen aus der Fortführung des Strategieprozesses, der daneben auch weitere Optimierungen der Unternehmensprozesse sicherstellen wird. Insgesamt ist geplant den Grad der Digitalisierung der Unternehmensprozesse zu erhöhen und diese Effizienzeinsparungen in die Akquisition von neuen Leuchtturmprojekten einbringen zu können.

3. Prognose

Der Strategieprozess 2027 wurde von der Gesellschafterversammlung am 30.09.2023 einstimmig verabschiedet. Damit wurde die inhaltliche Ausrichtung neu justiert und auf die aktuellen Bedürfnisse der Region angepasst. Mit dieser inhaltlichen Neuausrichtung geht auch die organisatorische Weiterentwicklung einher. Aufgrund der inhaltlichen Weiterentwicklung der OWL GmbH wird es erforderlich sein, die organisatorische Struktur der OWL GmbH anzupassen. Dies ist notwendig, um die Form der Zusammenarbeit zwischen den Organisationsbereichen zu optimieren und die Aufgaben der Zukunft effizient und wirtschaftlich vertretbar zu gestalten. Damit zusammenhängend ist die Verabschiedung der neuen Beiträge der OWL GmbH. Nach 12 Jahren ohne Beitragserhöhung macht die Kostenentwicklung eine Beitragserhöhung erforderlich. Sollte sich der Trend weiterer Jahresfehlbeträge fortsetzen, wird der Ergebnisvortrag mittelfristig vollständig aufgebraucht. Dies würde, soweit kein Ausgleich über Beiträge der Gesellschafter erfolgt, zu operativen Einschränkungen in der Arbeit der OWL GmbH führen. Vor diesem Hintergrund bleibt es abzuwarten, ob die jeweiligen Gremien der OWL GmbH der Beitragsanpassung in 2024 für 2025 zustimmen werden.

Das Gesamtbudget (Aufwand/Ausgaben) der OWL GmbH im Jahr 2024 umfasst ohne Vortrag nach 2024 von 0,31 Mio. € ca. 5,76 Mio. €. Es soll finanziert werden durch Einnahmen von 5,67 Mio. € und einer Entnahme aus dem Gewinnvortrag von 0,41 Mio. €, so dass insoweit ein Jahresfehlbetrag für 2024 von ca. 0,096 Mio. € geplant ist.

4.9.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.



Geschäftsführung: Geschäftsführer der GmbH: Herbert Weber (bis 30.09.2022), ab 01.10.2022: Björn Böker

Gesellschafterversammlung:

lfd. Nr.	Name
1	Lars Bökenkröger
2	Anna Katharina Bölling
3	Dr. Stefan Breit
4	Pit Clausen
5	Dr. Christine Disselkamp
6	Michael Dreier
7	Oliver Flaskämper
8	Michael Fröhlich
9	Ernst-Michael Hasse
10	Daniel Hartmann
11	Prof. Dr. Martin Hoffmann
12	Tim Kähler
13	Heinz-Günter Koßmann
14	Dr. Axel Lehmann
15	Burkhard Marcinkowski
16	Stefan Sievers
17	Theo Mettenborg
18	Jürgen Müller
19	Petra Pigerl-Radtke
20	Christoph Plass
21	Dr. Jens Prager
22	Prof. Dr. Birgitt Riegraf
23	Christoph Rüther
24	Karin Schlautmann
25	Prof. Dr. Ingeborg 'Schramm-Wölk
26	Michael Stickeln
27	Jörg Timmermann
28	Marianne 'Thomann-Stahl
29	Dr. Christoph von der Heiden
30	Mirco Welsing

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.



4.10 Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB)

4.10.1 Basisdaten

Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB)
Rolandsweg 80
33102 Paderborn
Tel.: 05251/1487-0, Fax: 05251/1487-99, Internet: -
Gründungsdatum: 1983

4.10.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH sind der Erwerb und die Verwaltung von Vermögensgegenständen jeder Art, insbesondere von Beteiligungen auf dem Energiesektor und an sonstigen kommunalen Gesellschaften sowie die Übernahme der Geschäftsführung derartiger Gesellschaften. Unternehmensgegenstand ist ferner der Betrieb von Einrichtungen im Bäderbereich und des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Paderborn, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten in der Stadt Paderborn. Die Paderborner Kommunalbetriebe GmbH unterstützt die kommunalwirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt Paderborn und des Kreises Paderborn sowie deren Wirtschaftsbetriebe durch Beratung, Förderung und die Vermittlung von Leistungen.

4.10.3 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 2.126.800,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Kreis Paderborn	117.000,00	5,50%
Eigenbetrieb Bäderbetriebe der Stadt Paderborn	1.311.700,00	61,7%
Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (eigene Anteile)	698.100,00	32,8%
	2.126.800,00	100,00%

4.10.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der PKB Konzern umfasst ausschließlich Einrichtungen der staatlichen Daseinsfürsorge. Die PaderBäder GmbH stellt Einrichtungen im Bäderbereich als Grundlage für die sportliche Betätigung einer breiten Bevölkerungsmasse zu erschwinglichen Preisen bereit. Dadurch dient die GmbH der Gesundheitsförderung und der Erholung. Die PaderSprinter GmbH und die Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn mbH gewährleisten eine ausreichende Quantität und Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs zu Fahrpreisen, die den Aufgaben eines Massenverkehrsmittels entsprechen. Die Stadtwerke Paderborn GmbH sowie die Wasserwerke Paderborn GmbH dienen der Grundversorgung der Bevölkerung mit Energie- und Wasser. Die Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH widmet sich der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung in der Stadt Paderborn.

4.10.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn vereinnahmte im Jahr 2023 eine Ausschüttung in Höhe von 1.969,70 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

4.10.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	Bilanz (in €)	2022	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen		150.270.384,37	160.444.747,56	10.174
I. Sachanlagen		1.141.750,00	1.001.206,00	-141
1. technische Anlagen und Maschinen		1.141.750,00	1.001.206,00	-141
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausst.		0,00	0,00	0
II. Finanzanlagen		149.128.634,37	159.443.541,56	10.315
1. Anteil an verbundenen Unternehmen		44.427.439,97	54.927.439,97	10.500
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		9.768.800,00	9.368.800,00	-400
3. Beteiligungen		94.932.394,40	95.147.301,59	215
B. Umlaufvermögen		17.173.086,46	23.730.862,13	6.558
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		13.185.404,22	16.098.235,79	2.913
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		78.390,31	94.241,79	16
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		3.747.892,47	3.621.064,69	-127
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		8.066.713,29	8.068.019,78	1
4. Forderungen gegen Gesellschafter		20.607,98	19.316,61	-1
5. sonstige Vermögensgegenstände		1.271.800,17	4.295.592,92	3.024
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		3.987.682,24	7.632.626,34	3.645
Summe Aktiva		167.443.470,83	184.175.609,69	16.732
Passiva				
A. Eigenkapital		115.345.784,78	139.074.136,24	23.728
I. ausgegebenes Kapital		1.428.700,00	1.428.700,00	0
Gezeichnetes Kapital lt. Gesellschaftsvertrag		2.126.800,00	2.126.800,00	0
abzüglich eigene Anteile		-698.100,00	-698.100,00	0
II. Kapitalrücklage		41.570.665,52	61.370.665,52	19.800
III. Gewinnrücklagen		73.665.789,43	72.344.079,26	-1.322
IV. Gewinn- / Verlustvortrag		0,00	0,00	0
V. Jahresfehlbetrag		-1.319.370,17	3.930.691,46	5.250
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		37.916,67	34.666,67	-3
C. Rückstellungen		2.797.389,50	2.525.979,00	-271
1. Rückstellungen für Pensionen		2.362.641,00	2.295.072,00	-68
2. Steuerrückstellungen		298.248,50	65.307,00	-233
3. sonstige Rückstellungen		136.500,00	165.600,00	29
D. Verbindlichkeiten		49.262.379,88	42.540.827,78	-6.722
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7.702.244,16	7.302.129,12	-400
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen		64.520,08	68.579,08	4
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehm.		24.246.159,58	18.937.367,94	-5.309
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	0,00	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		17.092.628,76	15.675.230,01	-1.417
6. sonstige Verbindlichkeiten		156.827,30	557.521,63	401
Summe Passiva		167.443.470,83	184.175.609,69	16.732

4.10.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	776.907,63	842.528,99	66
2. Sonstige betriebliche Erträge	117.147,06	132.416,71	15
3. Materialaufwand	276.179,79	247.393,76	-29
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	238.913,96	215.089,48	-24
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	37.265,83	32.304,28	-5
4. Personalaufwand	442.779,32	543.934,35	101
a) Löhne und Gehälter	331.819,18	377.781,78	46
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	110.960,14	166.152,57	55
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	134.196,20	140.544,00	6
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	408.507,35	325.644,12	-83
7. Erträge aus Beteiligungen	9.111.822,34	9.163.109,10	51
8. Erträge aus Gewinnabführung	3.745.683,45	3.146.793,00	-599
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	181.704,00	172.829,00	-9
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.384,58	146.845,29	137
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	12.559.683,42	10.861.434,44	-1.698
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	983.683,33	1.186.720,12	203
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	456.567,08	-3.632.262,90	-4.089
14. Ergebnis nach Steuern	-1.318.947,43	3.931.114,20	5.250
15. Sonstige Steuern	422,74	422,74	0
16. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.319.370,17	3.930.691,46	5.250

4.10.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	69	66	3
Eigenkapitalrentabilität	-1	-2	1
Anlagendeckungsgrad 2	111	109	2
Verschuldungsgrad	45	51	-6
Umsatzrentabilität	-170	-317	147

4.10.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 6 Mitarbeiter (Vj. 6).

4.10.10 Geschäftsentwicklung

Das Jahresergebnis wird, wie bei Holdinggesellschaften, die über einen Ergebnisabführungsvertrag verfügen, üblich, überwiegend durch die vorhandenen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften geprägt. Hierbei

schlagen sich die schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich auch bei der PKB nieder, mit unterschiedlichen Auswirkungen in den einzelnen Bereichen.

PaderSprinter GmbH

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben den Geschäftsverlauf des PaderSprinters im Jahr 2023 nicht mehr beeinflusst. Dennoch lagen die Fahrgastzahlen mit rd. 16,9 Mio. Personen noch deutlich unter dem Stand im Jahr 2019 mit rd. 20,1 Mio. Fahrgästen. Im Vergleich dazu stiegen die Umsatzerlöse, aufgrund der deutlichen Zunahme von Abonnements, überproportional an. Gleichzeitig führten höhere Aufwendungen insbesondere im Zusammenhang mit dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst TV-N zu gestiegenen Personalkosten bei der Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn GmbH – KVP – (eine 100%ige Tochtergesellschaft des PaderSprinters) und somit zu einem deutlichen Anstieg des Materialaufwandes beim PaderSprinter. Insgesamt reduzierte sich der Aufwand aus der Verlustübernahme der PKB im Vergleich zum Vorjahr leicht.

Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Die Ertragslage der Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) hängt maßgeblich von der wirtschaftlichen Situation der mit einem Ergebnisabführungsvertrag angebondenen Tochterunternehmen und somit vom Finanzergebnis ab, das mit 92,6 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau liegt. Unter Berücksichtigung der leicht rückläufigen Umsatzerlöse aus erbrachten Dienstleistungen, den erhöhten Personalaufwendungen sowie den gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen schloss die WWE mit einem gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Ergebnis in Höhe von 85,7 Mio. € ab.

Wasserwerke Paderborn GmbH

Die Wassergewinnung und die Wasserversorgung in der Stadt Paderborn, der Stadt Bad Lippspringe und der Gemeinde Borchlen waren in den vergangenen Jahren in wirtschaftlicher Hinsicht nur indirekt von dem Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine betroffen. Nachfragebedingt gingen die Umsatzerlöse - bei einem unveränderten Wasserpreis - leicht zurück. Bei ebenfalls geringfügig gesunkenen Materialaufwendungen bleibt das Rohergebnis 2023 im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Unter Berücksichtigung der höheren Personalaufwendungen und Abschreibungen fiel der Ertrag der PKB aus der Gewinnabführung (inkl. Steuerumlage) von den Wasserwerken gegenüber dem Vorjahr leicht geringer aus.

Stadtwerke Paderborn GmbH

Die Stadtwerke Paderborn beliefern Kunden im Versorgungsgebiet Kreis Paderborn mit Strom und Erdgas. Der Geschäftsverlauf 2023 war dabei weiterhin (mittelbar) von den Folgen der Energiekrise geprägt. So mussten aufgrund der beschaffungsseitigen Preisentwicklung entsprechende Preiserhöhungen gegenüber den Kunden vorgenommen werden. Der im Dezember 2021 beschlossene Neukundenstopp wurde zum 01.05.2023 aufgehoben. Um sich gegenüber den Herausforderungen der Energiemärkte noch besser zu wappnen wurde speziell für die Beschaffung im Geschäftsjahr 2023 das bestehende Beschaffungs- und Risikohandbuch vollständig überarbeitet, in dem zum einen die neue Beschaffungsstrategie beschrieben ist und zum anderen weitere Themen zur Risikominimierung aufgenommen wurden. Insgesamt erwirtschaftete die Gesellschaft - bei höheren Umsatzerlösen und gestiegenen Materialaufwendungen - ein gegenüber dem Vorjahr nahezu gleichbleibendes Rohergebnis. Unter Berücksichtigung der infolge des Tarifabschlusses und der getätigten Neueinstellungen gestiegenen Personalaufwendungen und höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierte sich der Ertrag der PKB aus der Gewinnabführung von den Stadtwerken gegenüber dem Vorjahr.

Mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3,9 Mio. € weist die PKB ein gegenüber dem Wirtschaftsplan 2023 (Defizit in Höhe von 7,3 Mio. €) und dem Vorjahr (Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,3 Mio. €) deutlich verbessertes Jahresergebnis aus.



Lage der Gesellschaft

Vermögens- und Finanzlage

Die PKB schließt das Berichtsjahr 2023 mit einer auf 184,2 Mio. € gestiegenen Bilanzsumme (Vorjahr 167,4 Mio. €) ab. Dies entspricht einer Zunahme von rd. 10,0 %.

Im Wesentlichen bedingt durch die Einlagen in die Kapitalrücklage der Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH in Höhe von 10,5 Mio. € stiegen die Finanzanlagen im Berichtsjahr deutlich um 10,3 Mio. € auf 159,4 Mio. € und haben somit - bei der dargestellten Bilanzsummenverlängerung - einen Anteil von 86,6 % an der Bilanzsumme. Das Umlaufvermögen erhöht sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls. Ursächlich hierfür waren neben höheren Steuererstattungsansprüchen der Anstieg der Flüssigen Mittel.

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr infolge des erwirtschafteten Jahresüberschusses 2023 in Höhe von 3,9 Mio. € und den erhaltenen Einlagen in die Kapitalrücklagen in Höhe von 19,8 Mio. € von der Stadt Paderborn auf insgesamt 139,1 Mio. € (Vorjahr: 115,3 Mio. €) deutlich. Ebenfalls stieg die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag auf 75,5 % gegenüber 68,9 % im Vorjahr an. Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft kann damit nach wie vor als gut bezeichnet werden.

Die Rückstellungen reduzierten sich zum 31.12.2023 nur geringfügig auf 2,5 Mio. €.

Prägend für den Bestand der Verbindlichkeiten sind nach wie vor die im Zusammenhang mit der im Jahre 2013 erfolgten Beteiligung an der Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG aufgenommenen Darlehen. Insgesamt war ein Rückgang der Verbindlichkeiten - im Wesentlichen - aufgrund der planmäßigen Tilgungen der bestehenden Darlehensverpflichtungen sowie des Ausgleichs von kurzfristigen Verbindlichkeiten innerhalb des Konzernverbundes auf 42,5 Mio. € zu verzeichnen (Vorjahr 49,3 Mio. €). Sie betragen nunmehr 23,1 % der Bilanzsumme. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse in Höhe von 0,8 Mio. € betreffen die eigenen Aktivitäten Wärmeversorgung, Stromerzeugung aus Photovoltaikanlagen und kaufmännischen Dienstleistungen. Sie liegen leicht über dem Vorjahresniveau. Unter Einbeziehung des damit im Zusammenhang stehenden Materialaufwands und den sonstigen betrieblichen Erträgen ergibt sich ein moderat gestiegenes Rohergebnis.

Das operative Ergebnis der Gesellschaft verbesserte sich im Berichtsjahr auf -0,3 Mio. € unter anderem auf Grund der Einsparungen im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Mit der Organschaft - einer Zusammenfassung von Beteiligungen an Versorgungsunternehmen, des öffentlichen Personennahverkehrs und einer Bädergesellschaft - wurde neben der einheitlichen Steuerung bis zum Geschäftsjahr 2020 das Ziel erreicht auf Ebene der PKB einen Ergebnisausgleich herzustellen. Diese vollständige Verlustverrechnung (inkl. der damit wirtschaftlich im Zusammenhang stehenden originären Aufwendungen der PKB) war im Geschäftsjahr 2023 - entgegen dem ursprünglichen Wirtschaftsplan - möglich. Allerdings wird diese vollständige Verlustverrechnung in - zumindest mittelfristiger - Zukunft nicht mehr in Gänze möglich sein. Im Vergleich zum Vorjahr ging insbesondere die Verlustübernahme des PaderSprinters GmbH zurück, so dass sich die Aufwendungen aus der Verlustübernahme insgesamt auf 10,9 Mio. € belaufen (Vorjahr 12,6 Mio. €). Die Beteiligungserträge, insbesondere an der Westfalen Weser Energie GmbH Co. KG entwickelten sich nahezu gleichbleibend. Die mit dieser Beteiligung wirtschaftlich im Zusammenhang stehenden Zinsaufwendungen reduzierten sich aufgrund der planmäßigen Tilgungen geringfügig. Die abgeführten Gewinne der Wasserwerke Paderborn und der Stadtwerke Paderborn sanken hingegen auf zusammen 3,1 Mio. €.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag verbesserten sich um 4,1 Mio. € auf +3,6 Mio. €. Der Grund liegt in dem Abschluss der steuerlichen Betriebsprüfung für die Jahre 2017 bis 2020 und den daraus resultierenden Effekten für die Folgejahre.

Insgesamt verbesserte sich das Jahresergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 Mio. € auf +3,9 Mio. €. Die vorstehend aufgeführten eigenen wirtschaftlichen Betätigungen der Gesellschaft treten gegenüber den

Beteiligungserträgen deutlich in den Hintergrund, tragen aber dennoch positiv zum Unternehmensergebnis bei.

Prognosebericht

Zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zur Sicherstellung der Liquidität wird die PKB im Geschäftsjahr 2024 eine weitere Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von voraussichtlich 11,1 Mio. € von der Stadt Paderborn erhalten.

Für das Geschäftsjahr 2024 rechnet die Geschäftsführung mit einem insgesamt leicht sinkenden Rohergebnis, bedingt durch den Bereich der Wärmelieferung. Zusätzlich wird mit höheren Personalaufwendungen und zunehmenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen gerechnet. Die geplanten Beteiligungserträge werden voraussichtlich steigen. Gleichzeitig werden die erneut deutlich steigenden Aufwendungen aus der Verlustübernahme, insbesondere des PaderSprinters, das Jahresergebnis erheblich belasten. Die Planung für das Geschäftsjahr 2024 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 8,7 Mio. € aus.

Die PKB ist mit den bestehenden Beteiligungen an Versorgungsunternehmen ertragsmäßig grundsätzlich gut aufgestellt. Die vermutlich weiter steigenden und zu übernehmenden Verluste der PaderBäder und des PaderSprinters werden dazu führen, dass die Gesellschaft zur Sicherung der Liquidität in den kommenden Jahren und für einen noch nicht abschätzbaren Zeitraum auf externe Mittelzuflüsse angewiesen sein wird.

Chancen und Risiken

Aufgrund der geplanten Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie des bevorstehenden Wechsels der Antriebsarten, hin zu emissionsfreien bzw. emissionsarmen Fahrzeugen, wird das Defizit des PaderSprinters in den kommenden Jahren vermutlich weiter zunehmen. Damit wird die PKB -allein- nicht in der Lage sein, mit Beteiligungserträgen und eigenen Erlösen die Verlustausgleichsverpflichtungen vollständig zu erfüllen. Zu berücksichtigen sind dabei auch die eigenen Zahlungsverpflichtungen aus den bestehenden Verbindlichkeiten. Andererseits geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Ertragslage der Versorgungsunternehmen, an denen Beteiligungen bestehen, mittelfristig relativ unverändert bleiben und somit langfristige für eine stabile Ertragssituation sorgen werden.

Gesamtaussage

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die zunehmende Herausforderung, die finanziellen Verluste aus dem öffentlichen Personennahverkehr und dem öffentlichen Bäderbetrieb, als Bestandteil der Daseinsvorsorge, auszugleichen, für die PKB im Geschäftsjahr 2023 - entgegen der ursprünglichen Planung - erfolgreich umgesetzt wurde. Gleichwohl muss hierbei berücksichtigt werden, dass im Wesentlichen Einmal-Effekte zu diesem positiven Jahresergebnis geführt haben. Angesichts der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Geschäftsführung mit der Entwicklung der Paderborner Kommunalbetriebe im Geschäftsjahr 2023 insgesamt zufrieden.

Risikomanagement und -prozess

Die PKB hat ein Risikomanagement eingerichtet, damit Risiken frühzeitig identifiziert und bewertet werden. Entsprechend der möglichen Schadenshöhe werden die Risiken in Klassen eingeordnet und mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit versehen. Die Klassen reichen von „gering“ über „mittel“ und „groß“ bis hin zu „hoch“.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art.



4.10.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der PKB GmbH ist Herr Markus Tempelmann, Kämmerer der Stadt Paderborn.

Gesellschafterversammlung: Dezernentin Ltd. Kreisrechtsdirektorin Annette Mühlenhoff für den Gesellschafter Kreis Paderborn und Ltd. Städt. Verwaltungsdirektor Rudolf Oberließen für die Gesellschafterin Stadt Paderborn.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht neben den geborenen Mitgliedern (Bürgermeister der Stadt Paderborn) aus 18 weiteren stimmberechtigten Mitgliedern. Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der PKB GmbH ist Kämmerer Herr Tiemann.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats zum 31.12.2023:

lfd. Nr.	Name
1	Dreier, Michael
2	Mertens, Markus
3	Scherhans, Catharina
4	Borgmeier, Reinhard
5	Bürger, Markus
6	Dülme, Matthias
7	Grabenstroer, Carsten
8	Henze, Franz-Josef
9	Honervogt, Dietrich
10	Hoppe, Stephan
11	Kemper, Andreas
12	Koch, Ulrich
13	Konersmann, Ludger
14	Rittmeier, Florian
15	Schaefer, Bernhard
16	Schröder, Dr. Klaus
17	Senn, Alexander
18	Tiemann, Ingo

4.10.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 5,55 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.10.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.10.14 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name der Gesellschaft, Sitz		Eigen- kapital	Anteil am Kapital	Jahres- ergebnis	
unmittelbare Beteiligung		T	%	T€	
1.	Wasserwerke Paderborn GmbH, Paderborn	21.486,2	82,027	0,0*	
2.	PaderBäder GmbH, Paderborn	16.566,9	100,0	0,0*	
3.	PaderSprinter GmbH, Paderborn	11.763,3	100,0	0,0*	
4.	Stadtwerke Paderborn GmbH, Paderborn	500,0	100,0	0,0*	
5.	Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH, Paderborn	17.728,2	100,0	-542,4	
6.	Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG, Paderborn	672.103,7	20,429	85.700,6	
7.	BePa Windkraft GmbH & Co. KG, Paderborn	300	45,506	862,9	
8.	Wärmeservice Paderborn GmbH, ** Paderborn	157,2	50,0	-33,6	
mittelbare Beteiligung					
beteiligt über					
9.	Wassernetz- Servicegesellschaft mbH, `` Paderborn	1.	334,5	5,0	10,6
10.	Egge-Wasserwerke GmbH, Paderborn	1.	2.634,0	33,3	0,0
11.	Gemeinschaftswasserwerke Boker-Heide GmbH, Paderborn	1.	26,1	33,3	0,0
12.	Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn mbH, Paderborn	3.	29,2	100,0	0,0 *

* es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

** den Angaben liegt der Jahresabschluss zum 31.12.2022 zugrunde

4.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung Essen

4.12.1 Basisdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung (VKA)

Rüttenscheider Str. 62

45130 Essen

Tel.: 0201/243439, Fax: 0201/222974, Internet: www.vka-rwe.de

Beteiligungsjahr: 2021

4.12.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge..

4.12.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Handlungen vorzunehmen und alle geschäftlichen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen.

4.12.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 127.822,97 €. Der Kreis Paderborn ist mit 511,29 € (=0,40 %) an der VKA-Westfalen beteiligt.

4.12.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2023 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen

4.12.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss zum 30. Juni 2024 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.12.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.12.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.12.8 „Kennzahlen“ und 4.12.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.12.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.12.6.

4.12.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.12.6.

4.12.9 Personalbestand

Siehe Punkt 4.12.6.

4.12.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.12.6.

4.12.11 Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

lfd. Nr.	Name	
1.	Landrat a.D. Peter Ottmann	Nettetal
2.	Kämmerer a.D. Ingolf Graul	Neuss (ab 1. Januar 2022)
3.	Dipl.-Verwaltungswirt Udo Mager	Dortmund (ab 01.07.2021)

Mitglieder des Verwaltungsrates sind:

lfd. Nr.	Name	
1.	Thomas Westphal (Vorsitzender)	Oberbürgermeister Stadt Dortmund
2.	Wolfgang Spelthahn (stellvertretender Vorsitzender)	Landrat Kreis Düren (ab 1. Januar 2022)
3.	Vorstand Thomas Gäng	Stadtsparkasse Oberhausen
4.	Landrat Dr. Olaf Gericke	Kreis Warendorf
5.	Landrat Thomas Hendele	Kreis Mettmann
6.	Lars Martin Klieve	nebenamtl. Geschäftsführer EVV mbH
7.	Gerhard Grabenkamp	Kämmerer Stadt Essen
8.	Direktor Dr. Georg Lunemann	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (ab 1.7.2022)
9.	Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz	Stadt Remscheid
10.	Vorstandsvorsitzender Guntram Pehlke	Dortmunder Stadtwerke AG
11.	Bürgermeisterin Karin Rodeheger	WBO Wirtschafts- und Bäderbetriebe Oelde GmbH
12.	Landrat Dr. Karl Schneider	Hochsauerlandkreis
13.	Landrat Manfred Schnur	Landkreis Cochem-Zell (ab 1.1.2022)
14.	Landrat Manfred Schnur	Landkreis Cochem-Zell (ab 1.1.2022)

4.12.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 14 Mitgliedern eine Frauen an (Frauenanteil 7,14 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.12.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.13 Interargem GmbH

4.13.1 Basisdaten

Interargem GmbH

Schelpmilser Weg 30

33609 Bielefeld

Tel.: 0521/3398-0, Fax: 0521/3398-199, Internet: www.interargem.de

Gründungsdatum: 22. März 1996

4.13.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft sind Entsorgungsgeschäfte aller Art, insbesondere Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen, Klärschlamm und sonstigen Reststoffen durch thermische Behandlung, Deponierung und Kompostierung sowie das gesamte Stoffstrommanagement, sowie damit zusammenhängende Geschäfte. Mit dem Unternehmensgegenstand verfolgt die Gesellschaft gleichzeitig einen öffentlichen Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes mittelbar und unmittelbar geeignet sind. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Gesellschaft unmittelbar selbst oder mittelbar über Tochtergesellschaften tätig werden und sich anderer Unternehmen bedienen, insbesondere kann sie sich zur Erreichung des Gesellschaftszweckes an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder Tochterunternehmen gründen.

4.13.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Interargem GmbH betreibt über ihre Tochterfirmen MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln GmbH Müllverbrennungsanlagen in Bielefeld und Hameln. In diesen werden die im Kreisgebiet anfallenden Abfälle entsorgt. Die Beteiligung an der Gesellschaft dient daher der Sicherstellung der Entsorgungspflichten des Kreises Paderborn und eröffnet die Möglichkeit zur Einflussnahme mit dem Ziel möglichst geringer Entsorgungskosten und somit niedriger Abfallgebühren.

4.13.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 2.200.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	Einlage (€)	Anteil (%)
Stadtwerke Bielefeld GmbH, Bielefeld	1.668.500,00	75,84
Kreis Herford	115.500,00	5,25
Kreis Lippe	99.700,00	4,53
Kreis Höxter	71.000,00	3,23
Kreis Paderborn	66.000,00	3,00
GWS Stadtwerke Hameln GmbH, Hameln	28.000,00	1,27
Samtgemeinde Nienstädt	23.000,00	1,05
HVV Herforder Versorgungs- und Verkehrs-Beteiligungs-GmbH, Herford	22.000,00	1,00
AWIGO Abfallwirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH, Georgsmarienhütte	22.000,00	1,00
Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke, Minden	22.000,00	1,00
Gemeinde Hiddenhausen	13.600,00	0,62
GEG Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH, Gütersloh	11.000,00	0,50
Eisport-, Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest mbH, Soest	11.000,00	0,50
Abfallwirtschaftsgesellschaft Landkreis Schaumburg GmbH, Stadthagen	9.400,00	0,43

Landkreis Hameln-Pyrmont	6.000,00	0,27
Abwasserverband Auetal	3.600,00	0,16
Gemeinde Kirchlegern	3.300,00	0,15
Stadt Löhne	2.200,00	0,10
Entwicklungsgesellschaft SG Sachsenhagen mbH, Sachsenhagen	2.200,00	0,10
	2.200.000,00	100,00

4.13.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Anteilserwerb erfolgte durch den A.V.E-Eigenbetrieb, sodass Ausschüttungen (rd. 360 T€ brutto) direkt beim A.V.E-Eigenbetrieb vereinnahmt werden. Unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt des Kreises Paderborn bestehen nicht.

4.13.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	190.463.226,52	150.477.120,52	39.986
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6.900,00	20.004,00	-13
II. Sachanlagen	2.943,00	3.733,00	-1
III. Finanzanlagen	190.453.383,52	150.453.383,52	40.000
B. Umlaufvermögen	97.678.850,18	82.197.953,63	15.481
I. Forderungen	62.223.860,02	56.152.402,69	6.071
II. Guthaben bei Kreditinstituten	35.454.990,16	26.045.550,94	9.409
C. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	319.879,69	0,00	320
Summe Aktiva	288.461.956,39	232.675.074,15	55.787
Passiva			
A. Eigenkapital	214.404.589,22	187.695.762,25	26.709
I. Gezeichnetes Kapital	2.200.000,00	2.200.000,00	0
II. Kapitalrücklage	111.696.101,84	111.696.101,84	0
III. Gewinnrücklagen	61.799.660,41	39.991.590,06	21.808
IV. Bilanzgewinn	38.708.826,97	33.808.070,35	4.901
B. Rückstellungen	4.632.118,93	5.852.254,25	-1.220
C. Verbindlichkeiten	69.425.248,24	39.127.057,65	30.298
Summe Passiva	288.461.956,39	232.675.074,15	55.787

4.13.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	9.217.999,99	8.838.000,00	380
2. sonstige betriebliche Erträge	280.925,30	17.270,30	264
3. Materialaufwand	7.303.655,83	7.031.967,18	272
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.303.655,83	7.031.967,18	272
4. Personalaufwand	967.022,59	967.469,50	0
a) Löhne und Gehälter	856.264,53	790.136,09	66
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	110.758,06	177.333,41	-67
davon für Altersversorgung	1.952,48	83.446,14	-81

5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	13.894,00	19.654,00	-6
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	175.987,22	151.996,67	24
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	56.393.852,95	50.611.500,55	5.782
davon aus Steuerumlage	18.756.331,00	17.086.710,00	1.670
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	455.891,88	26.187,00	430
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	268.755,35	-269
10. Ergebnis vor Steuern	57.888.110,48	51.053.115,15	6.835
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19.179.165,51	17.235.027,39	1.944
12. Ergebnis nach Steuern	38.708.944,97	33.818.087,76	4.891
13. sonstige Steuern	118,00	10.017,41	-10
14. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	38.708.826,97	33.808.070,35	4.901

4.13.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	81	82	-1
Eigenkapitalrentabilität	18	13	5
Anlagendeckungsgrad 2	155	135	20
Verschuldungsgrad	24	22	2
Umsatzrentabilität	383	261	121

4.13.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 7 Mitarbeiter (Vj. 7).

4.13.10 Geschäftsentwicklung

A. Grundlagen/Geschäftsmodell

Die Interargem GmbH wurde 1996 mit dem Aufgabenschwerpunkt der thermischen Behandlung und energetischen Verwertung von Abfällen gegründet. Sie ist in ihrer heutigen Struktur alleinige Gesellschafterin der anlagenbetreibenden MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH. Alle drei Gesellschaften zusammen bilden auf Basis bestehender Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge sowohl eine ertragsteuerliche als auch eine umsatzsteuerliche Organschaft mit der Interargem GmbH als Organträgerin. Mit dem Unternehmensgegenstand der thermischen Abfallbehandlung sowie der Bereitstellung von Strom und Fernwärme an den beiden Anlagenstandorten wird der öffentliche Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge erfüllt.

Für ihre beiden Tochterunternehmen erbringt die Interargem GmbH auf Grundlage entsprechender Dienstleistungsverträge vor allem die Vertriebsaktivitäten einschließlich eines anlagenübergreifenden Stoffstrommanagements sowie den Einkauf. Bei weiteren Funktionen arbeitet die Interargem GmbH eng mit ihrer Hauptgesellschafterin, der Stadtwerke Bielefeld GmbH, zusammen. Dies umfasst vor allem Rechtsberatung, Unternehmenskommunikation sowie Personal-, Abrechnungs- und IT-Dienstleistungen. Darüber hinaus hat die Stadtwerke Bielefeld GmbH die Aufgaben der Arbeitssicherheit, des Umweltschutzes, des Rechnungswesens und des Controllings übernommen.

Die Gesellschafterstruktur der Interargem GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2023 gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. An der Interargem GmbH sind nach wie vor insgesamt 19 ausschließlich kommunale Gesellschafter beteiligt, wobei die Stadtwerke Bielefeld GmbH mit einem Anteil von 75,8 % Hauptgesellschafterin ist.

B. Wirtschaftsbericht

1. Branchenbezogene Entwicklung

Der Entsorgungsmarkt war im Jahresverlauf durch ein hohes Abfallaufkommen gekennzeichnet. Nach unserer Einschätzung ist dieses bei den Haushaltsabfällen vor allem auf ein gestiegenes Konsumverhalten sowie bei den Gewerbeabfällen auf die Kundenstruktur zurückzuführen. Die gewerbliche Wirtschaft in Ostwestfalen-Lippe und Südniedersachsen wird im Wesentlichen von mittelständischen Unternehmen des Maschinenbaus, der Möbelindustrie, der Automatisierungstechnik und Lebensmittelindustrie geprägt und ist somit sehr breit aufgestellt.

2. Geschäftliche Entwicklung des Unternehmens

In einem insgesamt schwierigen Marktumfeld konnte eine gute Auslastung der verfügbaren Behandlungskapazitäten in Bielefeld und Hameln erzielt werden. Der Geschäftsverlauf der Interargem GmbH ist im Jahr 2023 aus Sicht der Geschäftsführung insgesamt positiv zu bewerten.

Geprägt war das Geschäftsjahr maßgeblich durch den gestiegenen Abfalldurchsatz und insbesondere durch die hohen Energiepreise. Besondere Auswirkungen hatte die Außerbetriebnahme der Altholzverbrennung im Februar 2023. Zustandsbedingt war ein Weiterbetrieb wirtschaftlich nicht mehr möglich.

Hinsichtlich der in Kraft-Wärme-Kopplung produzierten Energiemengen reduzierte sich der Fernwärmeabsatz bei der MVA Bielefeld-Herford und der Enertec Hameln GmbH im Vergleich zum Vorjahr. Im Gegenzug wurde die Stromproduktion aus der Abfallverbrennung gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert. Mit den erbrachten Leistungen sowohl bei der Abfallentsorgung als auch der Bereitstellung von Strom und Fernwärme wurde die öffentliche Zwecksetzung auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge vollumfänglich erfüllt.

Im technischen Bereich stand vor allem die Gewährleistung eines möglichst störungsfreien Anlagenbetriebs unter Berücksichtigung der geringeren Abfallmengen im Mittelpunkt der Aktivitäten. Besonders herausfordernd war 2023 der fünfte Bauabschnitt der Bunkersanierung bei der MVA Bielefeld-Herford GmbH während des laufenden Betriebs.

Aufgrund der anhaltend hohen Bedrohungspotentiale wurden die Anstrengungen für Informations- und Cybersicherheit zur Sicherstellung des Anlagenbetriebes an beiden Standorten weiter deutlich erhöht.

Die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsprozesse und der hohe Standard der erbrachten Dienstleistungen wurden im Rahmen der bestehenden Zertifizierungen als Entsorgungsfachbetrieb und den DIN-ISO-Normen Qualitätsmanagement, Umweltmanagement, Energiemanagement sowie Arbeits- und Gesundheitschutzmanagement erneut unter Beweis gestellt.

Insgesamt waren im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Geschäftsführer und ab 1. Oktober 2023 zusätzlich eine Geschäftsführerin sowie durchschnittlich sechs Mitarbeiter direkt bei der Interargem GmbH beschäftigt. Darüber hinaus erfolgte eine zusätzliche Personalausstattung im Rahmen einer Personalgestellung von Mitarbeiter:innen der MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH.

3. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der Interargem GmbH ist im abgelaufenen Geschäftsjahr maßgeblich durch die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften bestimmt worden. Die entsprechenden Erträge resultieren dabei ausschließlich aus den Gewinnabführungen der MVA Bielefeld Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH in Höhe von 56,4 Mio. € (Vorjahr 50,6 Mio. €).

Eigene Umsatzerlöse von 9,2 Mio. € (Vorjahr 8,8 Mio. €) wurden insbesondere aus den für die Tochterunternehmen erbrachten Dienstleistungen erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung der Betriebsaufwendungen konnte auf dieser Basis ein Vorsteuerergebnis in Höhe von 57,9 Mio. € (Vorjahr 51,1 Mio. €) erzielt werden. Nach Abzug der Ertragsteuern und sonstigen Steuern verbleibt 2023 ein um 4,9 Mio. € gesteigener Jahresüberschuss in Höhe von 38,7 Mio. €.

3.2 Vermögens- und Finanzlage

Den Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen stehen als Mittelabfluss insbesondere Ausschüttungen an die Gesellschafter gegenüber. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war während des Geschäftsjahres und danach jederzeit gegeben.

Die Vermögenslage ist gekennzeichnet durch eine Eigenkapitalausstattung von 214,4 Mio. €. Bei einer Bilanzsumme von 288,5 Mio. € entspricht dies einer Eigenkapitalquote von 74,3 %.

Die Veränderung des Finanzmittelfonds stellt sich wie folgt dar:

	2023	2022	Abweichung	
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-20.976	-18.379	-2.597	14%
Cashflow aus Investitionstätigkeit	42.385	38.243	4.142	11%
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-12.000	-12.097	97	1%
Veränderung des Finanzmittelfonds	9.409	7.767	1.642	21%
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	26.046	18.279	7.767	42%
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	35.455	26.046	9.409	36%

4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

4.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der Interargem GmbH stellt das Beteiligungsergebnis aus den Tochtergesellschaften dar. Unter Berücksichtigung der Ertragsteuerbelastung beträgt das Beteiligungsergebnis 37,6 Mio. € und liegt damit über dem Vorjahreswert von 33,5 Mio. € und dem Planwert von 33,8 Mio. €. Ursächlich sind der höhere Abfalldurchsatz und insbesondere die preisbedingt höheren Energieerlöse.

4.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Bei der operativen Steuerung gilt es vor allem, im Rahmen der Vertriebsaktivitäten für die Tochtergesellschaften eine optimale Auslastung der verfügbaren Behandlungskapazität zu erzielen. Wesentliche Kennzahl hierfür ist die insgesamt zur Verbrennung angenommene Abfallmenge; diese lag mit rund 810 Tsd. Tonnen (Vorjahr 751 Tsd. Tonnen) aufgrund eines guten Abfallaufkommens über dem Planwert von 775 Tsd. Tonnen.

C. Prognosebericht

Aufgrund des andauernden Ukrainekriegs und dessen Folgen auf die Wirtschaft besteht weiterhin ein hohes Maß an Unsicherheit. Darüber hinaus ergeben sich weitere erhebliche konjunkturelle Risiken aus der hohen Inflation und den damit verbundenen Zinssatzsteigerungen durch die EZB mit Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden Abfallmengen. Neben Mengen- und Preiseffekten im Segment der Abfallbehandlung sind auch Energiemengen und -preise von dieser Unsicherheit erfasst.

Zur Sicherstellung einer hohen Auslastung der Verbrennungsanlagen gilt es daher, die langjährigen und verlässlichen Kundenbeziehungen sowohl mit den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften als auch mit den privaten Entsorgungsunternehmen in der Region weiter fortzusetzen bzw. auszubauen. Damit soll die Rolle der Interargem GmbH als zentrale Partnerin für die thermische Abfallbehandlung in der Region weiter gestärkt werden.

Die Aufrechterhaltung eines möglichst kontinuierlichen und störungsfreien Anlagenbetriebs bei gleichzeitiger Sicherstellung von wettbewerbsfähigen Kostenstrukturen ist ein zentrales Element für den Unternehmenserfolg.

Aufgrund der Entwicklung der Beteiligungsergebnisse lag das Jahresergebnis 2023 nennenswert über den Erwartungen. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der bereits angesprochenen Unsicherheiten rechnen wir für das Jahr 2024 mit einer Umsatz- und Ergebnisentwicklung, welche das Vorjahresniveau im nennenswerten Maße nicht erreichen können wird. Das Beteiligungsergebnis unter Berücksichtigung der Ertragsteuerbelastung wird damit ebenfalls signifikant unter dem Vorjahreswert erwartet.

Bei der zur Verbrennung angenommenen Abfallmenge wird eine leichte Unterschreitung der Vorjahresmenge von 810 Tsd. Tonnen erwartet.

D. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikobericht

Das Risikomanagementsystem der Interargem GmbH ist in die Organisations- und Kommunikationsstruktur des Konzerns Stadtwerke Bielefeld integriert. Die Risiken der Tochtergesellschaften MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln GmbH werden konsolidiert. Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird im Rahmen der Risikoberichterstattung regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Die interne Revision überprüft das Risikomanagementsystem prozessunabhängig in unregelmäßigen Abständen.

Die kontinuierliche Risikofrüherkennung sowie die Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken erfolgen dezentral in den Unternehmensbereichen durch eine einheitliche und systematische Methodik. Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden regelmäßig alle relevanten Risikopotenziale identifiziert und ihre mögliche Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Darüber hinaus besteht eine sofortige Berichtspflicht für wesentliche Risiken als ad-hoc Meldung, die außerhalb des turnusmäßigen Risikomanagementprozesses identifiziert werden, um frühzeitig mit gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikovermeidung, -reduzierung und -absicherung gegenzusteuern. Die Risikolage der Interargem GmbH ist somit jederzeit transparent und bedarfsgerecht darstellbar.

Identifizierte und bewertete Risiken werden aufgrund der zu jedem Risiko angegebenen Werte zu Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten in Risikoklassen eingeordnet. Mit den Risikoklassen wird die Einschätzung der Risikolage des Unternehmens und des Gefährdungspotentials eines Risikos unterstützt.

Wesentliche Risiken für die Interargem GmbH, die über die Tochterunternehmen zu einer Ergebnisverschlechterung führen können, sind: x Gesamtstillstand durch Brand im Müllbunker, Kesselhaus o.a. führt zu einem Totalausfall der Anlage. x Lieferantenrisiko aufgrund Nichteinhaltung des abgeschlossenen Vertrages oder Ausfall und somit Wechsel des Lieferanten zu höheren Preisen. Der höhere Aufwand und die Zeitverzögerung aufgrund der konjunkturellen Lage, mangelnde Angebotsabgabe der Lieferungen bis u.U. Anlagenausfall, Erlösausfall. x Preisentwicklung Energie, die zu geringeren Energieerlösen führen könnte. x Weitergabe der Kosten aus der Einbeziehung der Müllverbrennung in das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG). x IT-Risiken, die u. a. zu falschen Daten oder sogar Datenverlusten insbesondere in den SAP-Systemen oder zu Cyber-Angriffen führen können, welche jedoch mit gezielten Sicherheitsmaßnahmen weitestgehend reduziert werden

Weitere Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Interargem GmbH wesentlich beeinträchtigen, waren für 2023 und sind auch für 2024 nach unserer Einschätzung nicht zu erkennen. Bestehende Risiken werden durch Gegen- und Vorsorgemaßnahmen begrenzt und gesteuert. Insgesamt haben sich aus der Risikoinventur des Jahres 2023 ausschließlich Risiken ergeben, die gemäß der Risikoportfoliomatrix als gering und mittel einzuschätzen sind. Weitere schwerwiegende Risiken wurden im Geschäftsjahr nicht identifiziert. Sowohl die eigenkapital- als auch die liquiditätsbasierte Risikotragfähigkeit sind im Stadtwerke Bielefeld-Konzern gewährleistet.



2. Chancenbericht

Für die Interargem GmbH können sich Chancen aus einer höheren Auslastung und höheren Fernwärmeerlösen bei den Tochterunternehmen aufgrund der Witterung ergeben. Die Chancen werden ab 2024 nach Umstellung auf eine neue Software auch systemseitig gesteuert.

4.13.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Die Geschäftsführer der GmbH sind Herr Stefan Pöschel und Herr Rainer Müller (Stadtwerke Bielefeld GmbH).

Gesellschafterversammlung: Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Kreistagsabgeordneter Päsch.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.13.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in %	Eigenkapital	Jahresergebnis 2021 in Tsd. €
		31.12.2021 in Tsd. €	
MVA Bielefeld-Herford GmbH, Bielefeld	100	30.077	Es besteht ein Ergebnisab- führungsvertrag
Enertec Hameln GmbH, Hameln	100	51.652	Es besteht ein Ergebnisab- führungsvertrag



4.14 Landestheater Detmold GmbH

4.14.1 Basisdaten

Landestheater Detmold GmbH

Theaterplatz 1

32756 Detmold

Tel.: 05231/974-60, Fax: 05231/974-701, Internet: www.landestheater-detmold.de

Gründungsdatum: Das Landestheater Detmold besteht seit 1825. Der Landestheater Detmold e. V. wurde 1972 gegründet. Der Verein war Gesamtrechtsnachfolger des Theaterverein Detmold e. V.. Mit Wirkung zum 1. August 2006 wurde der Verein im Rahmen eines Formwechsels in eine GmbH umgewandelt. Die Gesellschaft firmiert seit dem unter „Landestheater Detmold GmbH“ und ist am 11. Oktober 2006 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Lemgo eingetragen worden.

4.14.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat den Zweck, durch Theaterraufführungen und andere Veranstaltungen der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbildend zu wirken, das Kunstverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Die Gesellschaft betreibt dazu das Landestheater Detmold als Mehrspartentheater (Musiktheater, Ballett, Schauspiel mit Kinder- und Jugendtheater, Orchester einschließlich Konzertwesen). Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird ohne die Absicht der Gewinnerzielung geführt. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Das Geschäftsjahr ist das Spieljahr, d. h. die Zeit vom 1. August bis zum 31. Juli des folgenden Jahres.

4.14.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als eine kulturelle und pädagogische Einrichtung gehört das Theater zu den öffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge.

4.14.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 3 Mio. € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter:	€	%
Kreis Lippe	1.479.000,00	49,30
Stadt Detmold	831.000,00	27,70
Landesverband Lippe	636.000,00	21,20
Stadt Paderborn	27.000,00	0,90
Staatsbad Bad Oeynhausen GmbH	15.000,00	0,50
Kreis Paderborn	9.000,00	0,30
Verein zur Förderung des Landestheaters Detmold e. V.	3.000,00	0,10
Gesamt:	3.000.000,00	100,00

4.14.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2023 zahlte der Kreis Paderborn einen Beitrag in Höhe von 32.087,16 € (31.146,92) an das Landestheater. Die Zahlungen des Kreises erfolgen über das Konto 531700 „Zuschüsse an private Unternehmen“ des Produktes 040201 „Allgemeine Kulturpflege (einschl. Kreisarchiv)“.

4.14.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss zum 2023/2024 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.14.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.14.7 „Entwicklung

der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.14.8 „Kennzahlen“ und 4.14.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.14.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.14.6.

4.14.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.14.6

4.14.9 Personalbestand

Siehe Punkt 4.14.6

4.14.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.14.6

4.14.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Intendant und künstlerischer Geschäftsführer ist Herr Georg Heckel. Verwaltungsdirektor und kaufmännischer Geschäftsführer ist Herr Stefan Dörr.

Gesellschafterversammlung: Vertreterin des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Frau Kreistagsabgeordnete Martina Gramlich.

Aufsichtsrat: Dem Aufsichtsrat gehören an:

lfd. Nr.	Mitglieder des Aufsichtsrats:	Spalte2
1	Dr. Axel Lehmann	Vorsitzender, Landrat des Kreises Lippe
2	Frank Hilker	stellv. Vorsitzender u. Stellvertreter Stadt Detmold
3	Heike Busse	Kreis Lippe
4	Sabine Mirbach	Kreis Lippe
5	Moritz Ilemann	Kreis Lippe
6	Walter Neuling	Kreis Lippe
7	Hans-Jörg Düning-Gast	Verbandsvorsteher Landesverband Lippe
8	Andreas Kuhlmann	Landesverband Lippe
9	Carsten Venherm	Stadt Paderborn/Kreis PB
10	Adrian Thomser	Betriebsratsvorsitzende (beratendes Mitglied)

Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.14.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: 22,22 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.



4.14.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.15 Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH i.L.

4.15.1 Basisdaten

Deutscher Wandertag 2015 gGmbH / Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH

Marienplatz 2 a

33098 Paderborn

Tel.: 05251/88-2094, Fax: 05251/88-2013, Internet: -

Gründungsdatum: 29. April 2013

4.15.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand der GmbH war zunächst die Konzeption und Durchführung der Veranstaltung „Deutscher Wandertag 2015“. Nach der Änderung des Satzungszweckes am 22. November 2019 liegt dieser in der Durchführung des „1. Deutschen Jugendwandertages 2020“.

Die Gesellschaft kann Geschäfte und Maßnahmen betreiben, die zur Erreichung des Gesellschafts-zweckes notwendig oder nützlich erscheinen. Sie darf sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

4.15.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der Gesundheit. Der Kreis Paderborn tritt bei der Veranstaltung in der Außenwahrnehmung als Mitausrichter auf.

4.15.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 25.300,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	in €	in %
Stadt Paderborn	12.100,00	47,826
Kreis Paderborn	11.000,00	43,478
Eggegebirgsverein e. V.	2.200,00	8,696
Summe	25.300,00	100,000

4.15.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2023 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.15.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Der letzte aufgestellte Jahresabschluss ist die Liquidationsschlussbilanz zum 31.12.2022. Danach werden keine weiteren Jahresabschlüsse mehr aufgestellt, bis zur Endgültigen Löschung der Gesellschaft.

Bilanz (in €)	Liquidations- schlussbilanz 31.12.2022	Liquidations- eröffnungs-bilanz 01.01.2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
Umlaufvermögen	4.597,65	6.911,32	-2
I. Guthaben bei Kreditinstituten	4.597,65	6.911,32	-2
Summe Aktiva	4.597,65	6.911,32	-2
Passiva			
Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.300,00	25.300,00	0
II. Verlustvortrag	-21.088,68	-17.202,23	-4
III. Jahresfehlbetrag	-1.248,35	-3.886,45	3
Rückstellungen	850,00	2.700,00	-2
Verbindlichkeiten	784,68	0,00	1
Summe Passiva	4.597,65	6.911,32	-2

4.15.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	31.12.2022	01.01.2022	Verände-rung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.248,35	3886.45	-3
2.Ergebnis nach Steuern	1.248,35	3.886,45	-3
3. Jahresfehlbetrag	1.248,35	3.886,45	-3

4.15.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.15.6.

4.15.9 Personalsbestand

Die Gesellschaft beschäftigt kein Personal.

4.15.10 Geschäftsentwicklung

Nach § 267aHGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine Kleinstkapitalgesellschaft. Die Gesellschaft macht als Kleinstkapitalgesellschaft von den Erleichterungen nach § 264 HGB i.V.m § 267aHGB Gebrauch.

4.15.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr oblag die Geschäftsführung dem Liquidator Herrn Michael Müller (Stadt Paderborn). Für seine Tätigkeit hat er keine Bezüge erhalten.

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Landrat Rüther.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.16 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

4.16.1 Basisdaten

PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

Friedrichstr. 149

10117 Berlin

Tel.: 030/25 76 79-0, Fax: 030/25 76 79-199, Internet: www.pd-g.de

Gründungsdatum: 2008

4.16.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i. S. d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden, ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.

Die Interessen des Mittelstandes sind bei der Arbeit der Gesellschaft zu berücksichtigen und zu fördern.

4.16.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH wird ausschließlich für die öffentliche Hand tätig. Sie soll die Funktion einer öffentlichen Inhouse-Infrastrukturberatungsgesellschaft für Bund, Länder und insbesondere Kommunen im Sinne der Vorschläge der BMWi-Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ ausfüllen.

4.16.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr hielten die Gesellschafter insgesamt 10.020 Geschäftsanteile (Stammkapital beträgt 2.004.000,00 €) an dem Unternehmen. Die Anzahl der Geschäftsanteile im Nennwert von je 200,00 € verteilt sich folgt:

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	3.513
Bundesrepublik Deutschland	2.603
PD-Beteiligungsverein „Forschung und Medizin“ e.V.	280
PD-Beteiligungsverein „Kommunale Großkrankenhäuser“ e.V.	160
Land Baden-Württemberg	100
Land Berlin	100

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Land Brandenburg	100
Land Freie Hansestadt Bremen	100
Land Freie Hansestadt Hamburg	100
Land Hessen	100
Land Mecklenburg-Vorpommern	100
Land Niedersachsen	100
Land Nordrhein-Westfalen	100
Land Rheinland-Pfalz	100
Land Saarland	100
Land Sachsen-Anhalt	100
Land Schleswig-Holstein	100
Land Thüringen	100
Republik Zypern	100
Stadt Bremen	25
Stadt Bochum	25
Stadt Duisburg	25
Stadt Essen	25
Stadt Frankfurt am Main	25
Stadt Köln	25
Stadt Leipzig	25
Stadt Mannheim	25
Märkischer Kreis	25
Stadt Nürnberg	25
Kreis Pinneberg	25
Stadt Wuppertal	25
Kreis Mettmann	25
Kreis Paderborn	25
Schleswig-Holsteinischer Landkreistag	20
Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	20
Bergisch Rheinischer Wasserverband KÖR	20

Gesellschafter	Geschäftsanteile *
Bundesagentur für Arbeit	20
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben AöR	20
Dataport AöR	20
Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV)	20
Deutsche Rentenversicherung Rheinland AöR (DRV)	20
FITKO (Föderale IT-Kooperation)	20
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main	20
Kommunal BIT AöR (Kommunaler Betrieb für Informationstechnik)	20
Komm.ONE	20
Kommunaler Zweckverband ITK Rheinland	20
Sächsische Aufbaubank - Förderbank - AöR	20
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	20
Unfallkasse NRW	20
Universität Bonn	20
Universität Duisburg-Essen KÖR	20
Universität zu Köln	20
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20
Westfälische Hochschule	20
Zweckverband der Berufsbildenden Schulen Opladen	20
Zweckverband eGo-Saar	20
BBB Infrastruktur GmbH und Co. KG	20
Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH (ENO)	20
govdigital eG	20
Klinikum Worms gGmbH	20
Leibniz Institut für Bildungsverläufe e.V.	20
Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV)	20
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	20
RKiSH - Rettungsdienst Kooperation in Schleswig-Holstein	20
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	20
Landkreis Darmstadt-Dieburg	15

Gesellschafter	Geschäftsanteile *
Stadt Aachen	15
Stadt Bergisch Gladbach	15
Stadt Braunschweig	15
Stadt Bremerhaven	15
Landkreis Euskirchen	15
Stadt Freiburg i.Br	15
Stadt Herne	15
Stadt Jena	15
Stadt Krefeld	15
Stadt Leverkusen	15
Stadt Mainz	15
Stadt Mönchengladbach	15
Stadt Oberhausen	15
Stadt Offenbach	15
Kreis Olpe	15
Stadt Paderborn	15
Stadt Potsdam	15
Stadt Recklinghausen	15
Stadt Regensburg	15
Stadt Remscheid	15
Rhein-Hunsrück-Kreis	15
Stadt Salzgitter	15
Kreis Segeberg	15
Stadt Solingen	15
Landkreis Trier-Saarburg	15
Stadt Wiesbaden	15
Burgenlandkreis	15
Landkreis Celle	15
Landkreis Dachau	15
Landkreis Dahme-Spreewald	15

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Landkreis Görlitz	15
Kreis Groß-Gerau	15
Kreis Herzogtum Lauenburg	15
Hochsauerlandkreis	15
Main-Taunus-Kreis	15
Landkreis Nienburg/Weser	15
Kreis Ostholstein	15
Landkreis Sigmaringen	15
Landkreis Uckermark	15
Stadt Bergkamen	10
Stadt Castrop-Rauxel	10
Stadt Dinslaken	10
Stadt Dormagen	10
Stadt Frechen	10
Landkreis Helmstedt	10
Stadt Hürth	10
Stadt Iserlohn	10
Stadt Langenfeld	10
Stadt Lüneburg	10
Landkreis Prignitz	10
Stadt Ratingen	10
Stadt Troisdorf	10
Stadt Unna	10
Landkreis Lichtenfels	10
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	10
Kreisstadt Bad Hersfeld	5
Stadt Barsinghausen	5
Stadt Dillenburg	5
Stadt Dreieich	5
Stadt Ennepetal	5

Gesellschafter	Geschäftsanteile *
Stadt Erkrath	5
Stadt Espelkamp	5
Gemeinde Ganderkesee	5
Stadt Gelnhausen	5
Stadt Halle (Westf.)	5
Stadt Hamminkeln	5
Stadt Heiligenhaus	5
Stadt Kamp-Lintfort	5
Stadt Kempen	5
Stadt Königs Wusterhausen	5
Stadt Lengerich (Westf.)	5
Stadt Lindau	5
Stadt Mettmann	5
Stadt Monheim am Rhein	5
Kreisstadt Olpe	5
Stadt Papenburg	5
Stadt Rheinberg	5
Stadt Sehnde	5
Gemeinde Stuhr	5
Stadt Taunusstein	5
Gemeinde Uetze	5
Stadt Waren (Müritz)	5
Stadt Wedel	5
Stadt Wesseling	5
Stadt Wülfrath	5
Stadt Würselen	5
Stadt Boizenburg/Elbe	2
Stadt Brake (Unterweser)	2
Samtgemeinde Heeseberg	2
Stadt Heusenstamm	2

Gesellschafter	Geschäftsanteile *
Marktgemeinde Holzkirchen	2
Stadt Hünfeld	2
Samtgemeinde Lachendorf	2
Gemeinde Langerwehe	2
Gemeinde Lilienthal	2
Stadt Luckau	2
Gemeinde Marpingen	2
Stadt Mengen	2
Gemeinde Merzenich	2
Gemeinde Metelen	2
Gemeinde Michendorf	2
Gemeinde Neubiberg	2
Gemeinde Nörvenich	2
Gemeinde Nohfelden	2
Gemeinde Oberthal	2
Stadt Pattensen	2
Gemeinde Schönefeld	2
Stadt Schwarzenbek	2
Gemeinde Seeheim-Jugenheim	2
Gemeinde Tholey	2
Stadt Uetersen	2
Gemeinde Windeck	2
Stadt Wittingen	2
Gemeinde Zöllnitz	2
Deutscher Landkreistag e. V.	1
Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V.	1
Deutscher Städtetag	1
	10.020

*Anzahl Geschäftsanteil im Nennwert von je 200,00 €

4.16.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2023 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.16.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	3.954.261,18	4.067.880,18	-114
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	442.691,18	679.328,18	-237
II. Sachanlagen	3.511.570,00	3.388.552,00	123
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0
B. Umlaufvermögen	68.223.546,53	52.425.865,97	15.798
I. Vorräte	9.421.960,28	7.257.181,79	2.165
II. Forderungen	15.155.198,03	15.513.910,25	-359
III. Kassenbestand, Guthaben	43.646.388,22	29.654.773,93	13.992
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.377.827,15	521.736,21	856
Summe Aktiva	73.555.634,86	57.015.482,36	16.540
Passiva			
A. Eigenkapital	45.348.466,26	37.329.484,16	8.019
I. Gezeichnetes Kapital	2.004.000,00	2.004.000,00	0
1. Stammkapital	-702.600,00	-962.600,00	260
II. Kapitalrücklage	3.608.072,63	3.608.072,63	0
III. Gewinnrücklagen	21.075.876,93	14.623.122,63	6.453
IV. Gewinnvortrag	8.703.506,63	8.703.506,76	0
V. Jahresüberschuss	10.659.610,07	9.353.382,14	1.306
B. Rückstellungen	18.511.245,55	11.954.609,86	6.557
1. Steuerrückstellungen	1.060.843,62	1.446.809,00	-386
2. Sonstige Rückstellungen	17.450.401,93	10.507.800,86	6.943
C. Verbindlichkeiten	9.680.453,05	7.731.388,85	1.949
D. Rechnungsabgrenzungsposten	15.470,00	0,00	15
Summe Passiva	73.555.634,86	57.015.482,87	16.540

4.16.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	137.077.467,48	115.563.301,22	21.514
2. Erhöhung (Minderung) des Bestands an Vorräten	2.089.369,20	1.071.354,79	1.018
3. sonstige betriebliche Erträge	689.238,35	137.746,93	551
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-22.128.179,19	-22.290.620,13	162
5. Personalaufwand	-81.708.408,39	-59.079.878,95	-22.629
a) Löhne und Gehälter	-70.611.858,91	-50.945.212,73	-19.667
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-11.096.549,48	-8.134.666,22	-2.962
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-1.428.008,03	-1.662.433,05	234
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-19.259.423,62	-20.033.422,88	774
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	214.368,48	0,00	214
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-365,32	-59.308,68	59
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.885.786,89	-4.292.697,44	-593
11. Ergebnis nach Steuern	10.660.272,07	9.354.041,81	1.306
12. Sonstige Steuern	-662,00	-659,67	0
13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	10.659.610,07	9.353.382,14	1.306

4.16.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	62	65	-4
Eigenkapitalrentabilität	24	25	-2
Anlagendeckungsgrad 2	1.860	1.402	458
Verschuldungsgrad	62	53	9
Umsatzrentabilität	8	6	2

4.16.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 970 Mitarbeiter (Vj. 717).

4.16.10 Geschäftsentwicklung

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aktuell aus vier Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, zwei der Länder, zwei der Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbände, einem Vertreter der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, einem Vertreter der sonstigen öffentlichen Auftraggeber sowie fünf Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeitenden. Des Weiteren hat die Gesellschaft seit 2021 einen Betriebsrat mit aktuell 11 (nebenamtlichen) Mitgliedern. Der Betriebsrat hat zudem Betriebs-, Personal- und Wirtschaftsausschüsse eingerichtet. Die Gesellschaft verfügt über einen Beirat. Das im Jahr 2017 gegründete Gremium berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Gesellschaft auf deren Verlangen in strategischen Fragen, bei der Entwicklung und Evaluierung neuer Geschäftsideen, der Entwicklung neuer Kooperationsmodelle und der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in den Bereichen Bau, Infrastruktur, Gesundheit, IT und Verwaltungsmodernisierung. Das Gremium kann Empfehlungen an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat aussprechen, diese sind an die Empfehlungen nicht gebunden. Die Mitglieder wurden von der Geschäftsführung gemäß § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags nach Billigung durch den Aufsichtsrat benannt. Die Periode des Beirats endete in 2023 mit einer Abschlusssitzung am 11. September. In der Sitzung des Aufsichtsrates am 30. November wurde ein neuer Beirat aus zunächst acht Mitgliedern gebilligt. In 2024 sollen noch zwei weitere Mitglieder hinzukommen.

Unternehmenssteuerung

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt auch im Geschäftsjahr 2023 durch die Geschäftsführung. Grundlage sind regelmäßige vergleichende Analysen von Wirtschaftsplanung, Ist-Entwicklung und Forecast auf Basis der Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung. Dabei werden sowohl das Gesamtunternehmen als auch die einzelnen Unternehmensbereiche und Standorte betrachtet. Die Einhaltung von Einzelansätzen des Wirtschaftsplanes wurde im Rahmen von Soll-Ist-Vergleichen überwacht. Abweichungen von den Erwartungswerten der Projekte werden laufend beobachtet, analysiert und in regelmäßigen Besprechungen zwischen Geschäftsführung/Geschäftsleitung und kaufmännischer Leitung erörtert. Gleiches gilt für nicht projektbezogene Planabweichungen. Die Ergebnisentwicklung des Unternehmens wird monatlich anhand des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) und die Liquidität anhand der Entwicklung des Cash-Flows verfolgt. Als unabhängige Prüfungs- und Beratungsstelle ist eine interne Revision eingerichtet.

Unternehmensführung

Die Gesellschafterversammlung hat am 22.04.2022 für den Frauenanteil in der Geschäftsführung eine Zielgröße von 50 Prozent, die bis zum 31.12.2026 erreicht werden soll, festgelegt. Zudem besteht für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll. Darüber hinaus hat die Geschäftsführung beschlossen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen

unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll.

Wirtschaftsbericht

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wünschen sich Verwaltungen als moderne Dienstleister, die zuverlässigen Service bieten und effizient haushalten. Um dieses Qualitätsniveau zu erreichen, müssen Strukturen und Abläufe regelmäßig neu ausgerichtet werden. Die Digitalisierung ist dabei zugleich Mittel und Treiber des Wandels in allen gesellschaftlichen Bereichen. Gerade mit der Umsetzung des OZG (Onlinezugangsgesetz) hat die Verwaltung die Erfahrung machen müssen, dass die notwendige Digitalisierung an Grenzen stößt und so strukturelle Veränderungen unumgänglich werden, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten. Sowohl der in 2023 verstetigte Fachkräftemangel als auch die sich - nicht zuletzt durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts - verengenden haushälterischen Spielräume der öffentlichen Hand erhöhen die Transformationsnotwendigkeit in der Verwaltung. Dabei sind die sich daraus ergebenden Herausforderungen auf allen föderalen Ebenen anzutreffen und von der Verwaltung von innen heraus nur sehr eingeschränkt zu bewältigen. Mit den vorgenannten Aspekten geht weiterhin eine große Nachfrage nach Unterstützung nach Leistungen des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung einher. Auf Grund der Gesellschafterstruktur der PD ist diese auf allen föderalen Ebenen (zu der kommunalen Ebene siehe den folgenden Abschnitt) aktiv und hat sich als anerkannter Berater für Organisations- und Strategieberatung etabliert.

Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung

Auch im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung steht die öffentliche Hand vermehrt vor großen Herausforderungen, um öffentliche Infrastrukturen, das Gefüge zwischen Stadt-Land-Region und Gebäudebestände mit begrenzten Haushaltsmitteln zu organisieren, zu bauen oder zu sanieren und auszubauen sowie Verwaltungsstrukturen bei den Bau-, Gesundheits- und den sonstigen Kommunalverwaltungen zu modernisieren und die kommunale Verwaltung nachhaltig aufzustellen. Nach wie vor führen die Auswirkungen von Corona (auslaufend) und der Krieg in der Ukraine zu erheblichen wirtschaftlichen Unsicherheiten. Das damit verbundene drastische Wachstum der Rohstoffpreise und ein eklatanter Fachkräftemangel in den zuständigen Ämtern werden vor allem auf kommunaler Ebene zu weiterer Zurückhaltung bei der Bewilligung und Umsetzung dringend notwendiger Investitionsvorhaben führen. Der bereits im letzten Jahr spürbare Gegentrend hält allerdings weiter an, da die bisher hohe Auslastung der Bauwirtschaft im Privatsektor wegen der hohen Preise wegbricht. Umso wichtiger bleibt die große Verfügbarkeit an staatlichen Fördermitteln. Im Rahmen des DARF (Deutsche Aufbau- und Resilienzplan) wurden im Jahr 2023 erste wichtige Meilensteine erreicht. Die Nachfrage nach Beratungsleistungen im Bereich Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung bleibt aufgrund der nach wie vor sehr hohen Investitionsrückstände weiterhin hoch. Die PD hat sich insbesondere im kommunalen Bereich, aber auch im Bereich von Bundes- und Landesbau, als Vertraute der öffentlichen Hand in der Bandbreite von Strategie-, Organisations- und Infrastrukturberatung etabliert.

Wettbewerb

Die PD steht als Beratungsunternehmen im Wettbewerb mit anderen Beratern. Hierzu gehören neben großen internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Strategieberatungsgesellschaften auch kleinere, vor allem regionale Berater. Da diese Berater - im Gegensatz zur PD - neben der öffentlichen Hand auch private Unternehmen beraten können, ist ihr Marktpotential deutlich höher. Trotzdem konnten beide Geschäftsbereiche der PD

gegenüber dem Vorjahr weiterhin ein Umsatzwachstum verzeichnen. Die PD durfte sich in 2023 als „Hidden Champion“ des Beratungsmarktes 2022/2023 im Bereich „Public Sector“ bezeichnen, zu dem sie Ende 2021 gewählt worden war. Die Auszeichnung „Hidden Champion des Beratungsmarktes“ wird seit 2008 durch die unabhängige Wissenschaftliche Gesellschaft für Management und Beratung (WGMB) vergeben. Die Kategorie „Public Sector“ war im Jahr 2021 erstmalig vergeben worden. Zudem erhielt die PD im Dezember 2023 erneut die Auszeichnung und darf sich nun als „Hidden Champion“ des Beratungsmarktes 2024/2025 im Bereich „Public Sector“ bezeichnen.

Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch in 2023 sehr erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft die im Wirtschaftsplan 2023 konkretisierten Wachstumserwartungen voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in 2018 bzw. 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich im Berichtsjahr weiter überaus positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundennähe, damit eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Zudem wurde aufgrund des wachsenden Geschäfts und der steigenden Mitarbeitendenzahlen das Hamburger Büro zum 1. Juli 2023 offiziell zu einer Betriebsstätte. Neben den nunmehr vier Betriebsstätten dienen weiterhin die in 2021 bezogenen Büros in Wiesbaden und Nürnberg sowie die in 2023 bezogenen Büros in München und Stuttgart als Anlaufpunkte für die Kunden und Kundinnen der PD aus den jeweiligen Regionen. Die Weiterentwicklung des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung zu einer vernetzten, Expertise-orientierten Geschäftsorganisation wurde und wird zielgerichtet fortgesetzt. Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wurden gezielt Regionalisierung, Themen und Geschäftsfeldentwicklung sowie zukunftsweisende Schwerpunktsetzung in der Expertise fortgesetzt. Im Zuge des Strategieprozesses wurde die Vernetzung innerhalb der Matrixorganisation zwischen Kompetenzzentren und Marktbereichen sowie die bereichsübergreifende Zusammenarbeit und das Wissensmanagement in besonderen Fokus gerückt. Die Geschäftsführer Stephane Beemelmans und Claus Wechselmann zeichneten im Geschäftsjahr 2023 für folgende Bereiche Verantwortung:

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von rd. 10.660 T€ abgeschlossen und liegt damit 5.364 T€ über Plan. Damit erhöhte sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um 1.307 T€. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den soliden Entwicklungskurs der Gesellschaft:

Geschäftsjahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamtleistung (T€)	11.396	25.961	43.468	54.578	65.407	94.040	116.635	139.167
(ohne sonstige betriebliche Erträge)								
Deckungsbeitrag 1 (T€)	8.051	16.289	23.585	31.952	48.767	73.184	94.482	117.728
Jahresüberschuss (T€)	1.324	2.838	3.858	2.898	6.303	12.704	9.353	10.660

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommunalen Bereich, weiter auszuweiten und zu festigen. Mit Steigerung der Gesamtleistung sind auch

planmäßig die Gesamtaufwendungen angestiegen. Der wesentliche Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalaufwendungen aufgrund des nachhaltigen Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich trotz Steigerung der Gesamtleistungen. Die Gesamt-Mietaufwendungen der Gesellschaft blieben auch mit weiterem Personalwachstum weitestgehend gegenüber dem Vorjahr konstant. Ein Kostenanstieg ist gegenüber dem Vorjahr nach der Corona-Pandemie bei den Reisekosten zu verzeichnen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung folgendes Bild:

	PLAN (T€)	IST (T€)	Δ (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	139.378	139.856	478
Aufwand	-129.608	-124.524	5.084
davon Personalaufwand	-77.547	-81.708	-4.161
Zinsergebnis, neutraler Aufwand, Steuern	-4.473	-4.672	-199
Jahresüberschuss	5.296	10.660	5.364

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Jahres 2023 über direkte Geldmittel in Höhe von 43,6 Mio. €. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten wieder Festgeldanlagen. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 14 Mio. € angestiegen. Maßgeblich verantwortlich für die Steigerung ist das sehr gute Jahresergebnis. Verringert wurde dieser Effekt durch die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 2,9 Mio. €. Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist um 2,6 % (-341 T€) im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Gesunken sind auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 2.729 T€ auf 1.513 T€. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Rückstellungen um 6.943 T€. Die Erhöhung begründet sich im Wesentlichen zum einen aus der angestiegenen Rückstellung für Tantieme (+2.996 T€) und zum anderen aus den Rückstellungen für Fremdleistungen (+3.534 T€). Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2023) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 45,3 Mio. € bei rund 61,7 % der Bilanzsumme. Die Bilanzsumme hat sich um 16,5 Mio. € (+ 22,47 %) gegenüber dem Vorjahreswert auf 73,6 Mio. € erhöht. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 18,6-fachen des Anlagevermögens. Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung der Gesamtleistung weitestgehend erfüllt und die des operativen Jahresergebnisses weit übertroffen. Trotz der gestiegenen Umsätze liegen die Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen auf dem Vorjahresniveau. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen blieben in der Berichtsperiode gegenüber dem Vorjahr konstant. Weitestgehend haben sich die betrieblichen Abläufe im Vergleich zu den durch Corona geprägten Vorjahren normalisiert. Die Reiseintensität hat wieder zugenommen, auch Weiterbildungsmaßnahmen haben durchgängig stattgefunden. Des Weiteren wurde in der Beschlussfassung zur Gewinnverwendung des Jahresüberschusses für das Jahr 2022 die Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 2,9 Mio. T€ beschlossen. Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern beträgt im Geschäftsjahr 2023 rund 15.332 T€ und liegt damit um 5.562 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis vor Zinsen und Steuern um 1.626 T€ gestiegen. Der Cash-Flow betrug insgesamt 13.992 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 43.646 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 17.994 T€ und aus der Investitionstätigkeit -1.101 T€. Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr weist -2.901 T€ aus. Gewinnausschüttungen für 2022 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß in Höhe von 2.901 T€.

- Die PD hat während des Geschäftsjahres 2023 durchschnittlich 970 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 717 im Geschäftsjahr 2022.
- Zur Förderung einer positiven Arbeitsumgebung und zur Mitarbeitendenförderung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen und fortgeführt, wie z.B.:
 - Das Rollen- und Kompetenzmodell wurde im letzten Jahr weiter überarbeitet. Ende Juli 2023 wurden insgesamt vier Rollen- und Kompetenzmodelle sowohl durch die Geschäftsführung als auch durch den Betriebsrat verabschiedet. Dabei wurden die teils schon bestehenden Pilotmodelle hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit und Aktualität auf die PD überprüft. Darüber hinaus wurde das Basis- und Aufbau-Curriculum stetig weiterentwickelt.
 - Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.
 - Nach 2018 und 2021 führte die PD 2023 wieder eine Mitarbeitendenbefragung durch. Die Teilnahme war freiwillig und anonym, und wurde von einem externen Partner der PD begleitet. - Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) wurde weiterentwickelt. Es umfasst die Themen Arbeitssicherheit, Arbeitsmedizin, betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und die betriebliche Gesundheitsförderung.
- Regelmäßig werden vom Team Marketing und Kommunikation Einführungs-Workshops zur Markenpositionierung der PD sowie den Aspekten der Identität (Markenleitbild) und der Visualisierung (Corporate Design) durchgeführt. Sie werden von der überwiegenden Zahl der neu zur PD gekommenen Mitarbeitenden besucht.
- Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013 und unterstützt andere öffentliche Unternehmen als Mentor. Der Austausch in weiteren Netzwerken trägt zum Aufbau und der Verbreitung der Initiativen bei.
- Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens.
- Auch 2023 hat die PD wieder einen namhaften Betrag an neun gemeinnützige Organisationen gespendet. Mit der jährlichen Firmenspende unterstützt die PD insbesondere das Engagement für Kinder und Bedürftige sowie den Schutz der Umwelt. Die Beschäftigten der PD konnten Vorschläge für mögliche Spendenempfänger einreichen, über die bis Mitte Dezember unternehmensweit abgestimmt wurde, Auf unserer Webseite (<https://www.pd-g.de/csr>) stellen wir der neun mit der PD-Firmenspende bedachten Organisationen vor, die der Nennung zugestimmt haben.
- Während der Büro- und Beraterarbeit achtet die PD auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzt - wenn immer möglich - alternative Besprechungsmedien.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die PD sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und zum anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in einzelnen Themenfeldern wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen. Auf Grund ihrer Größe ist PD mittlerweile in der Lage sich thematisch weiter zu spezialisieren und ihre Kunden nicht nur methodisch, sondern auch mit tiefer Fachlichkeit zu beraten.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2024, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 30. November 2023 beschlossen wurde und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2025-2028 sehen für das Gesamtunternehmen weiterhin ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Dabei wird im Zeitraum 2025 – 2028 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 14 % p.a. erwartet.

Für das Jahr 2024 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Anteil der Eigenleistung steigt gegenüber dem Berichtsjahr um ca. 10%. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau des Berichtsjahres zum Tragen. Das operative Ergebnis für das Jahr 2024 wird auf einem ähnlich hohen Niveau wie für das Jahr 2023 angenommen. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind gestiegene Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, Personalentwicklung sowie die damit einhergehende Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch die in 2023 unterjährig erfolgten Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Kosten sowie durch Kosten für Weiterbildungen und Wissenstransfer begründet. Eine kostenseitige Anpassung auf das weitere Mitarbeitendenwachstum ist für die Weichenstellung und zukünftige Entwicklung der PD in 2024 weiterhin zwingend erforderlich.

Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie Kosten zu senken. Risiken im Beratungsgeschäft sind:

- Externe Risiken durch Rahmenbedingungen und Markteinflüsse, die nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Dies sind vor allem Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage, dem Wettbewerb, der Konjunktur, Haushaltsengpässe oder Pandemien und inzwischen auch Kriegseignisse oder Cyberangriffen auf die IT-Infrastruktur der Gesellschaft.
- Interne Risiken, die durch Entscheidungen und Handlungen der Gesellschaft selbst bedingt sind. Dazu zählen Risiken aus der Leistungserstellung, im finanzwirtschaftlichen Bereich, informationstechnische Risiken oder aus der Organisation und dem Management des Unternehmens. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar.

Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden diese fortlaufend bewertet.

Die Bewertung erfolgt in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt. Hierfür wurde eine einheitliche Systematik entwickelt, die in allen Bereichen, in denen Risiken ermittelt und bewertet werden, verwendet wird. Aufgrund dieser Systematik werden alle Risiken nach dem Ampelprinzip eingestuft. Die Risikolage wird jeweils jährlich im Risikolagebericht zusammengefasst, die dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates vorgestellt wird.



Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zeiterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren.

Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationmöglichkeiten (z. B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Die Interne Revision überprüft entsprechend einer mehrjährigen Prüfplanung alle Funktionsbereiche auf Einhaltung der internen Richtlinien sowie von extern vorgegebenen Gesetze und Verordnungen.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoeexposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

4.16.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer sind Herr Stéphane Beemelmans und Herr Claus Wechselmann.

Gesellschafterversammlung :

Der Kreistag des Kreises Paderborn hat im Rahmen des Beschlusses über den Beteiligungserwerb ebenfalls beschlossen, keine Vertretung für die Gesellschafterversammlung zu bestellen, sondern sich in der Gesellschafterversammlung durch den Deutschen Landkreistag e.V., Berlin, vertreten zu lassen.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

Name	
Saebisch, Steffen	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Bösinger, Dr. Rolf	Erster Stellv. Vorsitzende
Klesse, Dr. Astrid	
Scholz, Prof. Dr. Jens	
Bösinger, Dr. Rolf	
Saebisch, Steffan	
Mangeldorff, Dr. Lukas	
Damm, Elmer	
Zimmermann, Uwe	
Rehfeld, Dieter	
Cordt, Jutta	
Deix, Wolfgang	
Pyka, Tina	
Munoz, Tatiana	Zweite Stellv. Vorsitzende
Michel, Corinna	

Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.16.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern sieben Frauen an (Frauenanteil: 38,89 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.16.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gesellschafterversammlung hat am 22.04.2022 für den Frauenanteil in der Geschäftsführung eine Zielgröße von 50 Prozent, die bis zum 31.12.2026 erreicht werden soll, festgelegt. Zudem besteht für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll.



4.17 Klärschlammverwertung OWL GmbH

4.17.1 Basisdaten

Klärschlammverwertung OWL GmbH
Eckendorfer Straße 57
33609 Bielefeld
Gründungsdatum: 2020

4.17.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Verwertung und Entsorgung der bei der Abwasserentsorgung und -aufbereitung anfallenden Abfälle, Gegenstände des Unternehmens sind a) der Transport von Klärschlamm, b) die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm, c) die thermische Entsorgung von Klärschlamm, d) die Planung, Errichtung und der Betrieb einer Klärschlammverbrennungsanlage, e) die Erzeugung, Verwertung, Vermarktung und der Verkauf der bei der Klärschlammverbrennung gewonnenen Energien, f) die Deponierung und Entsorgung der bei der Verbrennung anfallenden Reststoffe, g) das Recyclen des Phosphors aus der Klärschlammmasche und dessen Verwertung und Vermarktung und h) Dienstleistungen aller Art auf dem Gebiet der Klärschlamm Entsorgung sowie die damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben der Abfallentsorgung. Die Gesellschaft kann sich im Rahmen der verbandlichen und kommunalen Aufgabenerfüllung und der gesetzlichen Bestimmungen auf den Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens im Zusammenhang stehen. Sie kann sich auch an anderen Unternehmen mit einem gleichen oder ähnlichen Gegenstand beteiligen und deren Geschäftsführung übernehmen.

4.17.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft soll in Zukunft die Klärschlamm Entsorgung in der Region sicherstellen.

4.17.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 50.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

	Beteiligungsanteil in %	Anteil am Stammkapital in €
AbfallWirtschaftsVerband Lippe	13,59	6.793,00
Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH	10,67	5.334,00
Stadt Bielefeld	9,79	4.895,00
Stadt Paderborn	6,03	3.017,00
Stadt Minden	5,92	2.960,00
Herforder Abwasser GmbH	5,46	2.732,00
Kreis Minden-Lübbecke	3,85	1.927,00
Stadt Gütersloh	3,76	1.879,00
Abwasserverband „Obere Lutter“ (AOL)	3,42	1.708,00
Wasserverband Wittlage	3,07	1.537,00
Stadt Lübbecke	2,85	1.423,00
Wasserverband Bersenbrück	2,50	1.252,00
Stadtentwässerung Lippstadt AöR	2,28	1.138,00

Stadt Löhne	2,05	1.025,00
Stadtwerke Bad Oeynhausen AöR	2,05	1.025,00
Kommunalbetriebe Bünde AöR	1,73	865,00
Kommunalunternehmen der Stadt Warburg AöR	1,62	808,00
Stadt Delbrück	1,14	569,00
Stadt Verl (Abwasserbetrieb Verl-West)	1,07	535,00
Stadt Höxter	1,02	512,00
Stadt Marsberg	1,00	501,00
Stadt Büren	0,98	491,00
Stadt Bad Driburg	0,91	455,00
Stadt Geseke	0,91	455,00
Stadt Salzkotten	0,84	421,00
Stadt Schloß Holte-Stukenbrock	0,80	398,00
Stadt Brakel	0,75	376,00
Stadt Spenge	0,75	376,00
Gemeinde Hiddenhausen	0,68	342,00
Stadt Beverungen	0,68	342,00
Stadt Enger	0,68	342,00
Stadt Steinheim	0,68	342,00
Stadt Vlotho	0,61	307,00
Gemeinde Borcheln	0,57	285,00
Sennegeemeinde Hövelhof	0,57	285,00
Gemeinde Rödinghausen	0,55	273,00
Gemeinde Neuenkirchen-Vörden	0,54	268,00
Stadt Bad Wünnenberg	0,50	250,00
Stadt Verl (Abwasserbetrieb Gemeinschaftsklärwerk Verl-Sende)	0,50	250,00
Stadt Bad Lippspringe	0,46	228,00
Stadtwerke Lichtenau GmbH	0,46	228,00
Gemeinde Altenbeken	0,36	182,00
Stadt Nieheim	0,34	171,00
Stadt Borgentreich	0,25	125,00
Stadt Marienmünster	0,25	125,00
Stadtwerke Espelkamp	0,25	125,00
Kreis Paderborn	0,25	125,00
Summe	100,00	50.000,00



4.17.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2023 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.17.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	2.109.293,65	0,00	2.109
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	13.724,86	0,00	14
II. Sachanlagen	53.626,38	0,00	54
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	53.626,38	0,00	54
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	2.041.942,41	0,00	2.042
B. Umlaufvermögen	1.549.631,30	1.276.661,13	273
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	111.349,99	525.465,18	-414
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	59.500,00	0,00	60
2. Forderungen gegen Gesellschafter	31.968,77	500.000,00	-468
3. sonstige Vermögensgegenstände	19.881,22	25.465,18	-6
II. Kassen- und Bankbestand	1.438.281,31	751.195,95	687
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.804,00	0,00	5
Summe Aktiva	3.663.728,95	1.276.661,13	2.387
Passiva			
A. Eigenkapital	522.019,04	1.107.298,61	-585
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00	
II. Kapitalrücklage	1.057.298,61	1.539.168,47	-482
III. Bilanzverlust	585.279,57	481.869,86	103
B. Rückstellungen	3.324,00	3.227,00	0
1. sonstige Rückstellungen	3.324,00	3.227,00	0
C. Verbindlichkeiten	3.138.385,91	166.135,52	2.972
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.569,30	166.135,52	-118
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.043.900,00	0,00	3.044
3. sonstige Verbindlichkeiten	45.916,61	0,00	46
Summe Passiva	3.663.728,95	1.276.661,13	2.387

4.17.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	50.000,00	0,00	50
2. sonstige betriebliche Erträge	7.675,72	39,42	8
3. Materialaufwand	0,07	0,00	0
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,07	0,00	0
4. Personalaufwand	158.405,27	22.149,79	136
a) Löhne und Gehälter	149.605,33	21.879,00	128
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.799,94	270,79	9
5. Abschreibungen	10.464,96	0,00	10
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	10.464,96	0,00	10
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	467.059,54	459.759,49	7
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.800,00	0,00	3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.086,95	0,00	9
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	738,50	0,00	1
10. Ergebnis nach Steuern	-585.279,57	-481.869,86	-103
11. Jahresfehlbetrag	-585.279,57	-481.869,86	-103
12. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-481.869,86	-290.284,23	-192
13. Entnahme aus der Kapitalrücklage	-481.869,86	-290.284,23	-192
14. Bilanzverlust	585.279,75	481.869,86	103

4.17.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	14	87	-84
Eigenkapitalrentabilität	-112	-44	158
Anlagendeckungsgrad 2	174	./.	
Verschuldungsgrad	602	15	3835
Umsatzrentabilität	-1171	./.	

4.17.9 Personalbestand

Neben der Geschäftsführung wurden 2 Mitarbeitende beschäftigt.

4.17.10 Geschäftsentwicklung

Wirtschaftsbericht

a. Unternehmensgegenstand

Die Klärschlammverwertung OWL GmbH mit Sitz in Bielefeld wurde am 03.06.2020 von insgesamt 47 kommunalen Gesellschaftern gegründet, welche sich zuvor im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit der sog. „Klärschlammkooperation OWL“ zusammengefunden haben, um die zukünftige Klärschlamm Entsorgung für die Region zu sichern.

Hintergrund ist, dass in Ostwestfalen-Lippe rund 100 Kläranlagen betrieben werden, die mittelbar oder unmittelbar in kommunaler Hand liegen und in denen jährlich etwa 178.000 Mg Originalsubstanz (OS) bzw. 44.500 Mg Trockensubstanz (TS) Klärschlamm anfallen. Diese Klärschlämme enthalten eine ganze Reihe wertvoller Pflanzennährstoffe. Daher konnten in der Vergangenheit im Rahmen der landwirtschaftlichen

Klärschlammverwertung rund zwei Drittel als Dünger auf den Feldern der Region genutzt werden. Die verbleibende Restmenge wurde in Kraftwerken (Stein- oder Braunkohle) und Zementwerken eingesetzt.

Da der Klärschlamm neben wertvollen Bestandteilen jedoch auch umwelt- und gesundheitsgefährdende Schadstoffe enthalten kann, wurde in der seit 2017 gültigen Novelle zur Klärschlammverordnung (AbfklärV) die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung sehr stark eingeschränkt. Weiterhin ist durch veränderte Parameter in der ebenfalls novellierten Düngeverordnung (DUV) vom 26.05.2017 sowie der DüV-20 vom 27.04.2020 das Aufbringen unter anderem von Stickstoff und Phosphor auf Äckern weiter eingeschränkt worden. Da aber Phosphor ein begrenzter und zugleich wertvoller Rohstoff ist, hat der Gesetzgeber eine grundsätzliche Phosphorrückgewinnung aus Klärschlämmen vorgesehen. Demnach sind Betreiber von Kläranlagen mit einer Ausbaugröße von mehr als 50.000 Einwohnerwerten in der Pflicht bis 2032 und bei einer Ausbaugröße von mehr als 100.000 Einwohnerwerten bis 2029, die Klärschlammverwertung neu zu organisieren. Aufgrund der Änderungen der Gesetzeslage haben aber bereits heute, alle Kläranlagenbetreiber in der OWL-Kooperation, Probleme bei der Klärschlämm Entsorgung. Der Grund ist, dass die bisher in OWL überwiegend betriebene landwirtschaftliche Verwertung der Klärschlamm nicht mehr bzw. nur noch sehr eingeschränkt aufgrund der veränderten Gesetzeslage möglich ist.

Eine ordnungsgemäße Entsorgung erfolgt daher meist in Hausmüll-Verbrennungsanlagen. In ganz Deutschland fehlen jedoch Kapazitäten, um den Klärschlamm thermisch zu verwerten. Daher stieg seit 2017 das Preisniveau für die Klärschlämm Entsorgung sprunghaft an. In Niedersachsen sowie in einigen Regionen Ostwestfalens wurde zwischenzeitlich von einem Entsorgungsnotstand gesprochen, da kaum noch Flächen für die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung zur Verfügung standen.

Aufgrund der erheblichen Vorlaufzeiten für die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen einer zukunftsfähigen Klärschlämm Entsorgung/-verwertung in OWL bestand die Notwendigkeit, schon frühzeitig zu handeln. Dies geschah, um für neu zu schaffende Entsorgungskapazitäten einen ausreichenden Planungs- und Umsetzungszeitraum zur Verfügung zu haben. Vor allem besteht Einigkeit darin, dass ein interkommunales Vorgehen, nicht zuletzt auch im Sinne der Gebührenzahler*innen, sehr sinnvoll ist. Daher vereinbarten im Oktober 2018 der Abfallwirtschaftsverband Lippe, die Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH, die Herforder Abwasser GmbH, der Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke, der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld sowie die Stadt Gütersloh als Erstunterzeichner eine Vorvereinbarung zur interkommunalen Klärschlammkooperation in Ostwestfalen-Lippe. Nach dem Beschluss des Gesamtkonzeptes auf der Mitgliederversammlung der Klärschlammkooperation OWL am 24.06.2019 haben im Nachgang die Städte und Gemeinden am 14.02.2020 in Detmold den Kooperationsvertrag unterzeichnet. Auf Grund der Bündelung verschiedener Kommunen über die Kreise bzw. Kreisgesellschaften hat die Klärschlammverwertung OWL GmbH nun 46 Gesellschafter. Die Gesellschafter vertreten wiederum insgesamt 78 Gemeinden, Städte, Kreise, Wasser- und Zweckverbände, bei denen jährlich ca. 178.000 Mg Klärschlamm OS (rund 44.500 Mg TS) anfallen.

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Entsorgung und Verwertung der bei der Abwasserentsorgung und -aufbereitung anfallenden Abfälle.

Im Rahmen eines mehrjährigen Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Strategischen Partners ist im Jahr 2023 die Entscheidung gefallen. So konnte am 28.04.2023 eine Beauftragung und mehrjährige Zusammenarbeit mit der MVA Bielefeld-Herford GmbH vereinbart und notariell beurkundet werden. Ab dem 01.01.2024 bis zum 31.12.2043 gilt diese Partnerschaft, bei der der Strategische Partner den Bau und Betrieb einer Klärschlammverbrennungsanlage auf dem Gelände der MVA Bielefeld-Herford GmbH, Schelpmilser Weg in Bielefeld umsetzen wird. Der Klärschlammverwertung OWL GmbH kommt in der Partnerschaft die Rolle des kaufmännischen Betriebsführers zuteil.

In 2023 sind alle vorbereitenden Maßnahmen (Aufbau Verwaltungsstrukturen, Ausschreibung der logistischen Leistungen) abgeschlossen worden.

b. Geschäftsverlauf

Neben der Klärschlamm Entsorgung für 78 Kommunen ist die KSV OWL ab 01.01.2024 auch für die Transportlogistik der anfallenden Klärschlämme für 78 Anfallorte zu den fünf Entsorgungsstandorten/-anlagen zuständig. Ab Mitte 2022 wurden die vorbereitenden Maßnahmen zum Ausschreibungsverfahren der Transportlogistik durch die KSV OWL erarbeitet. Die Entscheidung zur Vergabe wurde dann im September 2023 verkündet und somit die 18 verschiedenen Bestbieter für die Transporte mit den unterschiedlichen Fahrzeugsystemen beauftragt.

Parallel wurden die notwendigen Verwaltungsstrukturen aufgebaut, in dem zum 01.12.2023 ein kaufmännischer Mitarbeiter für alle Fragen der buchhalterischen Abwicklung eingestellt worden ist.

Gemeinsam wurden bereits im November Gespräche mit potenziellen Software-Anbietern geführt, um die kaufmännischen Abläufe abzubilden. Am Ende wurden zwei langjährige und dem Markt bekannte Softwareunternehmen ausgewählt. Nach zielführenden Gesprächen und Verhandlungen wurde das Softwarehaus Diamant ausgewählt, um die neue Software zu implementieren.

Ferner wurde im zweiten Halbjahr ein Beihilferechtliches Gutachten für die Klärschlammverwertung OWL GmbH und die MVA Bielefeld-Herford GmbH zur Zulässigkeit eines Gesellschafterdarlehens und zur Ermittlung eines EU-beihilferechtlich marktüblichen Zinssatzes beauftragt. Dieses konnte erfolgreich durch das Büro BakerTilly zum Jahresende 2023 abgeschlossen werden.

Um die Entsorgung der Klärschlamm Mengen sicherzustellen, musste im letzten Quartal des Jahres 2023 noch eine umfassende Analytik nach AbklärV für jede Kläranlage, welche ab 2024 die Mengen über die KSV OWL GmbH entsorgt, erstellt werden. Nach einer Ausschreibung mit acht teilnehmenden Instituten wurde die Fa. JenaBios aus Jena beauftragt, diesen umfangreichen Auftrag bis zum 08.12.2023 abzuschließen. Der Abschluss erfolgte bis zum 01.12.2023 und die Daten wurden den fünf Entsorgungsanlagen zum Abgleich mit Ihren jeweiligen Genehmigungen sowie den beteiligten Kommunen als Nachweis zugesandt.

Am 15.12.2023 hat sich die Klärschlammverwertung OWL GmbH zu 49,9 % (Anteilskaufpreis: 2.042 T€) an der KVA OWL GmbH, Schelpmilser Weg in Bielefeld beteiligt. Mitgeschafter des Tochterunternehmens ist der Strategische Partner, MVA Bielefeld-Herford GmbH, Schelpmilser Weg in Bielefeld.

c. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Entsprechend den Vereinbarungen aus dem Kooperationsvertrag vom 14.02.2020 und der Satzung der Gesellschaft wurde die Gesellschaft neben den Stammkapitaleinzahlungen mit einem sog. Agio ausgestattet, welches gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung zur Deckung von Verlusten zu verwenden ist. Die Höhe des Agios beträgt für jeden Gesellschafter das 15fache seiner übernommenen Stammeinlage. Daneben haben sich die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 3 des Kooperationsvertrages verpflichtet, zusätzlich zum Stammkapital und Agio ein weiteres Aufgeld zu zahlen, soweit zugesagte Mengen nicht bereits im Rahmen der Kooperation angegeben wurden. Die Einzahlungen des Agios und des zusätzlichen Aufgelds erfolgten in die Kapitalrücklage. Die Deckung der bislang aufgelaufenen Jahresfehlbeträge erfolgte entsprechend der jeweiligen Beschlüsse der Gesellschafterversammlung in voller Höhe durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage. Zugleich haben sich die Gesellschafter zur Stärkung der Finanzmittelsituation für eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von insgesamt 850 T€ in 2021 und 500 T€ in 2022 ausgesprochen.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag einen Bankbestand in Höhe von 1.438 T€, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 111 T€ und eine Bilanzsumme von 3.664 T€ aus.

Der Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2023 beläuft sich auf insgesamt 585 T€. Die Aufwandsbelastungen erfolgen im Wesentlichen aus Rechts- und Beratungskosten im Rahmen der Durchführung zum Vergabeverfahren der Strategische Partnerschaft und in Vorbereitung des Ausschreibungsverfahrens zur Logistik (244 T€), Personalaufwand (158 T€), Kosten für Geschäftsbesorgungen (67 T€) sowie Kosten für im Rahmen der Klärschlammmentsorgung notwendigen Analytik (34 T€) und Abschreibungen (10 T€). Geplant war ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 729 T€.

II. Prognose-, Chancen und Risikobericht

Der Wirtschaftsplan für 2024 sieht mit Beginn des Entsorgungsgeschäfts einen Jahresüberschuss in Höhe von 172 T€ vor. Entsprechend der mittelfristigen Wirtschaftsplanung ist davon auszugehen, dass die Gesellschaft mit Fortführung der Geschäftstätigkeit Überschüsse erwirtschaftet.

Um die bisher auflaufenden Fehlbeträge ausgleichen zu können, wurde die Gesellschaft mit den entsprechenden Agios ausgestattet und zusätzlich wurden weitere Einzahlungen in die Kapitalrücklage vorgenommen.

Die möglichen Risiken, welche im Rahmen der Vergabeverfahren bzw. im Rahmen der Zuschlagserteilung zur strategischen Partnerschaft sowie zur Logistik-Ausschreibung mögliche Nachprüfungsverfahren nach sich gezogen hätten, sind mit heutigem Stand nicht eingetreten.

Weitere Risiken sieht die Geschäftsführung aktuell nicht.

4.17.11 Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Lfd. Nr.	Name	
1	Georg Kleikemper	Staatliche gepr. Umweltschutztechniker und hauptamtlich Beschäftigter der Ecowest Entsorgungsverbund Westfalen GmbH
2	Mirco Koppmann	Dipl. Bauingenieur (FH) und hauptamtlicher Beschäftigter der Stadt Minden
3	Sven Bökemeier	Dipl. Kaufmann (FH) und hauptamtlich Beschäftigter der Stadt Bielefeld (bis 06/2023)
4	Lars Helmer	Dipl. Ingenieur (FH) hauptamtlicher Geschäftsführer (ab 07/2023)

Dem Aufsichtsrat gehören im Jahr 2023 als Mitglieder folgende Damen und Herren an:

Lfd. Nr.	Name
1	Dr. Ute Röder (Vorsitzende)
2	Thomas Grundmann (stellv. Vorsitzende)
3	Margret Stücken-Virnau bis 04/2023
4	Natalie Beck
5	Gerhard Altemeier bis 01/2023
6	Markus Beine
7	Michael Kemper
8	Andreas Kruse
9	Ralph-Erik Schaffert
10	Karl-Heinz Schröder
11	Carsten Torke ab 02.12.2022
12	Matthias Seipel ab 05/2023
13	Alexander Bansemer ab 02/2023

4.17.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 13 Mitgliedern drei Frauen an (Frauenanteil: 23 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.17.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gesellschafterversammlung hat am 9.12.2021 für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel beschlossen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll. Die Gesellschafterversammlung hat darüber hinaus die Entscheidung der Geschäftsführer zur Kenntnis genommen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen.



4.18 Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E)

4.18.1 Basisdaten

Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E)

Alte Schanze

33106 Paderborn

Tel.:05251/1812-0, Fax: 05251/1812-13, Internet: www.ave-kreis-paderborn.de

Gründungsdatum: Am 02. Mai 1979 hat der Kreis Paderborn die Zentraldeponie „Alte Schanze“ in Paderborn-Elsen in Betrieb genommen. Gemäß Beschluss des Kreistages vom 21. Dezember 1993 wird der Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn mit Wirkung vom 01. Januar 1994 als Einrichtung nach § 107 Abs. 2 GO NRW entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt.

4.18.2 Zweck/ Gegenstand des Betriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Durchführung der Abfallverwertung und -entsorgung des Kreises Paderborn im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) vom 27. September 1994 und des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG) vom 21. Juni 1988 in der jeweils geltenden Fassung. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden oder ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben. Dazu gehört auch die Beauftragung von Dritten im Sinne des § 16 KRW-/AbfG.

4.18.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kommunen sind gesetzlich dazu bestimmt, dem Bürger als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zu dienen. Ebenso dient die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

4.18.4 Träger des Eigenbetriebes

Das gezeichnete Kapital beträgt 500.000,00 €, welches zu 100% dem Kreis Paderborn zuzuordnen ist.

4.18.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresgewinn wurde ein Betrag in Höhe von 20.451,68 € als Verzinsung des eingesetzten Stammkapitals an den Haushalt des Kreises Paderborn ausgeschüttet.

Der Betrag wird auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

Die gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Erträge in Höhe von 304.375,18 € (vgl. Tab. 3.3) setzen sich im Wesentlichen aus Deponiegebühren (56.363,37 €) sowie Pacht, Nebenkosten und Zinszahlungen im Zusammenhang mit dem Bau des Kreisbauhofes (248.011,81 €) zusammen. Dem stehen auf Seite des Kreises entsprechende Aufwendungen in Höhe von 97.442,32 € (davon 53.790,60 € für Deponiegebühren, 27.000,00 € Aufwendungen für Klimaschutz und 16.651,72 € für Mieten und Nebenkosten) gegenüber.

Bei den ausgewiesenen Aufwendungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von 374.978,20 € handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen von Personalkosten sowie Sachkosten, denen auf Seiten des Kreises entsprechende Erträge (insgesamt 365.375,81 €, davon 297.442,78 € Erstattung von Personalkosten, 20.451,68 € Gewinnausschüttung/Eigenkapitalverzinsung, Erstattung von Verwaltungs- und Betriebsausgaben in Höhe von 46.287,35 € sowie für 1.194,00 € für Sonstiges) gegenüberstehen.

Die Forderungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von 285.563,73 € setzen sich aus offenen Posten aus verschiedenen Positionen wie insbesondere Deponiegebühren (1.101,37 €), Umsatzsteuererstattungen (36.450,55 €) sowie Pacht, Nebenkosten und Zinszahlungen im Zusammenhang mit dem Bau des Kreisbauhofes (248.011,81 €) zusammen. Demgegenüber weist der Kreis Paderborn Verbindlichkeiten gegenüber dem A.V.E. Eigenbetrieb in Höhe von 846,17 € aus Deponiegebühren aus. Die erhebliche Differenz

ist auf eine zum 31.12.2023 noch ausstehende Rechnung des A.V.E. Eigenbetriebes für die Jahrespacht 2023 des Kreisbauhofes zurückzuführen, für die im Jahresabschluss 2023 eine Rückstellung in Höhe von 299.000,00 € gebildet wurde.

Die von dem A.V.E. Eigenbetrieb gegenüber der A.V.E. GmbH ausgewiesenen Forderungen in Höhe von 7.991.491,93 € resultieren aus Darlehen (7.800.000,00 €) sowie Einnahmen aus Pacht, Umlagen und Zinsen (191.491,93 €). Auf der Seite der A.V.E. GmbH werden Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber dem A.V.E. Eigenbetrieb ausgewiesen.

Aus Nutzungsentgelten für Photovoltaikanlagen werden gegenüber der A.V.E. GmbH Aufwendungen in Höhe von 31.575,38 € und Verbindlichkeiten in Höhe von 37.414,01 € ausgewiesen, denen dort entsprechende Erträge und Forderungen in jeweils gleicher Höhe gegenüberstehen.

Weiterhin werden gegenüber der A.V.E. GmbH 254.182,33 € Erträge aus Windenergieanlagen, Zinsen und Umlagen ausgewiesen, die dort als Aufwendungen in gleicher Höhe verbucht werden.

4.18.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	66.372.807,99	65.774.010,24	599
I. Immaterielle VG	14.145,48	18.127,48	-4
II. Sachanlagen	34.509.782,03	29.915.720,27	4.594
III. Finanzanlagen	31.848.880,48	35.840.162,49	-3.991
B. Umlaufvermögen	15.678.300,16	15.110.248,73	568
I. Vorräte	21.826,09	25.041,42	-3
II. Forderungen	9.694.282,35	9.302.468,52	392
III. Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	5.962.191,72	5.782.738,79	179
Summe Aktiva	82.051.108,15	80.884.258,97	1.167
Passiva			
A. Eigenkapital	7.573.890,88	6.769.615,37	804
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00	0
II. Allgemeine Rücklage	3.087.530,61	3.087.530,61	0
III. Andere Gewinnrücklagen	4.486.360,27	3.682.084,76	804
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	1.290.945,09	1.355.492,34	-65
C. Rückstellungen	69.855.289,10	69.841.243,90	14
D. Verbindlichkeiten	2.830.983,08	2.417.907,36	413
Summe Passiva	82.051.108,15	80.884.258,97	1.167

4.18.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	16.823.069,33	14.852.072,43	1.971
4. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3.215,33	-11.048,83	14
3. sonstige betriebliche Erträge	207.271,12	528.470,10	-321
4. Materialaufwand	10.429.284,28	11.806.816,41	-1.378
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	148.564,17	66.487,87	82
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.280.720,11	11.740.328,54	-1.460
5. Personalaufwand	1.942.418,29	1.449.103,17	493
a) Löhne und Gehälter	1.517.286,41	1.117.340,20	400
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	425.131,88	331.762,97	93
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.306.493,97	1.202.639,15	104
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.995.231,34	507.186,16	1.488
8. Erträge aus Beteiligungen	360.000,00	360.000,00	0
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	233.859,49	84.837,61	149
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	100.311,34	70.134,59	30
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	684.665,00	321.692,76	363
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	635.969,02	201.136,16	435
13. Ergebnis nach Steuern	827.261,05	417.989,75	409
14. Sonstige Steuern	2.533,86	2.425,86	0
15. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	824.727,19	415.563,89	409
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen	804.275,51	395.112,21	409
17. Ausschüttung	20.451,68	20.451,68	0
18. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	0,00	-0

4.18.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	9	8	10
Eigenkapitalrentabilität	11	6	77
Anlagendeckungsgrad 2	121	120	1
Verschuldungsgrad	960	1067	10
Umsatzrentabilität	5	3	75

Individuelle Leistungskennzahlen

Entwicklung der Abfallmengen im Geschäftsjahr	2021 (in t)	2022 (in t)	Veränderung (in %) ¹¹	2023 (in t)	Veränderung (in %) ¹⁰
Gewerbe-/Mischabfälle (und ähnliche Abfallgruppen)	15.021	13.989	-6,87	13.267	-5,16
Bioabfälle	38.800	35.394	-8,78	35.744	0,99

Haus- und Sperrmüll aus kommunaler Sammlung	38.997	38.025	-2,49	38.522	1,31
Grünabfälle	9.390	6.850	-27,05	7.271	6,15
PKW-Anlieferungen (ohne Grünabfälle)	2.146	1.925	-10,30	1.977	2,70
Bodenaushub und Bauschutt zur DK II	2.722	4.522	66,13	1.936	-57,19
Bodenaushub und Bauschutt zur DK 0	173.755	169.119	-2,67	128.034	-24,29
Ablagerungsfähige Abfälle	7.159	7.347	2,63	9.486	29,11
sonstige Anlieferungen	4.102	3.384	-17,50	3.500	3,43
Anlieferung aus anderen Kommunen	0	0		0	0,00
Anlieferung MVA-Schlacke	7.036	7.166	1,85	7.202	0,50
Abfälle zur Verwertung	151	182	20,53	1.289	608,24
Klärschlamm	8.852	7.993	-9,70	8.919	11,59
Summe	308.131	295.900	-3,97	257.147	-13,10

4.18.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte der Eigenbetrieb durchschnittlich 32 (davon 2 Auszubildende) Mitarbeiter (Vj. 32, davon 3 Auszubildende)(jeweils ohne Betriebsleitung).

4.18.10 Geschäftsentwicklung

Das Jahr 2023 verhielt sich rückblickend betrachtet als angespannt, bedingt durch einen Konjunktur einbruch vor allem im Bausektor und zusätzlich durch eine hohe Inflation. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine setzte sich nun im zweiten Jahr fest, eine schnelle Lösung zeichnet sich nicht ab, sodass weitere negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft die Folge waren. Hohe Energiepreise sowie Leitzinserhöhungen stagnierten auf einem hohen Niveau und infolge dessen auch das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Die letzten Jahre haben zudem die wirtschaftliche Energie- und Ressourcenabhängigkeit in Deutschland und auch Europa aufgedeckt. Leider können bis heute diese Abhängigkeiten in einem viel zu geringen Umfang durch die Gewinnung und Nutzung von Sekundärrohstoffen aus der Abfallwirtschaft kompensiert werden. Auch der A.V.E. Eigenbetrieb ist in seiner abfallwirtschaftlichen Tätigkeit für den Kreis Paderborn von dieser gesamt dramatischen Entwicklung nicht verschont geblieben. Mit gestiegenen Kosten in allen Bereichen des Lebens war eine Erhöhung der Abfallgebühren und -entgelte in diesem Geschäftsjahr unvermeidbar.

Trotz dieser allgemeinen Schwierigkeiten konnten viele Maßnahmen und Projekte im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ erfolgreich fort- bzw. umgesetzt werden, wie die nachfolgenden Geschehnisse im Berichtsjahr dokumentieren:

► A.V.E. Betriebsausschuss votiert für den Beschluss zur Beteiligung des Kreises Paderborn an der „Klärschlammverwertung OWL GmbH“

Bei allen Bemühungen, die Abfallwirtschaft durch eine verstärkte Erfassung von Wertstoffen konsequent auf Abfallvermeidung und stoffliches Recycling auszurichten, bleibt die thermische Abfallbehandlung nach wie vor ein unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen und umweltverträglichen Entsorgungswirtschaft. So auch beim Klärschlamm. Die Pflicht der Kommunen, den Klärschlamm nicht mehr als Dünger zu verwenden, sondern zu verbrennen, um anschließend den lebenswichtigen Rohstoff Phosphat aus der Klärschlamm asche herauszuziehen, wird ab 2029 gesetzlich verpflichtend. Um eine gute technische Anlagengröße zur thermischen Behandlung zu schaffen, wurde regionale Mengen gebündelt. Ziel ist eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft in der Region zu etablieren, die die Lebensqualität der Bürger erhält und einen wichtigen Beitrag zu den übergeordneten Klimaschutzziele n leistet. Über 60 Kommunen haben sich regional zusammengesetzt, um Logistikkonzepte und Kriterien für eine Klärschlammverbrennungsanlage zu erarbeiten um bis spätestens ab 2024 mit der Klärschlammverbrennung beginnen zu können. Demnach hat sich die

A.V.E.-Betriebsleitung sowie der Betriebsausschuss dafür ausgesprochen, dass der Kreis Paderborn sich an der Klärschlammverwertung OWL GmbH beteiligt.

► Politische Beratungen über die Möglichkeit einer gemeinsamen Ausschreibung von Leistungen der kreisangehörigen Kommunen im Bereich der Abfalleinsammlung

Von den Bürgermeistern/innen ist in 2023 der Wunsch an den Landrat herangetragen worden, zu prüfen, unter welchen wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten eine gemeinsame Abfalleinsammlung in acht kreisangehörigen Städten und Gemeinden möglich und sinnvoll erscheint. Bekanntlich ist der A.V.E. Eigenbetrieb für die Abfallverwertung und Entsorgung im Kreisgebiet zuständig und der ASP für die Abfalleinsammlung im Paderborner Stadtgebiet sowie vertraglich vereinbart auch für die in Bad Lippspringe. Der A.V.E. hat nun den Prüfauftrag erhalten und mit der INFA Ahlen einen strategischen und renommierten Partner für ein Gutachten gewinnen können. Die bisher erarbeiteten Abfall- und Vertragsdaten aus den Kommunen wurden in einer Präsentation im März 2023 durch die A.V.E. Betriebsleitung den betreffenden Bürgermeister/innen vorgestellt. Ziel soll eine deutliche personelle Entlastung der Rathäuser in diesem Bereich sein und Synergieeffekte bringen, wobei die Hoheit der Gebührensatzung davon unberührt in den Rathäusern verbleiben soll. Ein Start wäre frühestens nach politischen Diskussionen und Bestätigungen aus den Rathäusern und des Kreistages sowie nach europaweiter Ausschreibung ab 2026 möglich. Der A.V.E. sollte in diesem Zusammenhang die Verantwortung über die Ausschreibung und logistische Planung usw. übernehmen, nicht aber für Reklamationen und Bürgerrückfragen; letztere sollten weiterhin bei den Kommunen vor Ort verbleiben. Dies wäre ein sinnvoller Weg, mit Blick auf die aktuelle Konzentrationswelle auf dem Entsorgungsmarkt, welche stetig fortschreitet. Denn scheinbar können nur noch größere Auftraggeber akzeptable Preise und Leistungen vorfinden. Einzelne Kommunen haben es künftig noch schwerer gegenüber den großen Entsorgungsplayern. Die Aufgaben des A.V.E. liegen im Wesentlichen in der zentralen Beschaffung der Behälter und der Ausschreibung der Lose für die Restabfall-, Bioabfall-, Papier- und Sperrmüllabfuhr.

Es wird eine interkommunale Arbeitsgruppe gebildet, der jeweils eine Person aus den beteiligten Kooperationskommunen und zwei Personen vom Kreis bzw. A.V.E. angehören.

Voraussetzung für das Zustandekommen der Kooperation sind:

- dass die Räte in den Kommunen sich bis zum 31.10.2023 für die Kooperation aussprechen,
- dass von acht möglichen Kooperationskommunen mindestens fünf Kommunen der Kooperation beitreten,
- eine Bündelung der beteiligten Kommunen zu einem Ausschreibungslos sinnvoll ist,
- dass zwischen dem Kreis und den teilnehmenden Kommunen Einvernehmen über die Vereinheitlichung abfallwirtschaftlicher Regelungen, Leistungen und Maßnahmen auf der Basis der gemeinsam erarbeiteten und empfohlenen Grundlagen erzielt wird und
- dass die zuständige Kommunalaufsicht der Vereinbarung zustimmt.

Kommt einer der fünf vorgenannten Vorbehalte zum Tragen, gilt die geplante Kooperation als gescheitert. Die Kommunen führen dann die Aufgaben der Entsorgungslogistik inklusive Behälterbeschaffung in eigener Regie fort.

Bis zum Ende Jahres votierten insgesamt sieben der acht Kommunen für die Kooperation Entsorgungslogistik wonach diese zustande kommen konnte. Das INFA-Institut für Abfall, Abwasser und Infrastrukturmanagement GmbH aus Ahlen (Westf.) wurde daraufhin zum Jahresende damit beauftragt, die ausschreibungsrelevanten Details der Entsorgungslogistik in zwei Losen zu erarbeiten.

► Politische Beratungen über die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes 2023-2028 des Kreises Paderborn

Der Kreis Paderborn ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (örE) nach dem Landeskreislaufwirtschaftsgesetz (LKrWG NRW) verpflichtet, regelmäßig für sein Entsorgungsgebiet ein Abfallwirtschaftskonzept (AWK) über den Stand der öffentlichen Abfallentsorgung zu erstellen. Gemäß den Anforderungen des LKrWG wird bei der Erstellung des AWK nur die Betrachtung der dem örE zu überlassenden Abfällen verlangt. Im übergeordneten Kreislaufwirtschaftsgesetz des Bundes (KrWG) ist in § 21 für den örE verbindlich festgelegt, Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallbilanzen über die Verwertung, insbesondere die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling, und die Beseitigung der in ihrem Gebiet anfallenden und ihnen zu überlassende Abfälle zu erstellen. Die betriebenen und geplanten Systeme zur Getrenntsammlung der vom örE erfassten Abfallarten müssen gesondert dargestellt werden. In den Abfallwirtschaftskonzepten und Abfallbilanzen sind zudem die getroffenen Maßnahmen zur Abfallvermeidung darzustellen. Das AWK ist der Bezirksregierung Detmold als zuständige Behörde alle fünf Jahre vorzulegen und vor Veröffentlichung mit dieser abzustimmen. Sollten sich innerhalb dieses Zeitfensters Änderungen der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen ergeben, sind diese unmittelbar einzuarbeiten. Auf Wunsch des Betriebsausschusses wurden aktuelle Anforderungen des im Februar 2022 in Kraft getretenen Landeskreislaufwirtschaftsgesetz NRW eingearbeitet und anschließend den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zur Stellungnahme vorgelegt. Nur wenige Kommunen hatten Ergänzungswünsche. In den anschließenden Gesprächen mit der Bezirksregierung Detmold wurden zusätzliche Änderungsempfehlungen ausgesprochen, die ebenfalls im Abfallwirtschaftskonzept 2023 – 2028 ihre Berücksichtigung fanden. Der überarbeitete Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Zeitraum 2023 - 2028 wurde in dieser Fassung dem Kreistag am 12. Juni 2023 zum Beschluss vorgelegt.

Zu den wesentlichen Kernpunkten des neuen umfassenden AWK gehören:

1. Die derzeit laufenden Entsorgungsverträge des Kreises Paderborn respektive des A.V.E. Eigenbetriebes sowie die langfristig vorhandenen Ablagerungsmöglichkeiten im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ sorgen für eine weiterhin dauerhafte, langfristig gesicherte Entsorgungssicherheit für den Kreis Paderborn bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts. Etwaige Entsorgungsengpässe sind mittel- und langfristig nicht erkennbar, ja auszuschließen.
2. Bei Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Optimierung der kommunalen Wertstoffeffassung und -verwertung wird eine kooperative und noch engere interkommunale Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Paderborn und den zehn kreisangehörigen Städten und Gemeinden angestrebt.
3. Mit dem Schwerpunkt Klima- und Ressourcenschutz soll vor allem die Abfallvermeidung im besonderen Fokus der Abfallberatung stehen. Zu den vorrangigen Zielgruppen gehören Privathaushalte, Schulen sowie Industrie und Gewerbe.
4. Auf Basis des Kreisklimaschutzkonzeptes wird der A.V.E. Eigenbetrieb in direkter Zusammenarbeit mit der A.V.E. GmbH den im letzten Jahrzehnt eingeschlagenen klimaschutzfreundlichen Weg im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ konsequent fortsetzen. Hierzu zählen der Windkraftausbau, der Photovoltaikausbau auf den verfüllten Deponieflächen sowie der Einsatz von Biomasse (Deponiegas, Holzhackschnitzel) zur Strom- und Wärmeversorgung.
5. Das neue AWK dokumentiert, dass die Kreislauf- und Abfallwirtschaft in kommunaler Trägerschaft gut aufgestellt ist, um zum einen eine gesetzeskonforme nach dem Stand der Technik leistungsstarke, ressourcenschonende sowie klimafreundliche und energieeffiziente Entsorgungswirtschaft vorhalten zu können und zum anderen eine Gebührenstabilität für die Kommunalhaushalte und gewerbliche Unternehmen auf möglichst niedrigem Niveau garantieren zu können.

► Start der Biotonnenkontrollen ab Mai 2023

Schon seit Jahresbeginn 2021 ist der A.V.E. mit allen zehn kreisangehörigen Städten und Gemeinden an der bundesweiten Umweltkampagne #WIRFUERBIO angeschlossen, um gemeinsam für mehr Qualität in der Biotonne zu werben. Es besteht hier mehr denn je akuter Handlungsbedarf, denn Sichtkontrollen am Bioabfallumschlagplatz im Entsorgungszentrum haben erkennen lassen, dass die Qualität in der Biotonne sowohl im städtischen, aber leider auch im ländlichen Raum stark nachgelassen hat. Insbesondere Störstoffe wie Plastiktüten, Glasreste, Konservendosen, verpackte Lebensmittel, Kleidung und Altholz stören im erheblichen Umfang die anschließende Bioabfallkompostierung. Die Qualität muss deutlich besser werden, weil sich die gesetzlichen Anforderungen infolge Bioabfall- und Düngemittelverordnung extrem verschärfen werden. Insofern sorgt die Bundesregierung mit einer novellierten Bioabfallverordnung bundesweit für einen kräftigen Qualitätsdruck auf die Biotonne.

Mit den Fachvertreterinnen und Fachvertretern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden wurde der Sachverhalt über mehr Biotonnenqualität in interkommunalen Sitzungen im Vorjahr ausführlich erörtert. Alle Kommunalbeteiligte hatten sich zudem dafür ausgesprochen, flankierend zu einer fortgesetzt intensiven Öffentlichkeitsarbeit dauerhafte Biotonnenkontrollen in 2023 kreisweit einzuführen. Mit dem Beitritt zur WIRFUERBIO-Kampagne hat eine Intensivierung der PR-Maßnahmen durch ASP und A.V.E. stattgefunden, die auch in diesem Jahr unvermindert fortgesetzt werden soll. Aus dem bisher losen Zusammenschluss von circa 80 bundesweiten Kampagnenteilnehmern wurde ein neuer Verein „#wirfuerbio e. V.“ von den Initiatoren im Sommer des Jahres 2022 gegründet. Der A.V.E. Eigenbetrieb hatte sich für den Kreis Paderborn im November 2022 diesem neu gegründeten Verein angeschlossen, um weiterhin an dieser professionellen und medienwirksamen PR-Kampagne teilhaben zu können.

Mit zwei für diesen Aufgabenbereich eingestellten und geschulten Mitarbeitern prüft nun der A.V.E. Eigenbetrieb, in Zusammenarbeit mit dem ASP-Paderborn, seit Anfang Mai im wöchentlichen Wechsel die zur Abfallsammlung bereitstehenden grünen Biotonnen in den Kommunen des Kreises bzw. im städtischen Gebiet Paderborns. Bis zum Jahresende 2023 konnten insgesamt 45.000 Bioabfallgefäße kontrolliert und digital erfasst werden. 78,5 % der geprüften Biotonnen (35.400) waren dabei seitens der Bürgerinnen und Bürger korrekt befüllt und wurden mittels einem grünen Tonnenanhänger gelobt. Mit wenigen Beanstandungen wurden 8.500 Tonnen (19 %) erfasst, hier wurden die Bürgerinnen und Bürger über einige wenige Fehlwürfe, beispielsweise in Form von abbaubaren Kunststofftüten, informiert um diese abzustellen. Letztlich blieben 1.100 kontrollierte Bioabfalltonnen an der Straße ohne die vorgesehene Abfallsammlung stehen. Dies entsprach in etwa 2,5 % der geprüften Tonnen. Hier wurden massive Fehlwürfe von Fremdstoffen entdeckt, die einer Leerung widersprechen. Der Kreis Paderborn liegt mit diesen Zwischenergebnissen im guten Mittelfeld, betrachtet auf alle Kampagnenteilnehmer. Der Betriebsausschuss verlängerte die Biotonnenkontrollen, nach der Präsentation der Zwischenergebnisse, auf zunächst insgesamt zwei Jahre.

► Betriebsprüfung durch das Finanzamt

Nach einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt Paderborn wurden für die Jahre 2015 bis 2018 Nachzahlungen in Höhe von ca. 270.000 € festgestellt. Ein von der Kanzlei PKF Fasselt eingeleiteter Einspruch wurde am 14.06.2023 vom Finanzamt Paderborn zurückgewiesen. Der Landrat hatte daraufhin kurzfristig veranlasst, dass fristwährend Klage beim Finanzgericht Münster eingereicht wurde. Diesem stimmte der A.V.E. Betriebsausschuss zu, da zu befürchten ist, dass die bei der Betriebsprüfung getroffenen Entscheidungen dann auch für den Zeitraum 2019 bis 2022 Anwendungen finden könnten, wodurch weitaus höhere Nachzahlungen verbunden wären. Ergänzend ist festzuhalten, dass das Kostenrisiko verschwindend gering ist gegenüber der Zahlungsforderung seitens des Finanzamtes. Die voraussichtlich anfallenden Anwalts- und Prozesskosten werden auf ungefähr 25.000 Euro geschätzt.

► Übernahme der Betriebsarbeiten Logistik im Entsorgungszentrum

Im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ wurden viele Jahren die Transport- und Radladerarbeiten, die Straßenreinigung und der Deponieeinbau nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung von Auftragsunternehmen erledigt. In den zurückliegenden Jahren hat die Fa. Heiga Transporte GmbH (PB) diese Aufgaben wahrgenommen. Der bestehende Vertrag mit Heiga verfügte über eine Laufzeit bis zum 30.06.2023. Der Betriebsausschuss hatte sich im Vorjahr dafür ausgesprochen, diese Betriebsarbeiten im Entsorgungszentrum selbst zu übernehmen. Zu den wichtigsten Gründen gehören die geringe Bieterbeteiligung in den jüngst zurückliegenden Ausschreibungen. Der Wettbewerb ist hier nahezu zum Erliegen gekommen, zumal die regionalen Tiefbau- und Transportunternehmen schon genügend ausgelastet sind. Auf der anderen Seite bestehen nach sorgfältiger Analyse durch die Inbetriebnahme des Kreisbauhofes im Berichtsjahr kosteneinsparende Synergieeffekte mit dem Kreisbauhof in Bezug auf Dieseleinkauf, Winterdienst und Straßenreinigung sowie die Mitnutzung weiterer Gerätschaften. Die Übernahme der Betriebsarbeiten ab dem 01.07.2023 erfordert daher einen höheren Personalaufwand.

Die Betriebsleitung zog rückblickend für die Übernahme der Tätigkeit Logistik eine positive Bilanz. Die tatsächlichen Investitionen entsprechen den geplanten Kosten. Ein reibungsloser Ablauf ist durch das neu eingestellte Personal gewährleistet. Hierbei wurden drei Mitarbeiter von der bisher tätigen Fremdfirma übernommen.

► Eröffnungsfeier und Einweihung des neuen Kreisbauhofes

Mit einem offiziellen Spatenstich durch Landrat Christoph Rüther hatten im Oktober 2021 die Bauarbeiten für den neuen zentralen Kreisbauhof im Eingangsbereich zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ begonnen. Auf dem A.V.E.-Gelände wurde der Kreisbauhof in kompakter Bauweise nach klimafreundlichen Energie- und Umweltstandards errichtet. Auf dem etwa 1,7 Hektar großen Baugelände entstand ein modernes Hauptgebäude mit Verwaltungs- und Betriebsbereich in Holzbauweise, Fahrzeughalle, Werkstatt/ Materiallager sowie eine Waschhalle für die Einsatzfahrzeuge. Als separater Bereich kommen eine Salzhalle, ein Hackschnitzellager zur Wärmeversorgung sowie eine wasserschonende Zisternennutzung für Brauch- und Löschwasser hinzu.

Über die gesamte Bauzeit waren keine nennenswerten Bauverzögerungen zu verzeichnen, obschon sich der Baustoffmarkt in Deutschland immer wieder mit Lieferengpässen und Preiserhöhungen konfrontiert sah. Gemäß Planung wurde der neue zentrale Baubetriebshof noch fristgerecht in der Jahresmitte 2023 fertiggestellt, sodass das neue Gebäude von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreisstraßenbauamtes pünktlich im Mai 2023 bezogen werden konnte. Die noch bestehenden, jedoch stark sanierungsbedürftigen Bauhöfe in Lichtenau, Büren-Harth und Paderborn-Klausheide wurden durch diesen zentralen Bauhof ersetzt. Unter der Überschrift „Der Kreis ist bunt – wir gestalten Zukunft“ wurde am 10.09.2023 der neue Kreisbauhof ganz offiziell und im Beisein der Öffentlichkeit eingeweiht.

Große und kleine Besuchende erhielten beim Kreisbauhoffest an diesem Tag von 11 bis 17 Uhr die Gelegenheiten, sich auf dem weitläufigen Gelände umzusehen und einen Blick hinter die Türen des Kreisstraßenbauamtes zu werfen. Am Veranstaltungstag wurde für zusätzliche interessante Angebote ein ausreichender Platz zur Verfügung gestellt, so konnte sich auch der A.V.E. Eigenbetrieb mit seiner Abfallberatung unter dem Motto #wirfuerbio und mit seinen Kompostprodukten der breiten Öffentlichkeit präsentieren. Auch die Tochtergesellschaft, die A.V.E. GmbH, hatte diese Gelegenheit genutzt, und Ihre energetischen Projekte zum Anfassen und erleben vorgestellt. Ein Rund um gelungenes Fest für alle Beteiligten.



► Gebühren- und Entgelterhöhungen für 2024

Trotz aller Bemühungen für eine Gebührenstabilität nennt der A.V.E als Gründe für diese Anpassungen die sich kurzfristig verändernden rechtlichen Rahmenbedingungen. Dies betrifft die Gebühren Haus- und Sperrmüll sowie für Gewerbe-/Mischabfälle zur Beseitigung, bedingt durch die Einbeziehung der Abfallverbrennung, welche nunmehr auch in den CO₂ – Emissionshandel des Bundes aufgenommen wurde. Nicht erhöht wurden hingegen die Abfälle zur Ablagerung wie Bodenaushub und Abfälle zur Direktablagerung sowie Bio- und Grünabfälle zur Kompostierung. Weitere gebührenerhöhende Preisfaktoren ergaben sich auch aus der zum kommenden Jahr neu evaluierten TA-Luft als auch der Gebührenerhöhung zur LKW-Maut. Dies unterstreicht einmal mehr das wichtigste Kriterium in der Abfallwirtschaft, nämlich dass der „Müllvermeidung“. Wer weniger Abfall produziert, spart am Ende Geld ein.

Mit jeweils circa 15 Prozentpunkten ergaben sich für 2024 Preiserhöhungen bei:

- Haus-, Sperrmüll
- Gewerbe-/Mischabfälle zur Beseitigung
- Entsorgung von KMF-Abfällen (Künstliche Mineralfasern)

Weitere Ereignisse des zurückliegenden Betriebsjahres in Kurzfassung:

► Neuinvestitionen im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“

Zur Modernisierung des Entsorgungszentrums sind entsprechend dem „Stand der Technik“ alljährliche Neuinvestitionen in den laufenden betrieblichen Arbeitsprozess notwendig. Meist dienen diese Investitionen dazu, den sehr hohen Anforderungen des betrieblichen Arbeitsschutzes (Beachtung von Unfallverhütungsvorschriften) Rechnung zu tragen. Im Jahr 2023 lagen die Investitionen bei ca. 7,6 Mio. EUR. Der weit überwiegende Teil fällt hierbei auf die Fertigstellung des neuen Kreisbauhofes mit ca. 5,3 Mio. EUR. Über 260 TEUR sind in Technische Anlagen und die Geschäftsausstattungen für Büro und Wirtschaftsgebäude sowie Eingangsbereiche und Waage geflossen.

Abfallmengenentwicklung im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“

Gegenüber den Vorjahren ergeben sich bei den kommunalen Entsorgungswegen vergleichsweise keine Änderungen. Haus- und Sperrmüll sowie organische Bioabfälle werden im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge von den zehn Städten und Gemeinden des Kreises Paderborn eingesammelt. Gemäß Landeskreislaufwirtschaftsgesetz NRW und Kreis-Abfallsatzung sind die kommunal eingesammelten Siedlungsabfälle dem Kreis Paderborn bzw. dem ausführenden A.V.E. Eigenbetrieb zur anschließenden Verwertung und Entsorgung zu überlassen. Die kreisweit erfassten Siedlungsabfälle ergeben auf das zurückliegende Berichtsjahr folgendes Bild:

Haus- und Sperrmüll

Die Haus- und Sperrmüllmengen aus kommunaler Sammlung im Kreis Paderborn sind gegenüber den Vorjahren konstant. So verzeichnen diese 2023 zwar eine leichte Erhöhung um 1,3 Prozent von 38.025 t im Vorjahr auf jetzt 38.522 t. Betrachtet, auf die um selbigen Prozentsatz gestiegene Einwohnerzahl, ergibt sich ein Mengengleichstand zum Vorjahr. Gemäß derzeit bestehender Entsorgungsverträge wird der überwiegende Hausmüll der MVA Bielefeld-Herford GmbH und dem zum Verbund gehörenden Kraftwerk Enertec in Hameln zur Verbrennung angedient (2023: 27.948 t). Die Müllverbrennungsanlage in Bielefeld-Heepen und das Kraftwerk in Hameln nutzen dank Kraft-Wärme-Kopplung die freiwerdende Energie zur Erzeugung von Strom und Fernwärme. Die restlichen knapp 10.500 t sind zusammen mit den gewerblichen

Mischabfällen der Pader Entsorgung GmbH & Co. KG (PEG) zur mechanischen Abfallaufbereitung überlassen worden. Die PEG betreibt als langjähriger Partner des A.V.E. seit 2005 eine mechanische Abfallaufbereitungsanlage auf dem Gelände des Entsorgungszentrums. Mit Hilfe modernster Zerkleinerungs-, Sieb- und Sortiertechnik trennt die PEG brennbare von weniger brennbaren Abfallstoffen. Die erzeugten Ersatzbrennstoffe (EBS) finden als Alternative zu fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl, Gas Absatz in Zement- und Kraftwerksbetrieben. Die weniger brennbaren bzw. niederkalorischen Stoffe werden anderen Entsorgungsvertragspartnern der PEG angedient.

Bioabfall aus kommunaler Sammlung und Friedhofsabfälle

Mit knapp einem Prozent Zuwachs kommt es in 2023 zu einer geringfügigen Erhöhung bei den kommunal erfassten Bioabfällen auf 35.614 t (2022: 35.264 t). Dieser Umstand dürfte in erster Linie weiterhin mit den eher trockenen Sommermonaten zu tun haben. Hinzu kommen Friedhofsabfälle aus den kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit rund 130 t, die aufgrund von Verunreinigungen und ihrer Zusammensetzung nicht der eigenen Grünkompostierung, sondern der Bioabfallverwertung zugeführt werden. Demzufolge ist auch das kreisweite Pro-Kopf-Aufkommen der erfassten Bioabfälle gegenüber dem Vorjahr auf Grund der gestiegenen Einwohnerzahlen unverändert bei 113 kg pro Einwohner und Jahr verblieben. Nach Umschlag im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ gelangen die kommunal erfassten Bioabfälle in das Kompostwerk der Kompostec Kompostierungsanlagen GmbH in Nieheim (Kreis Höxter). Dort werden die Küchen- und Gartenabfälle nicht nur zu Qualitätskomposten verarbeitet, sondern vorab in einer Trockenvergärungsanlage in beträchtlichem Maße auch bioenergetisch zur Stromerzeugung genutzt. Als Endprodukt entsteht ein Kompost, der das RAL-Qualitätssiegel trägt und regional vorwiegend in der Landwirtschaft vermarktet wird.

Grünabfallkompostierung auf der „Alten Schanze“

Im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ werden seit 1993 Grünabfälle aus privaten und öffentlichen Garten- bzw. Parkanlagen auf einer etwa ein Hektar großen Betriebsfläche separat in einer sechs- bis achtmonatigen Vor-, Haupt- und Nachrotte zu nährstoffreichen Kompost (u.a. Stickstoff, Phosphor, Kalium, Magnesium) verarbeitet. Der erzeugte Kompost unterliegt strengen RAL-Gütesiegelkriterien der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. in Köln. Alle von der Bundesgütegemeinschaft festgelegten Qualitätsanforderungen eines gleichbleibend nährstoffreichen Kompostproduktes werden seit 1996 durch regelmäßige Kompostanalysen mehr als erfüllt, was durch die regelmäßigen Fremdüberwachungszeugnisse ihre positive Bestätigung findet. Der produzierte Kompost wird regional als „PaderKompost“ an Hobby- und Kleingärtner, GaLa-Bau, Gärtnereibetrieben sowie Erdenwerken verkauft. Im Gegensatz zu den Bioabfällen nimmt der A.V.E. die professionelle Grüngutkompostierung eigenverantwortlich wahr. Im Verhältnis zum Vorjahr (6.850 t) sind die Anlieferungsmengen aus Baum-, Strauch- und Rasenschnitt im Berichtsjahr wiederum etwas deutlicher um gut 6 Prozent auf 7.271 t gestiegen, was mit der Anpassungsfähigkeit der Vegetation in Verbindung gebracht werden kann - das entspricht einem Pro-Kopf-Wert von 23 kg.

Gewerbe-/ Mischabfälle zur Entsorgung

Bei den gewerblichen Mischabfällen ist zu unterscheiden zwischen verwertbaren Abfällen, die der Umsatzsteuerpflicht unterliegen, und den beseitigungspflichtigen Abfällen, die andienungs- und somit gebührenpflichtig sind. Die beseitigungspflichtige und rein gewerbliche Abfallfraktion markiert ein Minus von rund sieben Prozent von 8.614 t in 2022 auf nunmehr 7.994 t. Diese Abfälle sind nach wie vor großen konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt. Hinzu kommt, dass die 2017 novellierte Gewerbeabfallverordnung weitaus höhere stoffliche Trenn- und Recyclinganforderungen an die gewerblichen Abfallbesitzer stellt. Insofern sind hier weiter einhergehend rückläufige Mengen wahrscheinlich. Seit Oktober 2018 bleiben als Folge der novellierten Gewerbeabfallverordnung die „Abfälle zur Verwertung“ im Entsorgungszentrum nahezu



ausgeschlossen. Die steuerbaren Abfälle, vor allen die bituminösen Dachbahnen, haben sich gegenüber 2022 von 182 t auf nunmehr 148 t reduziert.

Ablagerungsfähige Abfälle auf der Inertstoff- (DK 0) und Siedlungsabfalldéponie (DK II)

Auf die im Frühjahr 2015 in Betrieb genommene **DK 0-Inertstoffdeponie** sind die Boden- und Bauschuttmengen im sechsten Jahr in Folge weiterhin stark rückläufig - gegenüber 2022 - von 169.119 t auf 128.034 t (ein Minus von 24,3 Prozent). Zum einen liegt dieses konjunkturbedingt an den jetzt vermehrt eingeschränkten Aktivitäten im regionalen Baubereich, zum anderen dürfte dieser fortgesetzt rückläufige Trend abhängig sein von den verschärften Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung.

Bei den ablagerungsfähigen bzw. reaktionsarmen Abfällen (z.B. Asbestabfälle, MVA-Schlacke, belasteter Bodenaushub) zur **DK II-Deponie** kommt es mit insgesamt 17.498 t zu einem Anstieg von vier Prozent (2022: 16.809 t). Vertraglich vereinbart stammen davon allein 7.202 t reaktionsfreie und deponiefähige Verbrennungsschlacken aus der MVA Bielefeld. Aus der MVA-Schlacke wird noch Metallschrott gewonnen und verwertet werden. Letztlich ist die Gesamtmengenentwicklung der DK II-Mengen abhängig von den Bau- und vornehmlich Sanierungstätigkeiten auf Kreisebene und daher nur schwerlich prognostizierbar. Erfreulicherweise werden im Entsorgungszentrum seit 2018 sortenreine gipshaltige Abfälle anstelle der Deponierung privaten Gipsrecyclingunternehmen zur Verfügung gestellt. In 2023 sind nur noch 821 t erfasst worden. Gipshaltige Bauabfälle fallen i.d.R. als Gipsplatten (z.B. Gipskartonplatten, Gipsfaserplatten,) oder als Bau Gipse (z.B. Putzmörtel, Gipsestrich) an. Sortenreine Gipsabfälle können recycelt und u.a. der Gipsplattenneuproduktion zugeführt werden. Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sollte dieses ökologische Potential nicht nur genutzt, sondern ausgebaut werden, da Recyclinggips eine echte Alternative zum Naturgipsabbau bietet.

Da sich die Ablagerungskapazitäten der DK II-Deponie dem Ende neigen, plant der A.V.E. nach europaweiter Ausschreibung in 2024 eine Erweiterung auf der planfestgestellten DK II-Flächen um zirka zwei Hektar in Jahr 2025.

Klärschlamm Entsorgung über den A.V.E. Eigenbetrieb

Mit Gründung der Klärschlammkooperation Ostwestfalen-Lippe im Februar 2020 sind die Weichen für eine gemeinsame langjährige Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Klärschlammbetreiber in OWL gestellt worden. Im Kreis Paderborn beabsichtigen sich neben dem Kreis sukzessive alle zehn Städte und Gemeinden dieser Kooperation anzuschließen. In der Übergangsphase bis zum 31.12.2023 können die Städte und Gemeinden im Bedarfsfall auf Klärschlamm-Kontingente des A.V.E. von jährlich 9.000 t zurückgreifen, die nach Vereinbarung in den Anlagen der MVA Bielefeld und Enertec Hameln zur Verbrennung angedient werden können. Im Berichtsjahr wurde das Kontingent mit 8.586 t deutlich mehr ausgeschöpft gegenüber dem Vorjahr (2022: 7.743 t). Die Stadt Paderborn verfügt über separate Entsorgungsverträge. Die angedienten Klärschlamm-mengen werden ohne Umschlag im Entsorgungszentrum direkt von den Kommunen zu den Anlagen zu transportiert. Weitere 333 t hat der A.V.E. Ei-genbetrieb selbst aus seiner eigenen Sickerwasserreinigungsanlage der Verbrennung zugeführt.

Angelieferte Gesamtmenge zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“

Zusammen mit dem Abfallaufkommen der DK 0-Deponie weist das Gesamtergebnis der Anlieferungsmengen zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ einen sehr starken Rückgang von 295.899 t in 2022 auf jetzt 257.147 t (minus 13 Prozent) im Berichtsjahr auf. Rechnet man die Mengen der DK-0-Deponie heraus, sind jedoch die Anlieferungsmengen im hoheitlichen Bereich leicht, um knapp ein Prozent, von 126.598 t in 2022 auf nunmehr 127.824 t gestiegen.

I. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das Siedlungsabfallmengenaufkommen (ohne DK 0) liegt mit 127.824 t in Summe etwas über den prognostizierten Planzahlen für 2023 (120.750 t). Grundsätzlich werden die Abfallmengen im Wirtschaftsplan vom A.V.E. Eigenbetrieb konservativ prognostiziert. Mengenschwankungen in den Bereichen der kommunalen Abfälle wie Hausmüll und Bioabfälle, aber auch in den baunahen Bereichen der gewerblichen Mischabfälle, der Grünabfälle und ablagerungsfähigen Abfälle auf der DK II Deponie sind immer möglich. Für das Jahr 2024 rechnet der Eigenbetrieb entsprechend seinem Wirtschaftsplan im hoheitlichen Bereich weiter mit einer reduzierten Gesamtmenge von 111.430 t, unter anderem bedingt durch den Wegfall der kommunalen Klärschlamm-mengen.

Im Bereich des wirtschaftlichen Betriebes (Betrieb gewerblicher Art) liegen die Mengen zur DK-0 Deponie mit 128.034 t gegenüber den Planzahlen für das Jahr 2023 (150.000 t) um einiges geringer. Der A.V.E. prognostiziert für das Jahr 2024 infolge der nur wenig kalkulierbaren Baukonjunktur eine verminderte Anlieferungs-menge von 115.000 t. Trotz der geringeren Mengen halten sich die wirtschaftlichen Auswirkungen für den A.V.E. in Grenzen. Die vereinnahmten Entgelte, die je Gewichtstonne erhoben werden, bewegen sich auf konstantem Niveau. Auch erfolgt die Abschreibung DK 0 Deponie analog der Anlieferungs-mengen. Insoweit werden hier auch Abschreibungen im gleichen Umfang zurückgehen.

Die ohnehin stets defensiv ausgerichteten Mengenprognosen bei den wiederkehrenden Jahresplanungen tragen wie in den Vorjahren dazu bei, dass die wirtschaftliche Situation des A.V.E. Eigenbetriebes als unverändert gut, solide und sicher einzustufen ist. Die Gebühren- und Entgelteinnahmen für 2023 belaufen sich auf 16,04 Mio. €. Nach dem Wirtschaftsplan wurden für 2023 Einnahmen in Höhe von 15,81 Mio. € erwartet. Somit weichen die prognostizierten Einnahmen um plus 1,45 Prozent von den geplanten Einnahmen in 2023 ab. Bei Wahrnehmung seiner gesetzlichen Verwertungs- und Entsorgungsverpflichtungen gehört der Kreis Paderborn trotz Erhöhung der Abfallgebühren und -entgelte in 2023 unverändert mit zu den günstigsten Kreisen in NRW.

Ein Höchstmaß an Sicherheit spiegelt sich fortgesetzt in den Finanzanlagen des A.V.E. Eigenbetriebes wider. Alle Geldanlagen sind ohne Risiko angelegt und über das Sicherungs-system der jeweiligen Bank abgesichert. Die über mehrere Geldinstitute verteilten Finanzmittel sind für die umfangreichen Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen der Zentraldeponie im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ vorgesehen. Nach langen Jahren eines äußerst geringen Zinsniveaus am Kapitalmarkt ergaben sich nunmehr deutlich bessere und rentierlichere Geldanlagen für den A.V.E. Eigenbetrieb. Welche Kapitalanlagen sich hier mittel- und langfristig als lukrativ erweisen, werden nach Prüfung aller Risiken vom A.V.E. gezielt in Betracht gezogen.

Unter Berücksichtigung der bisher schwierigen Kapitalmarktentwicklung ist der A.V.E. Eigenbetrieb in den zurückliegenden Jahren mit vorhandenen Eigenmitteln auch investiv tätig geworden. Dieses gilt sowohl für die Beteiligung an der Interargem GmbH (MVA in Bielefeld, Enertec in Hameln) und für die Beteiligung an der Klärschlammverwertung OWL GmbH, als auch für die Errichtung dreier Windenergieanlagen im Standortbereich des Entsorgungszentrums im Rahmen eines Gesellschafterdarlehens an die A.V.E. GmbH-Tochtergesellschaft. Eine möglicherweise weitere, vierte WEA im erweiterten Umfeld des Entsorgungszentrums, steht in der Planungsphase. Alle Investitionsprojekte werden im Vorfeld einer fundierten Wirtschaftlichkeitsberechnung unterzogen und gleichermaßen mit ausreichenden Sicherheiten versehen, so dass aus den anstehenden Renditen mittel- und langfristig der Gebührenzahler profitieren kann. Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt einer sicheren und gewinnbringenden Anlagestrategie plante und baute der A.V.E. Eigenbetrieb auf seinen Flächen den Kreisbauhof und stellte diesen inzwischen, für ein angemessenes Nutzungsentgelt, dem Kreis Paderborn zur Verfügung.



Im Investitionsplan für 2024 sind weitere Finanzmittel für Investitionen in Höhe von knapp 1,9 Mio. € auf der „Alten Schanze“ geplant, u. a. für Schlussabrechnungen des neuen Kreisbauhofes sowie zur Ertüchtigung der Siedlungsabfalldeponie und Maschinenneubeschaffung bei der Grüngutkompostierung.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das langfristige Vermögen ist fristenkongruent finanziert. Die Finanzlage lässt sich in einer zusammengefassten Kapitalflussrechnung wie folgt darstellen:

	2023	2022
	T€	T€
Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	1.148	-4.142
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-949	-1.920
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-20	-43
Veränderungen des Finanzmittelfonds	179	-6.105
Bestand der liquiden Mittel zum 31. Dezember	5.962	5.783

Durch die gesunkenen Abzinsungszinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB, veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank, ist es für 2023 unumgänglich der Rückstellung für die Deponienachsorge wiederum einen Betrag von 0,8 Mio. € zuzuführen. Dieser Zuführungsbetrag belastet in voller Höhe das Ergebnis, ohne dass hieraus jedoch eine reale Zahllast für den A.V.E. entsteht. Für einen Ausgleich stehen Mittel zur Verfügung.

Feststellungen nach § 53 HGrG

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses ist § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz beachtet worden. Die Prüfungsfelder betrafen die Bereiche der Geschäftsführungsorganisation des Geschäftsführungsinstrumentariums und der Geschäftsführungstätigkeit sowie die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die vom Abschlussprüfer unter Verwendung eines standardisierten Fragenkatalogs durchgeführte Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Tätigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung sind.

Chancen und spezifische Risiken

Bei den kommunal andienungspflichtigen Siedlungsabfällen wie Haus-/Sperrmüll und den Bioabfällen sind für das laufende Wirtschaftsjahr 2024 keine gravierenden Mengenänderungen zu erwarten. Die Schwankungen dürften fortgesetzt im üblichen Rahmen der zurückliegenden Jahre liegen. Eine Reduzierung der Hausmüllmengen, durch die 2016 kreisweit eingeführte Wertstofftonne für häusliche Kunststoff- und Metallabfälle, ist fortgesetzt nicht erkennbar. Die Wertstofftonne ist eine Gemeinschaftstonne zwischen den dualen Systembetreibern und dem Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land (WPL), der gemäß den Anforderungen des Verpackungsgesetzes die Interessen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bündelt und artikuliert.

Die Gebühreneinnahmen aus dem Bereich der kommunalen Siedlungsabfälle müssen weiter als stabil, solide und sicher eingestuft werden. Diese Kommunalabfälle aus Privathaushalten sind überlassungspflichtig und bleiben nach dem Prinzip der Daseinsvorsorge im gesetzlichen Verantwortungsbereich der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger.

Nur wenig prognostizierbar bleiben fortlaufend die Mengen der beseitigungspflichtigen Gewerbeabfälle und der ablagerungsfähigen Abfälle zur DK II. Hier spielen neue rechtliche Anforderungen und konjunkturelle Einflüsse eine ebenso große Rolle, wie die Tatsache, dass diese Abfälle aus dem gewerblich-industriellen Bereich dem freien Wettbewerbsmarkt ausgesetzt sind. Gleichwohl bestätigt auch das zurückliegende Jahr 2023, dass die zur „Alten Schanze“ gewerblich angedienten Abfälle eine geringere relative Mengenkonstanz gegenüber früheren Jahren aufweisen. Insofern lässt die gegenwärtige schwierige konjunkturelle Lage sowie die andauernden hohen Preise anderer Entsorgungsanlagen eine ähnliche Mengenkonstanz auch für die bevorstehenden Jahre erwarten.

Lediglich beim laufenden Klageverfahren gegen den Bescheid des Finanzamtes Paderborn könnten, sich bei ungewissem Ausgang, höhere Nachzahlungen zu Lasten des A.V.E. in der Zukunft ergeben, welche jedoch zum Teil bereits durch entsprechende Rückstellungen berücksichtigt wurden.

Abwehr von betrieblichen Risiken bei Zahlungs- und EDV-Ausfall

Um das Risiko des Zahlungsausfalles entgegenzuwirken, wurde folgendes Forderungsmanagement installiert:

1. Die Gebühren werden in 14-tägigen Abständen den Anlieferern in Rechnung gestellt. Um Ausfälle zu vermeiden wird grundsätzlich einer Barzahlung der Abfallanlieferer der Vorzug gegeben.
2. Unproblematisch sind die Anlieferungen von öffentlichen Einrichtungen sowie der Städte und Gemeinden. Hier kann es quasi zu keinem Ausfall kommen.
3. Bei den weiteren Anlieferungen kann der Eigenbetrieb auf den Vorteil zurückgreifen, dass es sich um hoheitliche Forderungen handelt. Um diese einzufordern, kann unmittelbar eine Vollstreckung eingeleitet werden, ohne den Gerichtsweg zu beschreiten. Die Forderungsausfälle bewegen sich auf sehr niedrigem Niveau. Lediglich im Falle von Firmeninsolvenzen kann es zu größeren Ausfällen kommen.
4. Um Forderungsausfällen entgegenzuwirken, werden Anlieferer nach der ersten Mahnung als Rechnungsempfänger gesperrt und müssen zukünftig „bar“ zahlen. Auf diese Art und Weise wird verhindert, dass gewerbliche Unternehmer (insbesondere Transporteure) größere Verbindlichkeiten auflaufen lassen, andererseits haben sie weiterhin die Möglichkeit Anlieferungen zu tätigen. Insoweit sind sie nicht in ihrer Tätigkeit eingeschränkt.

Ein weiteres Risiko könnte der Ausfall der EDV-Anlage darstellen. Auf diese Situation hat sich der A.V.E. wie folgt vorbereitet:

1. Das Risiko eines Ausfalls der EDV-Anlage, zum Beispiel beim Diebstahl der Server oder der PC's bringt maximal einen Tag Datenverluste mit sich.
2. Bei einer völligen Zerstörung der EDV-Anlagen durch Brand oder Vandalismus könnte bei der Waage manuell gewogen werden. Für diesen Fall wurde ein Notfallplan für die genaue Vorgehensweise eingerichtet.
3. Dies bedeutet zwar einen erheblichen Aufwand, doch könnte mit einer zügigen Neuausstattung weiter automatisch verwogen werden.
4. Im Falle eines längeren Stromausfalles stehen Notstromaggregate zur Verfügung, mit denen der Wiegebetrieb aufrechterhalten werden kann.
5. Beim längeren vollständigen Ausfall der Waage sieht die geltende Gebührenordnung vor, dass Abfallanlieferungen nach Kubikmetern abgerechnet werden können.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass insgesamt keine weiteren Anzeichen für Ereignisse oder Umstände im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems erkennbar sind, die die Arbeit oder gar den Fortbestand des

Eigenbetriebes in irgendeiner Form belasten oder gefährden könnten. Durch die in der Vergangenheit mit namhaften regionalen Entsorgungspartnern geschlossenen Verträge ist für den Kreis Paderborn eine langfristige Entsorgungssicherheit bei strikter Beachtung der gesetzlichen und technischen Umweltstandards weiterhin gegeben.

4.18.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe des Eigenbetriebs sind die Betriebsleitung und der Betriebsausschuss.

Betriebsleitung: Herr Egeler, Dezernent des Kreises Paderborn

Betriebsausschuss: Der Betriebsausschuss besteht aus 15 Mitgliedern. Dies sind derzeit Frau Kreistagsabgeordnete Verena Haese, Claudia Wagener-Ragert sowie die Herren Kreistagsabgeordneten Päsch, Vossebein, Fresen, Zündorf, Nolte, Müller, Schäfers, Schüssler, Scholle, Blienert, Fölling, Risse und Koch.



4.19 Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren

4.19.1 Basisdaten

Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren

Poststraße 15

33181 Bad Wünnenberg

Tel.: 0160 654 02 32, E-Mail: erholungsgebiet@wuennenberg-bueren.de, Fax: -, Internet:

www.wuennenberg-bueren.de

Gründungsdatum: 28. Februar 1977

4.19.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Aufgabe des Zweckverbandes ist es, die Gebiete der Städte Bad Wünnenberg und Büren im Kreis Paderborn zu betreuen. Der Zweckverband soll im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen das Verbandsgebiet mit dem Ziel fördern, die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, durch geeignete Einrichtungen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen und auf einen sinnvollen Gebrauch der Naturwerte hinzuwirken. Die wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben kann sich der Zweckverband bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen. Zudem verfolgt der Verband keine wirtschaftlichen Zwecke, sondern erfüllt seine Aufgaben nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit.

4.19.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreise und kreisfreien Städte sind nach dem Landesnaturschutzgesetz NRW die für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden. Als eine Einrichtung auf dem Gebiet der Erholung liegt der Zweckverband „Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg/ Büren“ im klassischen Sinne im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.

4.19.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Wünnenberg und Büren Mitglieder des Zweckverbandes.

4.19.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn leistete im Haushaltsjahr 2023 eine anteilige Kostenübernahme für Verwaltungs- und Geschäftskosten in Höhe von 21.810,00 €.

Die Zahlungen wurden über das Konto 531306 „Umlage an Zweckverband Erholungsgebiet Büren -Bad Wünnenberg“ des Produktes 130201 „Natur und Landschaftspflege“ verbucht.

4.19.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des geschäftsführenden Verbandsmitgliedes Stadt Bad Wünnenberg vorgesehen für die Verbandsversammlung am 20.11.2024. Zu den Punkten 4.19.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.19.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.19.8 „Kennzahlen“ und 4.19.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.19.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.19.6

4.19.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.19.6

4.19.9 Personalbestand

Seit dem Jahr 2023 (01.07.2023) beschäftigt der Zweckverband eine Beschäftigte in Vollzeit.

4.19.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.19.6

4.19.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Vorsteher des Zweckverbandes ist als Bürgermeister der Stadt Bad Wünnenberg Christian Carl
Geschäftsführendes Verbandsmitglied ist die Stadt Bad Wünnenberg.

Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung ist Herr Kreistagsabgeordneter Nolte, Frau Kreistagsabgeordnete Birkelbach sowie von der Verwaltung Frau Schnell Stellv. Amtsleitung im Amt für Umwelt, Natur und Klimaschutz.

Verwaltungsrat

Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.



4.20 Gemeindeforstamtsverband Willebadessen

4.20.1 Basisdaten

Gemeindeforstamtsverband Willebadessen

Klosterhof 1a

34439 Willebadessen

Tel.: 05646/94403, Fax: 05646/94405, Internet: www.gemeindeforstamt.de

Gründungsdatum: ca. 1830-1835

4.20.2 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Stadt Borgentreich einschließlich Gleidervermögen, die Städte Warburg, Willebadessen, Beverungen, Bad Driburg, Nieheim, Steinheim, Marienmünster, Lichtenau, Salzkotten, Bad Wünnenberg, Bad Lippspringe, Paderborn und Delbrück, die Gemeinden Altenbeken, Borchlen und Hövelhof, die Pfarren Rimbeck, Welda, Oesdorf, Altenbeken, Atteln, Delbrück, Etteln, Helmern, Lichtenau, Neuenbeken und Schwaney sowie das Laurentius Heim Warburg, die Waldgenossenschaft Bruchhausen, die Wasserwerke Paderborn GmbH und der Wasserverband Aabach-Talsperre Mitglieder des Zweckverbandes.

4.20.3 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Die Aufgabe des Zweckverbandes besteht in der gemeinsamen Unterhaltung eines Gemeindeforstamtes zur forstlichen Verwaltung des Waldbesitzes der Verbandsmitglieder. Die Bewirtschaftung der Bewaldungen der Verbandsmitglieder erfolgt nach einem gemeinsamen Betriebsplan.

4.20.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ist Wald im Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts sind diese dazu verpflichtet, ihre Wälder „ordnungsgemäß und nachhaltig“ (§11 Bundeswaldgesetz) zu bewirtschaften.

4.20.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2023 eine Verbandsumlage in Höhe von 6.959,51 €.

Die Verbandsumlage wurde auf dem Konto 531305 „Zuweisungen an den Gemeindeforstamtsverband Willebadessen“ des Produktes 130201 „Natur- und Landschaftspflege“ verbucht.

4.20.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des Verbandes vorgesehen für die Verbandsversammlung am 26.11.2024. Zu den Punkten 4.20.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.20.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.20.8 „Finanzkennzahlen“, 4.20.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Verbandes können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.20.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.20.6

4.20.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.20.6

Individuelle Leistungskennzahlen

Geschäftsjahr	2021	2022	Ver- ände- rung (in %)	2023	Ver- ände- rung (in %)
Derbholzeinschlag (in Festmeter)	195.399	51.577	-74	30.801	-40,28
Forstbetriebsfläche (in Hektar)	8.057,96	8.144,46	1,07	10.780,04	32,36

4.20.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2023 beschäftigte der Gemeindeforstamtsverband 8 (davon 3 verbeamtet, 5 tariflich).

4.20.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.20.6

4.20.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher

Der nach § 8 Abs. 1 der Satzung von der Verbandsversammlung gewählte Verbandsvorsteher Dr. André Brandt, Dezernent beim Kreis Paderborn, nahm während des Jahres 2022 die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes im Rahmen des Haushalts-, Investitions- und Stellenplanes wahr. Seine Stellvertreterin ist Michaela Götz-Brinkmann, Mitarbeiterin des Rechtsamtes vom Kreis Paderborn.

Verbandsversammlung

Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Bernd Janzen für das Verbandsmitglied Kreis Paderborn.

Die Verbandsversammlung besteht gem. § 5 Abs. 1 der Verbandssatzung aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Zum Vorsitzenden der z. Zt. aus 29 Vertretern bestehenden Versammlung wurde Herr Tobias Scherf, Bürgermeister der Stadt Warburg, gewählt. Die Versammlung tritt nach Änderung der Verbandssatzung ab 2009 nach § 5 Abs. 2 der Verbandssatzung wenigstens einmal im Haushaltsjahr zusammen, und zwar zur Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und die Rechnungslegung sowie zur Entlastung des Verbandsvorstehers.



4.21 Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn

4.21.1 Basisdaten

Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung

Paderborn (GKD)

Technologiepark 11

33100 Paderborn

Tel.: 05251/132-0, Fax: 05251/132-2700, Internet: www.gkdpb.de

Gründungsdatum: 01. Januar 1979

4.21.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband GKD Paderborn hat das Ziel, den Verbandsmitgliedern die im Rahmen der technikerunterstützten Informationsverarbeitung geforderten Dienstleistungen als Beratungs-, Organisations-, Software- und Hardwareverbund zu erbringen. Hierbei ist die Organisationshoheit des einzelnen Verbandsmitgliedes unter Berücksichtigung der wechselseitigen Informationsbeziehungen sowie wirtschaftlicher und technischer Gegebenheiten besonders zu beachten.

Der Zweckverband nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

1. Information und Beratung der Verbandsmitglieder in allen Angelegenheiten auf dem Gebiete der Informations- und Kommunikationstechnik.

2. Erstellung und Fortführung eines gemeinsamen Konzeptes zum Einsatz und zur weiteren Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik auf der Grundlage der Anforderungen der Verbandsmitglieder und dessen Umsetzung.

Hierzu gehören:

- Untersuchung vorhandener Verfahren, Auswahl, Beschaffung und Übernahme oder Eigenentwicklung von Verfahren, deren Weiterentwicklung und Pflege;
- Beratung der Verbandsmitglieder bei der Einführung von Verfahren und Schulung des Personals;
- Planung, Beschaffung und Unterstützung bei der Installation der für die Informations- und Kommunikationstechnik bei den Verbandsmitgliedern erforderlichen Hard- und Software, soweit Verbandsmitglieder dies nicht im Benehmen mit dem Zweckverband in eigener Zuständigkeit durchführen,
- Einrichtung und Durchführung eines Rechenzentrumsbetriebs gemäß dem gemeinsamen Konzept.

4.21.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemeinden und Gemeindeverbände können Aufgaben, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind, nach den Vorschriften dieses Gesetzes gemeinsam wahrnehmen. Die GKD Paderborn unterstützt ihre Mitglieder bei allen Angelegenheiten auf dem Gebiete der Informations- und Kommunikationstechnik.

4.21.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Büren, Delbrück, Lichtenau, Paderborn und Salzkotten sowie die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof Mitglieder des Zweckverbandes. Darüber hinaus ist die Anstalt des öffentlichen Rechts „Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe“ (CVUA-OWL) dem Zweckverband zum 1. Januar 2009 beigetreten. Seit dem 01. Juli 2018 ist auch die Stadt Höxter Mitglied des Zweckverbandes GKD Paderborn.

4.21.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesamtzahlung des Kreises belief sich im Berichtsjahr auf 4.863.387,85 €.

4.21.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses in den Gremien der GKD ist nach Angabe des Verbandes vorgesehen am 21.11.2023. Zu den Punkten 4.21.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.21.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.21.8 „Finanzkennzahlen“, 4.21.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der GKD“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.21.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.21.6

4.21.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.21.6

4.21.9 Personalbestand

Siehe Punkt 4.21.6

4.21.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.21.6

4.21.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher der GKD ist der erste Beigeordnete der Stadt Paderborn Herr Venherm. Geschäftsführer der Gemeinschaft ist Herr Kürpick.

Verbandsversammlung

Der Kreis Paderborn wird in der Verbandsversammlung wie folgt vertreten:

Mitglieder		Stellvertreter	
Name	Vorname	Name	Vorname
Ohms	Philipp	Wassong	Thomas, Dr.
Birkelbach	Carsten	Schaper	Elisabeth, Dr.
Hüttemann	Hartmut	Anke	Thomas
Vossebein	Norbert	Neesen	Christoph
Krause	Diethelm	Kohlenberg	Christoph
Schmitt	Simon	Müller	Markus
Langer	Bernd	Fresen	Ulrich
Block	Bianca	Sander	Steffen
Schmidt-Nitkowski	Beate	Henneke	Sabrina
Leyva	Manuel	Risse	Johannes
Werth	Stefan	Haese	Verena

Verwaltungsrat

Der Kreis Paderborn wird in dem Verwaltungsrat wie folgt vertreten:

- Ingo Tiemann (Vertreter: Dr. Thomas Wassong)
- Annette Mühlenhoff (Vertreter: Philipp Ohms)



4.21.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 7 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: rund 29 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.21.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.22 Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter

4.22.1 Basisdaten

Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter

Bahnhofstraße 27a

33102 Paderborn

Tel.: 05251/1233-0, Fax: 05251/1233-99, Internet: www.nph.de

Gründungsdatum: 02. Oktober 1995

4.22.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband nimmt die Interessen der Kreise Paderborn und Höxter bezüglich des straßengebundenen und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV und SPNV) wahr. Er stützt sich dabei ausdrücklich auf das Gesetz über den öffentlichen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW).

Ziele des Zweckverbandes sind die bedarfsgerechte Erfüllung der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben des ÖPNV und SPNV in den Kreisen Paderborn und Höxter sowie die Verknüpfung mit benachbarten Verkehrsräumen. Der ÖPNV und SPNV sollen eine den verkehrlichen, ökonomischen und ökologischen Erfordernissen entsprechende Verkehrsbedienung bieten. Um dieses gemeinsame Ziel möglichst effektiv und kostengünstig verfolgen zu können, schließen sich die Mitglieder zu einem freiwilligen Zweckverband zusammen und übertragen ihm die unter § 3 Abs. 3 genannten Aufgaben.

Der Zweckverband nimmt unter Berücksichtigung der Grundsätze des ÖPNVG NRW insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV in den Kreisen Paderborn und Höxter.
- Die Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes einschl. Finanzplan und Investitionsplan im Bereich des ÖPNV.
- Die Information und Beratung der Verbandsmitglieder, sowie der Städte und Gemeinden der Kreise Paderborn und Höxter hinsichtlich der Planung und Umsetzung lokaler Verkehrskonzepte (z.B. Stadtverkehre).
- Bereitstellung eines bedarfsgerechten und abgestimmten Leistungsangebotes. Marktwirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Grundsätze finden hierbei Anwendung.
- Weiterentwicklung des bestehenden Gemeinschaftstarifes, und soweit möglich, einheitlicher Beförderungsbedingungen sowie eines koordinierten Verkehrsangebots im ÖPNV und SPNV.
- Abstimmung der die Verbandsgrenzen überschreitenden Verkehre mit den Nachbarverbänden.
- Erarbeitung eines einheitlichen Marketingkonzeptes und dessen Umsetzung im Bereich des ÖPNV und SPNV.
- Konzeption, finanzielle Abwicklung und Kontrolle gemeinsamer Qualitäts-offensiven im ÖPNV mit Busunternehmen im Rahmen der Verwendung der jährlichen ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW.
- Der Zweckverband trägt die Verantwortung für Nahverkehrsplan, Marketingmaßnahmen, Fahrgastinformation, Sachmittel sowie für besondere Aufgaben wie Gutachten und Zählungen.
- Die Durchführung von ÖPNV-Verkehren ist nicht Aufgabe des nph.

Aufgabenträger für den SPNV in Westfalen ist der Zweckverband NWL. Die Aufgaben des NWL werden satzungsgemäß im Rahmen einer dezentralen Struktur in den Teilräumen seiner Mitgliedverbände wahrgenommen. Ungeachtet der Aufgabenträgerschaft des NWL für den SPNV wirkt der nph im Rahmen seiner Möglichkeiten auf den Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur hin. Der nph stellt dem Zweckverband NWL dazu personelle und sachliche Mittel seiner Geschäftsstelle nach Maßgabe der einschlägigen beamtenrechtlichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen und/oder Vereinbarungen mit dem Zweckverband NWL zur Verfügung und arbeitet mit dem NWL auf allen Ebenen (Verbandsvorsteher/in, Geschäftsführung, begleitende Arbeitsgruppen) zusammen.

Der Zweckverband ist berechtigt, sich zur Erfüllung besonderer außerordentlicher Aufgaben Dritter zu bedienen. Mit Dritten (kommunalen Körperschaften sowie natürlichen und juristischen Personen des

Privatrechts) können Dienstleistungsverträge abgeschlossen werden, wenn die Erfüllung der Verbandsaufgaben dadurch nicht beeinträchtigt wird und die Aufgabenerledigung für den Verband wirtschaftlich ist.

Der Zweckverband vertritt die ÖPNV-Interessen der Kreise Paderborn und Höxter auch in Zweckverbänden, Einrichtungen und Gremien, die über den Bereich beider Kreise hinausgehen. Er ist insoweit berechtigt, sich an der Bildung von Einrichtungen, Verbänden oder Gesellschaften zu beteiligen.

4.22.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Er umfasst die all-gemein zugängliche Beförderung von Personen mit Verkehrsmitteln im Linien- sowie diesen ersetzten-den, ergänzenden oder verdichtenden Gelegenheitsverkehr, die überwiegend dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu befriedigen.

4.22.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn ist der Kreis Höxter Mitglied des Zweckverbandes.

4.22.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Auf den Kreis Paderborn entfiel im Haushaltsjahr 2023 eine Verbandsumlage in Höhe von 3.582.817,00 €. Die Zahlungen wurde auf dem Konto 537900 „ÖPNV-Zweckverbandsumlage an nph“ des Produktes 160101 „Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen“ verbucht.

Der NPH (Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter) ist erstmalig zum 31.12.2023 als wesentliche Beteiligung des Kreises Paderborn anzusehen, die nach § 51 KomHVO NRW in den Gesamtabchluss im Wege der Vollkonsolidierung einzubeziehen wäre. Daher sind nun auch die Leistungsbeziehungen des NPH und der anderen wesentlichen Beteiligungen untereinander sowie zum Kreis Paderborn darzustellen und zu erläutern.

Die gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Erträge in Höhe von 3.582.817,00 € resultieren aus der ÖPNV-Umlage 2023. Dem stehen auf Seite des Kreises Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber.

Bei den ausgewiesenen Aufwendungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von 47.766,76 € handelt es sich im Wesentlichen um Personalkostenerstattungen (42.709,00 €), Leistungen der Submissionsstelle (2.185,40 €) und Sonstiges (2.872,36 €). Dem stehen auf Seite des Kreises entsprechende Erträge in Höhe von 43.949,36 € gegenüber.

Die vom NPH gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.140,90 € resultieren aus Portokosten (48,20 €) sowie Leistungen der Submissionsstelle 2023 (1.092,70 €). Demgegenüber weist der Kreis Paderborn Forderungen gegenüber dem NPH in Höhe von 48,20 € aus.

Der NPH weist gegenüber dem Kreis Paderborn keine Forderungen aus. Auf Seiten des Kreises werden ebenfalls keine Verbindlichkeiten gegenüber dem NPH ausgewiesen.

4.22.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des NPH vorgesehen für die Verbandsversammlung am 10.12.2024. Zu den Punkten 4.22.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.22.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.22.8 „Finanzkennzahlen“, 4.22.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des NPH können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.



4.22.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.22.6

4.22.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.22.6

4.22.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2023 beschäftigte der Zweckverband 14 Mitarbeiter (Vj. 13).

4.22.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.22.6

4.22.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Ab 01.08.2022 ist der Landrat des Kreises Paderborn Herr Rüter Verbandsvorsteher des NPH. Die Geschäftsführung erfolgt durch Marcus Klugmann.

Verbandsversammlung

Kreis Paderborn			
lfd. Nr.	Name		Bemerkung
1.	Rehmann-Decker	Edith	Verwaltung
2.	Kohlenberg	Christoph	CDU
3.	Neesen	Christoph	CDU
4.	Langer	Bernd	CDU
5.	Lappe	Wilfried	CDU
6.	Vossebein	Norbert	CDU
7.	Niggemeier	Ralf	CDU
8.	Birkelbach	Carsten	B90/Die Grünen
9.	Müller	Markus	B90/Die Grünen
10.	Risse	Johannes	Die Linke / Die Partei
11.	Weigel	Wolfgang	SPD
12.	Schmidt	Jürgen	SPD
13.	Hadaschik, Dr.	Michael	FDP

Kreis Höxter			
lfd. Nr.	Name		Bemerkung
1.	Goeken	Matthias	CDU, MdL
2.	Menzel	Stefan	Verwaltung
3.	Hansmann	Heiko	CDU, Vorsitzender
4.	Wöstefeld	Fabian	CDU
5.	Franzmann	Marcel	SPD
6.	Denkner	Martina	B90/Die Grünen
7.	Lücke	Heinrich	beratend, CDU
8.	Meyer	Sascha	beratend, CDU
9.	Gell	Guido	beratend, SPD



4.23 Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge

4.23.1 Basisdaten

Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge

Grotenburg 52

32760 Detmold

Tel.: 05231/62-7961, Fax: 05231/62-7942, Internet: www.naturpark-teutoburgerwald.de

Gründungsdatum: 22. Juli 1965

4.23.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Aufgabe des Zweckverbandes ist es, den Teutoburger Wald süd-östlich von Bielefeld, das Eggegebirge sowie die darüber hinaus einbezogenen Gebiete der Träger als Naturpark auszugestalten. Der Verband wird im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der allgemeinen Landesplanung den Naturpark mit dem Ziele fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum durch geeignete Maßnahmen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen, auf einen sinnvollen Gebrauch der Naturwerte hinzuwirken und, soweit ihm die Aufgaben übertragen wurden, die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen. Die Belange der Grundeigentümer sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Zu den Aufgaben des Verbandes gehört ferner die Umsetzung des Naturschutzgroßprojektes Senne und Teutoburger Wald innerhalb der Gebietskulisse, die der Förderung nach dem Förderprogramm des Bundes zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung zu Grunde liegt, im Landschaftsraum Senne, des auf Grund der Größe, Landschaftsgeschichte und Ausstattung für den Naturschutz bedeutsamsten Gebietes in NRW.

Bei der Durchführung seiner Aufgaben kann sich der Zweckverband bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen. Zudem verfolgt der Verband keine wirtschaftlichen Zwecke, sondern erfüllt seine Aufgaben nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit.

4.23.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als eine Einrichtung auf dem Gebiet der Erholung liegt der Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge im klassischen Sinne im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ziel ist, die einzigartige Kombination aus für den nordwestdeutschen Raum besonders wertvollen Relikten der Naturlandschaft sowie der gut erhaltenen Elemente der alten Kulturlandschaft zu sichern, zu entwickeln und behutsam erlebbar zu machen.

4.23.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Kreise Hochsauerlandkreis, Höxter, Gütersloh, Lippe sowie die Stadt Bielefeld Mitglieder des Zweckverbandes.

4.23.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2023 eine Verbandsumlage in Höhe von 76.600,00 €. Die Zahlungen wurde auf dem Konto 531304 „Umlage an Naturpark „Teutoburger Wald /Eggegebirge“ des Produktes 130201 „Natur und Landschaftspflege“ verbucht.

4.23.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des Verbandes vorgesehen für die Verbandsversammlung am 05.11.2024. Zu den Punkten 4.23.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.23.7 „Entwicklung der Gewinn- und

Verlustrechnung“, 4.23.8 „Kennzahlen“ und 4.23.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.23.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.23.6

4.23.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.23.6

4.23.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2022 beschäftigte der Zweckverband 3,5 Mitarbeiter (Vj. 3,5).

4.23.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.23.6

4.23.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Vorsteher des Zweckverbandes ist Landrat des Kreises Lippe Dr. Axel Lehmann. Geschäftsführerin ist Frau Birgit Pieper (ab 01.03.2024).

Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung sind die Frauen Kreistagsabgeordneten Block, Dr. Schaper sowie von der Verwaltung stellv. Amtsleiterin des Amtes Umwelt, Natur und Klimaschutz Frau Schnell und die Herren Kreistagsabgeordneten Janzen, Striewe, Zündorf .

Verwaltungsrat: Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.



4.24 Sparkassenzweckverband

4.24.1 Basisdaten

Sparkassenzweckverband der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Blomberg, Delbrück, Detmold, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, Paderborn und Warburg
Sitz Paderborn: Hathumarstraße 15-19, 33098 Paderborn
Sitz Detmold: Paulinenstraße 34, 32756 Detmold

Tel.: 05251/29 29 29, Fax: 05251/292-1549, Internet: -

Gründungsdatum: Zum 1. April 2023 wurden die Sparkasse Paderborn-Detmold, die Sparkasse Höxter und die Stadtparkasse-Delbrück gemäß § 27 Abs. 1 Sparkassengesetz NRW vereinigt. Der Verband ist ab 1. April 2023 Träger der Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter. Der Kreis Höxter und die Städte Delbrück, Höxter und Warburg sind mit Wirkung vom 01. April 2023 dem bestehenden Zweckverband der Sparkasse Paderborn-Detmold beigetreten. Der Zweckverband trägt den Namen „Sparkassenzweckverband der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Blomberg, Delbrück, Detmold, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, Paderborn und Warburg“,

4.24.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Verband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt den Namen „Sparkasse Paderborn-Detmold“.

4.24.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Sparkassen verfolgen den öffentlichen Auftrag auch in der Fläche die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft sicherzustellen.

4.24.4 Mitglieder des Sparkassenzweckverbandes

Neben den Kreisen Höxter, Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Blomberg, Delbrück, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, und Paderborn und Warburg Mitglieder des Zweckverbandes.

4.24.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2023 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.24.6 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher des Sparkassenzweckverbandes ist Herr Borris Ortmeier, Bürgermeister der Stadt Barntrup. Seine Stellvertreter sind Herr Tim Sölter, Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters und Kämmerer der Stadt Horn-Bad Meinberg, sowie Herr Thomas Schröder, Bürgermeister der Stadt Marsberg.

Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung ist Frau Kreistagsabgeordnete Schüssler, die Herren Kreistagsabgeordneten Birkelbach, Jakobsmeier, Konersmann, Krause, Neesen, Niedernhöfer, Nolte, Schmidt, Welsing, Tegethoff, Dr. Welsing, Werth, Wittmer und Zündorf.

4.24.7 Personalbestand

Der Sparkassenzweckverband beschäftigt kein eigenes Personal.



4.25 Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter

4.25.1 Basisdaten

Sparkasse Paderborn-Detmold

Sitz Paderborn: Hathumarstraße 15-19, 33098 Paderborn

Sitz Detmold: Paulinenstraße 34, 32756 Detmold

Tel.: 05251/29 29 30, Fax: 05251/292-1550, Internet: www.sparkasse-paderborn-detmold.de

Gründungsdatum: Die Trägerversammlungen der Stadtparkasse Delbrück, der Zwecksverbandssparkasse Höxter und der Sparkasse Paderborn-Detmold haben im Juni 2022 die Vereinigung der drei Institute mit Wirkung vom 1. April 2023 beschlossen. Die fusionierte Sparkasse firmiert unter der Bezeichnung „Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter (Lippische Spar- und Leihekasse), Zwecksverbandssparkasse der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Blomberg, Delbrück, Detmold, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, Paderborn und Warburg“ und hat ihren Sitz in Paderborn und Detmold

4.25.2 Zweck/ Gegenstand des Betriebes

Der Unternehmenszweck der Sparkasse ergibt sich aus § 2 Sparkassengesetz NRW. Danach haben die Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen. Weiterhin stärken die Sparkassen den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

4.25.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die kommunalen Sparkassen kümmern sich um die geld- und kreditwirtschaftlichen Belange der Bevölkerung sowie der Wirtschaft. Somit dienen sie dem öffentlichen Zweck.

4.25.4 Träger der Sparkasse

Die Sparkasse Paderborn-Detmold ist eine Zweckverbandssparkasse der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Blomberg, Delbrück, Detmold, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, Paderborn und Warburg“ und hat ihren Sitz in Paderborn und Detmold.

4.25.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2023 eine Ausschüttung in Höhe 695.523,67 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 040201 „allg. Kulturpflege“ in Höhe von 347.761,84 € und Produkt 040101 „Kreismuseum Wewelsburg“ in Höhe von 347.761,83 € verbucht.

4.25.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
1. Barreserve	139.730.457,65	167.823.663,57	28.093
a) Kassenbestand	69.200.953,01	80.696.158,10	11.495
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	70.529.504,64	87.127.505,47	16.598
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel	0,00	0,00	0,00
3. Forderungen an Kreditinstitute	584.872.958,01	479.232.024,89	-105.641
4. Forderungen an Kunden	7.057.149.678,13	8.860.480.857,56	1.803.331
5. Schuldverschreibungen und andere	719.045.660,07	1.025.385.583,73	306.340
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche WP	456.280.821,56	601.562.217,44	145.281
6a. Handelsbestand	0,00	0,00	0,00
7. Beteiligungen	115.514.452,87	146.051.561,57	30.537
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	542.795,41	542.795,41	0,00
9. Treuhandvermögen	28.039.647,80	33.712.799,43	5.673
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentl. Hand	0,00	0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte	44.499,00	21.855,00	-23
12. Sachanlagen	43.597.883,02	53.011.764,24	9.414
13. Sonstige Vermögensgegenstände	9.380.864,49	7.331.901,80	-2.049
14. Rechnungsabgrenzungsposten	48.650,04	88.724,04	40
Summe Aktiva	9.154.248.368,05	11.375.245.748,68	2.220.997
Passiva			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.155.484.824,01	1.233.807.357,18	78.323
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.855.427.797,07	8.603.907.065,32	1.748.479
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00
3a. Handelsbestand	0,00	0,00	0,00
4. Treuhandverbindlichkeiten	28.039.647,80	33.712.799,43	5.673
5. Sonstige Verbindlichkeiten	3.337.041,03	6.234.137,01	2.897
6. Rechnungsabgrenzungsposten	660.282,14	950.340,76	290
7. Rückstellungen	129.624.613,45	200.059.184,37	70.435
a) R. für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	69.294.506,00	112.739.664,00	43.445
b) Steuerrückstellungen	0,00	9.431.572,00	9.432
c) andere Rückstellungen	60.330.107,45	77.887.948,37	17.558
8. (weggefallen)	0,00	0,00	0,00
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	5.455.300,00	2.844.000,00	-2.611
10. Genussrechtskapital	0,00	0,00	0,00
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	494.300.000,00	703.000.000,00	208.700
12. Eigenkapital	469.977.801,78	576.140.998,88	106.163
a) gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00
b) Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00
c) Gewinnrücklagen	469.977.801,78	576.140.998,88	106.163
ca) Sicherheitsrücklage	460.627.801,78	566.328.755,81	105.701
cb) andere Rücklagen	9.350.000,00	9.812.243,07	462
d) Bilanzgewinn	11.941.060,77	14.589.865,73	2.649
Summe Passiva	9.154.248.368,05	11.375.245.748,68	2.220.997

4.25.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Zinserträge aus	137.353.698,68	253.804.191,42	116.450
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	131.281.138,58	241.290.092,86	110.009
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	6.072.560,10	12.514.098,56	6.442
2. Zinsaufwendungen	27.158.208,23	61.696.741,28	34.539
3. Laufende Erträge	8.008.975,22	10.199.184,44	2.190
a) aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	5.918.442,12	6.275.817,55	357
b) aus Beteiligungen	1.590.533,10	3.423.366,89	1.833
c) aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	500.000,00	500.000,00	0,00
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften,	180.108,95	146.697,61	-33
5. Provisionserträge	64.807.249,62	86.237.377,02	21.430
6. Provisionsaufwendungen	6.997.310,98	7.564.898,08	568
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	0,00	0,00	0,00
8. Sonstige betriebliche Erträge	6.930.602,92	13.058.584,16	6.128
9. weggefallen	0,00	0,00	0,00
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	109.721.119,88	173.123.609,46	63.402
a) Personalaufwand	74.558.567,56	124.427.006,52	49.868
aa) Löhne und Gehälter	58.236.344,18	76.506.263,75	18.270
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und	16.322.223,38	47.920.742,77	31.599
b) andere Verwaltungsaufwendungen	35.162.552,32	48.696.602,94	13.534
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle	3.926.712,98	4.793.398,14	867
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.146.817,34	3.784.320,12	1.638
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Ford.	38.055.196,63	8.182.920,33	-29.872
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und best.	0,00	0,00	0,00
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen,	683.164,38	493.961,31	-189
Anteile an verb. Unternehmen und wie Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00
16. Erträge a. Zuschreibungen zu Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	225.254,49	86.006,48	-139
18. Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00	56.543.000,00	56.543
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	28.366.850,48	47.177.179,45	18.810
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19.318.354,35	32.227.091,85	12.909
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	279.750,94	360.221,87	80
25. Jahresüberschuss	8.768.745,19	14.589.865,73	5.821
26. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	3.172.315,58	0,00	-3.172
27. Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00
28. Einstellung in Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00
29. Bilanzgewinn	11.941.060,77	14.589.865,73	2.649

4.25.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	5	5	0
Eigenkapitalrentabilität	2	2	0
Anlagendeckungsgrad 2	1264	1015	25
Verschuldungsgrad	1588	1873	-15
Umsatzrentabilität	0	0	0

Individuelle Leistungskennzahlen

Geschäftsjahr (in €)	2022	2023	Ver- änder- ung (in %)
Bilanzsumme	9.154.248.368,05	11.375.245.748,68	24,26
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.855.427.797,07	8.603.907.065,32	25,51
Forderungen an Kunden	7.057.149.678,13	8.860.480.857,56	25,55

4.25.9 Geschäftsentwicklung

Geschäftsentwicklung

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme verringerte sich im Jahr 2023 um 229,4 Mio. € bzw. 2,0 % auf 11.375,2 Mio. €. Das aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten bestehende Geschäftsvolumen verringerte sich um 246,4 Mio. € oder 2,1 % auf 11.513,6 Mio. €. Die Durchschnittsbilanzsumme von 11.497,6 Mio. € hat sich etwas unter den Erwartungen entwickelt.

Aktivgeschäft

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich von 822,4 Mio. € auf 479,2 Mio. €. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Namensschuldverschreibungen zusammen.

Kundenkreditvolumen

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4 und Aktiva 9) stiegen um 39,1 Mio. € bzw. 0,4 % auf 8.894,2 Mio. € an. In Folge der Zinsentwicklung im Jahr 2023 war eine Abschwächung der Kreditnachfrage zu beobachten. Das zu Jahresbeginn prognostizierte spürbare Wachstum konnte deshalb nicht erreicht werden.

Das leichte Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich sowohl im kurzfristigen als auch im langfristigen Bereich.

Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2023 auf 1.092,0 Mio. € und unterschritten damit den Wert des Vorjahres. Die darin enthaltenen Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus verminderten sich im Gesamtjahr um 37,2 % auf 580,5 Mio. €.

Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme erhöhte sich leicht auf 78,2 % (Vorjahr 76,3 %).

Wertpapieranlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapieranlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 80,6 Mio. € auf 1.626,9 Mio. €. Für die Zunahme war insbesondere der Zugang der festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 62,8 Mio. € maßgeblich.

Beteiligungen/Anteilsbesitz

Im Geschäftsjahr 2023 stieg das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen leicht auf 146,6 Mio. € (Vorjahr 146,3 Mio. €). Der Bestand entfiel im Wesentlichen mit 135,4 Mio. € auf die Beteiligung am SVWL und mit 8,1 Mio. € auf die Beteiligung an der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG.

Passivgeschäft

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (einschließlich Treuhandverbindlichkeiten) verringerten sich von 1.434,7 Mio. € auf 1.267,5 Mio. €. Es handelt sich dabei überwiegend um Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen. Die Sparkasse hat aufgenommene Termingelder zurückgezahlt.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nahmen um 155,6 Mio. € oder 1,8 % auf 8.603,9 Mio. € ab. Die im Vorjahr geäußerten Erwartungen zur Bestandsentwicklung der Kundeneinlagen (leichte Steigerung) wurden somit nicht erfüllt.

Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung sowie des gestiegenem Zinsniveaus bevorzugten unsere Kunden feste Anlageformen. Der Bestand an Spareinlagen ist um 597,6 Mio. € und der Bestand der Sichteinlagen ist um 762,7 Mio. € gesunken. Die Sparkassenbriefe und andere Namenspapiere sind um 231,2 Mio. € und die befristeten Einlagen sind um 958,1 Mio. € gestiegen.

Dienstleistungsgeschäft

Zahlungsverkehr

Der Bestand an Konten verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.519 Konten auf 344.060 Konten. Die Anzahl der Kreditkarten lag mit 60.964 Karten etwas über dem Vorjahresniveau (59.824 Karten).

Vermittlung von Wertpapieren

Das Wertpapiergeschäft wurde auch im Jahr 2023 maßgeblich von der Entwicklung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Sowohl Aktien bzw. aktienorientierte Anlagen in Investmentfonds als auch Renten und Rentenfonds wurden dabei bevorzugt. Die Summe der Wertpapierkäufe legte gegenüber dem Vorjahr erneut zu. Der geplante Nettoabsatz in Höhe von 178,0 Mio. € wurde mit einem Wert von 331,2 Mio. € deutlich übertroffen.

Immobilienvermittlung

Das Volumen der Immobilienvermittlungen betrug 58,0 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahr (79,5 Mio. €) gesunken. Die Nachfrage nach Immobilien konzentrierte sich auf den Bereich der Privatimmobilien.

Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 3.814 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von insgesamt 197,8 Mio. € abgeschlossen (Vorjahr 4.499 Verträge mit einem Volumen von 270,8 Mio. €).

Im Bereich der Lebensversicherungen belief sich das Vermittlungsvolumen im Jahr 2023 auf 68,6 Mio. € (Vorjahr 74,6 Mio. €). Das Volumen der vermittelten Sachversicherungen belief sich im Berichtsjahr auf 1,0 Mio. € und lag unter dem Vorjahresniveau (1,2 Mio. €).

Auslandsgeschäft

Im Auslandsgeschäft kam es aufgrund der konjunkturbedingt geringeren Nachfrage durch Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr zu einem Rückgang.

Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienten ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Sparkasse ist gekennzeichnet durch einen Anteil des Kundenkreditvolumens bzw. der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der Bilanzsumme in Höhe von 78,2 % bzw. 75,6 % (im Vorjahr: 76,3 % bzw. 75,5 %).

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Für besondere Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung von Gewinnvorträgen aus Vorjahren. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2023 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 590,7 Mio. € (Vorjahr 579,3 Mio. €) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB durch eine Umwidmung von 0,3 Mio. € zu Lasten der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und eine zusätzliche Vorsorge von 56,2 Mio. € erhöht.

In dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)) übertrifft am 31. Dezember 2023 mit 16,47 % (im Vorjahr: 16,42 %) den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich SREPZuschlag sowie Kapitalerhaltungs- und antizyklischem Kapitalpuffer (Eigenmittelzielkennziffer) deutlich. Zum 1. Februar 2022 wurde der antizyklische Kapitalpuffer von null auf 0,75 % der risikogewichteten Positionswerte erhöht. Zudem wurde ein Systemrisikopuffer von 2,00 % für die Wohnimmobiliensektor eingeführt. Die Quoten sind seit dem 1. Februar 2023 zu beachten.

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich.

Der für 2023 prognostizierte leichte Rückgang der Gesamtkapitalquote trat nicht ein.



Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine gute Eigenmittelbasis. Auf Grundlage unserer Kapitalplanung zum 31. Dezember 2023 bis zum Jahr 2028 ist eine gute Kapitalbasis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie vorhanden.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag mit 138,7 % bis 161,4 % oberhalb des Mindestwerts von 100 %. Die LCR-Quote lag zu 31. Dezember 2023 bei 157,4 %. Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) lag in einer Bandbreite von 122,1 % bis 124,3 %; damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100 % eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2023 nicht genutzt. Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2023	2022	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Zinsüberschuss	202,5	159,2	43,3	27,2
Provisionsüberschuss	78,7	75,3	3,4	4,5
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	13,0	9,1	3,9	42,9
Personalaufwand	124,4	101,9	22,5	22,1
Anderer Verwaltungsaufwand	48,7	45,9	2,8	6,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8,7	8,6	0,1	1,2
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	112,4	87,2	25,2	28,9
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	-8,7	-47,6	38,9	-81,7
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	56,5	4,8	51,7	1.077,1
Ergebnis vor Steuern	47,2	34,8	12,4	35,6
Steueraufwand	32,6	24,0	8,6	35,8
Jahresüberschuss	14,6	10,8	3,8	35,2

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewertet die Sparkasse den Geschäftsverlauf und die Lage der Sparkasse im Geschäftsjahr 2023 als gut. Ursächlich für die positive Entwicklung ist das gestiegene Zinsniveau.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit (ökonomische Perspektive) und einer Kapitalplanung (normative Perspektive) ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests, und es erfolgt eine prozessuale Verknüpfung mit den Strategien, der Risikoinventur und der Risikoberichterstattung. Erstmals zum 1. März 2023 wurden damit fristgerecht die Anforderungen der am 24. Mai 2018 veröffentlichten aufsichtlichen Leitlinien an bankinterne Risikotragfähigkeitskonzepte umgesetzt.

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Ziel der Risikoinventur ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit beurteilen zu können. Zudem werden regelmäßig quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vorgenommen. Auf der Grundlage der zuletzt durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken in der ökonomischen und der normativen Perspektive als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenrisiko	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Aktienkursrisiko
	Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiko	
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	

Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten wurden Indikatoren abgeleitet, die auf quantitativen oder qualitativen Merkmalen basieren.

Ziel der Ermittlung der **Risikotragfähigkeit** in der **ökonomischen Perspektive** ist die Gewährleistung des Gläubigerschutzes. Die Sparkasse ermittelte zum 31. Dezember 2023 ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von 1.550,0 Mio. €. Das daraus abgeleitete Gesamtlimit von 1.140,0 Mio. € wurde auf die wesentlichen Risiken verteilt und so bemessen, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt.



Die bereitgestellten Limite reichten sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Zwischen den wesentlichen Risikoarten werden keine risikomindernden **Diversifikationseffekte** berücksichtigt. Die Sparkasse berücksichtigt innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen, Spreads und Aktien risikomindernde Diversifikationseffekte.

Das auf der Grundlage des Gesamtlimits eingerichtete Limitsystem stellt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

Risikoart	Risikokategorie	Limit	Limitauslastung	
		Mio. €	Mio. €	%
Adressenrisiko		120,0	78,7	65,6
	Kundengeschäft			
	Eigengeschäft			
Marktpreisrisiko		650,0	388,3	59,7
	Zinsänderungsrisiko			
	Spreadrisiko			
	Aktienrisiko			
	Immobilienrisiko			
Beteiligungsrisiko		60,0	37,6	62,7
Liquiditätsrisiko	Refinanzierungskostenrisiko	190,0	114,3	60,2
Operationelles Risiko		120,0	68,0	56,7
Risikotragfähigkeitslimit/Gesamtrisiko		1.140,0	687,0	60,3

Die zuständigen Abteilungen steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2028. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario sowie für ein adverses Szenario getroffen.

In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung und die Eigenmittelempfehlung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum von 5 Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Gleiches gilt im Falle der Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem jedoch nur die harten Mindestkapitalanforderungen zwingend einzuhalten sind.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (**Validierung**).

Die Sparkasse setzt zur **Steuerung** der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeit durchgeführt. Ziel ist die Abbildung außergewöhnlicher aber plausibel möglicher Ereignisse über Szenario- und Sensitivitätsanalysen. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei unerwarteten Ereignissen die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Die turnusmäßige **Risikoberichterstattung** an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht und ergänzende Berichte zu den wesentlichen Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (Interne Kontrollverfahren) dienen neben eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Die Risikocontrolling-Funktion, die aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Aufgabe, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Der Risikocontrolling-Funktion obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet sie die Umsetzung der aufsichtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Limiten. Sie unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die Risikocontrolling-Funktion wird durch den Direktor des Bereiches Controlling und Finanzen wahrgenommen.

Die Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die Sparkasse wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hin. Ferner hat sie den Vorstand hinsichtlich der Einhaltung dieser rechtlichen Regelungen und Vorgaben zu unterstützen und zu beraten.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten (Neu- Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Mit den eingerichteten Risikosteuerungs- und -controllingprozessen können die wesentlichen Risiken frühzeitig identifiziert und gesteuert sowie relevante Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.



In 2023 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war am Bilanzstichtag mit 60,3 % ausgelastet. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen in weiteren starken Zinsanstiegen (u. a. Drohverlustrückstellung gemäß IDW RS BFA 3).

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe „grün“ zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage als ausgewogen.

Chancen- und Prognosebericht

Chancenbericht

Die Chance auf eine Stabilisierung unserer Ertragskraft wollen wir vor dem Hintergrund der besser als erwarteten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem nutzen, indem wir künftig in der Individualkundenberatung insbesondere in den Geschäftsfeldern Immobilien und Wohnen, finanzielle Absicherung sowie Vermögensaufbau und -strukturierung weiter wachsen. Zur Sicherung künftiger Potentiale wollen wir den Marktanteil im Jugendmarkt und bei den jungen Erwachsenen und Familien ausbauen. Darüber hinaus arbeiten wir laufend daran, unsere Prozesse zu optimieren.

Chancen wollen wir nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik das Multikanalbanking, Internetbanking-Angebote und digitale Vertriebskanäle weiter ausbauen und intelligent miteinander vernetzen.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

Prognosebericht

Rahmenbedingungen

Ausblick 2024

Die geopolitischen Aussichten für das Jahr 2024 sind erneut von großer Unsicherheit geprägt. Der Krieg in der Ukraine dauert an, ebenso im Nahen Osten, dazu kommen die Angriffe auf die internationale Schifffahrt im Roten Meer. In 76 Ländern, die für mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung stehen, finden im Jahr 2024 Wahlen statt. Als größte Volkswirtschaft der Welt kommt der Präsidentschaftswahl in den USA eine besondere Bedeutung zu, auch an den internationalen Kapitalmärkten.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet mit einem ähnlichen Wachstum der Weltwirtschaft wie im vergangenen Jahr. Die Organisation hat ihre Prognose für die Weltproduktion (BIP) um 0,2 %-Punkte auf 3,1 % angehoben und erwartet einen Anstieg des Welthandels um 3,3 % (2023: +0,4 %). Im Folgejahr erwartet der IWF eine BIP-Wachstumsrate von 3,2 % und eine weitere Zunahme des Welthandels um 3,6 %.

Für Deutschland fallen die Prognosen weniger gut aus. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute hatten in ihren jüngsten Prognosen von Dezember 2023 eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um +0,5 %

bis +0,9 % im Jahr 2024 und um 1,0 % bis 1,4 % im Jahr 2025 erwartet. Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2024 gegenüber ihrer Herbstprognose deutlich reduziert auf nunmehr 0,2 % für das laufende und 1,0 % für das kommende Jahr.

Die instabile geopolitische Lage hat nicht nur negative Auswirkungen auf die Außenwirtschaft, sondern durch die Verunsicherung der Verbraucher ebenso auf den inländischen Konsum und die langfristigen Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Belastend wirken weiterhin die Auswirkungen der vorangegangenen geldpolitischen Straffung, die Unternehmensinvestitionen verteuern und in besonderem Maße den Immobilienmarkt stark belasten. Auch der extreme Anstieg der Verbraucherpreise in den vergangenen Jahren dürfte das Konsumverhalten zunächst noch negativ beeinflussen.

Positiv für die Konjunktur im Jahr 2024 ist zu vermerken, dass sich die Energiepreise wieder etwas normalisiert haben. Auch die Beschaffungssituation in der Industrie hat sich deutlich entspannt. Allerdings drohen hier aufgrund der verschlechterten Sicherheitslage auf dem Seeweg erneut Schwierigkeiten. Für die exportstarke deutsche Wirtschaft würde sich zudem die – beispielweise vom IWF – prognostizierte Belebung des Welthandels positiv auswirken. Im Inland dürften sich der Anstieg der Tariflöhne und im Zeitverlauf die nachlassende Inflation positiv auf den privaten Konsum auswirken.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich der ifo-Geschäftsklimaindex nach einer gewissen Stabilisierung im Herbst 2023 zu Jahresbeginn 2024 nur schwach. Während die Dienstleistungsunternehmen sich mehrheitlich eher positiv zu ihrer aktuellen Geschäftslage äußerten, beurteilten die Unternehmen aller anderen Sektoren sowohl ihre aktuelle Lage wie auch die Aussichten negativ. Die Erwartungen im Bausektor sind im Februar 2024 auf den niedrigsten Stand seit 1991 gesunken.

Die Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe zeigt ein gemischtes Bild. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lagen die Auftragseingänge im Gesamtjahr 2023 5,9 % niedriger als im Vorjahr. Dennoch befindet sich der Auftragsbestand auf einem hohen Niveau und die Unternehmen verfügen immer noch über ein Auftragspolster von mehr als einem halben Jahr (7 Monate).

Die rückläufige Zahl der Baugenehmigungen und weitere Faktoren sprechen dafür, dass die Bauindustrie im Jahr 2024 einen weiteren Rückgang verzeichnen wird. Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren einen Rückgang der realen Bauinvestitionen um -0,6 % bis -2,5 %. Die Aussichten in den einzelnen Baubereichen fallen dabei recht unterschiedlich aus. Während es beim Wohnungsbau erste Anzeichen für ein Erreichen der Talsohle gibt, bleibt die Lage im Bereich der Gewerbe- und insbesondere der Büroimmobilien schwierig.

Die Verbraucher schauen zu Jahresbeginn skeptisch in die Zukunft. Das GfK-Konsumklima, das kurzzeitig zum Jahresende 2023 eine leichte Erholung verzeichnete, ist erneut gesunken, und zwar um 4,3 Punkte auf -29,7. Laut der GfK-Umfrage in der ersten Januarhälfte sind die Verbraucher sowohl pessimistischer hinsichtlich der Entwicklung ihrer Einkommenssituation als auch in Bezug auf die allgemeine Konjunkturlage. Infolgedessen neigen sie vermehrt dazu, zu sparen, und zögern bei größeren Anschaffungen.

Die schwierige Konjunkturlage schlägt sich bislang lediglich teilweise in einer steigenden Arbeitslosigkeit bzw. einer rückläufigen Nachfrage nach Arbeitskräften nieder. Auch im Jahr 2024 dürfte der deutsche Arbeitsmarkt vergleichsweise stabil bleiben. Für das Gesamtjahr 2024 erwarten die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute mehrheitlich einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote auf 5,8 % bis 5,9 % und eine weitere Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen auf über 46 Millionen (+0,1 % bis +0,2 %).



Nach den außergewöhnlichen Anstiegen der Inflationsrate in Deutschland in 2022 (+6,9 %) und 2023 (+5,9 %) lassen die aktuellen Daten zur Preisentwicklung erwarten, dass der Höhepunkt der Inflation überschritten ist. Den Prognosen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute zufolge wird der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland 2024 mit +2,2 % bis +3,0 % nur etwa halb so hoch ausfallen wie im Vorjahr und im Folgejahr mit +1,8 % bis +2,3 % wieder weitgehend der 2 %-EZB-Zielmarke entsprechen.

Der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen wird sich im laufenden Jahr voraussichtlich weiter fortsetzen. Der IWH-Insolvenztrend blieb zu Jahresbeginn auf hohem Niveau: 40 % über dem Wert vor einem Jahr und 20 % über dem Wert der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019. Neben dem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld dürften die Staatshilfen während der Corona-Pandemie dafür ursächlich sein, die zunächst viele Insolvenzen verhindert hatten. Nachdem der Insolvenztrend im Baugewerbe bereits im vergangenen Jahr klar aufwärtsgerichtet war und die Entwicklung der Baugenehmigungen als Konjunkturindikator auf eine weitere Verschlechterung der Baukonjunktur hinweist, ist ein weiterer Anstieg in diesem Wirtschaftsbereich wahrscheinlich.

Auch zu Jahresbeginn 2024 bleiben alle Einschätzungen zu den wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Risiken bestehen insbesondere bzgl. des weiteren Verlaufs des Krieges in der Ukraine und im Nahen Osten und dem Ausgang wichtiger Wahlen in diesem Jahr. Zudem ist es noch ungewiss, ob die Inflation wirklich nachhaltig auf ein stabilitätskonformes Niveau sinkt und im Zuge dessen, die Frage, wann die EZB die erneute geldpolitische Wende vollziehen wird. Der künftige Zinsverlauf ist wiederum ein wichtiger Faktor für die weitere Entwicklung am Immobilienmarkt. Darüber hinaus steht die deutsche Wirtschaft unverändert vor strukturellen Herausforderungen. Der Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft hat sich unverändert ausgeweitet, die Lieferketten sind weiterhin fragil und die Zukunft insbesondere energieintensiver Industrien in Deutschland ist vor dem Hintergrund der Klimakrise ungewiss.

Nachdem die Notenbanken in 2023 weltweit zunächst ihren restriktiven Kurs fortgeführt hatten und in den vergangenen Monaten das Leitzinsniveau stabil gehalten haben, deuten sich nunmehr erste Tendenzen für Zinssenkungen der Zentralbanken im Jahr 2024 an.

Im bisherigen Jahr 2024 haben sich die Zinsen am Geldmarkt nur wenig verändert. Am Kapitalmarkt war bei den zehnjährigen Bundesanleihen wieder ein leichter Anstieg der Renditen festzustellen. Die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihen lagen zum Jahresbeginn bei 2,10 % und bis zum 26. März 2024 bei 2,35 %.

Die Deutsche Bundesbank geht davon aus, dass sich der Anstieg der Margen im Einlagen- und Kreditgeschäft der deutschen Kreditinstitute so nicht fortsetzen wird. Es ist demnach zu erwarten, dass der zunehmende Wettbewerb im Einlagengeschäft, das schwache Kreditneugeschäft sowie eine Zunahme von Kreditausfällen die Ertragslage der nächsten Jahre belasten werden. Darüber hinaus geht die Bundesbank von steigenden Verwaltungsaufwendungen durch notwendige Investitionen (u. a. zur Verhinderung von Cyberkriminalität und zur verstärkten Digitalisierung) aus.

Für das stark zinsabhängige Geschäftsmodell der Sparkassen wird im laufenden Jahr aufgrund der Erwartung sinkender Marktzinsen mit leicht rückläufigen Zinsüberschüssen gerechnet. Gleichzeitig werden die Verwaltungsaufwendungen durch das Inkrafttreten des letzten Tarifabschlusses sowie der weiterhin hohen Inflation erneut ansteigen, wenn auch nicht so stark wie im Jahr 2023. Die Kreditnachfrage wird voraussichtlich weiter verhalten ausfallen, während auf der Einlagenseite weitere Umschichtungen von den Sichteinlagen hin zu Termingeldern und Eigenemissionen zu erwarten sind.

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation kann es zu einem Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft kommen.

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2023 rechnen wir mit einem spürbaren Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft um 4,15 %, vorrangig aus dem Darlehensgeschäft mit unseren Privat- und Firmenkunden.

Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung erwarten wir für 2023 ein Wachstum der Kundeneinlagen um 2,5 %.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg um rund 2,8 %.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2024 aufgrund der Forcierung des Wertpapiergeschäfts und des Vermittlungsgeschäfts von steigenden Erträgen aus.

Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Für das Jahr 2024 sind größere Investitionen in den Umbau und Neubau von Filialen geplant.

Ertrags- und Vermögenslage

Auf Basis von Betriebsvergleichszahlen rechnen wir aufgrund der weiterhin inversen Zinsstrukturkurve und dem erhöhten Zinsniveau mit einem um 22,1 Mio. € verringerten Zinsüberschuss. Dies ist insbesondere auf den deutlich steigenden Zinsaufwand auf der Passivseite zurückzuführen.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem leichten Anstieg um 0,6 Mio. € aus. Steigerungen planen wir u.a. im Wertpapiergeschäft und im Vermittlungsgeschäft.

Trotz unseres stringenten Kostenmanagements wird der Verwaltungsaufwand deutlich um bis zu 7,2% steigen. Die tendenziell steigenden Personalkosten wollen wir durch ein stringentes Personalmanagement in Grenzen



halten. Zum Sachkostenmanagement ist mit verschiedenen Projekten begonnen worden, durch die das Niveau gehalten werden soll. Investitionen in unsere Filialen, in Digitalisierung und IT führen 2024 zu einer Erhöhung des Sachaufwands.

Insgesamt ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2024 ein spürbar sinkendes Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,87 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 11,8 Mrd. €.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft erwarten wir nach den hohen Zuführungen zu den Risikovorsorgemaßnahmen im Vorjahr trotz einer weiterhin verstärkt risikoorientierten Kreditgeschäftspolitik eine Belastung leicht unter dem Vorjahresniveau.

Aus den eigenen festverzinslichen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Spezialfonds und Immobilienfonds rechnen wir aufgrund der hohen zinsinduzierten Abschreibungen in 2022 mit einem positiven Bewertungsergebnis. Dies ist insbesondere auf die Wertaufholungen unserer festverzinslichen Wertpapiere zurückzuführen.

Für das sonstige Bewertungsergebnis erwarten wir eine Belastung in Höhe von 1,9 Mio. €. Auch künftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio nicht ausgeschlossen werden.

Für 2024 erwarten wir eine Eigenkapitalrentabilität von 5,0%. Bei der CIR erwarten wir für 2024 mit einem Verhältnis von 61,2% einen höheren Wert.

Die prognostizierte Entwicklung der Ertragslage ermöglicht eine weitere Stärkung der Eigenmittel. Die intern festgelegte Mindest-Gesamtkapitalquote in Höhe von 13,2 %, die sich ergibt aus dem aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach der CRR von 8,0 Prozentpunkten zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers von 2,5 Prozentpunkten, des SREP-Zuschlags von 1,5 Prozentpunkten (mit Bescheid vom 15. Januar 2024 Reduzierung auf 1,15 Prozentpunkte) und vorausschauend dem antizyklischen Kapitalpuffer von 0,75 Prozentpunkten sowie dem Kapitalpuffer für systemische Risiken (0,35 Prozentpunkte), wird mit einem Wert von zurzeit 16,47 % deutlich überschritten. Auf Basis unseres aktuellen Kenntnisstandes über die Maßnahmen der BaFin und unserer aktuellen Ergebnis- und Kapitalplanung gehen wir davon aus, dass wir auch diese erhöhten Anforderungen erfüllen werden. Unsere Prognosen für die Gesamtkapitalquote gehen für das Jahr 2024 von einem Wert von 15,54 % aus.

Insbesondere bei einer konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen sowie Meldewesen) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

Gesamtaussage

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2024 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2024 beurteilen wir in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als noch günstig.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir daher davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Die Auswirkungen der derzeitigen Situation in der Ukraine können die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hinsichtlich des Eintreffens der für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Prognosen, ggf. über das bereits in unserem internen Reporting enthaltene Ausmaß hinaus negativ beeinflussen. Weitere Unsicherheiten ergeben sich hieraus für die Zinsentwicklung und Inflation.

4.25.10 Organe und deren Zusammensetzung

Die Organe einer Sparkasse sind der Vorstand als geschäftsführendes Gremium und der Verwaltungsrat als Aufsichtsgremium.

Vorstand

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Paderborn-Detmold ist Herr Arnd Paas. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind Hubert Böddeker bis 31. März 2023), Andreas Trotz, Frohß, Achim und Härtel, Jens bis 31. März 2023).

Verwaltungsrat

Nach dem Anhang des Jahresabschlusses 2023 gehören dem Verwaltungsrat der Sparkasse Paderborn - Detmold folgende Mitglieder an:

lfd. Nr	Name
1	Dreier, Michael
2	Kottmann, Ilka
3	Rosenkranz, Michael
4	Astler, Michael
5	Hansbuer, Werner
6	Bauernkämper, Jürgen
7	Bekiersch, Oliver
8	Bönigk, Hubertus
9	Celik, Celil
10	Friedrich, Rainer
11	Grigat, Stephan
12	Hilker, Frank
13	Hohenner, Klaus-Peter
14	Höschchen, Hartwig
15	Kirchhof, Erhard
16	Koch, Eva
17	Loke, Werner
18	Mertens, Markus
19	Mürköster, Silke

20	Pohlmeier, Günther
21	Rüther, Christoph
22	Tewes, Claudia

4.25.11 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 22 Mitgliedern fünf Frauen an (Frauenanteil: rd. 23 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.25.12 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.26 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland

4.26.1 Basisdaten

Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland

Aldegrevewall 24

59494 Soest

Tel.: 02921/3641-0, Fax: 02921/3641-30, Internet: www.studieninstitut-soest.de

Gründungsdatum: Begründet wurde das Studieninstitut 1922 als "Verwaltungsschule" und wird seit 1926 in der Rechtsform eines Zweckverbandes geführt.

4.26.2 Zweck/ Gegenstand des Institutes

Dem Institut obliegen die praxisbezogene theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern, Beamten, Angestellten und sonstigen Dienstkräften der öffentlichen Verwaltung sowie die Abnahme der vorgeschriebenen Prüfungen.

Das Institut kann zusätzliche Aufgaben übernehmen, insbesondere solche, die der Auswahl und der Fortbildung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes dienen.

4.26.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland ist eine Einrichtung zur Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden im Personalbereich (Aus- und Weiterbildung). Sie dient somit mittelbar dem öffentlichen Zweck.

4.26.4 Mitglieder des Institutes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Kreise Höxter, Soest, Unna, Warendorf, der Hochsauerlandkreis und die Stadt Hamm Mitglieder des Zweckverbandes

4.26.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Auf den Kreis Paderborn entfiel im Haushaltsjahr 2023 eine Verbandsumlage in Höhe von 127.248,97 €. Die Zahlung wurde auf dem Konto 531301 „Umlage an das Studieninstitut Soest“ des Produktes 010401 „Personal“ verbucht.

4.26.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des Verbandes vorgesehen für die Verbandsversammlung am 20.11.2024.

Zu den Punkten 4.26.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.26.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.26.8 „Finanzkennzahlen“, 4.26.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Studieninstitutes können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.26.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.26.6

4.26.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.26.6

Individuelle Leistungskennzahlen

Fortbildung				
Jahr	2020	2021	2022	2023
Teilnehmer-tage	2.066	2.982	2252	1.352
Vor-Ort-Seminare	34	80	41	36
Teilnehmer der Vor-Ort-Seminare	420	790	713	625

Ausbildung				
Jahr	2020	2021	2022	2023
geleistete Unterrichtsstunden	9.974	9.648	9.279	9.092
davon erbracht durch nebenamtliche Dozenten	4.035	3.645	3.167	2.903

4.26.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2023 beschäftigte das Studieninstitut 12 Mitarbeitende (Vj. 15 [davon 3 in Teilzeit]).

4.26.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.26.6

4.26.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Studienleiter

Verbandsvorsteher des Studieninstitutes ist der Kreisdirektor des Kreises Soest Herr Topp. Der Studienleiter Geschäftsführer ist Herr Brüggendorst.

Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung ist die Amtsleiterin des Amtes Personalservice.

Verwaltungsrat: Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.



4.27 Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land

4.27.1 Basisdaten

Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land

Aldegrevestraße 10 – 14

33102 Paderborn

Tel.: , Fax: , Internet: meine-wertstofftonne.de

Gründungsdatum: Die Satzung des Verbandes und die Genehmigung der Verbandssatzung durch die Bezirksregierung Detmold wurden am 9. November 2015 in der Nr. 46 des Amtsblattes für den Regierungsbezirk Detmold öffentlich bekannt gemacht. Nach § 11 Abs. 2 GkG ist der Verband damit am 10. November 2015 entstanden.

4.27.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband erfüllt für seine Mitglieder als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Kreis Paderborn die Aufgabe der Abstimmung mit den Systemen nach § 6 Abs. 4 S. 1 Verpackungsverordnung vom 21. August 1998 (BGBl. I S. 2379), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Juli 2014 (BGBl. I S. 1061) geändert worden ist (VerpackV).

Der Zweckverband vereinbart für seine Mitglieder die Entgelte nach § 6 Abs. 4 S. 8 VerpackV (sog. Nebenentgelte) mit den Systembetreibern und zieht dieselben ein.

Der Zweckverband erfüllt für die Städte und Gemeinden des Kreises Paderborn auf Grundlage der jeweils gültigen Abfallsatzungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Aufgabe der Erfassung des kommunalen Anteils aus einer gemeinsamen Erfassung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen nach der jeweils für den Kreis Paderborn gültigen Abstimmung i. S. d. § 6 Abs. 4 S. 1 VerpackV. Die Satzungshoheit der Städte und Gemeinden des Kreises Paderborn bleibt von dieser Aufgabenübertragung unberührt. Das Recht, für diese Leistung Benutzungsgebühren nach § 6 des Kommunalen Abgabengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG) zu erheben, geht nicht mit über. Von der Aufgabenübertragung nach Satz 1 dieses Absatzes ausgenommen ist die Erfassung des kommunalen Anteils für die Stadt Paderborn, da diese die Aufgabe durch die Stadt Paderborn – den ASP – Eigenbetrieb der Stadt Paderborn (ASP) – selbst erfüllt wird.

Der Zweckverband erfüllt anstelle des Kreises Paderborn die kommunale Aufgabe der Verwertung des kommunalen Anteils aus einer gemeinsamen Erfassung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen nach der jeweils für den Kreis Paderborn gültigen Abstimmung i. S. d. § 6 Abs. 4 S. 1 VerpackV. Die Satzungshoheit der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und des Kreises Paderborn bleiben von den vorstehenden Aufgabenübertragungen unberührt.

4.27.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband übernimmt die Aufgaben seiner Mitglieder, zu denen diese als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger gesetzlich verpflichtet sind. Somit dient er dem öffentlichen Zweck.

4.27.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof, die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Büren, Delbrück, Lichtenau, Paderborn, Salzkotten Mitglieder des Zweckverbandes.

4.27.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt nach der Satzung zum 1. Januar und zum 1. Juli eines Jahres auf der Grundlage des von der Verbandsversammlung beschlossenen Wirtschaftsplanes eine Umlagen-Vorauszahlung. Die Zahlung erfolgt über den Haushalt des A.V.E. Eigenbetriebes.

4.27.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,00	0,00	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0
II. Sachanlagen	0,00	0,00	0
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0
B. Umlaufvermögen	141.244,41	159.512,49	18
I. Vorräte	0,00	0,00	0
II. Forderungen	290,53	40.326,93	40
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0
IV. Flüssige Mittel	140.953,88	119.185,56	-22
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Aktiva	141.244,41	159.512,49	18
Passiva			
A. Eigenkapital	76.326,37	101.995,42	26
I. Gewinn- / Verlustvortrag	47.457,00	76.326,37	29
II. Jahresüberschuss	28.869,37	25.669,05	-3
B. Rückstellungen	22.120,10	8.175,03	-14
C. Verbindlichkeiten	42.797,94	49.342,04	7
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Passiva	141.244,41	159.512,49	18

4.27.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2023	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	782.520,37	794.092,23	12
2. Materialaufwand	731.437,04	749.370,18	18
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	731.437,04	749.370,18	18
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00	0,00	0
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	11.764,74	10.009,34	-2
4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4,73	0,00	-0
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.444,49	9.043,66	-1
7. Ergebnis nach Steuern	28.869,37	25.669,05	-3
8. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	28.869,37	25.669,05	-3

4.27.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	64	54	18
Eigenkapitalrentabilität	25	38	-33
Anlagendeckungsgrad 2	0	0	0
Verschuldungsgrad	56	85	-34
Umsatzrentabilität	3	4	-12

4.27.9 Personalbestand

Der Zweckverband verfügte im Jahr 2023 über kein Personal.

4.27.10 Geschäftsentwicklung

Wirtschaftsbericht

Grundlagen des Verbandszwecks - Darstellung des Geschäftsverlaufes

Der Aufgabenbereich des WPL-Zweckverbandes (Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land) ergibt sich aus der in 2021 neu vereinbarten Abstimmungsvereinbarung und der dazu gehörenden Anlage 8 (Gemeinsame Wertstofffassung) zur Abstimmungsvereinbarung mit den dualen Systembetreibern nach § 22 Verpackungsgesetzes (VerpackG).

Der WPL verfügt für die Ausführung seiner Aufgaben satzungsgemäß über kein eigenes Personal. Die Leistungen des Zweckverbandes werden durch Unterstützungsleistungen der kommunalen Mitglieder im Kreis Paderborn erbracht bzw. durch den A.V.E. Eigenbetrieb des Kreises Paderborn und den ASP-Eigenbetrieb der Stadt Paderborn gemäß § 9 der Zweckverbandssatzung arbeitstechnisch ausgeführt.

Im Zuge der Neuverhandlungen über die Abstimmungsvereinbarung wurde mit den dualen Systembetreibern im März 2021 ein neues wissenschaftliches Gutachten über die Zusammensetzung der gelben Wertstofftonne (WST) aus Leichtverpackungen (LVP) und stoffgleichen Nichtverpackungen (stNVP) in Auftrag gegeben. Gegenüber dem seit 2016 geltenden operativen Kostenanteil von 27 % für stNVP hat das Gutachten jetzt nur noch einen Anteil von 18% festgestellt. Somit zeigen sich gemäß den Verwertungsanforderungen des Verpackungsgesetzes (VerpackG) die dualen Systembetreiber für den prozentualen Anteil von 82 % LVP verantwortlich. Dagegen hat der WPL-Zweckverband für eine geordnete Verwertung von 18 % stNVP nach den Verpflichtungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) Sorge zu tragen. Beide Vertragsparteien sind übereingekommen, dass aus logistischen und wirtschaftlichen Gründen der 18-prozentige kommunale Flächenanteil des WPL sich auf den Einsammlungsbereich im Stadtgebiet von Paderborn konzentriert. Bereits seit kreisweiter Einführung der WST in 2016 wird die Einsammlung im Stadtgebiet Paderborn durch den ASP-Eigenbetrieb der Stadt Paderborn durchgeführt. Für den verbleibenden Anteil der Stadt Paderborn sowie für die übrigen neun Kommunen erfolgt die WST-Abfuhr durch den Drittbeauftragten der dualen Systembetreiber. Diese Neuaufteilung findet in Anlage 8 zur Abstimmungsvereinbarung Berücksichtigung und gilt seit dem 01.01.2022. Insoweit sinken mit diesem Zeitpunkt die operativen Geschäftskosten des WPL in beträchtlichem Umfang. Entsprechend der Abstimmungsvereinbarung obliegen dem WPL uneingeschränkt die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit, der Koordination der Behältervolumen und die der Zurverfügungstellung der Containerstellplätze sowie deren Abrechnung.

Die kommunale Umsetzung des seit 2019 geltenden VerpackG konnte mit der in 2021 neu vereinbarten Abstimmungsvereinbarung zwischen dem damaligen Verhandlungsführer der dualen Systembetreiber, der BellandVision GmbH (Pegnitz), und dem WPL als Verhandlungsführer aller Kreiskommunen endgültig abgeschlossen werden. Diese Abstimmungsvereinbarung gilt unbefristet. Allerdings werden die der Abstimmungsvereinbarung anhängigen Systemfestlegungen bzw. Systembeschreibungen wie bisher alle drei Jahre dem aktuellen Stand der kommunal bereitgestellten Wertstofftonnen und Glascontainern über Verhandlungen mit den dualen Systembetreibern angepasst. Zum Ende des Jahres 2023 wurden neue Vereinbarungen mit dem ausgelosten Systembetreiber für den Kreis Paderborn, Fa. Reclay Systems GmbH, Im Zollhafen 2-4, 50678 Köln für die Einsammlung und Verwertung von Altpapier – gilt ab dem 01.01.2024 - sowie für die Systembeschreibung der Sammelsysteme von Verpackungen – gilt ab dem 01.01.2025 - abgeschlossen. Für die Abstimmung des Sammelsystems für Altglas ab dem 01.01.2025 ist dem Kreis Paderborn PreZero Dual, Stiftsbergstraße 1, 74172 Neckarsulm zugelost worden.

Im Kreis Paderborn sind derzeit rund 90.000 Wertstofftonnen (240 ltr.) sowie 1.820 Rollcontainer (1.100 ltr.) für die Privathaushalte und Kleingewerbebetriebe im Umlauf. Soweit zusätzliche Behältnisse aufgestellt werden, geschieht dieses nach eingehender Prüfung durch die Kommunen. Der Mehrbedarf resultiert in der Regel daraus, dass das kalkulierte Behältervolumen von 40 Liter je Grundstücksbewohner und Monat (eine 240-l-WST für 1 bis 6 Haushaltsbewohner) in Ausnahmefällen zu gering bemessen ist. Die kreisangehörigen

Kommunen bewilligen dann bei begründetem Mehrbedarf und nach Absprache mit dem WPL die zusätzliche Bereitstellung einer WST. Für die Bereitstellung erhebt der WPL eine gesonderte Gebühr gegenüber der jeweiligen Kommune.

In der WPL-Zweckverbandssitzung vom 17.10.2023 wurde aufgrund des positiven Geschäftsverlaufes eine Erstattung von 0,50 € pro Einwohner und erneut eine Umlage in Höhe von 2.200 € pro kommunaler Mitgliedschaft für das Geschäftsjahr 2023 beschlossen. Die Umlage in Höhe von 3,00 € pro Bürger*in für die Behältergestellung, Wertstofferrfassung, Materialumschlag und Wertstoffverwertung bleibt 2024 unverändert.

Mengenentwicklung und anschließende Verwertung

Neben der grünen, blauen und grauen Tonne ist die gelbe Wertstofftonne im achten Jahr nach ihrer kreisweiten Einführung fest in den Privathaushalten etabliert. Die Wertstofftonne besitzt eine fortgesetzt hohe Akzeptanz in den Haushalten. Gegenüber 2022 mit erfassten 10.987 t sind die Wertstoffmengen im Berichtsjahr um 0,4 % leicht angestiegen auf 11.034 t, was ca. 35,4 kg pro Kreisbürger*in entspricht. Ein Grund hierfür liegt unter anderem am Bevölkerungszuwachs im Stadt- und Kreisgebiet. Daraus resultiert der mit 18 % zu verantwortende Mengenanteil des WPL von 1.986 t. Zur Behandlung und Verwertung dieser knapp 2.000 t besteht zwischen dem WPL und der Fa. ECOWEST in Ennigerloh ein Vertrag, der in einer mechanischen Aufbereitungsanlage die Sortierung der dahin angelieferten Wertstoffmengen aus Kunststoff und Metall vorsieht. Aus dem Mengenstrom werden speziell Metalle und Tetrapak separiert und werkstofflich verwertet. Die verbleibenden Kunststoffe gelangen derzeit als Mischkunststoffe in die energetische Verwertung - konkret zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen (EBS) in die Zementindustrie.

Die insgesamt über die WST erfassten Mengen müssen als weiterhin hoch eingestuft werden. Dem in den letzten Jahren maßgeblich dazu beigetragenem bundesweit gestiegene Online-Handel sowie der sehr hohe Verbrauch von Convenience- und To-Go-Einwegverpackungen wird mittels neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen in Kürze etwas Einhalt geboten werden.

Prognose, Chancen- und Risikobericht

Das operative Geschäft des WPL wird ausschließlich per kommunale Umlage finanziert. Demnach haben höhere Kosten des operativen Geschäfts zur Wertstofftonne (Behälter-, Logistik-, Sortier- und Verwertungskosten) unmittelbare Auswirkungen auf die Höhe der Umlage. Auch die volatile Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten für die Verwertung von Kunststoffen und Metallen muss in das operative Geschäft des WPL ebenso mit einbezogen werden wie die vertragliche Gleitklausel bei den Sortier- und Verwertungsleistungen mit ihren jährlichen Kostenanpassungen. Mittel- oder langfristige Geschäftsrisiken für den WPL-Zweckverband bei der Verwertung und Entsorgung von stoffgleichen Nichtverpackungen aus Kunststoffen oder Metallen sind nicht zu erwarten, zumal die jährlich zu verarbeitenden Verwertungsmengen des WPL sehr überschaubar sind.

Neben der neu ausgehandelten Abstimmungsvereinbarung und den dazugehörigen Anlagen zur Systembeschreibung bleiben die Nebenentgelte für Abfallberatung und Altglas-Containerstellplatzreinigung für die Jahre 2023 und 2024 unverändert auf dem Entgeltniveau der vergangenen Jahre, ja leider seit Beginn der 1990er Jahre. Der WPL verfolgt dennoch weiterhin das Ziel, bei den anstehenden Verhandlungen mit den dualen Systembetreibern höhere Nebenentgelte auszuhandeln, die längst überfällig sind. Die bestehenden Nebenentgelte können aus WPL-Sicht nur als Mindestsätze betrachtet werden.

In 2023 unverändert geblieben sind die Verhandlungsergebnisse über die kommunale Mitbenutzung der „Blauen Tonne“ zur Erfassung von Papierverpackungen (PPK: Papier/Pappe/Karton), die nach dem VerpackG den dualen Systembetreibern zugestanden werden. Dieses PPK-Geschäftsgebaren liegt nicht im originären Verantwortungsbereich des WPL, sondern in dem der zehn kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Der WPL

verfügt hier nur über ein offizielles Verhandlungsmandat von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Der prozentuale PPK-Mitbenutzungsanteil der dualen Systeme von 45 % sowie das konkrete Mitbenutzungsentgelt an der kommunalen „Blauen Tonne“ von 145,00 €/t wurde im beiderseitigen Einvernehmen angepasst. Das direkte PPK-Geschäft zwischen Systembetreibern und jeder einzelnen Kommune bleibt infolge uneingeschränkt bestehen. Somit liegt die PPK-Direktvermarktung unverändert bei der Kommune bzw. bei dem von ihr beauftragten Entsorgungsunternehmen.

4.27.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher des Zweckverbandes war bis zum 31.12.2023 Herr Dezernent Dipl.-Ing. Martin Hübner. Ab dem 01.01.2024 ist Herr Dezernent Dr. André Brandt Verbandsvorsteher des Zweckverbandes. Geschäftsführendes Verbandsmitglied ist der A.V.E. Eigenbetrieb des Kreises Paderborn.

Verbandsversammlung: Mitglieder der Verbandsversammlung ab dem 15.11.2022

lfd. Nr.	Name	Gemeinde /Kreis
1	Meinolf Päsch	Kreis Paderborn
2	Katharina Fiebig	Kreis Paderborn
3	Matthias Möllers	Gemeinde Altenbeken
4	Hermann Striewe	Gemeinde Altenbeken
5	Ulrich Lange	Stadt Bad Lippspringe
6	Dirk Born	Stadt Bad Lippspringe
7	Christian Carl	Stadt Bad Wünnenberg
8	Norbert Münster	Stadt Bad Wünnenberg
9	Uwe Gockel	Gemeinde Borchten
10	Hansjörg Frewer	Gemeinde Borchten
11	Burkhard Schwuchow	Stadt Büren
12	Dirk Herbst	Stadt Büren
13	Brigitte Wecker-Brökelmann	Stadt Delbrück
14	Josef Westerhorstmann	Stadt Delbrück
15	Andreas Schwarzenberg	Sennegemeinde Hövelhof
16	Dr. Christian Berg	Sennegemeinde Hövelhof
17	Ute Dülfer	Stadt Lichtenau
18	Jürgen Urban	Stadt Lichtenau
19	Dr. Dietmar Regener	Stadt Paderborn - ASP-
20	Sascha Pöppe	Stadt Paderborn
21	Ulrich Berger	Stadt Salzkotten
22	Hubertus Kaiser	Stadt Salzkotten

Verwaltungsrat

Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.



4.28 Wasserverband Aabach-Talsperre

2.28.1 Basisdaten

Wasserverband Aabach-Talsperre

Bleiwäscher Straße 6

33181 Bad Wünnenberg

Tel.: 02953/9877-0, Fax: 02953/9877-10/15, Internet: www.aabachtalsperre.de

Gründungsdatum: 16. August 1973

2.28.2 Zweck/ Gegenstand des Wasserverbandes

Der Verband hat die Aufgaben:

- aus der Aabach-Talsperre seinen Mitgliedern Trink- und Brauchwasser zu beschaffen und an den Übergabeanlagen bereitzustellen
- die hierfür erforderlichen Anlagen der Gewinnung, Förderung, Aufbereitung, Speicherung und des Transportes zu bauen, zu betreiben, instand zu halten und zu erneuern
- mit der Talsperre zum Hochwasserschutz beizutragen
- anfallende Wasserkraft zur Energierückgewinnung zu nutzen

2.28.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Menschen benötigen Wasser; Flüsse und Seen sind ein wesentliches Element unseres Ökosystems, aber auch Erholungsräume und Transportwege. Sauberes Trinkwasser ist ein knappes und Tees Gut. Der weltweite Wasserverbrauch hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit müssen daher langfristig mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlage Wasser verträglich sein. Von der Trinkwasseraufbereitung und Abwasserreinigung bis zur Unterhaltung von Gewässern und Deichen nehmen Wasserverbände in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl öffentlicher Aufgabe wahr.

2.28.4 Mitglieder des Wasserverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind der Kreis Soest, die Lörmecke-Wasserwerk GmbH (Erwitte), die Wasserversorgung Beckum GmbH (Beckum), die Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH (Rheda-Wiedenbrück) und die Wasserwerke Paderborn GmbH (Paderborn) Mitglieder des Wasserverbands Aabach-Talsperre.

2.28.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn hat die Rechte für die Wasserabnahme abgetreten und zahlt somit keine Verbandsbeiträge.

2.28.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in EUR)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	12.383.575,74	12.144.939,42	-239
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	88.363,00	71.428,00	-17
II. Sachanlagen	12.295.212,74	12.073.511,42	-222
B. Umlaufvermögen	3.949.297,03	4.220.450,99	271
I. Vorräte	213.519,22	162.985,85	-51
II. Forderungen und sonstige	497.516,57	350.890,49	-147
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.238.261,24	3.706.574,65	468
C. Rechnungsabgrenzungsposten	32.840,00	33.557,76	1

Summe Aktiva	16.365.712,77	16.398.948,17	33
Passiva			
A. Eigenkapital	14.316.172,67	14.316.172,67	0
B. Rückstellungen	781.927,98	334.510,36	-447
C. Verbindlichkeiten	1.267.612,12	1.748.265,14	481
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Passiva	16.365.712,77	16.398.948,17	33

2.28.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	6.601.226,05	6.129.246,45	-472
a) Beiträge	5.881.194,78	6.384.099,78	503
b) Beitragsunterdeckung / Beitragsüberzahlung (-)	640.375,89	-425.212,42	-1.066
c) Stromerzeugung Steinhausen	57.765,03	123.153,55	65
d) sonstige Umsatzerlöse	21.890,35	47.205,54	25
2. andere aktivierte Eigenleistungen	49.336,00	34.732,00	-15
3. Sonstige betriebliche Erträge	101.499,31	141.339,84	40
4. Materialaufwand	3.230.770,57	2.996.796,81	-234
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.823.180,86	1.609.960,17	-213
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.407.589,71	1.386.836,64	-21
5. Personalaufwand	1.964.855,62	1.922.579,58	-42
a) Löhne und Gehälter	1.536.249,32	1.520.879,35	-15
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	428.606,30	401.700,23	-27
6. Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.174.404,83	1.129.054,91	-45
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	433.631,41	251.267,27	-182
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	59.148,98	1.578,00	-58
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	333,00	0,00	0
9. Ergebnis nach Steuern	7.214,91	7.197,72	0
10. sonstige Steuern	7.214,91	7.268,80	0
11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0

2.28.8 Kennzahlen

Spalte1	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	87	87	0%
Eigenkapitalrentabilität	0	0	0%
Anlagendeckungsgrad 2	132	135	3%
Verschuldungsgrad	14	15	1%
Umsatzrentabilität	0	0	1%

2.28.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2023 beschäftigte der Wasserverband 28 Mitarbeiter.

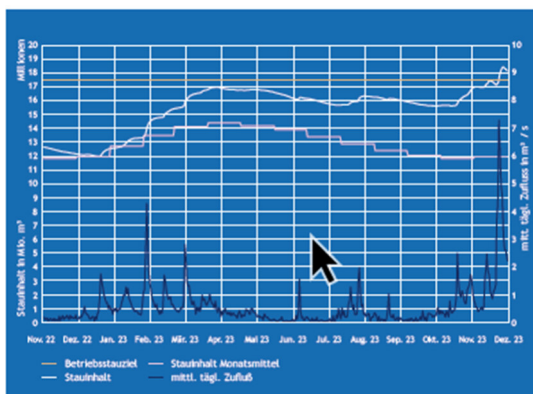
2.28.10 Geschäftsentwicklung

Die Ziele des Wasserverbandes Aabach-Talsperre waren auch im Jahr 2023 auf Versorgungssicherheit, Anlagensicherheit und Wassergütesicherung sowie auf straffes Kostenmanagement ausgerichtet. Rahmenbedingungen für den Betrieb der Talsperre und die Trinkwasserbereitstellung galten im Berichtszeitraum unverändert wie im Vorjahr. Die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Wasserverbandes ist unverändert stabil. Die Umsatzerlöse entsprechen der Aufwandsentwicklung. Die Liquidität war jederzeit gesichert. Die Kapitalausstattung ist ausreichend. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen. Am 05.10.2023 fand routinemäßig die Talsperrenkontrolle durch die Aufsichtsbehörde statt. Beanstandungen wurden nicht festgestellt. Die Qualität des abgegebenen Trinkwassers entsprach uneingeschränkt den Anforderungen der TrinkwV und wies eine über den Jahresgang gleichmäßige Beschaffenheit auf. Das 2015 zertifizierte Energiemanagementsystem des Wasserverbands nach ISO 50001 wurde einem Überprüfungsaudit am 18.04.2023 unterzogen, welches erfolgreich bestanden wurde. Neben den ökologischen Effekten des effizienten Energieeinsatzes bewirkt die Zertifizierung auch steuerliche Vorteile bei der Besteuerung der eingesetzten Energie. Das Audit zur Rezertifizierung des Technischen Sicherheitsmanagements TSM (DVGW) wurde Mitte Mai ebenfalls erfolgreich bestanden. Das Managementsystem wurde und wird weiterentwickelt. Die Schwerpunkte waren im Jahr 2023 Organisation und Ablaufdokumente, Arbeitssicherheit, Bestandsdokumentation und wiederkehrende Wartungen und Aufgaben. Derzeit ist ein Assetmanagement im Aufbau und wird in den nächsten Jahren weiterentwickelt.

WASSERDARGEBOT

Das Berichtsjahr fiel ausgesprochen feucht aus. Der Zufluss betrug im Berichtsjahr 19,81 Mio. m³ (Vorjahreswert 10,30 Mio. m³). Dies entspricht einer Überschreitung des Mittelwertes der Beobachtungsreihe 1991 bis 2020 (12,26 Mio. m³) um 7,55 Mio. m³ bzw. 62 %. Seit Einstau der Talsperre wurde im Jahr 2023 die dritthöchste Zuflussfracht ermittelt, die höchste Zuflussfracht ergab sich im Jahr 2007 mit 22,1 Mio. m³, die zweithöchste Zuflussfracht wurde im Jahr 1987 mit 21,1 Mio. m³ gemessen.

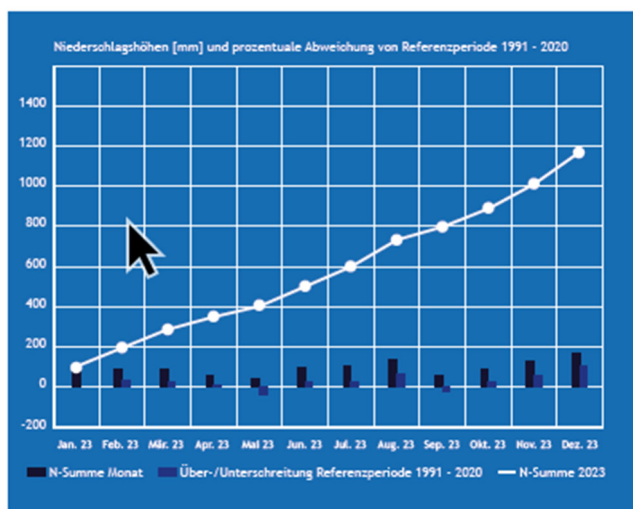
Der Speicherinhalt zum 01.01.2023 betrug 12,41 Mio. m³, was gleichzeitig den niedrigsten Stand des Berichtsjahres widerspiegelt. Der höchste Speicherinhalt betrug am 27.12.2023 18,539 Mio. m³ und lag damit im Hochwasser- Rückhalteraum und über dem Stauziel von 17,4 Mio. m³. Der Hochwasser-Rückhalteraum wurde ab dem 23.12.2023 in Anspruch genommen. Seit Einstau der Talsperre war dies der zweithöchste Stauinhalt. Der höchste Einstau war im März 1988 mit 18,577 Mio. m³. Bei einem Gesamteinhalt von rd. 15,5 Mio. m³ lag das geringste für die Trinkwasserförderung nutzbare Volumen in der Talsperre im Jahr 2023 Anfang November bei rund 2,1 Mio. m³ (Vorjahr 2,6 Mio. m³), was zu diesem Zeitpunkt als ausreichend angesehen werden konnte.



TRINKWASSERABGABE

Die Niederschlagsdefizite der letzten Jahre und die damit verbundenen niedrigen Wasserstände der Talsperre veranlassten den Vorstand erneut zum 01.05.2023 eine Festsetzung der verfügbaren Vorhaltemenge auf 10,5

Mio. m³ für ein Jahr auszusprechen. Die Aussprache der Reduzierung schien zunächst ein notwendiges Instrument zu sein, um eine Tiefabsenkung der Talsperre mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Rohwasserqualität zu vermeiden. Aufgrund der überdurchschnittlichen Niederschläge im Jahresverlauf wurde die Reduzierung der Vorhaltemenge zum 01.09.2023 aufgehoben (und lag dann wieder bei 11,4 Mio. m³.) Damit Versorgungseinschränkungen zukünftig vermieden werden können, sind verschiedene Untersuchungen für die Bewirtschaftung der Talsperre weiter vorangetrieben worden. Die Klimafolgenanpassung soll mit Hilfe der Anpassung der Talsperrenbewirtschaftung und der Suche nach neuen Ressourcen erreicht werden. Die Trinkwasserabgabe an Mitglieder und Ausübungsberechtigte des Wasserverbandes betrug im Berichtsjahr 7.915.152 m³ (Vorjahreswert 8.699.013 m³; somit – 9%). Sie liegt damit deutlich unter dem angestrebten Bereich.



TRINKWASSERQUALITÄT, MELDUNGEN AN DAS GESUNDHEITSAMT, BIOFILM-ERSCHEINUNG

Die Qualität des vom Wasserverband Aabach-Talsperre abgegebenen Trinkwassers ist weiterhin auf hohem Niveau und wies auch im Berichtsjahr eine über den Jahresgang gleichmäßige gute Beschaffenheit auf. In diesem Jahr wurde das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn pflichtgemäß über mikrobiologische Auffälligkeiten in verschiedenen Bereichen (Rohrnetz, Hochbehälter und Wasserwerk) unterrichtet. Die Befunde konnten keiner definierten Ursache zugewiesen werden. Die sofortige Nachuntersuchung, die in einem solchen Fall üblich ist, war jeweils unauffällig. Zum Sachstand der Biofilm-Erscheinung im Rohrnetz wurden die Mitglieder und Ausübungsberechtigten regelmäßig durch die Geschäftsführung unterrichtet. Im Berichtsjahr wurde ein zusammenfassender Bericht vom IWW erstellt.

Ein konkretes Ereignis konnte in vier Jahren Forschung nicht als Ursache für den Biofilm gefunden werden. Vielmehr sorgten mit hoher Wahrscheinlichkeit klimabedingte Veränderungen für eine andere Rohwasserzusammensetzung, welche im Nachgang, trotz einwandfreier Aufbereitung, zur Bildung des Biofilms führte. Ein intensives Monitoring wird auch im Jahre 2024 fortgeführt. Weiterhin gilt das Wasser als biologisch stabil und erfüllt in allen Bereichen die Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

VERBANDSBEITRÄGE UND SPEZIFISCHE WASSERPREISE

Der Wasserverband Aabach-Talsperre arbeitet nach dem Umlageverfahren und erzielt satzungsgemäß keine Gewinne. Die aus dem Jahresabschluss für das Berichtsjahr ermittelten Verbandsbeiträge und spezifischen Wasserpreise spiegeln damit auch unmittelbar die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse wider. Näheres hierzu wird unter den entsprechenden Abschnitten dieses Lageberichtes ausgeführt. Die endgültige Abrechnung wird anhand des festgestellten Jahresabschlusses genau nach Abnahme und Anteil abgerechnet. Die Mitgliedsbeiträge erhöhen sich von rd. 5.959 T€ im Jahr 2022 um rund 562 T€ auf rd. 6.521 T€ im Berichtsjahr 2023. Die Aufwendungen 2023 waren gemäß Wirtschaftsplan 2023 zunächst mit 8,623 Mio. €

geplant. Darin enthalten sind Aufwendungen für das Wasserentnahmeentgelt Nordrhein- Westfalen. Planmäßig sollten dem aber nur Erlöse von 7,923 Mio. € gegenüberstehen, um so einen Fehlbetrag von 700 T€ zu generieren. Dieser sollte wiederum mit Beitragsüberzahlungen der Vorjahre ausgeglichen werden. Neben dem Verbrauch der Beitragsüberzahlungen der Vorjahre wurde hauptsächlich das Ziel verfolgt, die laufenden Beitragsvorauszahlungen, trotz gestiegener Preise, auf Vorjahresniveau zu halten. Im April 2023 wurden die vorläufigen Mitgliedsbeiträge aufgrund der Entlastung durch die Strompreisbremse um 20 % gesenkt. Eine weitere Beitragsreduzierung um weitere knapp 30 % erfolgte im September 2023, da absehbar war, dass die Gesamtaufwendungen hinter den Planzahlen zurückblieben. Letztendlich ergibt sich eine Beitragsunterdeckung in Höhe von 640 T€ netto, die mit den Beitragsguthaben der Vorjahre ausgeglichen wird. Das verbleibende Beitragsguthaben in Höhe von 148 T€ netto soll gemäß Verbandsversammlungsbeschluss nach der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer ausgezahlt werden. Die Umlage aller Aufwendungen auf die im Berichtsjahr erzielte Wasserabgabe ergibt unter Berücksichtigung der Erlöse aus Stromerzeugung und sonstiger betrieblicher Erträge einen mittleren spezifischen Wasserpreis von 83 ct/m³. Dieser Betrag liegt 15 ct/m³ bzw. 22 % über dem Vorjahreswert. Der mittlere spezifische Wasserpreis setzt sich wie folgt zusammen:

56 ct/m³ entfallen auf fixe Kosten (Festbeitrag), 22 ct/m³ sind auf variable Kosten (Mengenbeitrag) und 5 ct/m³ werden für das Wasserentnahmeentgelt berechnet.

Die Verteilung der Beiträge und Wasserabgabe an die Mitglieder und Ausübungsberechtigten ist der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen.

BEITRÄGE 2023				
	Festbeiträge T€	variable Beiträge* T€	insgesamt T€	Wasserabgabe Tm ³
Stadt Bad Wünnenberg	456	239	695	923
Stadt Büren	451	231	682	904
Lörmecke-Wasserwerk GmbH	907	272	1.179	1.069
Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH	817	454	1.271	1.753
Wasserversorgung Beckum GmbH	896	554	1.450	2.129
Wasserwerke Paderborn GmbH	952	292	1.244	1.137
insgesamt	4.479	2.042	6.521	7.915

* inkl. Wasserentnahmeentgelt | Beträge ohne Umsatzsteuer

Die gemittelten spezifischen Wasserpreise des Wasserverbandes haben sich seit dem Jahr 2019 wie folgt entwickelt:

SPEZIFISCHE WASSERPREISE	ct/m ³				
	2019	2020	2021	2022	2023
Fest- und Mengenbeiträge	53	50	59	63	78
Wasserentnahmeentgelt	5	5	5	5	5
Summe	58	55	64	68	83

Beträge ohne Umsatzsteuer

FINANZIERUNGSMASSNAHMEN

Die Deckung des Finanzbedarfs für Investitionen des Berichtsjahres erfolgte gemäß Vermögens- und Finanzplan des Wirtschaftsplanes 2023 über Anlagenabschreibungen.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

gem. DRS = Deutscher Rechnungslegungsstandard Nr. 21

	2021 T€	2022 T€	2023 T€
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.183	1.483	861
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	./.. 567	./.. 1.140	./.. 1.330
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	./.. 159	0	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	3.364	3.707	3.238

Insgesamt reduziert sich der Finanzmittelfonds um 469 T€ auf 3.238 T€. Dieser setzt sich im Wesentlichen aus Kontokorrentguthaben und Termingeldanlagen zum Stichtag zusammen.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Durch die Mehrung des Anlagevermögens und die Reduzierung des Umlaufvermögens verringerte sich die Bilanzsumme des Wasserverbandes im Vergleich zum Stichtag des Vorjahres geringfügig um rd. 33 T€ auf 16.366 T€.

Aufgrund dieser Entwicklung bei unverändertem Eigenkapital erhöhte sich der Eigenkapitalanteil um 0,2 Prozentpunkte auf 87,5 %.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte ausschließlich aus vorhandenen liquiden Mitteln. Das Anlagevermögen wird vollständig durch Eigenkapital langfristig finanziert. Im Geschäftsjahr ergab sich eine Substanzerhöhung des Anlagevermögens in Höhe von 239 T€ netto.

Im Berichtsjahr wurden neben einer vorläufigen mengenunabhängigen Umlage von 3.651 T€ mengenabhängige Beiträge von 37 ct/m³ (ab April 2023 30 ct/m³, ab September 2023 16 ct/m³ (Vorjahr 17 ct/m³)) festgesetzt.

Grundlage hierfür war unter anderem eine mit 9,0 Mio. m³ budgetierte Trinkwasserabgabe. Die tatsächliche Trinkwasserabgabe lag mit rd. 7.9 Mio. m³ deutlich unter der Prognose, die daraus resultierenden Erlöse erreichten rd. 2.864 T€.

Die Summe der Aufwendungen betrug rd. 6.811 T€ und erhöhte sich erwartungsgemäß um rd. 504 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Im Wesentlichen erhöhten sich die Aufwendungen für Material sowie bezogene Leistungen (+234 T€), sonstige betriebliche Aufwendungen (+183 T€), Abschreibungen (+45 T€) und Personalaufwendungen (+42 T€).

Mit den Erträgen aus vorläufiger Beitragsumlage, den mit der Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr ausgewiesenen Gesamtaufwendungen, den Erlösen aus Stromverkauf sowie sonstigen betrieblichen Erträgen ergibt sich für das Berichtsjahr 2023 eine Beitragsunterdeckung von 640 T€.

AUSBLICK

Der Wasserverband liefert seit Bestehen effizient, zuverlässig und sicher qualitativ hochwertiges Trinkwasser an seine Verbandsmitglieder und Ausübungsberechtigten. Großer Aufwand wurde für die Errichtung aller notwendigen Anlagen und Komponenten betrieben. Viele sicherheitsrelevante Bauteile sind bereits älter als 40 Jahre. Deshalb ist es unerlässlich, den Fokus neben der wirtschaftlichen Optimierung und personellen Ausstattung des Verbandes auch auf einen nachhaltigen, sicheren Betrieb und darauf ausgerichtete zustandsorientierte, risikobasierte Instandhaltung und Modernisierung zu richten.

Mit drei Mitarbeitern bestehen Altersteilzeitverträge im Blockmodell, die einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen sollen. Die Freistellungsphasen haben in 2023 begonnen bzw. folgen in den Jahren 2024

und 2026. Regulärer Renteneintritt der betroffenen Mitarbeiter ist im Jahr 2025, 2026 und 2027. Die Nachbesetzungen sind erfolgt bzw. erfolgen frühzeitig.

Das Stauziel der Talsperre wurde zum Jahreswechsel 2023/2024 mit 18,2 Mio. m³ übertroffen, und man bewegte sich im Hochwasserrückhalteraum. Im weiteren Verlauf bewegt sich die Talsperre um das Stauziel von 17,4 Mio. m³. Diese Situation ist auf die hohen Niederschläge in 2023 zurückzuführen.

Mit Erreichen des Stauzieles bereits zum Jahreswechsel ist von einer uneingeschränkten Wasserbereitstellung entsprechend dem im Jahr 2024 zu erwartenden Wasserbedarf auszugehen. Aufgrund des Klimawandels werden insbesondere an die Trinkwasseraufbereitung und ihren hydraulischen, technischen sowie biologisch-physikalisch-chemischen Parametern deutlich höhere Anforderungen gestellt. Eine allgemeine Betrachtung der Trinkwasseraufbereitungsanlage im Jahr 2017 führte zu weitergehenden Überlegungen zur Verbesserung der Aufbereitung. Auf Basis der Untersuchungsergebnisse einer Versuchsanlage und einem darauffolgenden Value Management wurde sich für die Integration einer Ultrafiltrationsanlage entschieden. Die Gelsenwasser AG wurde mit der Projektsteuerung und die Fachanwälte Aulinger Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB mit der Betreuung der Ausschreibung beauftragt. Im Jahr 2024 soll die Vergabe der Planungsleistungen erfolgen. Die Inbetriebnahme mit Projektabschluss sind für 2031 geplant.

Insgesamt hat sich die Lage im Vergleich zu den Krisen- Vorjahren deutlich entspannt. So scheinen wir die Corona-Pandemie hinter uns gelassen zu haben, die Inflationsrate ist deutlich gesunken, die Beschaffung und Versorgung mit Materialien hat sich deutlich normalisiert und der Energiemarkt sich beruhigt. Dennoch kann insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine Überraschungen bergen, die sich dann wiederum auf den Wasserverband Aabach-Talsperre auswirken können.

2.28.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Vorstand

Dem Vorstand gehörten im Berichtsjahr an:

Vorstand (6 Vertreter) :
Dipl.-Ing. Björn Wölfel (Verbandsvorsteher bis 11.2023)
Holger Hellemeier (Verbandsvorsteher ab 11.2023)
Dipl.-Ing. Andreas Becker (1. stellv. Verbandsvorsteher)
Dipl.-Wirt.-Ing. Daniel Rohring (2. stellv. Verbandsvorsteher)
Eva Irrgang (Kreis Soest)
Dr. André Brandt (Kreis PB)
Holger Hellemeier (Lörmecke-Wasserwerke GmbH bis 11.2023)
Rainer Roggatz (Gelsenwasser Stadtwerkedienstleistungs-GmbH für Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH ab 11.2023)

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des Wasserverbandes wird vom Verbandsvorsteher ausgeübt, der sich hierfür des Geschäftsführers bedient.

Geschäftsführer: Herr Dipl.-Ing., Betriebswirt Rainer Gutknecht (bis 18.10.2023)

Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht. (Seit dem 19.10.2023 wird das operative Geschäft in Vertretung von Frau Melanie Merghart geleitet.)

Herr Ralf Schmidt trat am 01.06.2024 die Position des Geschäftsführers an.

Verbandsversammlung (Stand 2022)

Kreis Paderborn
KA Sabrina Henneke
Amtsleiter Markus Bröckling
KA Markus Müller
KA Hubertus Nolte
Kreis Soest
KA Robert Bigge
KVR Birgit Dalhoff
KA Manfred Weretecki
Lörmecke-Wasserwerk GmbH, Erwitte
KA Karin Adamczewski
Philipp Bress
KA Hans-Werner Neumann
KA Lennard Schlöffel
KA Maximilian Wulf
Wasserversorgung Beckum GmbH, Beckum
Kreisdirektor, Kämmerer Dr. Stefan Funke
Bürgermeister Michael Gerdhenrich
Bürgermeister Matthias Lürbke
Bürgermeisterin Susanne Mittag
Bürgermeisterin Karin Rodeheger
Bürgermeister Christian Thegelkamp
Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH, Rheda-Wiedenbrück
Dr. -Ing. Carsten Behlert
Dr. -Ing. Gesa Kutschera
Dipl.-Ing.
M.Sc. Daniel Weiß
Wasserwerke Paderborn GmbH, Paderborn
Dipl.-Ing. Michel Bernemann
Bürgermeister Uwe Gockel
Dipl.-Wirt.-Ing. Daniel Rohring

4.28.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 24 Mitgliedern fünf Frauen an (Frauenanteil: rd. 20,83 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.



4.28.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.29 Wasserverband Obere Lippe

4.29.1 Basisdaten

Wasserverband Obere Lippe

Königstraße 16

33142 Büren

Tel.: 02951/93390-0, Fax: 02951/93390-10, Internet: www.wol-nrw.de

Gründungsdatum: 01. Februar 1971

4.29.2 Mitglieder des Wasserverbandes

Neben dem Kreis Paderborn ist der Kreis Soest Mitglied des Wasserverbandes Obere Lippe.

4.29.3 Zweck/ Gegenstand des Wasserverbandes

Der Wasserverband Obere Lippe ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der Verband hat zur Aufgabe

1. Regelung des Wasserabflusses, einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte seines Verbandsgebietes und in deren Einzugsgebieten,
2. Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen gemäß Verbandsplan, insbesondere Hochwasserrückhaltebecken, Bedeichungen, Aufforstungen und sonstige abflussregelnde Maßnahmen im Verbandsgebiet auszuführen, zu unterhalten und zu betreiben,
3. seine in einem Verzeichnis eingetragenen Wasserläufe zu unterhalten und nach Bedarf auszubauen einschließlich naturnahen Rückbaus.

Der Verband kann auf Beschluss der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der satzungsmäßigen Aufgaben des Verbandes nicht beeinträchtigt wird. Über auftretende Interessenkollisionen beschließt die Verbandsversammlung. Die Verbandsversammlung kann beschließen, dass verwaltungsmäßige Aufgaben des Verbandes durch die Verwaltung eines Mitglieds gegen Erstattung der Kosten wahrgenommen werden.

4.29.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Menschen benötigen Wasser. Flüsse und Seen sind ein wesentliches Element unseres Ökosystems, aber auch Erholungsräume und Transportwege. Sauberes Trinkwasser ist ein knappes und teures Gut. Der weltweite Wasserverbrauch hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit müssen daher langfristig mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlage Wasser verträglich sein. Von der Trinkwasseraufbereitung und Abwasserreinigung bis zur Unterhaltung von Gewässern und Deichen nehmen Wasserverbände in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr.

4.29.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2023 einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.560.000 €. Der Mitgliedsbeitrag wird auf dem Konto 531307 „Zuweisungen an Wasserverband Obere Lippe“ des Produktes 130101 „Gewässerschutz“ verbucht.

4.29.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	44.166.869,04	43.681.137,17	486
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	170.786,28	134.952,52	36
II. Sachanlagen	43.996.082,76	43.546.184,65	450
B. Umlaufvermögen	412.622,47	560.017,45	-147
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38.181,28	24.907,21	13
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	374.441,19	535.110,24	-161
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Aktiva	44.579.491,51	44.241.154,62	338
Passiva			
A. Eigenkapital	6.094.703,80	5.894.130,45	201
B. Sonderposten	31.510.819,18	31.074.090,74	437
C. Rückstellungen	184.668,11	140.077,06	45
D. Verbindlichkeiten	6.789.300,42	7.132.856,37	-344
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Passiva	44.579.491,51	44.241.154,62	338

4.29.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	2.096.020,99	2.002.967,05	-93
2. Sonstige betriebliche Erträge	684.861,01	575.856,04	-109
3. Materialaufwand	368.142,77	406.158,75	38
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	32.261,38	23.250,66	-9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	335.881,39	382.908,09	47
4. Personalaufwand	1.122.854,23	924.929,03	-198
a) Löhne und Gehälter	882.636,23	721.324,08	-161
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	240.218,00	203.604,95	-37
5. Abschreibungen auf immater. Vermögen	841.040,79	810.587,67	-30
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	288.911,83	179.481,02	-109
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.626,18	-	-2
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	158.401,98	166.979,90	9
9. Ergebnis nach Steuern	3.156,58	90.686,72	88
10. sonstige Steuern	2.583,23	2.149,75	0
11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	573,35	88.536,97	88
12. Einstellungen in die allgemeine Rücklage	573,35	88.536,97	88
13. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	0,00	0

4.29.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	14	13	1
Eigenkapitalrentabilität	0	0	-1
Anlagendeckungsgrad 2	30	30	-1
Verschuldungsgrad	114	123	-9
Umsatzrentabilität	0	4	-4

4.29.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2023 beschäftigte der Wasserverband 15 Mitarbeiter (Vj. 14).

4.29.10 Geschäftsentwicklung

Grundlagen des Verbandes

Der Verband hat zur Aufgabe

1. Regelung des Wasserabflusses, einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte seines Verbandsgebietes und in deren Einzugsgebieten,
2. Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen gemäß Verbandsplan, insbesondere Hochwasserrückhaltebecken, Bedeichungen, Aufforstungen und sonstige abflussregelnde Maßnahmen im Verbandsgebiet auszuführen, zu unterhalten und zu betreiben,
3. seine in einem Verzeichnis eingetragenen Wasserläufe zu unterhalten und nach Bedarf auszubauen einschließlich naturnahen Rückbaus.

Der Verband kann auf Beschluss der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der satzungsmäßigen Aufgaben des Verbandes nicht beeinträchtigt wird. Über auftretende Interessenkollisionen beschließt die Verbandsversammlung. II. Wirtschaftsbericht - Geschäftsverlauf und Lage des Verbandes Gemäß seinen satzungsgemäßen Aufgaben strebt der Verband langfristig an, für sein gesamtes Verbandsgebiet einen möglichst einheitlichen Hochwasserschutzgrad für die gefährdeten sensiblen Überflutungsgebiete zu erreichen. Darüber hinaus sind die Verbandsgewässer gemäß der EU-WRRL bis spätestens 2027 in einen guten ökologischen Zustand zu führen. Zur Erlangung dieser Ziele hat der Wasserverband mit mehreren Städten und Gemeinden wo nötig Kooperationsverträge geschlossen, die das Zusammenwirken — Hochwasserschutz für die Gemeinde - Erlangung des guten Gewässerzustands - regeln. Wegen seiner großen Erfahrung auf den Gebieten des Hochwasserschutzes und der Gewässerrenaturierung übernimmt der Verband in der Regel die Federführung für die Projekte und wickelt auch die gemeinsame Landesfinanzierung ab. Der Wasserverband bucht seine Geschäftsvorfälle nach dem System der kaufmännischen doppelten Buchführung (§ 26 Abs. 1 der Satzung) gem. Wasserverbandsrecht (§ 8 NRW AGWVG in Verbindung mit § 65 WVG).

Der Verband kann auf ein Geschäftsjahr 2023 zurückblicken, welches im Ergebnis letztlich durch das Hochwasser im Dezember 2023 geprägt worden ist. Der Verband erzielte einen ausgeglichenen Haushalt. Der Jahresüberschuss beträgt € 573 wie die nachstehende Erfolgsübersicht (Gewinn- u. Verlustrechnung) zum

31.12.2023 im Vergleich zum Wirtschaftsplan belegt. Die Abweichungen zum Wirtschaftsplan waren in Summe geringfügig.

Bezeichnung	Jahresabschluss 2023 EUR	Wirtschaftsplan 2023 EUR	Abweichung EUR
Umsatzerlöse incl. Mitgliedsbeiträge	2.096.021	2.028.500	67.521
(davon Mitgliedsbeiträge)	(1.880.000)	(1.880.000)	(0)
sonstige betriebliche Erträge	684.861	589.062	95.799
Zwischensumme	2.780.882	2.617.562	163.320
Materialaufwand/Fremdleistungen	368.143	351.000	17.143
Personalaufwand	1.122.854	1.019.310	103.544
Abschreibungen	841.041	903.592	-62.551
sonst. betriebliche Aufwendungen	288.912	169.831	119.229
sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1.626	0	1.626
Zinsaufwand	158.402	170.830	-12.428
Ergebnis der gewöhnli. Geschäftstätig- keit	3.156	3.000	156
sonstige Steuern	2.583	3.000	-417
Jahresüberschuss	573	0	573

Der vorliegende Jahresabschluss des Wasserverbandes Obere Lippe zeigt in jeder Hinsicht geordnete Verhältnisse auf sicherer finanzieller Basis.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 beträgt T€ 44.579,5 und weist damit einen Zuwachs in Höhe von T€ 338,3 (0,8 %) gegenüber der Bilanz zum 31.12.2022 auf. Die Vermögensstruktur zum 31.12.2023 ist durch einen Anteil vom Anlagevermögen an der Bilanzsumme von T€ 44.166,9 (99,1 %) gekennzeichnet. Das Anlagevermögen besteht überwiegend aus wasserwirtschaftlichen Anlagen und Grundstücken mit T€ 38.687,4 (87,6 %). Der Bestand des Anlagevermögens hat sich im Laufe des Geschäftsjahres 2023 durch Zugänge vermindert um Abschreibungen um T€ 485,7 auf T€ 44.166,9 erhöht.

Das Umlaufvermögen verringerte sich um T€ 147,4 und umfasst einen Gesamtbetrag in Höhe von T€ 412,6.

Die Kapitalstruktur zum 31.12.2023 ist durch einen Anteil vom Eigenkapital an der Bilanzsumme von T€ 6.094,1 (13,7 %) gekennzeichnet. Die ausgewiesenen Sonderposten bilden mit T€ 31.510,8 (70,7 %) einen weiteren Anteil am wirtschaftlichen Eigenkapital.

Die Rückstellungen betragen zum 31.12.2023 T€ 184,7 (0,4 %).

Auf die Verbindlichkeiten entfallen T€ 6.789,3 (15,2 %).

Bei Berücksichtigung der Sonderposten im Eigenkapital beträgt die Anlagendeckung 84,3 %; diese Kapitalausstattung bietet eine solide Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung des Verbandes.

Die Liquidität war im Berichtsjahr gegeben und das ganze Jahr über gewährleistet. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten waren in vollem Umfang durch liquide Mittel abgesichert.

Einzelheiten zum Verlauf des Haushaltsjahres 2023 (Haushaltswirtschaftsbericht)

Geschäftsverlauf Investitions- und Finanzierungstätigkeit Im Investitionsbereich wurden folgende wesentliche Maßnahmen durchgeführt:

Die Förderprojekte „Renaturierung Trotzbach Böckum-Millinghausen“, „Renaturierung Furlbach“, „Durchgängigkeit Ems zwischen Steinhorst und Espeln“, „Aussichtspunkt Gellinghäuser Quellbach“, „Renaturierung Alme Abriss Kleingartenanlage“, „Renaturierung Altenau Blindeborn“, sowie die „Flurbereinigung Sauertal“ wurden fertiggestellt.

Für das Hochwassermanagement-Portal wurden einige Erweiterungen beauftragt. Zusätzlich wurden die Erneuerung des Niederschlagsvorhersagerasters für die Kartendarstellung sowie einer flussgebietsbezogenen Niederschlagsverteilung der radarbasierenden Niederschlagsprognosen des DWD über das Einzugsgebiet des Wasserverbandes fertiggestellt. Beim Winterhochwasser vom 18. bis 31.12.2023 hat sich die Nutzung des HM-Portals durch die Mitarbeiter des WOL und der Kreise PB und SO bewährt. Der WOL ist in einem laufenden Prozess damit beschäftigt, sein Pegelnetz zu verdichten. Hierzu erfolgten nach verschiedenen Ortsbegehungen die Festlegungen der potenziellen Pegelstandorte. Neue Pegelstation werden nach und nach mit Hilfe des Betriebselektrikers des WOL in Betrieb genommen und in das Daten- und Warnsystem integriert.

Die Softwareentwicklungen sind nicht abschließend, sondern zeigen sich als fortwährendes Projekt mit ständiger Weiterentwicklung und Pflege.

In Kooperation mit der Stadt Paderborn (Federführung) wurde die bauliche Umsetzung zur Umgestaltung der Beke in Neuenbeken weiter fortgeführt. Die Ausschreibung und Beauftragung für den letzten Bauabschnitt erfolgten in 2023. Die neue Bekebrücke wurde rechtzeitig vor dem Winterhochwasser fertiggestellt. Die Fertigstellung des gesamten Bauabschnitts erfolgt in 2024.

Ziel der Maßnahme ist die ökologische Verbesserung des Gewässers und die Verbesserung des Hochwasserschutzes für die Ortslage. Der WOL betreut die Maßnahme fachtechnisch und beteiligt sich zu 50% an den nicht geförderten Kosten.

Bereich der Ortslage Brenken wurde die Baumaßnahme zum Hochwasserschutz und zur Renaturierung des Almeabschnitts rechtzeitig vor dem Winterhochwasser im Wesentlichen abgeschlossen. Restarbeiten finden bis zum Sommer 2024 statt.

Im Rahmen der Flurbereinigungsverfahren Altenau II, Büren II und Brenken II konnten weitere Flächen erworben werden, die für die Umsetzung der Ziele der WRRL genutzt werden können.

Insgesamt hat sich die Verbandsstrategie bewährt zahlreiche (>35) Projekte in unterschiedlicher Projekttiefe parallel zu bearbeiten. Erst dadurch ist gewährleistet, dass trotz der zahlreichen projektspezifischen Probleme jährlich die bauliche Umsetzung von Einzelprojekten erfolgen kann. Dabei ist festzustellen, dass die Planung und der Bau von Renaturierungsmaßnahmen zeitlich deutlich schneller als lokale Hochwasserschutz-Projekte durchzuführen sind. Neben der Komplexität der Planungen innerhalb der Ortslagen, der i.d.R. längeren Genehmigungsphasen und intensiver Bürgerbeteiligung behindern z.B. auch Klageverfahren die Umsetzung. Der Verband bearbeitet z.Z. 6 derartige lokale Hochwasserschutzprojekte in unterschiedlicher Projekttiefe.

Diese und weitere 2023 durchgeführte Maßnahmen wurden den Mitgliedern der Verbandsversammlung in einer ausführlichen Präsentation mitgeteilt und erläutert.

Die Finanzierung des Verbandes ist im Übrigen wie folgt geregelt:

Der durch den Vorstand aufzustellende und durch die Verbandsversammlung festzusetzende Wirtschaftsplan enthält alle für die Erfüllung der Verbandsaufgaben erforderlichen Erträge und Aufwendungen des kommenden Haushaltsjahres. Er bildet die Grundlage für die Haushaltswirtschaft des Verbandes. Die zur Deckung der Aufwendungen benötigten Mittel werden im Wesentlichen in Form von Beiträgen von den Verbandsmitgliedern erhoben.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

- a) Durch die EU-Hochwasserrisiko-Management-Richtlinie und die EU-Wasserrahmenrichtlinie in Verbindung mit den entsprechenden Bundes- und Landesgesetzen, sind die Aufgaben des Verbandes konform mit dem Landesinteresse. Zusätzlich gewinnt der Aspekt der Klimaresilienz im Bereich Hochwasser aber auch im Bereich Niedrigwasser (Dürre) immer mehr an Bedeutung. Der politische Wille in dem Arbeitsfeld zukünftig verstärkt Maßnahmen umzusetzen, wird im Aktionsprogramm „natürlicher Klimaschutz“ und der nationalen Wasserstrategie des Bundes deutlich. Im Ausblick auf die kommenden Jahre kann deshalb weiterhin mit der starken Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Projekte und mit der Gewährung von Landeszuwendungen für die Maßnahmen des Hochwasserschutzes und der Gewässerentwicklung ausgegangen werden.
- b) Der WOL ist zur ordnungsgemäßen Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben auch in der Zukunft auf ein auskömmliches Budget aus Beiträgen seiner Mitglieder und Zuwendungsmitteln des Landes angewiesen. Solange dies gewährleistet ist, bestehen in finanzieller Hinsicht keine Risiken, die die Umsetzung der durchzuführenden Maßnahmen und den Bestand des WOL gefährden könnten.
- c) Durch das stark fortgeschrittene Alter der ersten Hochwasserrückhaltebecken des WOL entstehen zwangsläufig Sanierungsaufgaben, die sowohl den Betonbau, den Stahlwasserbau sowie die Messtechnik betreffen. Hier werden fortlaufend verstärkte, unvermeidbare Investitionen nötig sein.
- d) Die Kompetenz des WOL begründet sich auf langjährige Erfahrung auf dem Gebiet der Planung und Umsetzung von Maßnahmen des überörtlich wirksamen Gewässer- und Hochwasserschutzes im Einvernehmen mit allen Beteiligten.

Die Forderung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie, die Belange des Hochwasserschutzes und des Gewässerschutzes auf einander abzustimmen passt exakt in die bisherige Projektphilosophie des Verbandes und wird als Chance angesehen, mit den zur Verfügung gestellten öffentlichen Mitteln im Rahmen der Daseinsvorsorge und der nachhaltigen Gewässerentwicklung in Erfüllung der zwingenden rechtlichen Vorgaben und Verpflichtungen einen guten Wirkungsgrad zu erreichen und das zwingend erforderliche flussgebietsbezogene Handeln auf dem Sektor des Hochwasser- und Gewässerschutzes auch weiterhin erfolgreich in die Tat umsetzen zu können.

4.29.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher, Vorstand und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher des Wasserverbandes Obere Lippe ist Herr Landrat Rüther. Der Vorstand besteht darüber hinaus aus: Eva Irrgang, Landrätin des Kreises Soest, Henrik Egeler, technischer Dezernent der Kreisverwaltung Paderborn.

Die Funktion des Geschäftsführers hat Herr Dipl.-Ing. (FH) Karthaus inne.



Verbandsversammlung

Name		
Birgit Dalhoff	Kommunalverwaltungsbeamtin	Kreis Soest
Hubertus Rickert-Schulte	Landwirt	Kreis Soest
Dr. Günter Friedler	Pensionär	Kreis Soest
Jan Hülsemann	Gastronom	Kreis Soest
Dr. André Brandt	Dezernent	Kreis Paderborn
Michael Pavlicic	Stadtarchivar	Kreis Paderborn
Klaus Zündorf	Landwirt	Kreis Paderborn
Silvia Bunte	Pharmazeutisch-technische Assistentin	Kreis Paderborn
Ralf Niggemeier	Kaufmännischer Angestellter	Kreis Paderborn
Markus Müller	Technischer Angestellter	Kreis Paderborn
Simon Schmitt	Student	Kreis Paderborn
Wolfgang Scholle	Schäfermeister	Kreis Paderborn
Gunda Köster	Berufsbetreuerin	Kreis Paderborn
Lukas Lambrecht	Student	Kreis Paderborn



4.30 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe

4.30.1 Basisdaten

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe (CVUA-OWL)

Westerfeldstraße 1

32758 Detmold

Tel.: 05231/911-9, Fax: 05231/911-503, Internet: www.cvua-owl.de

Gründungsdatum: Die Anstalt wurde am 01. Januar 2008 errichtet.

4.30.2 Zweck/ Gegenstand der Anstalt

Die Aufgaben des CVUA-OWL ergeben sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) sowie der Verordnung zur Errichtung einer integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Detmold. Darüber hinaus ist die Untersuchungsanstalt mit der Durchführung vergleichbarer Aufgaben auf dem Gebiet des Gentechnikrechts, der Strahlenschutzvorsorge und der Untersuchung von Tierarzneimitteln – mit Ausnahme der Untersuchung von Fertigarzneimitteln – betraut.

4.30.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes dient der effizienten, qualitativ homogenen und leistungsstarken hoheitlichen Untersuchungsstruktur dieser Bereiche in Nordrhein-Westfalen und liegt somit im öffentlichen Interesse.

4.30.4 Träger der Anstalt

Träger der Untersuchungsanstalt sind Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Bielefeld und die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn.

4.30.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Jahr 2023 eine Umlage in Höhe von 795.538, €. Die Zahlungen wurden auf dem Konto 523401 „Erstattungen an das CVUA (Entgelte)“ des Produktes 020401 „Veterinärwesen und Verbraucherschutz“ verbucht.

4.30.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	24.132.914,81	22.567.763,09	1.565
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	23.938,49	36.170,23	-12
II. Sachanlagen	2.267.199,32	2.728.071,26	-461
III. Finanzanlagen	21.841.777,00	19.803.521,60	2.038
B. Umlaufvermögen	7.148.569,68	4.159.324,41	2.989
I. Vorräte	103.650,79	137.898,11	-34
II. Forderungen u. sonst. VG	546.434,50	564.153,05	-18
III. Liquide Mittel	6.498.484,39	3.457.273,25	3.041
C. Rechnungsabgrenzungsposten	174.915,19	248.525,42	-74
Summe Aktiva	31.456.399,68	26.975.612,92	4.481
Passiva			
A. Eigenkapital	9.498.301,49	4.828.486,78	4.670
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00	250.000,00	0
II. Kapitalrücklage	630.028,50	630.028,50	0
III. Gewinnrücklage	3.937.095,21	3.288.370,27	649

IV. Bilanzgewinn / -verlust	4.681.177,78	660.088,01	4.021
B. Sonderposten	685.754,22	781.403,56	-96
C. Rückstellungen	20.836.697,87	21.121.705,41	-285
D. Verbindlichkeiten	435.646,10	244.017,17	192
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
Summe Passiva	31.456.399,68	26.975.612,92	4.481

4.30.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	16.484.584,71	15.891.104,59	593
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.705.882,80	806.525,77	899
3. Materialaufwand	2.937.035,04	4.387.933,43	-1.451
a) Aufwendungen für R/H/B	1.008.829,47	1.174.505,27	-166
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.928.205,57	3.213.428,16	-1.285
4. Personalaufwand	6.566.338,25	6.604.676,46	-38
a) Löhne und Gehälter	5.250.357,08	4.358.825,75	892
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.315.981,17	2.245.850,71	-930
5. Abschreibungen auf immater. VG	666.411,91	684.955,19	-19
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.105.333,95	3.173.103,36	-68
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	74.151,54	2.135,56	72
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	896.478,40	-896
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	318.633,19	302.157,37	16
10. Ergebnis nach Steuern	4.670.866,71	650.461,71	4.020
11. sonstige Steuern	1.052,00	1.052,00	0
12. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4.669.814,71	649.409,71	4.020
13. Verlust-/Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	11363,07	-39.321,70	51
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0,00	50.000,00	-50
15. Bilanzgewinn/-verlust	4.681.177,78	660.088,01	4.021

4.30.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	30	18	69
Eigenkapitalrentabilität	49	13	266
Anlagendeckungsgrad 2	128	116	10
Verschuldungsgrad	224	442	-49
Umsatzrentabilität	28	4	593

Individuelle Leistungskennzahlen

Untersuchungen im Geschäftsjahr	2022	2023	Veränderung (in %)
Fleischhygiene-Untersuchungen	44.618	38.369	-14,01
Diagnostische Untersuchungen	143.020	125.004	-12,60
Lebensmittel-Untersuchungen	11.126	10.953	-1,55
Umweltanalytik	12.289	12.046	-1,98
sonstige Untersuchungen	468	424	-9,40
Summe	211.521	186.796	-11,69

4.30.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2023 beschäftigte die Anstalt öffentlichen Rechts 152 (davon 7 Beamte) Mitarbeiter (Vj. 152 [davon 8 Beamte]).

4.30.10 Geschäftsentwicklung

I. Ausgangslage

Das CVUA-OWL ist ein integriertes Untersuchungsamt im Regierungsbezirk Detmold in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR). Träger sind das Land Nordrhein-Westfalen (NRW), die Stadt Bielefeld sowie die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn.

Die Aufgaben des CVUA-OWL ergeben sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) sowie der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes.

Das Amt hat seinen Sitz in Detmold.

II. Geschäftsentwicklung

Die fachlichen Ergebnisse und Statistiken des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Ostwestfalen-Lippe werden in einem gemeinsamen Jahresbericht aller CVUÄ in NRW auf den jeweiligen Homepages der Ämter veröffentlicht. Näheres und mehr zur Arbeit des CVUA-OWL ist dort zu erfahren.

Das Berichtsjahr 2023 war nach drei Jahren, die von starken Beeinträchtigungen des Arbeitslebens durch die Corona-Pandemie geprägt wurden, das Jahr der Rückkehr zur Normalität. Das wurde unter anderem daran deutlich, dass nun endlich wieder die Detmolder Gespräche durchgeführt werden konnten, zu denen am 13.06. und 22.11.2023 zahlreiche Gäste im CVUA-OWL begrüßt werden konnten.

Obwohl in den Pandemie Jahren 2020 bis 2022 zahlreiche technische und organisatorische Neuerungen webbasierte Kommunikation und Fortbildung erleichterten, konnte in 2023 ein Nachholbedarf an Präsenzveranstaltungen bei Arbeitsgruppentreffen und Fortbildungsveranstaltungen konstatiert werden. Dauerhaft bleibt allerdings eine weitreichende Nutzung von Homeoffice, die vor der Pandemie von Ausmaß und Möglichkeit her nicht denkbar gewesen wäre und die 2023 in einer Dienstvereinbarung zum alternierenden Homeoffice umfassend neu geregelt wurde.

Die in NRW am häufigsten festgestellte anzeigepflichtige Tierseuche bleibt im Berichtsjahr die hochpathogene Aviäre Influenza (AI, Geflügelpest). Drei der insgesamt sechs Ausbrüche von AI bei gehaltenem Nutzgeflügel wurden im Regierungsbezirk Detmold gefunden. Elfmal wurde hochpathogenes aviäres Influenzavirus bei Wildvögeln diagnostiziert (zum Vergleich: insgesamt 118 in ganz NRW).

Bemerkenswert ist eine weitere durch Viren verursachte Tierseuche, die in ganz NRW in 2023 nur in acht Fällen (zweimal Schaf, sechsmal Rind; einmal davon im Regierungsbezirk Detmold) festgestellt wurde, die uns aber

wohl in 2024 in unserem virologischen Labor in Atem halten wird: die Blauzungenkrankheit. Dieses vor allem Rinder und Schafe krank machende Virus wird durch kleine stechende Mücken übertragen. Von 2006 bis 2009 war Deutschland schon einmal von einem Seuchenzug der Blauzungenkrankheit betroffen, der großes Tierleid und enorme wirtschaftliche Schäden verursachte. Ein milder Winter begünstigt die Ausbreitung des Virus mit Anstieg der Temperaturen und parallel zur Ausbreitung der übertragenden Mücken.

Im Bereich der Untersuchung von Lebensmitteln, Tabak und Bedarfsgegenständen richteten wir unseren Fokus in 2023 insbesondere auf Maßnahmen zur Verringerung der Probendurchlaufzeiten. Verbesserungen erzielten wir hier unter anderem durch die Optimierung unseres Laborinformationssystems. Parallel dazu arbeiteten wir an einem noch innovativeren Ansatz zur zeitnahen Beurteilung von Proben, dem sogenannten Streamlining: Auf der einen Seite soll durch Bilderkennung, auf Künstliche Intelligenz gestützt, nach Auslesen der Deklaration von Proben eine automatisierte Kennzeichnungsprüfung erfolgen; auf der anderen Seite soll die Zusammensetzung einer Probe anhand des NMR-Spektrums (NMR=nuclear magnetic resonance / Kernspinresonanzspektroskopie) analysiert und automatisiert mit alten Daten abgeglichen werden. Die Ergebnisse dieser Prüfungen sollen wiederum zu einem ersten automatisierten Beurteilungsvorschlag der Probe führen.

Dem CVUA-OWL ist es ein Anliegen, den hohen Wert der hier vorgehaltenen NMR-Technik als leistungsstarke Analysemethode im Screening und zur Bestimmung der Authentizität von Lebensmitteln auch den anderen CVUÄ in NRW zu vermitteln. Dazu fanden in 2023 Webseminare statt, die individuell zugeschnitten auf die in den anderen CVUÄ untersuchten Proben, orientiert an den jeweiligen Schwerpunkten, die Möglichkeiten von NMR aufzeigten.

In 2023 konnten alle Schäden im Neubau aufgrund des Wasseraustritts im Dezember 2021 behoben werden. Die Schadensregulierung konnte noch nicht zum Abschluss gebracht werden.

Um die finanziellen Auswirkungen der Umsatzsteuerpflicht nach § 2 b des Umsatzsteuergesetzes nach dem 31.12.2024 zu begrenzen, arbeitete das Amt fortwährend daran, vom Land, dem Kreis Paderborn und der Stadt Bielefeld gestelltes Personal von einem Wechsel zum CVUA zu überzeugen. Dies ist bis zum 31.12.23 in 16 Fällen gelungen.

Die Ergebnisse der einzelnen Geschäftsbereiche stellen sich wie folgt dar:

Umsatzträger	Jahr 2022		Jahr 2023		Veränderungen	
	Unter- suchungs- zahlen	Ergebnis in Tsd. €	Unter- suchungs- zahlen	Ergebnis in Tsd. €	Unter- suchungs- zahlen	Ergebnis in Tsd. €
Fleischhygiene- Untersuchungen*, **	44.618	-233	38.369	347	-6.249	580
Diagnostische Untersuchungen	143.020	-3.342	125.004	-2.570	-18.016	772
Lebensmittel- untersuchungen*	11.126	-7.987	10.953	-6.210	-173	1.777
Umweltanalytik*	12.289	-452	12.046	-1	-243	451
sonstige Untersuchungen*	468	-100	424	251	-44	351
Sonstiges	0	0		0	0	0
Summe	211.521	-12.114	186.796	-8.183	-24.725	3.931

* Probenzahl

** Die Zählweise wurde von Anzahl der Untersuchungen auf Anzahl der Proben umgestellt.

III. Forschung und Entwicklung

Tätigkeiten im Bereich Forschung und Entwicklung wurden nicht ausgeübt.

IV. Ertragslage

Das CVUA-OWL hat das Geschäftsjahr mit einem Überschuss von 4,7 Mio. € gegenüber einem Überschuss von 649 T€ im Vorjahr abgeschlossen. Der Überschuss resultierte insbesondere aus dem Wegfall der Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen bzw. Erträgen aus deren Auflösung, Erträgen aus dem Wertzuwachs des Versorgungsfonds nach dem Wertverlust im Vorjahr, der unvorhergesehenen Erstattung des Bundes für Aufwendungen am Strahlenmessplatz, der gesetzlichen Verschiebung der Umsatzsteuerpflicht für bestimmte Leistungen der öffentlichen Einrichtungen (z.B. Personalgestellung, Rechenzentrumsdienstleistungen) sowie geringeren Mietnebenkosten aufgrund deutlich geringerer Energiepreissteigerungen gegenüber den Prognosen zu Beginn der Energiekrise.

Im Folgenden wird hierauf näher eingegangen:

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 16.485 T€ (Vorjahr: 15.891 T€):

in T€	2022	2023	Differenz
Umlage Träger	12.747	12.747	0
Fleischhygiene-Untersuchungen	1.592	1.715	123
Umweltanalytik	876	1.042	166
Diagnostische Untersuchungen	299	288	-11
davon: Entgelte von der Tierseuchenkasse	176	156	-20
Lebensmitteluntersuchungen	24	26	2
Zusatzaufgaben	43	72	29
Corona-Untersuchungen	209	0	-209
Radioaktivitätsuntersuchungen	96	587	491
fachliche Stellungnahmen	4	7	3
periodenfremde Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstiges	1	1	0
Gesamt	15.891	16.485	594

Die Umsatzerlöse stiegen deutlich um 594 T€. Dies ist insbesondere zurückzuführen auf eine rückwirkende Erstattung des Bundes für die Aufwendungen am Strahlenmessplatz i.H.v. 494 T€. Die Höhe zukünftiger Erstattungen soll in 2024 neu geregelt werden. Weitere Ertragssteigerung gab es im Bereich der Umweltanalytik (Betrieb gewerblicher Art) aufgrund der vom Verwaltungsrat beschlossenen Erhöhung der Entgelt ab 2023 sowie zusätzlicher Untersuchungen auf Basis der neuen Trinkwasserverordnung. Die Erträge aus Fleischhygieneuntersuchungen stiegen trotz teilweiser Reduzierung der Gebühren bedingt durch höhere Schlachtzahlen insbesondere bei Schweinen und Masthähnchen um 123 T€. Durch die Einstellung der Corona-Untersuchungen (Sequenzierungen) entfielen gegenüber dem Vorjahr Erträge von 209 T€. Bei den von der Tierseuchenkasse finanzierten Untersuchungen gingen erneut die Erträge für die BHV1-/BVD-Untersuchungen (- 11 T€) sowie für Früherkennungsuntersuchungen von Schweinen (- 5 T€) zurück.

Die Erträge aus Lebensmitteluntersuchungen stiegen nach einem deutlichen Rückgang im Vorjahr (- 47 %) wieder leicht an (+ 10 %). Die Exportuntersuchungen fielen nach dem deutlichen Einbruch im Vorjahr (- 92 %)

nun komplett weg. Die Erträge bei den Verfolgsproben (Art. 79 EU VO 2017/625) stiegen um 45 % auf 11 T€, Erträge aufgrund von Beanstandungen von Lebensmittelproben stiegen leicht um 4 % auf 15 T€. Hier sind regelmäßig erhebliche Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren zu verzeichnen. Insgesamt bewegen sich die Erträge gemessen an den Gesamtuntersuchungen auf einem sehr niedrigen Niveau. Die übrigen Umsatzerlöse lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen deutlich (2023: 1.706 T€, 2022: 807 T). Nach dem Wertverlust der Anteile des CVUA-OWL am Versorgungsfonds der kvw im Vorjahr (896 T€) konnte im Berichtsjahr aufgrund der Fondsentwicklung eine Zuschreibung des Fondsvermögens in entsprechender Höhe erfolgen. Weitere größere Erträge wurden erzielt durch die Auflösungen von Rückstellungen für den Wasserschaden (162 T€), für Pensionen und Beihilfen (153 T€) sowie für Mietnebenkosten aufgrund erwarteter höherer Energiekosten (120 T€), durch die Auflösung von Sonderposten aufgrund von Zuschüssen, insbesondere des Landes NRW, für Investitionen (118 T€), durch die Erstattung von Mietnebenkosten im Rahmen der Nebenkostenabrechnung 2022 (116 T€) sowie durch Finanzmittel des Landes für Sachverständigentätigkeit zur Unterstützung der Überwachung im Bereich Tabak (80 T€).

Die betriebsgewöhnlichen Aufwendungen gingen erneut deutlich zurück (2023: 13.275 T€, 2022: 14.851 T€, 2021: 15.732 T€).

Der Personalaufwand stellte insgesamt den größten Posten bei den Aufwendungen dar (6.566 T€). Der Anteil der Personalaufwendungen an den betrieblichen Aufwendungen betrug 49 % (2022: 44 %).

in T€	2022	2023	Differenz
Bezüge der Beamten	611	518	-93
Gehälter der Tarifbeschäftigten	3.729	4.571	842
Beiträge zur Sozialversicherung	736	934	198
Beihilfen	47	62	15
Zusatzversorgung für die Tarifbeschäftigten	236	298	62
Anpassung Rückstellungen	1.211	161	-1.050
Sonstiges	35	22	-13
Summe	6.605	6.566	-39

Die Personalaufwendungen gingen trotz der Verschiebungen von der Personalgestellung zu der Beschäftigung durch das CVUA-OWL und Tarifsteigerungen gegenüber dem Vorjahr zurück. Ursächlich hierfür war ein Wegfall der Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen (s.u.). Die Aufwendungen für Gehälter inkl. Sozialabgaben und Personalgestellung (siehe unten bezogene Leistungen) gingen insgesamt um 149 T€ gegenüber dem Vorjahr zurück. Hier wirkte sich die Zahlung der Corona-Prämie i.H.v. 1.300 € je Vollzeitkraft bzw. anteilig für Teilzeitkräfte in 2022 aus. Daneben gab es Vakanzen durch Verzögerungen bei Stellennachbesetzungen und Langzeiterkrankungen sowie geringere Aufwendungen für neu eingestellte Beschäftigte im Vergleich zu den Aufwendungen für ausgeschiedenes Personal. Minderausgaben gegenüber dem Budget resultierten zusätzlich aus der gesetzlichen Verschiebung der Umsatzsteuerpflicht für die Personalgestellung. Ein Teil der Vakanzen wurde durch die Zurückstellung von Urlaub und die Bildung von Überstunden kompensiert, sodass sich ein erhöhter Aufwand für die Bildung entsprechender Rückstellungen ergab.

Die Aufwendungen für Beihilfeleistungen für die aktiven Beamten stiegen von 47 T€ in 2022 auf 62 T€. Innerhalb der vergangenen Jahre gab es hier, auch durch die geringe Zahl an Beamten, erhebliche

Schwankungen. Die sonstigen Personalaufwendungen reduzierten sich durch den Wegfall der Corona-Schnelltests. Der Aufwand für die Unfallkasse reduzierte sich durch die Anpassung der Vorschusszahlungen an die tatsächlichen Kosten um 3 T€. Im Vorjahr gab es hierzu eine entsprechende periodenfremde Erstattung.

Die bezogenen Leistungen verringerten sich von 3.213 T€ im Vorjahr auf 1.928 T€. Hier wirkte sich insbesondere der Rückgang der Aufwendungen für die Personalgestellung (2023: 1.536 T€, 2022: 2.694 T€) aus. Die Anzahl des gestellten Personals konnte durch die Übernahme von Beschäftigten in die AöR und durch altersbedingtes Ausscheiden deutlich reduziert werden. Durch die Einstellung der Sequenzierung der Corona-Proben entfielen Unteraufträge im Zuge der Arbeitsteilung mit dem CVUA-MEL (120 T€ in 2022), demgegenüber stiegen die Unteraufträge für die Trinkwasseruntersuchungen aufgrund der Umsetzung der neuen Trinkwasserverordnung (u.a. PFAS-Untersuchungen, + 7 T€). Daneben stiegen die Kosten für die Auditierungen durch die DAKs (+ 20 T€). Durch die Umstellung der Leitungsverbindung zum Rechenzentrum in Paderborn und die Preisreduzierung für die Betreuung des Buchhaltungsprogramms Infoma sanken die Kosten für die Rechenzentrumsdienstleistungen um 26 T€. Die übrigen bezogenen Leistungen lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Die Materialintensität (Materialaufwand/Gesamtleistung) betrug 18 % gegenüber 28 % im Vorjahr.

Ein weiterer großer Aufwandsposten waren die Gebäudemieten mit 1.640 T€ (2022: 1.590 T€). Die Jahresmiete stieg aufgrund des Anstiegs des Preisindex für die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte in Deutschland (Basis für die Anpassung des Mietzinses laut Mietvertrag) um 3,18 %.

Die Kosten für den Materialaufwand, insbesondere für Laborverbrauchsmaterial, sanken trotz erheblicher Steigerungen der einzelnen Produktpreise und der Logistikkosten von 1.175 T€ in 2022 auf 1.009 T€ in 2023. Ursächlich war hier insbesondere die Entwicklung des Tierseuchengeschehens und der daraus resultierende Untersuchungsaufwand sowie der Wegfall der Sequenzierung von Corona-Proben.

Der Abschreibungsaufwand ging gegenüber den Vorjahren noch einmal leicht zurück (2023: 666 T€, 2022: 685 T€). Hier wirkte sich das Investitionsvolumen aus. Größere Beschaffungen wurden im Berichtsjahr eingeleitet, konnten aber noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Die Sofortabschreibungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern waren mit 24 T€ gegenüber 26 T€ im Vorjahr relativ konstant.

Die sonstigen Gebäudekosten -neben der schon erwähnten Miete- sanken gegenüber dem Vorjahr um 140 T€ (2023: 911 T€, 2022: 1.051). Hier wirkte sich die positive Entwicklung der Energiekosten für das Gebäude im Vergleich zu den Prognosen zu Beginn der Energiekrise aus, die geringere Rückstellungen für Nachzahlungen bei den Mietnebenkosten erforderlich machte. Die Reinigungskosten stiegen nach der vorübergehenden Reduzierung aufgrund der geringeren Reinigungsfläche im Zuge des Wasserschadens sowie durch Preissteigerungen entsprechend der Tariflohnanpassungen der Reinigungskräfte um 18 T€.

Da es sich bei den sonstigen Gebäudekosten im Wesentlichen um Abschlagszahlungen für die Mietnebenkosten handelt, sind die Zahlen nur bedingt aussagekräftig.

Die Nebenkostenabrechnung des BLB für das Jahr 2023 liegt noch nicht vor. Es kann daher noch keine Aussage zu der Entwicklung der Verbrauchskosten getroffen werden. Aus der Nebenkostenabrechnung 2022 ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg der Stromkosten um 4 % trotz deutlich gesunkenem Verbrauchs und ein Rückgang der Heizkosten um 29 % durch Optimierung der technischen Betriebsabläufe. Die Abwassergebühren stiegen um 32 % (+ 6 T€). Die Kosten für die Wartung der technischen Anlagen (145 T€) sowie die übrigen Gebäudekosten waren im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant.

Die Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen, insbesondere von Labor-ausstattung, blieben in etwa auf dem vergleichsweise hohen Niveau des Vorjahres + 7 T€ (+ 2 %).

Bei den Kraftfahrzeugkosten fielen insbesondere vermehrte Reparaturkosten aufgrund des zunehmenden Alters der Probenahmefahrzeuge des BgA ins Gewicht (+ 5 T€). Positiv wirkte sich der Rückgang der Treibstoffkosten gegenüber dem Preishoch im Vorjahr aus. Die laufenden Betriebskosten sanken somit um 3 T€.

Die Reisekosten stiegen nach den coronabedingten Rückgängen in den Vorjahren kontinuierlich von 7 T€ in 2021 auf 20 T€ in 2022 und 27 T€ in 2023; sie liegen aber weiterhin unter dem Niveau vor der Coronazeit.

Bei den sonstigen Verwaltungskosten stiegen die Fortbildungskosten (+ 14 T€) und die Lizenzkosten (+ 12 T€). Die Entwicklung bei den Lizenzkosten war einerseits geprägt durch die Aktualisierung von Microsoft-Exchange-Lizenzen für das gesamte Amt und andererseits durch erfolgte Einsparungen bei der Software für den Histologie-Arbeitsplatz im Lebensmittelbereich. Erneut höhere Kosten ergaben sich für die Bekanntmachung von Stellenausschreibungen (+ 8 T€) bedingt durch größere Personalfluktuationen, vermehrtes altersbedingtes Ausscheiden von Beschäftigten sowie der Notwendigkeit von wiederholten Ausschreibungen aufgrund von Bewerbermangel. Aufgrund der Entwicklung eines gemeinsamen Jahresberichtes aller CVUÄ in NRW stiegen die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit um 5 T€. Die Mietkosten für Einrichtungen nahmen im Zuge der Umstellung des Druckersystems von dezentralen Druckern hin zu einigen Zentraldruckern im Mietverfahren sowie Lieferantenwechsel aufgrund von Lieferschwierigkeiten bei einzelnen Flaschengasen um 2 T€ zu. Demgegenüber sanken die Nebenkosten des Geldverkehrs durch den Wegfall der Verwahrensentgelte (- 5 T€), die Portokosten u.a. durch die Umstellung des Ergebnis- und Rechnungsversands im BgA bevorzugt auf E-Mails (- 4 T€) und die Kosten für sonstige Geschäftsaufwendungen u.a. durch die Digitalisierung der Probenanforderung im Rückstandskontrollbereich (- 2 T€).

Nach erhöhten sonstigen Betriebsaufwendungen durch die Anpassung der Archivierungsrückstellungen im Vorjahr sanken die sonstigen Aufwendungen auf 9 T€ (Vorjahr: 30 T€) und lagen damit wieder im üblichen Rahmen.

Periodenfremde Aufwendungen von insgesamt 4 T€ fielen aufgrund verspäteter Abrechnungen durch das IT-Rechenzentrum, für einen Ringversuch sowie für erhöhte, über den für die Rückstellung prognostizierten Betrag hinausgehende Kosten für die Verwaltung des gestellten Landespersonals an.

Eine Abschreibung der Finanzanlage (Versorgungsfonds) musste im Berichtsjahr nicht vorgenommen werden (Vorjahr: 896 T€).

Die übrigen Aufwendungen lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Der Aufwandsdeckungsgrad (Verhältnis betriebliche Erträge zu betrieblichen Aufwendungen) lag bei 137 % (Vorjahr: 112 %), die Deckung durch Umsatzerlöse bei 124 % (Vorjahr: 107 %).

Das Finanzergebnis verbesserte sich von - 1.196 T€ in 2022 auf -245 T€ in 2023. Das Ergebnis war im Vorjahr durch die erhebliche Abschreibung auf den Versorgungsfonds (- 896 T€) geprägt. Zur Ergebnisverbesserung trug auch die positive Zinsentwicklung bei den Bankguthaben bei.

V. Finanz- und Vermögenslage

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln (Bankguthaben bis zu einer Laufzeit von einem Jahr) auf 6.498 T€ (2022: 3.457 T€). Neben den Mitteln auf den Kontokorrentkonten für die laufenden Geschäftsausgaben sind die Mittel als Termingelder angelegt. Entsprechend dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 07.12.2017 wurden weitere Pensionsgelder in die Versorgungsfonds der kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw) investiert. Insgesamt belief sich der Vermögensanteil am kwv-Versorgungsfonds Klassik auf 21,4 Mio. € gegenüber 19,8 Mio. € Ende 2022. Der Wertverlust aus dem Vorjahr

konnte nahezu vollständig wieder ausgeglichen werden. Insgesamt wies das Fondsvermögen zum Bilanzstichtag ein leichtes Plus (+ 193 T€) gegenüber den Einzahlungen aus.

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 196 T€ in Vermögensgegenstände (Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände) investiert (vgl. Anlagespiegel).

Die Investitionen wurden vorwiegend in neue Laborgeräte (85 T€) getätigt. Insbesondere wurden eine neue Kugelmühle zum Zerkleinern von Flusssediment am Strahlenmessplatz, eine neue Zentrifuge für das Zellkulturlabor sowie ein Sicherheitstrockenschrank zur Trocknung von Lebensmittelproben, die mit explosionsfähigen Stoffen (Lösemitteln) behandelt wurden, beschafft. Im Zuge der Umstellung auf das aktuelle Microsoft Betriebssystem war eine Aktualisierung der Zugriffs- und Office-Lizenzen für die PC-Arbeitsplätze erforderlich.

Für IT-Geräte wurden 37 T€ verausgabt. Hierbei handelte es sich insbesondere um zusätzliche USV-Geräte (unterbrechungsfreie Stromversorgung) zur Vermeidung von Gerätedefekten sowie unkontrollierten Abbrüchen von Untersuchungsläufen und dadurch bedingten Verlusten von Proben oder wertvollen Standards bzw. Referenzmaterialien bei ungeplanten Stromausfällen. Weiterhin wurden technisch veraltete Geräte ersetzt.

Weitere, größere Investitionen wurden im Berichtsjahr eingeleitet, konnten aber aufgrund von fachlichem Klärungsbedarf und Lieferzeiten im Wirtschaftsjahr 2023 noch nicht abgeschlossen werden.

Die geringwertigen Wirtschaftsgüter (vorrangig Software, IT- und Labor-Geräte) im Umfang von 83 T€ wurden sofort abgeschrieben.

Der Anteil des Anlagevermögens (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) an der Bilanzsumme lag bei 7 % (Vorjahr: 10 %). Die Investitionsquote (Verhältnis Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 25 % (2022: 29 %). Insgesamt sank das Anlagevermögen von 2.764 T€ auf 2.291 T€.

In der Position Sonderposten finden sich die aktuellen Buchwerte von Investitionszuschüssen. Hierbei handelt es sich insbesondere um Zahlungen des Landes für Investitionen im Zuge der Kapazitätsausweitung für die ASP-Diagnostik, für die Durchführung und Weiterentwicklung des Untersuchungsportfolios von Landesaufgaben sowie für die Beschaffung von USV-Geräten (unterbrechungsfreie Stromversorgung) zum Schutz von Geräten und Untersuchungsmaterial vor größeren Schäden bei plötzlichem Stromausfall im Zuge von Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen. Die Zuschüsse werden parallel zu den beschafften Anlagegütern abgeschrieben (Wert 2023: 686 T€, 2022: 781 T€).

Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr von 26.976 T€ auf 31.456 T€.

Der Anstieg bei den Aktiva ergab sich in erster Linie aus dem Anstieg der liquiden Mittel insbesondere vor dem Hintergrund der geringeren Zuführung zum Versorgungsfonds aufgrund der Entwicklung der Pensions- und Beihilferückstellungen sowie der Wertentwicklung des Fonds, der geringen Investitionstätigkeit und der Erstattung des Bundes für den Strahlenmessplatz (+ 3.041 T€) sowie den höheren Anteilen an den Versorgungsfonds der kvw zur Deckung zukünftiger Pensionsverpflichtungen (+ 1.639 T€). Demgegenüber sanken das Anlagevermögen (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) um 473 T€, die Lagervorräte um 34 T€ und die sonstigen Vermögensgegenstände um 19 T€.

Bei den Passiva stieg das Eigenkapital aufgrund des Jahresüberschusses um 4.670 T€. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) stieg auf 30 % (Vorjahr 18 %).

Im Einzelnen entwickelte sich das Eigenkapital wie folgt:

in T€	2022	2023	Differenz
Stammkapital	250	250	0
Kapitalrücklage	630	630	0
Investitionsrücklage gem. § 3 Abs. 1 der Finanzsatzung	728	728	0
Investitionsrücklage gem. § 3 Abs. 2 der Finanzsatzung	550	1.037	487
allg. satzungsmäßige Rücklage gem. § 3 Abs. 1 der Finanzsatzung	728	728	0
allg. satzungsmäßige Rücklage gem. § 3 Abs. 3 der Finanzsatzung	750	750	0
andere Gewinnrücklagen	533	695	162
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	649	4.670	4.021
Vortrag auf neue Rechnung	11	11	0
Eigenkapital	4.829	9.499	4.670

Die Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Leistungen sanken aufgrund einer niedrigeren Dynamik der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Vergleich zu den Prämissen im Vorgutachten sowie eines Anstiegs des Rechnungszinssatzes für die Ermittlung des aktuellen Wertes der zukünftigen Pensions- und Beihilfeansprüche um 566 T€ (2023: 32.918 T€, 2022: 33.484 T€). Dem stehen Erstattungsansprüche an die ehemaligen Dienstherrn der Beamten i. H. v. 13.167 T€ (2022: 13.726 T€) gegenüber; diese werden nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) mit den Pensionsrückstellungen saldiert.

Gegenüber dem Vorjahr sanken die sonstigen Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr geringfügig (2023: 1.086 T€, 2022: 1.363 T€).

Während die Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub (+ 83 T€) und Überstunden (+ 50 T€) stiegen, gingen die Rückstellungen für den Wasserschaden aufgrund der Inanspruchnahme im Berichtsjahr sowie der Anpassung an einen vorliegenden Vergleichsvorschlag der Versicherung (- 280 T€), für Lieferungen ohne Rechnungseingang, insbesondere wegen der im Vergleich zu den Prognosen günstigeren Entwicklung der Mietnebenkosten und der dadurch bedingten geringeren Rückstellung für die Mietnebenkostenabrechnung 2023 (- 110 T€), für die Altersteilzeit aufgrund der Inanspruchnahme zurückgestellter Beträge im Zuge der Freistellung (- 36 T€) sowie für sonstige Personalkosten im Zuge der Inanspruchnahme von Rückstellungsbeträgen im Sabbatjahr (- 23 T€) zurück.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 182 T€ (2023: 406 T€, 2022: 224 T€). Ursächlich hierfür sind insbesondere noch nicht erfolgte Zahlungen für Leistungen im Zusammenhang mit dem Wasserschaden.

Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt gab es zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr nicht. Die Werte sind jeweils abhängig vom Zeitpunkt der Abrechnung der Kosten durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung und die Träger.

VI. Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss des Jahres 2023 i. H. v. 4.670 T€ soll wie folgt verwendet werden:

Die Differenz zwischen den Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen und den immateriellen Vermögensgegenständen sowie den Investitionen i.H.v. 470.649,04 € wird gem. § 3 Abs. 2 der Finanzsatzung

des CVUA-OWL der zweckgebundenen Investitionsrücklage zugeführt, 4.199 T€ den anderen Gewinnrücklagen. Die entstehende Rundungsdifferenz wird mit dem Bilanzgewinn verrechnet.

VII. Risiken

Um Risiken für den Erfolg sowie den Fortbestand des CVUA-OWL frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. nach deren Auftreten den möglichen Schaden zu minimieren, wurde ein Risikomanagement eingerichtet, das voll in das vorhandene Qualitätsmanagement-System integriert ist.

Die Einhaltung der Vorgaben für die Akkreditierung des Amtes wird regelmäßig durch die DAkKS überprüft. Bei erheblichen Abweichungen stünde die Akkreditierung für die betroffenen Bereiche in Frage.

Der Anteil der Umlagen der Träger an der Gesamtleistung des Amtes beträgt 70 %. Die Aufgabenwahrnehmung und Leistungsfähigkeit des CVUA-OWL hängt damit entscheidend von der sachgerechten und angemessenen Anpassung der Umlagehöhe an die Kosten- und Bedarfsentwicklung entsprechend den fachlichen Vorgaben ab. Beschlüsse über die Höhe der Umlage bedürfen gem. § 9 Abs. 3 i.V.m. § 8 Abs. 3 des IUAG NRW einer Mehrheit von mindestens Dreiviertel der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder des Verwaltungsrates, d.h. mindestens 11 Stimmen. Dies erschwert eine kurzfristige Reaktion auf aktuelle Bedarfsänderungen.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2015 vom 02.11.2015 wurde die Umsatzsteuerpflicht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts neu geregelt. Nach § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) gelten juristische Personen des öffentlichen Rechts nicht als Unternehmer, soweit sie Tätigkeiten ausüben, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen; dies gilt nicht, sofern dies zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde. Beim CVUA-OWL könnte sich die geänderte Rechtslage neben der Umsatzsteuerpflicht für die Zahlungen an die Träger für die Personalgestaltung, auf die Untersuchungsgebühren auswirken. Das CVUA-OWL hat mit Antrag beim Finanzamt Detmold von dem Optionsrecht der Fortführung des bisherigen Umsatzsteuerrechts bis zum 31.12.2020 Gebrauch gemacht (§ 27 Abs. 22 UStG). Die Frist wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2024 verlängert.

Die Körperschaftssteuerbescheide des Finanzamtes Detmold für die Jahre 2020 bis 2021 stehen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung nach § 165 Abs. 1 Satz 2 Abgabenordnung. Ebenso stehen die Umsatzsteuerbescheide für die Jahre 2020 bis 2022 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung nach § 164 Abgabenordnung. Nachträgliche Änderungen können nicht ausgeschlossen werden.

Der Betrieb gewerblicher Art (BgA) erwirtschaftet weiterhin Verluste. Bei Einstellung des Betriebes würde allerdings dessen Deckungsbeitrag für die Gemein- und Overheadkosten des CVUA-OWL entfallen und sich das wirtschaftliche Jahresergebnis des CVUA-OWL entsprechend verschlechtern.

Es steht die Möglichkeit, dass der Ausgleich der Verluste als nicht zulässige staatliche Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV gewertet wird. Mögliche Maßnahmen zur Eliminierung eines daraus resultierenden Risikos werden aktuell mit dem Wirtschaftsprüfer sondiert.

Allgemeine Risiken werden durch Versicherungen (u.a. D&O-, Inventar- und Betriebshaftpflichtversicherung) abgedeckt.

VIII. Ausblick/Prognose

Die weiterhin angespannte Lage beim Seuchengeschehen der Aviären Influenza im Regierungsbezirk Detmold und die besorgniserregende, aber schlecht vorhersehbare Situation bei der Blauzungenkrankheit werden im Jahr 2024 besondere Anforderungen an eine funktionierende amtliche Laborlandschaft stellen.

Grundvoraussetzung effektiver Tierseuchenbekämpfung der Kommunen bleibt die präzise und schnelle Diagnostik. Die Tierseuchendiagnostik im CVUA-OWL eng vernetzt mit den anderen CVUÄ in NRW wird diesen Anforderungen gerecht und gewährleistet zeitgerechte und fachkompetente Untersuchungsergebnisse. Zunehmende Bedeutung bei der Untersuchung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Tabak haben Untersuchungstechniken, bei denen die Auswertung der Messergebnisse standortunabhängig vorgenommen werden kann. Mit NGS (Next Generation Sequenzierung) und NMR (nuclear magnetic resonance / Kernspinresonanzspektroskopie) hält das CVUA zwei dieser Methoden vor. Hier werden sich zukünftig womöglich Synergieeffekte ergeben, die zum Wohle aller CVUÄ in NRW genutzt und in eine moderne effiziente Laborlandschaft reinvestiert werden.

4.30.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand bzw. die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat.

Vorstand/ Geschäftsführung

Ab 01.12.2021 ist Dr. Ulrich Kros alleiniger Vorstand des CVUA-OWL.

Verwaltungsrat

Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind:

Ifd. Nr.	Name
1	Frau Dr. Christiane Krüger (Vorsitzende)
2	Herr Thomas Kuhlbusch (stellv. Vorsitzender)
3	Herr Dr. Thomas Delschen
4	N.N. Vertreter Herr Rainer Kaschel
5	Herr Markus Altenhöner
6	Herr Dr. Ronald Woltering
7	Frau Astrid Lehre
8	Herr Jörg-Michael Schrader
9	Herr Dr. André Brandt

4.30.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: rd. 22,22 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.30.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet

werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



4.31 d-NRW AöR

4.31.1 Basisdaten

d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

Rheinische Str. 1

44137 Dortmund

Tel.: 0231/222438-10, Fax: 0231/222438-11, Internet: www.d-nrw.de

Gründungsdatum: Die Anstalt wurde am 1. Januar 2017 errichtet.

4.31.2 Zweck/ Gegenstand der Anstalt

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten.

4.31.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Einsatz von Informationstechnik und die elektronische Abwicklung von Geschäftsprozessen leisten einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung: Die Prozesse werden beschleunigt, die Kommunikation vereinfacht und damit insgesamt die Qualität und Effizienz des öffentlichen Verwaltungshandelns erhöht. Für die Bürgerinnen und Bürger und die ansässigen Unternehmen eröffnen sich neue Möglichkeiten, mit der Verwaltung in Kontakt zu treten.

4.31.4 Träger der Anstalt

Die Träger der d-NRW AöR zum 31.12.2023 sind:

- a) Land Nordrhein-Westfalen – vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium,
- b) 352 Städte und Gemeinden,
- c) 31 Kreise inkl. Der Städteregion Aachen sowie
- d) Die Landschaftsverbände LVR und LWL.

4.31.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2023 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.31.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	178.610,75	139.703,73	39
I. Immaterielles Vermögen	62.022,00	63.822,98	-2
II. Sachanlagen	56.588,75	75.880,75	-19
III. Finanzanlagen	60.000,00		
B. Umlaufvermögen	48.888.741,56	25.942.496,26	22.946
I. Vorräte	1.056.885,49	2.396.237,37	-1.339
II. Forderungen und sonstige VG	11.949.721,13	4.788.233,34	7.161
III. Flüssige Mittel	35.882.134,94	18.758.025,55	17.124
C. Rechnungsabgrenzungsposten	110.705,88	10.155,51	101
Summe Aktiva	49.178.058,19	26.092.355,50	23.086
Passiva			
A. Eigenkapital	2.913.752,40	2.896.752,40	17

I. Gezeichnetes Kapital	1.385.000,00	1.368.000,00	17
II. Kapitalrücklage	1.528.752,40	1.528.752,40	0
III. Jahresüberschuss	0,00	0,00	0
B. Rückstellungen	8.044.571,64	5.607.394,23	2.437
C. Verbindlichkeiten	38.115.457,48	17.558.628,87	20.557
D. Rechnungsabgrenzungsposten	104.276,67	29.580,00	75
Summe Passiva	49.178.058,19	26.092.355,50	23.086

4.31.7 Entwicklung der Gewinn und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2023	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	129.383.244,50	101.209.076,39	28.174
2. Sonstige betriebliche Erträge	102.709,62	432.735,97	-330
3. Materialaufwand	-123.389.753,88	96.866.327,83	-220.256
4. Personalaufwand	-4.892.946,94		-4.893
a) Löhne und Gehälter	-3.907.134,80	3.225.433,05	-7.133
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	-985.812,14	814.486,54	-1.800
5. Abschreibungen	-56.172,61	45.626,74	-102
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.147.070,69	676.092,82	-1.823
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	13.837,42	-14
8. Ergebnis nach Steuern	10,00	7,96	0
9. Sonstige Steuern	-10,00	-7,96	0
10. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0

4.31.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	11	14	-3
Eigenkapitalrentabilität	0	0	0
Anlagendeckungsgrad 2	18.656	27.160	-8.504
Verschuldungsgrad	800	633	167
Umsatzrentabilität	0	0	0

4.31.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2023 beschäftigte die Anstalt öffentlichen Rechts durchschnittlich 85 (VJ. 69) Mitarbeiter.

4.31.10 Geschäftsentwicklung

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als

Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Mit der im Berichtsjahr erfolgten Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. § 6 Absatz 2 (n. F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich eine Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechtsverordnung zur Aufgabenübertragung auf die d-NRW AöR (d-NRW VO) vom 28.03.2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25.04.2022 (GV. NRW. 2022 S. 493), ist am 26.04.2022 in Kraft getreten. Folgende Aufgaben sind dadurch auf die Anstalt übertragen worden:

Geschäftsstelle Onlinezugang / Koordinierung und Bereitstellung von sog. EfA-Diensten (Kommunalvertreter.NRW) / FIM-Koordinierung nebst Landesredaktion NRW / Geschäftsstelle Digitales Archiv NRW und die Weiterentwicklung, Pflege und Wartung in den Aufgabenbereichen Serviceportal.NRW / Wirtschafts-Service-Portal.NRW / Vergabeportal.NRW / Meldeportal Behörden und Lichtbildportal / Förderplan.web / Sozialplattform / KiBiz.web / Bauportal.NRW / PfAD-Familie sowie Betrieb von einzelnen XStandards mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2023 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 385 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem nach wie vor krisengeprägten Umfeld ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Berichtsjahr ins Stocken geraten. Hohe Inflationsraten, steigende Zinsen, der Fachkräftemangel und eine schwache Weltkonjunktur haben die deutsche Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr schrumpfen lassen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um 0,3 Prozent und verzeichnete damit erstmals seitdem Corona-Jahr 2020 ein Minus. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Jahr 2023 sehr unterschiedlich. Insbesondere die Wirtschaftsleistung der energieintensiven Industriezweige war 2023 erneut stark belastet. Demgegenüber konnten die meisten Dienstleistungsbereiche ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich erneut ausweiten und dadurch die deutsche Wirtschaft stützen. Den größten Zuwachs verzeichnete 2023 der Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %) und knüpfte damit an seine langjährige Wachstumsgeschichte an, die nur 2020 im Zusammenhang mit der Coronapandemie gebremst wurde. Durch die weiter voranschreitende Digitalisierung gewinnt die IT-Branche mehr und mehr an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs, insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt auch zukünftig, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete im Berichtsjahr erneut die Grundlage für gute Umsätze.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Maßnahmen zur Registermodernisierung, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für

den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die CGI Deutschland BV & Co. KG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2023 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2023 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2023 im Durchschnitt 85 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer Europaweiten Ausschreibung die Zuschlagserteilung an die fünf wirtschaftlichsten Bieter zur Konzeption, Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und fachlicher Begleitung von Java-Entwicklungsprojekten mit einer Obergrenze von bis zu 18.000 T€ und einer Laufzeit von 4 Jahren. Die Träger der d-NRW AöR dürfen den Rahmenvertrag in Anspruch nehmen und über die Durchführung von Miniwettbewerben ihre entsprechenden Bedarfe decken.

Überdies hat der Verwaltungsrat im Berichtsjahr Europaweiten Ausschreibungen

- zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege, Gestaltung, Redaktion und fachlicher Begleitung von Internetseiten der Landesverwaltung NRW mit einer Obergrenze von bis zu 5.000 T€ und einer Laufzeit von 4 Jahren,



- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung der Projekte innerhalb der PfAD-Familie mitsamt PFAU.NRW ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 26.000 T€,
- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung des Projekts „Elektronisches Gesundheitsberuferegister – eGBR“ ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 2.975 T€ sowie
- zur Fortführung des Projektes Wirtschaft-Service-Portal.NRW (WSP.NRW) mit einem Volumen im Umfang von insgesamt 174.000 T€ bis zum Jahresende 2028

zugestimmt.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den IT-Dienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online-Dienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 17 Beitritte von Städten und Gemeinden zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d-NRW AöR bis zum Jahresende 2023 auf insgesamt 385 Kommunen haben anwachsen lassen.

Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG wurde im Berichtsjahr die Möglichkeit eröffnet, den Bezug und die Bereitstellung von EfA-Diensten und weiteren OZG-Diensten wechselseitig im Rahmen einer Kooperation im öffentlichen Sektor auszubauen. Darüber hinaus können durch die institutionalisierte Zusammenarbeit weitere gemeinsame Handlungsfelder erschlossen werden, um die digitale Transformation im Sinne von Land und Kommunen voranzutreiben. Mit Hinweis auf die nur zeitlich befristet zur Verfügung stehenden Konjunkturmittel des Bundes, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung bewirtschaftet werden, wurde im Lagebericht des Vorjahres perspektivisch für die kommenden Jahre eine Reduzierung der Umsatzerlöse sowie der Betriebserlöse und -aufwendungen prognostiziert. Eine entsprechende Veränderung ist im Berichtsjahr jedoch nicht eingetreten. Durch eine erhöhte Nachfrage und eine intensive Inanspruchnahme der bereitgestellten Konjunkturmittel haben sich die Umsatzerlöse ebenso wie die Betriebserlöse und -aufwendungen im Jahr 2023 vielmehr erhöht. Der weiterhin zu erwartende Rückgang wird sich aller Voraussicht nach in den Folgejahren abzeichnen.

Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 129.383 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (T€ 101.209) ergibt sich erneut eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten	31.12.2022	31.12.2023	Veränderung
Aktiva	T€	T€	T€
Anlagevermögen	140	179	+39
Umlaufvermögen	25.942	48.888	+22.946
Rechnungsabgrenzung	10	111	+101
Passiva			
Eigenkapital	2.897	2.914	+17
Fremdkapital	23.196	46.264	+23.068
Bilanzsumme	26.093	49.178	+23.085

Im Vergleich zum 31.12.2022 hat sich das Umlaufvermögen um +T€ 22.946 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-T€ 1.339) vor allem zusätzliche Geldmittel (+T€ 17.124) und erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+T€ 6.564) sowie eine Erhöhung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+T€ 600).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+T€ 17) und das Fremdkapital ist um +T€ 23.068 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+T€ 18.695) und die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (+T€ 1.968) gewachsen. Demgegenüber haben sich die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-T€ 106) im Vergleich zum 31.12.2022 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+T€ 2.437). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+T€ 2.106), erhöhte „sonstige Rückstellungen“ (+T€ 326) und erhöhte Urlaubsrückstellungen (+T€ 19). Die Rückstellungen für Gewährleistungen (-T€ 20) haben sich demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr verringert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2023 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der deutlich höheren Bilanzsumme (+T€ 23.085), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+T€ 17.124), auf 5,92 % (31.12.2022: 11,1 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt T€ 35.882 (31.12.2022: T€ 18.758).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 103,4 % (Vorjahr: 101,6 %).

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2023 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Onlinedienste - OZG, Registermodernisierung, Online Sicherheitsprüfung, Serviceportal.NRW, PfAD, Förderprogrammcontrolling, Öffentliches Auftragswesen nebst E-Rechnung, Meldeportal Behörden, KiBiz.web, nrwGOV sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2022	2023	+/- Vj.
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebserträge	101.642	129.486	+27.844
Betriebsaufwendungen	-101.628	-129.486	-27.858
Finanzergebnis	-14	0	+14
Jahresergebnis	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresergebnis von T€ 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2022	2023	+/- Vj.
	TEUR	TEUR	TEUR
Projekterlöse	16.184	18.933	2.749
Dienstleistungen	87.582	112.557	24.975
übrige Umsatzerlöse	0	0	0
	<u>103.766</u>	<u>131.490</u>	<u>27.724</u>
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-2.557	-2.106	451
	<u>101.209</u>	<u>129.384</u>	<u>28.175</u>

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +T€ 26.523 auf T€ 123.390 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. T€ 1.147 (Vorjahr: T€ 676) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten T€ 31 (Vorjahr: T€ 24), Raummiete T€ 201 (Vorjahr: T€ 195), Fortbildungskosten T€ 80 (Vorjahr: T€ 57), Rechts- und Beratungskosten T€ 90 (Vorjahr: T€ 105), Arbeitssicherheit/-medizin T€ 3 (Vorjahr: T€ 5), Abschluss- und Prüfungskosten T€ 38 (Vorjahr: T€ 14), Buchführungskosten T€ 28 (Vorjahr: T€ 27) sowie Mitgliedsbeiträge T€ 15 (Vorjahr: T€ 0), Wartungskosten für Hard- und Software T€ 78 (Vorjahr: 6), Werbekosten T€ 8 (Vorjahr: T€ 3), Repräsentationskosten T€ 19 (Vorjahr: T€ 12) und Reisekosten T€ 21 (Vorjahr T€ 9).

Aufgrund der Zinsentwicklung sind Aufwendungen für Verwarentgelte (T€ 0) gegenüber den Vorjahren (zuletzt T€ 14) entfallen.

d) Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von T€ 1.766 (von ursprünglich T€ 10.000), „RV 2021-2025 (Lose 1-6)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von T€ 40.529 (von ursprünglich T€ 200.000), „nrwGOV Elektronisches Original ANLAGE 4 Seite 10 2023-2026“ mit

einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von T€ 3.774 (von ursprünglich T€ 4.000) und der neue „RV Java 2023-2027“ mit einem zur Verfügung stehenden Gesamtvolumen von T€ 18.000.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AÖR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden.

Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AÖR auch in den 17 weiteren Beitritten im Berichtsjahr wider.

Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate, die wie im Vorjahr im Bereich von 4 % liegt, erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind. Positiv hervorgehoben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitende Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Entsprechendes gilt für Fortbildungsmaßnahmen, die Beschäftigten (z. B. im Verwaltungsbereich) eine Qualifikation auf Bachelor-Ebene ermöglichen. Für den Gesamtkontext wurde ein Personalentwicklungskonzept aufgestellt, dem der Verwaltungsrat in der 12. Sitzung am 17.11.2023 zugestimmt hat. Die dNRW AÖR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von rd. 36 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

e) Risikomanagement

Im Berichtsjahr wurde mit der KPMG als Partner ein Projekt zum Aufbau eines anstaltsspezifischen Risikomanagementsystems gestartet. Zentrale Herausforderungen der dNRW AÖR, die in den vergangenen Jahren sehr stark gewachsen ist, bestehen im Management und in der Steuerung von Risiken sowie in der Etablierung eines dokumentierten Risikofrüherkennungssystems. Im Rahmen der ersten Projektphase wurden die zentralen Handlungsfelder zum Aufbau des Risikomanagements und die Vorgehensweise festgelegt. Nach einer initialen Analyse wurden auf Basis anerkannter Risikomanagement-Standards Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems erarbeitet. Begleitend wurde eine Bestandsaufnahme der Risiken, des Risikoprozesses und der Risikoorganisation durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde die Organisation der d-NRW AÖR als Ganzes betrachtet und auch die Besonderheiten einzelner Aufgabenbereiche berücksichtigt. Als Hilfsmittel wurden initiale Werkzeuge in Form von Dokumenten (Risikocheckliste, Risikoregister nebst Risikoheatmap und ein Risikomanagement-Fragenkatalog) zur Risikoanalyse und zur Verwendung beim weiteren Risikomanagement erstellt. Zur operativen Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen erfolgt in 2024 die Fortsetzung des Projektes. In einem dreiphasigen Vorgehen (Initiierung, Implementierung und Einführung) ist vorgesehen, den Risikomanagement-Prozess inklusive der Rollen und der Verantwortlichkeiten in der Aufbauorganisation der d-NRW AÖR zu verankern und zudem die Risikoanalyse weiter zu vertiefen, um damit ein anstaltsspezifisches Risikomanagementsystem zu etablieren.

Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch und durch interöffentliche Kooperationen ergeben sich weitere Potentiale für die zukünftige Entwicklung der Anstalt. Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG, der Zusammenarbeit mit der FITKO und durch eine mit der Dataport geschlossene interöffentliche Vereinbarung, der weitere öffentliche Stellen beitreten können, werden neue Handlungsfelder für die d-NRW AöR eröffnet. Überdies könnte ein engeres Zusammenwirken mit dem KDN ein zusätzliches Wachstumspotential bieten. Neue Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, könnten sich durch die Übertragung von weiteren strategischen Digitalisierungsaufgaben zur exklusiven Wahrnehmung per d-NRW VO ergeben. Die d-NRW AöR könnte sich dadurch noch intensiver in die digitale Transformation einbringen.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet. Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Elektronisches Original ANLAGE 4 Seite 13 Auftragserteilungen einhergehen bzw. die Fortführung von Projekten nicht sichergestellt ist. Auch im Berichtsjahr bestanden weiterhin Unwägbarkeiten, die sich im Nachgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2022 ergeben haben, weil die Ausrichtung der Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen noch nicht abschließend geklärt ist. c) Prognose Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von T€ 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist weiterhin zu erwarten, dass sich die Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und –aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden.

4.31.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand bzw. die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat.
Vorstand/ Geschäftsführung

Die Geschäftsführung besteht aus der/ dem Vorsitzenden und einer allgemeinen Vertreterin/einem allgemeinen Vertreter. Sie wird vom Verwaltungsrat für die Dauer von höchstens fünf Jahren bestellt. Eine erneute Bestellung ist zulässig. Als Vorsitzenden der Geschäftsführung der d-NRW AöR hat die Aufsichtsbehörde im Dezember 2016 Herrn Dr. Roger Lienenkamp bestellt. Zum allgemeinen Vertreter der Geschäftsführung der Anstalt hat die Aufsichtsbehörde Herrn Markus Both bestellt.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat setzt sich zum 31.12.2023
wie folgt zusammen:

lfd. Nr.	Name	
1	Sebastian Kopietz	Stadtdirektor Stadt Bochum
2	Harald Zillikens	Bürgermeister Stadt Jüchen
3	Andreas Wohland	Beigeordneter Städte & Gemeindebund NRW
4	Dirk Brügge	Kreisdirektor Rhein-Kreis-Neuss
5	Dr. Marco Kuhn	Landkreistag NRW
6	Daniel Sieveke	Beauftragter der Landesregierung für Informationstechnik (CIO)
7	Simone Dreyer	MAGS NRW
8	Lee Hamacher	MKFFI NRW
9	Dr. Heinz Oberheim	FM NRW
10	Katharina Jestaedt	IM NRW
11	Diane Jägers	MHKBG NRW

4.31.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsratgremium dieses Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern drei Frauen an (Frauenanteil: 30 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.31.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist uns nicht bekannt.

4.32 Breitband OWL eG

4.32.1 Basisdaten

Breitband OWL eingetragene Genossenschaft

Aldegrevestraße 10 – 14

33102 Paderborn

Tel.:05251/308-9115, Fax: 05251/308-899115, Internet: -

Gründungsdatum: Die Breitband OWL eG wurde am 12.03.2018 in das Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Paderborn unter GnR 351 eingetragen.

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB.

4.32.2 Zweck/ Gegenstand der Genossenschaft

Ziel der Genossenschaft ist es, ein flächendeckendes Telekommunikationsnetz zu schaffen, welches auch der steigenden Nachfrage an hochbitratigen symmetrischen Bandbreiten standhalten kann. Das Genossenschaftsmodell sieht vor, dass die von der Genossenschaft errichteten oder an die Genossenschaft übertragenen Infrastrukturen gebündelt vermarktet werden. So sollen sich die kommunalen Investitionen im Laufe des Betriebes innerhalb von 20 Jahren refinanzieren. Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder.

4.32.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Traditionell gehört zu den gemeindlichen Aufgaben die Schaffung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Einrichtungen der sog. Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge umfasst auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit digitaler Infrastruktur. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb stattfinden - und nur so bleibt der ländliche Raum überhaupt angeschlossen und überlebensfähig in Konkurrenz zur Sogkraft der urbanen Räume.

Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen. Traditionell gehört zu den gemeindlichen Aufgaben die Schaffung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Einrichtungen der sog. Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge umfasst auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit digitaler Infrastruktur. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb stattfinden - und nur so bleibt der ländliche Raum überhaupt angeschlossen und überlebensfähig in Konkurrenz zur Sogkraft der urbanen Räume.

Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen.

4.32.4 Mitglieder der Genossenschaft

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Delbrück, Lichtenau, Paderborn und Salzkotten sowie die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof Mitglieder der Genossenschaft.

4.32.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn hat zur Deckung der laufenden Kosten für den Geschäftsbetrieb 1.248,10 € an die Genossenschaft gezahlt. Die Zahlung wurde über das Konto 543155 „Prüfungs- und Beratungsleistungen“ des Produktes 150101 „Wirtschaftsförderung“ verbucht.

4.32.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Generalversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.32.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.32.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.32.8 „Finanzkennzahlen“,

4.32.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Genossenschaft können für die hier behandelte Genossenschaft daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.32.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.32.6

4.32.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.32.6

4.32.9 Personalbestand

Die Genossenschaft hat kein eigenes Personal.

4.32.10 Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB. Kleine Kapitalgesellschaften und Kleinstkapitalgesellschaften brauchen keinen Lagebericht i. S. d. § 289 HGB zu erstellen.

4.32.11 Organe und deren Zusammensetzung

Eine eingetragene Genossenschaft (eG) hat drei Organe: den Vorstand, den Aufsichtsrat und die Generalversammlung.

Vorstand: Herr Dezernent Tiemann sowie der Bürgermeister der Stadt Bad Wünnenberg Herr Christian Carl.

Generalversammlung: Vertreter des Kreises in der Generalversammlung ist ab dem 21.6.2021 Herr Kreistagsabgeordneter Langer, Dieser wird vertreten von Herr Kreistagsabgeordneten Konersmann.

Aufsichtsrat: Dem Aufsichtsrat (von den einzelnen Genossen entsendet) gehörten im Jahr 2022 an:

lfd. Nr.	Name
1.	Lütke-meier, Stefan
2.	Lange, Ulrich
3.	Wittler, Christoph
4.	Gockel, Uwe
5.	Freise, Dirk
6.	Neisens, Udo
7.	Berger, Ulrich (stellv. Vorsitzender)
8.	Rüther, Christoph (Vorsitz)
9.	Dickgreber, Hermann
10	Dreier, Michael

4.32.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsratsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.32.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt uns nicht vor.



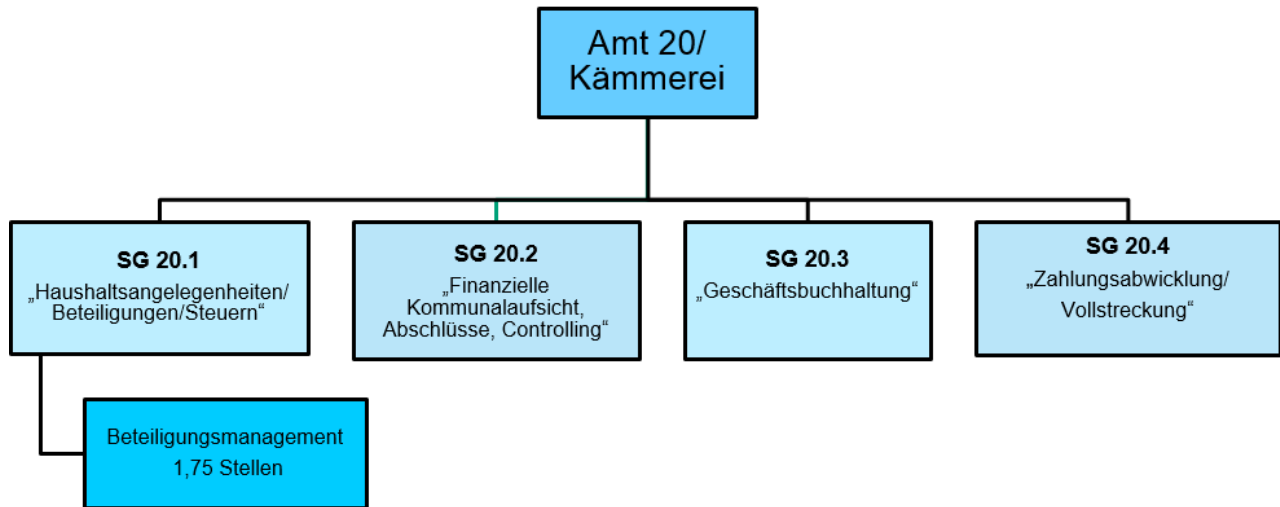


5. ORGANISATION DER BETEILIGUNGSVERWALTUNG



5.1 Organisation der Beteiligungsverwaltung

Der Kreis Paderborn hat die Verwaltung der Beteiligungen organisatorisch im Amt 20 Kämmerei angesiedelt. Sowohl die Beteiligungen in privater Rechtsform, die Beteiligungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform als auch die Beteiligungen anderer Rechtsformen werden aufgabenorientiert nach den zugrundeliegenden wichtigen gemeindlichen Interessen und nicht in erster Linie gewinnorientiert geführt.



Impressum

Kreis Paderborn

- Der Landrat – Kämmerei

Aldegrevestraße 10 – 14

33102 Paderborn

Tel.: 05251 308 - 2010

E-Mail: kaemmerei@kreis-paderborn.de, www.kreis-paderborn.de;

 @KreisPaderborn

 [kreis_paderborn](https://www.instagram.com/kreis_paderborn)

Satz und Gestaltung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kreis Paderborn

Stand: September 2023

